

Investigativer Journalismus in den Vereinigten Staaten
und in der Bundesrepublik Deutschland:
Zwischen Wiederaufbau und Wiedervereinigung

Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Philosophischen Fakultät IV
(Sprach- und Literaturwissenschaften) der Universität Regensburg

vorgelegt von

Gerald Ulrich Schneider

aus

Regensburg

Regensburg 2011

Erstgutachter: Prof. Dr. Udo Hebel

Zweitgutachter: Prof. Dr. Volker Depkat

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|------------|
| DANKSAGUNG..... | 6 |
| 0. POSITIONIERUNG..... | 7 |
| 1. SKANDAL UND DIE PRESSE | 12 |
| 1.1. DIE KIESSLING-AFFÄRE..... | 12 |
| 1.1.1. Einordnung..... | 12 |
| 1.1.2. Journalistische Aufarbeitung..... | 15 |
| 1.2. POLITISCHE FOLGEN UND KONSEQUENZEN..... | 21 |
| 1.3. DIE ROLLE DER PRESSE IN DER AFFÄRE KIESSLING..... | 24 |
| 1.4. DARSTELLUNG IN US-MEDIEN..... | 27 |
| 2. KONTEXTUALISIERUNG..... | 30 |
| 2.1. JOURNALISTISCHE POSITIONIERUNG..... | 30 |
| 2.1.1. Journalismus..... | 30 |
| 2.1.2. Kommunikation..... | 31 |
| 2.1.3. Investigativer Journalismus..... | 32 |
| 2.1.4. Ethische Grundlagen des Journalismus..... | 55 |
| 2.1.5. Grundlagen der Rolle der Presse in den Verfassungen und rechtlicher Rahmen..... | 59 |
| 2.2. DIE ANFÄNGE DES PRESSEWESENS IM US-SEKTOR NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG..... | 65 |
| 2.3. SONDERWEGE UND LIZENZZEITUNGEN..... | 67 |
| 2.3.1. Die Neue Zeitung: Organ der US-Militärregierung..... | 70 |
| 2.3.2. Lizenzpresse..... | 73 |
| 2.3.3. Fallbeispiel „Süddeutsche Zeitung“..... | 78 |
| 2.4. ZEITSCHRIFTEN..... | 80 |
| 2.4.1. Blütezeit von 1945 bis 1949..... | 80 |
| 2.4.2. Der „Spiegel“..... | 82 |
| 2.4.3. Sonderweg: Der Ruf..... | 82 |
| 2.5. STAND DER BUNDESDEUTSCHEN PRESSE NACH 1949..... | 88 |
| 2.6. WATERGATE: WIRKUNG UND FOLGEN..... | 93 |
| 2.7. MEDIENLANDSCHAFTEN IM VERGLEICH..... | 98 |
| 2.7.1. Die Medienlandschaft in den Vereinigten Staaten..... | 98 |
| 2.7.2. Die Medienlandschaft in Deutschland..... | 105 |
| 2.8. DER DEUTSCHE PRESSEMARKT NACH DEM ENDE DER LIZENZPOLITIK..... | 107 |
| 2.9. GESCHICHTE DES JOURNALISMUS..... | 109 |
| 2.9.1. Geschichte des US-Journalismus..... | 109 |
| 2.9.2. Geschichte des deutschen Journalismus..... | 115 |
| 2.10. JOURNALISTISCHE ARBEITSWEISEN UND ÜBERZEUGUNGEN..... | 117 |
| 2.11. DAS WESEN DES SKANDALS..... | 118 |
| 3. KORPUSANALYSE UND INTERPRETATION..... | 125 |
| 3.1. AUSWAHL UND UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND..... | 125 |
| 3.2. WÄCHTERPREIS..... | 126 |
| 3.3. DER PULITZER-PREIS..... | 127 |
| 3.4. ILLUSTRATIONEN | 129 |
| 3.5. MACHT UND MACHTMISSBRAUCH..... | 132 |
| 3.5.1. Fall Mechttersheimer..... | 132 |
| 3.5.2. Fall Pauli..... | 135 |
| 3.5.3. Fall Somerville..... | 138 |
| 3.5.4. Analyse | 143 |
| 3.6. GESUNDHEIT UND DIE SCHWÄCHSTEN DER GESELLSCHAFT..... | 153 |
| 3.6.1. Fall Farview..... | 153 |
| 3.6.2. Fall Gesundheitssystem New York..... | 156 |
| 3.6.3. Fall psychisch krankes Mädchen..... | 158 |
| 3.6.4. Analyse..... | 160 |
| 3.7. EINZELSCHICKSALE UND IHRE UMWELT..... | 170 |

| | |
|---|------------|
| 3.7.1. <i>Fall Gedern</i> | 170 |
| 3.7.2. <i>Fall Titus</i> | 172 |
| 3.7.3. <i>Analyse</i> | 173 |
| 3.8. DDR-Justiz..... | 179 |
| 3.8.1. <i>Darstellung</i> | 179 |
| 3.8.2. <i>Analyse</i> | 182 |
| 4. FAZIT: UNTERSCHIEDLICHE FORMEN DES ENTHÜLLENDEN JOURNALISMUS..... | 185 |
| 4.1. RECHERCHEJOURNALISMUS..... | 185 |
| 4.2. INVESTIGATIVER JOURNALISMUS..... | 189 |
| 4.3. ILLUSTRATIONEN..... | 191 |
| 4.4. AUSBLICK IN DIE WEITERE ENTWICKLUNG DER PRESSE..... | 193 |
| 5. ABBILDUNGEN..... | 203 |
| 6. ABKÜRZUNGEN..... | 229 |
| 7. LITERATURLISTE..... | 231 |
| 7.1. BÜCHER, FACHZEITSCHRIFTEN..... | 231 |
| 7.2. ZEITUNGEN, ZEITSCHRIFTEN | 237 |
| 7.3. INTERNETSEITEN..... | 243 |
| 7.4. SONSTIGE QUELLEN..... | 246 |

Meinen Eltern

Vroni

web

Danksagung

Diese Arbeit hätte sich ohne die Unterstützung vieler hilfreicher Förderer nicht realisieren lassen.

Ich danke meinem Doktorvater Prof. Udo Hebel, der mit viel Geduld und Offenheit diese Arbeit als externe Promotion möglich gemacht hat.

Danke an Zweitgutachter Prof. Volker Depkat für seine inspirierenden Anregungen, die einigen Kapiteln mehr Präzision verliehen haben.

Die Universität Regensburg hat mit ihren Einrichtungen – allen voran die Bibliothek – die Grundlage zum Abfassen dieser Arbeit zur Verfügung gestellt.

Danke an Veronika Venus, die mit großer Sorgfalt diese Arbeit korrigiert hat und wertvolle Anregungen zur Gliederung der Kapitel gegeben hat.

Dank an Wolfgang Brun, der mich zu dieser Arbeit angeregt hat.

Danke an meine Eltern für ihre immerwährende Unterstützung.

0. Positionierung

„Was wir über die Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch Massenmedien.“¹

Bücher, Plakate, Zeitungen, Zeitschriften, Radio, Fernsehen, Internet – kaum etwas prägt den Alltag so sehr wie Massenmedien. Mit dem Eintritt in das Informationszeitalter, in dem Nachrichten von jedem Winkel der Welt in Sekundenschnelle selbst in den entlegensten Regionen verfügbar sind, hat sich nicht nur die Mediennutzung von Millionen Menschen verändert. Nachrichten sowie deren Übermittlung sind ein gewaltiger Markt und damit ein eigener Machtfaktor geworden. Damit ist aber auch der Anspruch an die Medien gewachsen, diese Macht weise und möglichst zum Nutzen aller einzusetzen. Im Zuge dessen hat sich die Presse in demokratischen Rechtsstaaten zu einer Kontrollinstanz für staatliche und ökonomische Macht entwickelt. Insbesondere der investigative Journalismus nimmt hierbei eine herausgehobene Stellung ein. Diese Arbeit untersucht anhand von Zeitungsveröffentlichungen die Unterschiede in der Entwicklung des investigativen Journalismus in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland und zeigt, dass die Erfüllung des demokratischen Auftrags, den die Presse übernommen hat, in verschiedenen Staaten eine durchaus unterschiedliche Ausprägung erfahren hat.

„A newspaper is an unbound, printed publication, issued at regular intervals, which presents information in words, often supplemented with pictures.“ Diese Definition haben Sandman, Rubin und Sachsman bereits 1972 getroffen und bis heute lässt sich das Phänomen Zeitung kaum treffender beschreiben. Die Zeitung ist das älteste Nachrichtenmedium und eine der wichtigsten Informationsquellen.² „Eine herausragende Rolle in der außenpolitischen Meinungsbildung spielt nach wie vor die Presse [. . .]. Trotz des ständigen Einflusses des Fernsehens bleibt die Presse die wichtigste Informationsquelle. Im Hinblick auf Informationsbreite, auf Meinungsvielfalt, Analyse und Hintergrundinformation gibt es bis heute nichts Vergleichbares.“³ Insbesondere in den Jahrzehnten, aus denen die im Korpus besprochenen Texte stammen, war die Zeitung das wichtigste Massenmedium. Daher sollen auch in dieser Arbeit Zeitungsveröffentlichungen als Untersuchungsgegenstand dienen.

¹ Niklas Luhmann. „Die Realität der Massenmedien.“ In: Nordrheinwestfälische Akademie der Wissenschaften. *Vorträge Geisteswissenschaften*. G 333. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1995, 3-73, 5.

² Peter M. Sandman, David M. Rubin und David B. Sachsman. *Media: An Introductory Analysis of American Mass Communication*. Englewood Cliffs, NJ: Prentice Hall, 1972, 237.

³ Maggy Steffens. *Die deutsche Ostpolitik im Spiegel publizistischer Stellungnahmen in den USA 1969 – 1973*. Frankfurt am Main: Lang, 1989, 20.

Das berühmte Diktum, dass die Vereinigten Staaten nicht bloß ein über den Atlantik transferiertes Europa seien, bewahrheitet sich immer wieder. In der Medienwelt, die das Leben der Menschen betrifft wie wenige andere gesellschaftliche Faktoren, treten diese Unterschiede deutlich zutage. Hinzu kommt die Betrachtung des Journalismus allgemein, der in den beiden Ländern einen jeweils anderen Stellenwert besitzt und seine Aufgaben unterschiedlich wahrnimmt. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches ist der Einfluss der Vereinigten Staaten auf die Staatsbildung sowie die Wiedererschaffung der Gesellschaft in der neuen Bundesrepublik erheblich und damit auch prägend gewesen – insbesondere im Bereich der Medien, da die Vereinigten Staaten erkannt hatten, dass die Medien, vor allem Printmedien, einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Erziehung der deutschen Bevölkerung zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit haben würden.

Die Unterschiede in der Entwicklung der Presse in beiden Staaten und deren Selbstverständnis werden im Folgenden zu zeigen sein. Die wesentlichen Unterschiede liegen – wie noch zu zeigen sein wird – in der langen Tradition der freien Presse in den Vereinigten Staaten und in der relativ kurzen Periode der Pressefreiheit in der Bundesrepublik, die erst 1945 ihren Anfang nahm und seit 1949 im Grundgesetz verankert ist. Der deutschen Presse ist die Pressefreiheit durch die Aufnahme in die Verfassung verliehen worden, während sich die Presse in den Vereinigten Staaten ihre Freiheit erarbeitet hat.

Die hier vorliegende Arbeit soll, basierend auf der Darstellung der Entwicklung der deutschen Presse, Unterschiede im Bereich des investigativen Journalismus in den beiden Ländern darlegen und sich dabei an der Behandlung bestimmter Themenstellungen orientieren.

Die Darstellung der Historie der Presse soll illustrieren, unter welchen Einflüssen sich die Presse nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entwickeln konnte und ab welchem Zeitpunkt ein Vergleich der Pressesysteme in den beiden Staaten als sinnvoll erscheint.

Die Sonderform oder das Spezialgebiet des investigativen Journalismus soll auf Unterschiede, insbesondere im Umgang mit Machtinstanzen sowie hinsichtlich der Motivation, bei einer Recherchearbeit Widerstände zu überwinden, untersucht werden. Als Sonderform eignet sich der investigative Journalismus besonders für eine vergleichende Untersuchung, da investigativ recherchierte Texte die fest gefügten Regeln des journalistischen Handwerks durchbrechen und sich von der gleichförmigen Struktur anderer Nachrichtentexte unterscheiden – getragen von der Unterschiedlichkeit seiner auf harter und umfangreicher Recherche basierenden Entstehung. Viele andere Bereiche der Presse sind „handwerklich“ stark durchorganisiert, sodass Unterschiede dort nur marginal ausfallen.

So ist etwa bei einem Vergleich der Berichterstattung über eine Pressekonferenz oder eine Parlamentsdebatte – bei allen individuellen Unterschieden in der Betrachtungsweise des einzelnen Journalisten – kein signifikanter Unterschied zu erwarten, da der Aufbau und die thematische Würdigung der Neuigkeit und damit der Nachrichtentext in Berichtsform weitgehend vorgegeben sind. Zentral ist hierbei die weitgehende Abwesenheit ausgiebiger Recherche.

Anders ist dies im Bereich des investigativen Journalismus. Die Art der Darstellung und die Verarbeitung der erlangten Informationen sind hier weitgehend frei und erlauben eine entsprechende Analyse. So unterscheidet sich die investigative Praxis in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten in einigen wesentlichen Punkten voneinander. Vor allem in der Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse in der Veröffentlichung, also der Aufarbeitung der Rechercheergebnisse sowie dem Raum, der Beschuldigten zur Reaktion auf die Vorwürfe eingeräumt wird, werden die Unterschiede besonders deutlich, wie zu zeigen sein wird.

Bei dieser originär US-amerikanischen Methode zeigt sich zudem, wie sehr die Vereinigten Staaten auch in diesem Bereich der journalistischen Machtkontrolle Einfluss auf die Presse in der Bundesrepublik haben und ob beziehungsweise inwiefern sich daraus eine eigene, deutsche Form des investigativen Arbeitens entwickeln konnte.

Die im Korpus zusammengefassten und besprochenen Texte entstammen allesamt Tageszeitungen aus der Bundesrepublik Deutschland sowie den Vereinigten Staaten und alle Texte wurden entweder mit einem Pulitzer-Preis oder dem Wächterpreis der deutschen Tagespresse ausgezeichnet.

Anfang und Ende dieser Arbeit bildet je eine Fallstudie. Die Kießling-Affäre, die am Anfang dieser Arbeit steht, verdeutlicht den typischen Ablauf von Skandalen und zeigt zugleich den Einfluss der deutschen Presse als Kontroll- und damit Korrekturinstanz für staatliches Handeln. Die Aufarbeitung der Geschichte der DDR durch die Zeitung „Der Morgen“ illustriert die rasche Übernahme von Recherche- und Darstellungsformen, die typisch sind für die Presse in einem demokratischen Rechtsstaat, durch eine Zeitung aus der früheren DDR.

Hintergründe zu Arbeitsbedingungen und -voraussetzungen, den Medienlandschaften in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten, den rechtlichen Rahmenbedingungen so-

wie Definitionen bilden das Gerüst zur Untersuchung der im Korpus zusammengefassten Zeitungstexte.

Zudem findet der unterschiedliche Gebrauch von Illustrationen zu den einzelnen Texten Erwähnung, weil sich auch hier zwischen der Praxis in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik drastische Unterschiede nachweisen lassen. Ergänzt werden diese Betrachtungen durch einen Blick in die Zukunft der Medien.

Als Hintergrund dienen Abhandlungen aus den Vereinigten Staaten ebenso wie solche aus der Bundesrepublik. Orientierung zum Stand des investigativen Journalismus bietet Manfred Redelfs⁴, der in seiner Dissertation mit dem Titel „Investigative Reporting in den USA: Strukturen eines Journalismus der Machtkontrolle“ aus dem Jahr 1996 den investigativen Journalismus als eine originär US-amerikanische Form des Journalismus vorstellt. Umso lohnender scheint daher diese ergänzende Vergleichsstudie, um festzustellen, ob sich in der Bundesrepublik eine eigene Form des investigativen Journalismus findet oder das US-Vorbild schlicht kopiert wird. Zudem sei bei den Strukturfragen des investigativen Journalismus auf weitere Arbeiten Redelfs' verwiesen.

Eine eingehende Analyse der unterschiedlichen redaktionellen Voraussetzungen für investigativen Journalismus in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten bietet Lars-Marten Nagel. In seiner Studie „Bedingt ermittlungsbereit: Investigativer Journalismus in Deutschland und in den USA“, die in der Reihe „Recherche-Journalismus und kritische Medienpolitik“, herausgegeben vom nr, erschienen ist. Stellt der Autor die Ergebnisse einer vergleichenden Fallstudie vor, zu der er die redaktionellen Bedingungen investigativ arbeitender Journalisten bei je drei deutschen und drei US-amerikanischen Zeitungen unternommen hat.⁵

Ansonsten ist die Literatur zum Thema investigativer Journalismus bestenfalls in kommunikationswissenschaftlichen Studien behandelt. An Literatur für Journalisten existieren zwar Anleitungen zur Recherche und auch Lehrbücher wie das Werk von Johannes Ludwig⁶, eine Vergleichsstudie oder Studien mit kulturwissenschaftlichem Ansatz lassen sich hingegen nicht finden.

Medien bestimmen das Leben der Menschen im alltäglichen Kontakt in hohem Maße. Umso verblüffender ist dabei, dass Medien in kulturwissenschaftlichen Vergleichen bisher

⁴ Manfred Redelfs. *Investigative Reporting in den USA: Strukturen eines Journalismus der Machtkontrolle*. Studien zur Kommunikationswissenschaft Band 21. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1996.

⁵ Lars-Marten Nagel. *Bedingt ermittlungsbereit: Investigativer Journalismus in Deutschland und in den USA*. Recherche-Journalismus und kritische Medienpolitik. Herausgegeben vom Netzwerk Recherche e.V. Bd. 6. Münster: LIT, 2007.

⁶ Johannes Ludwig. *Investigativer Journalismus: Recherchestrategien – Quellen – Informanten*. Praktischer Journalismus Band 48. Konstanz: UVK, 2002.

eine eher untergeordnete Rolle spielen. Trotz aller Veränderungen – wie die Krise auf dem Print-Sektor, der Aufschwung des Internets, der Individualisierung der Informationsbeschaffung zulasten der klassischen Massenmedien – bleiben die Bedeutung und Leistung der Printmedien als Informationsquelle und Hilfe zur Meinungsbildung und damit der Orientierung ungebrochen.⁷

Die Unterschiede in einem Teilaspekt des Phänomens Massenmedien, dem investigativen Journalismus, sollen daher zeigen, was insbesondere Zeitungen zu leisten vermögen. Der Bereich des investigativen Journalismus erscheint hierzu als Vergleichsgegenstand besonders lohnend, weil dessen Leistung für die Gesellschaft aufgrund seiner ausgeprägten Kontrollfunktion besonders groß ist.

Methodisch wurden die Texte nach Themengebieten sortiert und anhand der inhaltlichen Besonderheiten analysiert. Die Ordnung nach Themen soll der Arbeit eine klare Struktur verleihen und bietet aufgrund der verwandten Themen eine sinnvolle Vergleichsgrundlage. Einer gleichförmigen Betrachtung entzieht sich der Untersuchungsgegenstand, da Inhalt und die jeweiligen journalistischen Zielsetzungen zu unterschiedlich sind.

⁷ Nach einer aktuellen Umfrage bringen die Deutschen der Tageszeitung das größte Vertrauen entgegen. „Zeitung genießt größtes Vertrauen in der Krise.“ *Straubinger Tagblatt*, 17. Januar 2009, Wirtschaft.

1. Skandal und die Presse

1.1. Die Kießling-Affäre

1.1.1. Einordnung

Anhand der Kießling-Affäre lässt sich die Dramaturgie eines Skandals besonders gut nachvollziehen (siehe Kapitel zum Wesen des Skandals), zumal die Vorfälle sehr gut dokumentiert sind und durch ihre Verbindung in den Führungskreis der Bundesrepublik auch die entsprechende überregionale Aufmerksamkeit erreicht haben. Verkompliziert wird die Affäre dadurch, dass eigentlich zwei Skandale ineinander übergehen: zunächst Vorwürfe gegen den höchstrangigen General der Bundeswehr, danach Peinlichkeiten in der Aufklärung unter Beteiligung des Verteidigungsministers.

Daher spielen viele Ebenen der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit eine Rolle. So vereint ein herausragender Führungsposten bei der Nato, wie Kießling ihn innehatte, Macht und Einfluss mit zentralen Interessen der nationalen Sicherheit, die plötzlich durch die Vorwürfe der Erpressbarkeit gegen den General zumindest indirekt als gefährdet galt.

Später entwickelte sich die Affäre weiter mit dem Richtungsschwenk vom Nato-Hauptquartier bei Brüssel auf die Bonner Hardthöhe. Ab diesem Zeitpunkt geriet die Sicherheit eher durch den unbeholfen agierenden Verteidigungsminister in Verruf als durch den zunächst beschuldigten General. Dieser wiederum rutschte von der Rolle des Verdächtigen in die des Opfers, wodurch im zweiten Teil des Skandals menschliche Betroffenheit Fragen der nationalen Sicherheit und Spielformen der Macht überlagert. Dies liegt insbesondere an der Art und Weise, wie die Anschuldigungen gegen den General in den Ermittlungen zur Schmierentragödie verkommen waren.

Aufgrund der guten Dokumentation, Tragweite und der beschriebenen Besonderheiten nimmt die Darstellung der Affäre Kießling breiteren Raum ein als die anderen Korpus-Analysen, da sich hier einige grundlegende Mechanismen zeigen lassen, die als beispielhaft für den Ablauf von Affären, beziehungsweise Skandalen, gelten können. Ebenso beispielhaft ist die Rolle der Presse, die, wie gezeigt werden wird, dazu beigetragen hat, diese Affäre ans Licht zu bringen.

Zudem spielen sich Skandale, wie die ausgewählten Beispiele zeigen, häufig nicht auf höchster politischer Ebene ab, sondern sind ein zentrales Betätigungsfeld für zumeist regiona-

le Zeitungen, die Affären vor der eigenen Haustüre nachgehen. Somit hebt sich die Kießling-Affäre auch durch den Grad der betroffenen politischen Macht ab.

Damit ist die Affäre um General Kießling zwar kein Pendant zur Enthüllung des Watergate-Skandals; die Einflussfaktoren Macht und Verschleierungsinteressen werden jedoch auch hier deutlich, zumal einige der Beteiligten den höchsten Regierungskreisen angehörten.

Die Affäre um den Nato-General Günter Kießling war einer der großen Skandale der Bundesrepublik. Nahezu zeitgleich waren die Bundesrepublik und die Regierung von der Flick-Affäre erschüttert worden. Diese Skandal-Dichte hat die Regierung Kohl, die 1982 an die Macht gekommen war, in ihren Anfangsjahren schwer belastet. Die Kießling-Affäre war dennoch eine Besonderheit: Es ging nicht um Geld oder Korruption – sobald sich die Affäre vom Fall Kießling zum Fall Wörner entwickelt hatte, ging es bestenfalls um Macht, deren Demonstration und deren Erhalt. Nicht zuletzt in der Öffentlichkeit regte sich Interesse an dem Fall, weil hier Inhaber von Machtpositionen ihr wahres Gesicht zeigten und Schmutz aufwirbelten, der weit über den politischen Raum hinaus die Sicht auf die Wahrheit vernebelte. Neben der Betrachtung dessen, was Kießling emotional zu ertragen hatte, sahen Öffentlichkeit wie Medien auch das System von Recht und Gerechtigkeit (also die moralische Integrität der Akteure) durch den Verlauf der Affäre verletzt, da durch die Ereignisabläufe die Defizite deutlich zutage getreten sind. Im Kern aber gründete der Skandal auf Gerüchten, die sich unkontrolliert verselbstständigt hatten.⁸

Besonders delikater: Der Auslöser der Affäre ist bekannt, ebenso die Umstände innerhalb der jeweiligen Strukturen, die deren Verbreitung befördert haben, nicht jedoch die ur-

⁸ Historischer Ablauf:

In die Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl fallen trotz aller politischen Erfolge, wie der Vollzug der Deutschen Einheit, auch einige Affären, resümiert der Historiker Manfred Görtemaker. Ein Betroffener war General Günter Kießling, der als stellvertretender Nato-Oberbefehlshaber in Europa die höchste Stufe erreicht hatte, die für einen deutschen General überhaupt möglich war. Er sollte 1986 in Pension gehen. Doch im September 1983 kam das Gerücht auf, der General verkehre in der Kölner Homosexuellen-Szene. Somit stellte er aus Sicht des Verteidigungsministeriums ein Sicherheitsrisiko dar, weil er aufgrund eines solchen Lebenswandels für erpressbar gehalten wurde. Kießling gab gegenüber Verteidigungsminister Manfred Wörner und Generalinspekteur Wolfgang Altenburg sein Ehrenwort, dass alle Anschuldigungen falsch seien, stimmte aber zu, schon 1984 in Pension zu gehen, um die Angelegenheit unter der Decke zu halten.

Im Zuge seiner Aussage im Untersuchungsausschuss sagte General Günter Kießling, dass zu dem Zeitpunkt, als ihm die Ermittlungen gegen ihn in der Kölner Homosexuellenszene mitgeteilt wurden, am 15. September 1983, aus seiner Sicht für Verteidigungsminister Manfred Wörner der Fall bereits „beschlossene Sache“ gewesen sei. Umso schwerer fiel es dem General, sich alleine gegen die Vorwürfe zur Wehr zu setzen.

Die Einigung lehnte jedoch der Verteidigungsstaatssekretär Joachim Hiehl mit dem Verweis auf geltende Sicherheitsbestimmungen ab. Daraufhin entließ Verteidigungsminister Manfred Wörner am 23. Dezember 1983 den General, musste ihn jedoch im März 1984 rehabilitieren, da eine Untersuchung ergeben hatte, dass die Unterstellungen falsch und die Aussage Kießlings korrekt gewesen waren. Der eigentliche Skandal bestand also nicht in einer möglichen Verfehlung des Generals Kießling, sondern im Verhalten des Verteidigungsministeriums. Minister Wörner hatte es versäumt, Kießling bis zur Klärung der Angelegenheit zu schützen.

Christine Kohl und Udo Röbel. „Kießling: Ich flehte vergeblich.“ *Kölner Express*, 28. Februar 1984, 2.

Manfred Görtemaker. *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Von der Gründung bis zur Gegenwart*. München: Beck, 1999, 709.

sprüngliche Quelle. Dabei sollte man jedoch die Aussage des investigativen Journalisten Hans Leyendecker beachten: „Bemerkenswert bei der Aufklärungsarbeit bei Skandalen ist, dass es häufig nicht nur deshalb schwer ist, die Hintergründe aufzuklären, weil die Betroffenen die Umstände geheim halten wollen, sondern auch, dass der oft vermutete Drahtzieher im Hintergrund in der Regel nicht existiert“. Leyendecker antwortete auf die Frage, ob er wieder einer „großen Verschwörung auf der Spur“ sei, dass „die großen Verschwörer nie am Werk“⁹ seien. „Es sind immer die ganz einfachen Dinge des Lebens, die zu Affären führen. Da spielen Frauen eine Rolle, da spielt Geld eine Rolle, und es spielt Korruption eine Rolle. Das Leben ist banal, oft geht es nur darum, dass jemand die Steuer nicht zahlen will.“¹⁰ So scheint auch in diesem Fall die Suche nach einem Drahtzieher im Hintergrund vergebens.

Dennoch gilt es zu betonen, dass die Rolle von SACEUR General Bernard Rogers bis heute weitgehend ungeklärt ist, hatte er sich doch schon frühzeitig abfällig über Kießling geäußert und offenbar nichts getan, um seinem in Bedrängnis geratenen Stellvertreter zur Seite zu stehen. In der Presse wird auf die Person des US-Generals immer wieder angespielt. Aber insbesondere der Abschlussbericht zu der parlamentarischen Untersuchung gibt kaum Aufschluss über die Bedeutung der Nato und deren Personal im Laufe der Affäre, abgesehen von einer deutlichen Anmerkung der Grünen, wie noch gezeigt werden wird.

Eine herausragende Bedeutung kommt im Zuge der Kießling-Affäre erwiesenermaßen der Presse zu, die sich, im Unterschied zu einigen „professionellen Ermittlern“, wie den Mitarbeitern des MAD, offenbar um ein umfassendes Bild über die Vorfälle bemüht hat. Allen voran hat sich das Boulevardblatt „Kölner Express“ des Falls angenommen und eigene, umfangreiche Ermittlungen aufgenommen, die schließlich zur Wende geführt haben. Der Reporter Udo Röbel erhielt für seine Darstellung im Jahr 1984 den Wächterpreis der deutschen Tagespresse.

So werden im Folgenden die Ereignisse um die Affäre dargelegt, im Wesentlichen rekonstruiert aus der Presseberichterstattung aus der Zeit. Memoiren sowie der Abschlussbericht über die parlamentarische Auseinandersetzung dienen als weitere Belege und erlauben dabei zu ermessen, welche Ermittlungsarbeit insbesondere die Presse zu leisten hatte.

Sobald die Affäre öffentlich geworden war, berichteten die Medien in der Bundesrepublik breit darüber. Da es nicht um eine historisch lückenlose Darstellung von Ereignisabläufen im eigentlichen Sinne gehen soll, werden vor allem Leitmedien herangezogen sowie einige

⁹ Herlinde Koelbl. *Die Meute: Macht und Ohnmacht der Medien*. München: Knesebeck, 2001, 187.

¹⁰ Koelbl, 187.

Zeitungen und Zeitschriften, die sich durch besondere Berichterstattung in Umfang, Neuigkeitswert, Hintergrundwissen und eigene Recherchearbeit hervorragen haben.

1.1.2. Journalistische Aufarbeitung

Eine Affäre nimmt ihren Lauf

Der Journalist und „Zeit“-Autor Thomas Ramge fasst in seiner Abhandlung über die großen politischen Skandale den Fall Kießling zusammen. Ramge geht davon aus, dass die Affäre aufgrund der Anmaßungen des Regierungsdirektors Artur Waldmann begann, der seine eigene Karriere innerhalb des Ministeriums befördern wollte und die Untersuchungen über General Günter Kießling ins Rollen brachte. Demnach habe die Affäre mit einer „Plauderei“ im Juli 1983 zwischen Waldmann und dem stellvertretenden Personalratsvorsitzenden des Verteidigungsministeriums, Werner Karrasch, begonnen. Karrasch gab Waldmann einen Hinweis zu Gerüchten über die Homosexualität Kießlings. Strafbar war Homosexualität in der Bundeswehr der 80er-Jahre nicht mehr, als abnormes Verhalten galt sie dennoch, das es geheim zu halten galt, wodurch der Betroffene – nach Ansicht einiger Entscheidungsträger – erpressbar wurde. Karrasch gründete seinen Verdacht darauf, dass Kießling angeblich Händchen haltend mit einem Oberst der Bundeswehr gesehen worden sei.¹¹

Die Ermittlung

Von dieser „Plauderei“ ausgehend, wies Waldmann den MAD an, Ermittlungen gegen den General aufzunehmen.¹² Diese Version, wonach dieses Gespräch Auslöser dafür war, dass aus Gerüchten eine Affäre wurde, stützt auch Kießling selbst.¹³ Da die Rede davon war, Kießling verkehre in Kneipen der homosexuellen Szene in Köln, fragte der MAD zunächst auf dem „kleinen Dienstweg“ bei der Kölner Kriminalpolizei an, ob der General in der Szene bekannt sei. Die Polizei zeigte ein Foto Kießlings in einigen Gaststätten herum und tatsächlich wollten manche den General als „Günter von der Bundeswehr“ erkannt haben. Dieses Erkenntnis leitete die Kripo an den MAD weiter.¹⁴ Damit begann eine eigene MAD-Ermittlung, die immer wieder mit Begriffen wie „schlampig“ oder „dilettantisch“ bezeichnet wird.¹⁵

¹¹ Thomas Ramge. *Die großen Polit-Skandale: Eine andere Geschichte der Bundesrepublik*. Frankfurt: Campus, 2003, 180.

¹² Ramge. *Die großen Polit-Skandale: Eine andere Geschichte der Bundesrepublik*, 181 f.

¹³ Günter Kießling. *Versäumter Widerspruch*. Mainz: v. Hase und Koehler, 1993, 416.

¹⁴ Ramge. *Die großen Polit-Skandale: Eine andere Geschichte der Bundesrepublik*, 181 f.

¹⁵ „Ein Abgrund von Sumpf hat sich aufgetan.“ *Der Spiegel*, 23. Januar 1984, 15-27.

Ohne die ursprüngliche Quelle der Gerüchte um Kießling benennen zu können, sieht der „Zeit“-Autor Rolf Zundel das informelle Gespräch zwischen Ministerialrat Werner Karrasch und Regierungsdirektor Artur Waldmann

Da vereinbart worden war, die Vorfälle aufzuklären, zog sich Kießling zu einer Operation in ein Münchner Krankenhaus zurück.¹⁶ Doch anstatt die Angelegenheit aufzuklären, ermittelte der MAD weiter, mit dem Ziel, weiteres belastendes Material gegen den General zu sammeln. So legte MAD-Chef Helmut Berendt einen weiteren Bericht beim Verteidigungsministerium vor, in dem er die vagen Verdachtsmomente wiederholte.¹⁷

Später offenbarten sich Widersprüche innerhalb des MAD, insbesondere über die Erwähnung einer Ermittlung des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen, das an den Ermittlungen definitiv nicht beteiligt war.

„Dieser Bericht [gemeint ist der MAD-Abschlussbericht] also ein auf zwei überaus dürftigen Angaben – das Gerede des Ministerialrats Karrasch und die Nebenbei-Recherche eines Mordfahnders – aufgebautes Akten-Monstrum, ist die Entscheidungsvorlage des Ministers. Gelesen hat der Minister die Akte nicht, ihm wurde mündlich vorgetragen.“¹⁸ Zum Teil entlastet der Autor den Minister, der sich durchaus auf die Berichte seiner Verwaltung verlassen können muss. Doch hätte er angesichts der Vorwürfe und der betroffenen Person wohl an-

als Ausgangspunkt der weiteren Entwicklung an. Im Rahmen dieser Plauderei hatte Karrasch erwähnt, „Kießling werde von Rogers nicht mehr empfangen, er sei händchenhaltend gesehen worden, er habe wegen homosexueller Neigungen dienstliche Schwierigkeiten bekommen.“ Unter Quellenschutz verfasste Waldmann darüber einen Aktenvermerk – dadurch wurden die Gerüchte aktenkundig.

Für Waldmann, den „höchststrangige[n] Zivilbeamte[n] im Abwehrbereich“ stellte das Gerücht, sollte es sich als real erweisen, ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar, da Kießling nun, bemüht um Geheimhaltung, erpressbar sei. Der damalige MAD-Chef, Admiral Elmar Schmähling, ist anderer Auffassung. Die „Akte wird in den Panzerschrank gelegt. Das Gerücht scheint wieder unter Kontrolle.“ Die Umstände jedoch wollen es, dass die Akte wieder zutage kommt, die Ermittlungen gehen weiter.

Rolf Zundel. „Der Weg eines Gerüchts.“ *Die Zeit*, 24. Februar 1984, 3.

Insbesondere der MAD-Bericht beinhaltete unzulässige Interpretationen unzureichender Ermittlungen sowie schlichte Lügen. Mit den Vorwürfen konfrontiert, gab Kießling sein „Ehrenwort“ (als dieser Begriff noch nicht „durch die Barschel-Affäre diskreditiert“ war) und versicherte die Haltlosigkeit der Vorwürfe. Da Kießling ohnehin vorzeitig in den Ruhestand treten wollte, stimmte er aber einem entsprechend früheren Termin zu.

Ramge. *Die großen Polit-Skandale*, 182 f.

¹⁶ Ramge. *Die großen Polit-Skandale*, 185.

¹⁷ Ramge. „Irgendwas mit ü.“ *Die Zeit*, 23. Oktober 2003, 80.

Die MAD-Anfrage bei der Kölner Kriminalpolizei auf dem kleinen Dienstweg wird dort nur für den „ersten Takt“ einer größeren Ermittlung gehalten. Der MAD wiederum interpretiert die bloße Aussage, dass der auf dem Fahndungsfoto abgebildete Mann [Kießling] grundsätzlich in der Szene bekannt sei, als Ermittlung im eigentlichen Sinne und interpretiert diese Ergebnisse in weiteren Berichten. „Aus einer nebenbei betriebenen und ungenau wiedergegebenen Recherche, die viele Fragen offen läßt (wie zum Beispiel solle es dem General möglich sein, zwei oder drei Tage hintereinander in dem Lokal zu verkehren?), wird eine amtliche Feststellung. Das Gerücht ist nun ein schwerer Verdacht.“

Wieder scheint die sich anbahnende Affäre unter Kontrolle, als sich Wörner und Kießling auf dessen frühzeitigen Eintritt in den Ruhestand einigen. Ein letzter Anschlussbericht gerät wiederum in die Kießling-Akte, in dem steht, es „steht einwandfrei fest, daß Dr. K. [Kießling] homosexuell veranlagt ist“. Offenbar hatte die Wochenzeitung „Die Zeit“ Gelegenheit zur Akteneinsicht, denn der Autor berichtet von einem „merkwürdigen Blatt“ mit der Notiz: „Nur Mut Kameraden und raus mit der Sprache! Wir leben von vertraulichen Hinweisen.“ Die Bedeutung dieser Sätze ist unklar. Zur Untermauerung einer Verschwörungstheorie taugen sie nicht.

Nun wiederum ist es Staatssekretär Joachim Hiehle, der auf einer Prüfung der Vorfälle besteht, der zwar erkennt, dass die bisherigen Berichte unzureichend sind, jedoch das latente Ermittlungsergebnis selbst als gegeben ansieht.

¹⁸ Zundel, 3.

ders handeln müssen. Das führte dazu, dass nun „[d]er zweite Teil der Affäre Kießling, die Affäre Wörner beginnt“. Denn: „Ein Gerücht, das alle Barrieren von Verfahrensregeln und Vorschriften durchschlagen, gesunden Menschenverstand, politische Klugheit und persönliche Loyalität glatt passiert hat, ereilt sein Opfer.“ Doch das Opfer setzte sich zur Wehr.¹⁹ Schon bald kamen Zweifel an den Ermittlungen auf und es wurde von einem angeblichen Doppelgänger Kießlings berichtet.

Über die Affäre Kießling hat auch der „Kölner Express“ in mehreren Beiträgen berichtet. Insbesondere der Autor Udo Röbel hat sich mit dem Fall befasst und für seine Berichterstattung auch den Wächterpreis der deutschen Tagespresse (Näheres zum Wächterpreis siehe im Kapitel „Textkorpus“) erhalten, da er das aufdeckte, was wirklich hinter den offiziellen Ermittlungen gesteckt hatte. Von allen Artikeln, die der „Kölner Express“ zu der Affäre veröffentlichte, war der Beitrag vom 13. Januar 1984 für die Aufklärung und Berichterstattung im Fall Kießling und die Verleihung des Preises ausschlaggebend, da er die Wende brachte.²⁰ Der Beitrag offenbarte die fehlerhafte Ermittlungsarbeit, beendete die „Affäre Kießling“ und leitete die „Affäre Wörner“ ein.

„Express“-Reporter deckten auf, dass die Meldungen, General Günter Kießling verkehre in Homosexuellen-Kneipen, auf einem Doppelgänger des Generals beruhten, dem sowohl Kripo und MAD als auch das Verteidigungsministerium auf den Leim gegangen waren.

Daher lautete eine zweite Schlagzeile im Zusammenhang mit der Kießling-Berichterstattung auf Seite 1 bereits „Stürzt Wörner?“. Denn gemäß den Express-Recherchen hatte sich gezeigt, dass die Personen, die den General auf Fotos wiedererkannt haben wollten, eigentlich jemand anders gemeint hatten. Dieser Mann hieß nicht Günter, sondern Jürgen, und er war kein General, sondern Wachmann, der in diesen Lokalen verkehrte, um „Cola und Steinhäger“ zu trinken.²¹

In einem zusätzlichen Beitrag stellt der „Kölner Express“ auf Seite 2, die fast vollständig der Kießling- Affäre gewidmet ist, bereits Franz Josef Strauß als möglichen Nachfolger für Verteidigungsminister Manfred Wörner vor und in einem nebenstehenden kleinen Kom-

¹⁹ Zundel, 3.

²⁰ Udo Röbel. Brief an den Autor. 15. November 2006.

Der Brief an den Verfasser dieser Arbeit trägt als Absender den Namen des Journalisten, im Auftrag unterzeichnet ist er von einem seiner Mitarbeiter, Horst Struck.

²¹ Röbel. „Express enthüllt: General: Es war ein Doppelgänger.“ *Kölner Express*, 13. Januar 1984, 1,2.

Röbel, Joachim Brücher und Walter Schiestel. „General‘ vor 3 Tagen an der Theke.“ *Kölner Express*, 13. Januar 1984, 2.

Christine Kohl. „Stürzt Wörner?“ *Kölner Express*, 13. Januar 1984, 1.

mentar meint der Autor: „Kießling hat einen Doppelgänger. Wörner braucht einen Nachfolger.“²²

Trotz aller Verdrehungen der realen Umstände der Ermittlung sowie deren Ergebnisse folgte Wörner der ihm aus den Akten vorliegenden Darstellung. Kießling sollte an Weihnachten 1983 in Zivil seine Entlassungsurkunde aus den Händen von Staatssekretär Joachim Hiehl entgegennehmen und am 31. Dezember 1983 in den Ruhestand treten. Um sich gegen die Vorwürfe zur Wehr zu setzen, beantragte Kießling ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst.²³ Dadurch ist es unter anderem möglich, all jene als Zeugen vernehmen zu können, die mit den Behauptungen begonnen hatten.

Aus den Darstellungen des „Spiegel“ über den Vorgang geht hervor, welche eigenwilligen Ermittlungsstil Entscheidungsträger folgten, dem der General schließlich zum Opfer gefallen ist. Das Nachrichtenmagazin berichtete in mehreren aufeinander folgenden Ausgaben über die Kießling- bzw. Wörner-Affäre, in einigen Ausgaben sogar als Titelgeschichte. Dabei deckte der „Spiegel“ skandalöse Zustände innerhalb des Verteidigungsministeriums und insbesondere innerhalb des MAD auf. Mehrfach ist in diesem Zusammenhang von „Schlamperei und Inkompetenz“ die Rede.²⁴ In dem Beitrag werden Vorwürfe formuliert, wonach Verteidigungsminister Manfred Wörner sein Ressort, insbesondere den MAD, nicht im Griff habe. Die Arbeitsweise des MAD wird als stümperhafte Pseudo-Geheimdienstarbeit dargestellt, die den Anforderungen an einen Geheimdienst in keiner Weise entspricht. So seien Ermittlungen schlampig durchgeführt und vorschnelle Schlüsse gezogen worden, die auch Verteidigungsminister Manfred Wörner nicht weiter kritisch hinterfragt habe.

Auch die Warnungen eines seiner Amtsvorgänger, des damaligen CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, verhallten. Dieser hatte selbst die Erfahrung gemacht, dass Erkenntnisse des MAD „auf dem Behördenweg nach oben verzerrt und zugespitzt worden seien; `und zum Schluss, als man nachfragte, war da nichts.“²⁵

²² „Strauß wartet schon.“ *Kölner Express*, 13. Januar 1984, 2.

„Wir meinen: Nachfolger gesucht.“ *Kölner Express*, 13. Januar 1984, 2.

²³ Ramge. *Die großen Polit-Skandale*, 185 f.

²⁴ „Ein Abgrund von Sumpf hat sich aufgetan.“ *Der Spiegel*, 23. Januar 1984, 15-27, 17.

²⁵ „Ein Abgrund von Sumpf hat sich aufgetan“, 15.

General Rogers, die Nato und die Person Kießling

Bald schon wurde auch gemutmaßt, das gespannte Verhältnis Kießlings zum Nato-Oberbefehlshaber Europa, General Bernard Rogers, habe die Affäre befördert. Mit Rogers hatte sich Kießling nie gut verstanden und hatte um den Posten des Generalinspektors gebeten. Doch Wörner hatte sich für Wolfgang Altenburg entschieden. Im Nato-Hauptquartier meldete sich Kießling immer häufiger krank. Selbst Rogers hatte um die Ablösung seines Stellvertreters gebeten und Kießling bei Entscheidungen schließlich übergangen.

Es waren laut „Spiegel“ sogar die Amerikaner, die auf die Überprüfung Kießlings durch den MAD drängten, da sie Hinweise auf eine „außergewöhnliche Lebensführung“ hätten. Der Verdacht der Homosexualität blieb noch unausgesprochen.²⁶ Das Parlament konnte die Verwicklung der Nato und Rogers' ebenfalls nicht erhellen. So heißt es im Minderheitenbericht der Fraktion der Grünen an einer der wenigen Stellen, an denen auf die Situation in Brüssel Bezug genommen wird, dass der erhebliche Dissens zwischen Kießling und Rogers durchaus Einfluss auf den Gang der Affäre hätte haben können. „Eine Reihe von Indizien spricht dafür, daß Nato-relevante Fragen entscheidend zur Entstehung und Entwicklung der Affäre beigetragen haben.“²⁷

Kießling war sich selbst bewusst, dass viele der Umstände des Skandals bekannt geworden sind. Auch der Ermittlungsausschuss und dessen Schlussbericht konnten nicht die ganze Wahrheit ans Licht bringen. Die eigentlichen Hintergründe sind auch ihm nicht bekannt: „Ich habe Zweifel, ob ich die volle Wahrheit dessen, was hinter dem Skandal steckt, noch erfahren werde, aber ich bin gewiss, daß sie eines Tages offenkundig wird.“²⁸

²⁶ „Bundeswehr: Wer mit wem: Verteidigungsminister Manfred Wörner hat Pech mit seinen Untergebenen. Gleich zwei hohe Generale sorgten im neuen Jahr für Schlagzeilen.“ *Der Spiegel*, 9. Januar 1984, 30-31.

²⁷ „Bereits geraume Zeit vor dem Dienstantritt von General Dr. Kießling als Stellvertreter des Obersten Alliierten Befehlshabers in Europa machten im Nato-Hauptquartier Gerüchte über eine homosexuelle Veranlagung die Runde. Deutsche Offiziere bei SHAPE haben beurkundet, zwischen Nato-Oberbefehlshaber General Rogers und General Dr. Kießling sei eine sinnvolle Zusammenarbeit nie zustande gekommen. Inwieweit General Rogers zur Entstehung solcher Gerüchte beigetragen hat, ist vom Untersuchungsausschuss nicht aufgeklärt worden.“ Entsprechende Akten seien als geheim eingestuft und seien für die Ermittlung nicht zur Verfügung gestanden.

Weiter heißt es: „Diese Akten, in denen Äußerungen dokumentiert sein sollen, die General Rogers in primitiver und grober Sprache über General Dr. Kießling schon vor dessen Amtsantritt getan haben soll“, wurden kurz vor Einsichtnahme der Grünen zurückgezogen. Die Nato-Verwicklungen sowie die Rolle von General Rogers spielen im Abschlussbericht der Affäre des Deutschen Bundestages kaum eine Rolle. Kießling schrieb dazu in seinen Memoiren, dass die Untersuchungen so gelenkt worden seien, dass Nato-Interessen unberührt blieben. Der Abschlussbericht des Kießling-Untersuchungsausschusses förderte zutage, dass tatsächlich das Gespräch Waldmann-Karrasch Auslöser des Skandals gewesen ist. Doch stellt Kießling fest, dass der Ausschuss offenbar unter „der Auflage“ litt, dass „NATO-Interessen nicht berührt werden dürften. Die seitens der Hardthöhe erteilten Aussagegenehmigungen enthielten solche Beschränkungen.“

Carsten Germis. *Parlamentarische Untersuchungsausschüsse und politischer Skandal: Dargestellt am Beispiel des Deutschen Bundestages*. Frankfurt/Main: Haag und Herchen, 1988, 40 f.

Kießling, *Versäumter Widerspruch*, 445, 449.

²⁸ Kießling, *Versäumter Widerspruch*, 445, 449.

Stets im Unklaren bleibt die Rolle der Vereinigten Staaten, insbesondere die von SA-CEUR Bernard Rogers. Dessen Stellung im Brüsseler Nato-Verwaltungsapparat war unangefochten. Er habe Wörner gegenüber in keinem Gespräch die Ablösung Kießlings verlangt. Auch die CIA habe die Ablösung des deutschen Generals nicht betrieben. Die „Bild“-Zeitung berichtet, dass Rogers das Verhalten seines Vizes als „untragbar“ bezeichnet habe.²⁹

General Rogers wies alle Gerüchte zurück, er habe die Ablösung Kießlings vorangetrieben, Hinweise gegeben, oder sich in irgendeiner Form an den Ermittlungen beteiligt. Er sei lediglich „von einem hochrangigen Vertreter des Bonner Verteidigungsministeriums“ am 21. September über die Abberufung seines Stellvertreters informiert worden.³⁰

Eine klare Einordnung des Auslösers der Affäre ist indessen an keiner Stelle deutlich auszumachen. In zwei Beiträgen zu relativ frühen Zeitpunkten im Laufe beziehungsweise kurz nach der Affäre bietet die „Zeit“ tiefgreifende Analysen der Vorgänge, mit weitreichenden Einordnungen und offenbar hohem Detailwissen auch über Akten, die im Zuge der Affäre eine Rolle spielten. Im Gegensatz zu zahlreichen Vorwürfen etwa in der „Spiegel“-Berichterstattung bemüht sich die Zeit um ein differenzierteres Bild der Situation, auch in Bezug auf die heftig kritisierten Ermittlungsmethoden des MAD.³¹

²⁹ Wolfgang Kenntemich und Richard Voelkel. „Homosexualität? Hoher deutscher General gestürzt.“ *Bild*, 6. Januar 1984, 1 und 3.

Kießling habe sich im Jahr seiner Entlassung immer öfter krank gemeldet. Der Grund dieser Krankmeldungen soll weniger im Gesundheitszustand des Generals gelegen haben, sondern in „Reibereien“ zwischen Kießling und dem „als raubeinig und ruppig geltenden amerikanischen Nato-Oberbefehlshaber“ General Bernard Rogers. „Es sei nie eine Basis für gedeihliche Zusammenarbeit mit dem US-General entstanden, hieß es.“ Insbesondere habe Rogers Kießling dadurch weitgehend von der tatsächlichen militärischen Führungsarbeit ferngehalten, indem er seinem Vize außer der Repräsentation Aufgaben übertragen hat, „die den 58jährigen [Kießling] offenbar nicht befriedigt haben. Der Panzer-General sollte sich um Marinefragen kümmern, ferner um die Unterstützung der Kampftruppen sowie die Unterstützung, die die europäischen Nationen den US-Truppen gewähren sollten.“ Mit diesem Beitrag begann damals die Affäre, da erstmals von den Ereignissen im Nato-Hauptquartier und auf der Hardthöhe berichtet wurde.

Alexander Szandar. „Wörner entläßt General Kießling: Stellvertretender Nato-Oberbefehlshaber vorzeitig in den Ruhestand versetzt.“ *SZ*, 5./6. Januar 1984, 1.

Kießling. *Versäumter Widerspruch*, 425.

³⁰ „Wörner begründet Kießlings Entlassung: Verteidigungsminister bestätigt erstmals Vorwurf der Homosexualität/SPD bezweifelt Begründung: Der General bestreitet die ihm von Unbekannten unterstellten Besuche in Lokalen der Kölner Szene.“ *SZ*, 13. Januar 1984, 1,2.

³¹ Dabei war Kießling ein leichtes Opfer für Intrigen. Kießling legte eine Bilderbuchkarriere hin. Doch er war ledig und „galt [. . .] nie als besonders talentiert in der Menschenführung. Er wird als introvertierter Einzelgänger geschildert, der Menschen schnell vor den Kopf stößt.“ Sein Junggesellenleben stellte „innerhalb der geschlossenen Welt der Bundeswehr“ eine Besonderheit dar. Entgegen der offenbar generalstypischen Lebensführung, hielt Kießling nicht viel von elitären Golfplatztreffen und widmete sich lieber in seiner Bibliothek den Studien.

Bereits die Illustration des Beitrags „Der Weg eines Gerüchts“ offenbart den Inhalt des Artikels. Zu sehen ist ein Bild des Verteidigungsministeriums, mit einer bedrohlich daraus ragenden, alles an sich ziehenden Schlange, mit diabolischem, züngelndem Beamtenkopf, „frei nach A. Paul Weber, ‚Das Gerücht‘ (1953).“ Dies soll zeigen, welch ein Gerüchtemoloch in der Militärverwaltung herrschte, in dem Abwegigkeiten plötzlich zu aktenkundigen Vorgängen und damit zu Affären werden.

Zundel, 3.

1.2. Politische Folgen und Konsequenzen

Nach und nach wurde die Affäre zu einem politischen Skandal. „Unvermeidbar geriet ich zwischen die Mühlsteine der Parteipolitik.“³² So nutzte die Opposition die Chance zum Angriff auf die Regierung, die sie wegen des Verhaltens des Verteidigungsministers und des langen Zögerns des Bundeskanzlers zur Verantwortung ziehen wollte. „Aus den Reihen der Regierungsparteien rührte sich für mich keine Hand“, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Keiner der Abgeordneten, die sich in den parlamentarischen Debatten zu Wort meldeten, hatte mit ihm gesprochen, „um sich aus erster Hand zu informieren. Die meisten Journalisten haben diese Chance genutzt.“³³

Am 2. Februar 1984 stellte die SPD-Fraktion den Antrag auf einen Bericht des Bundeskanzlers über die „Entscheidung in der Angelegenheit des Bundesministers der Verteidigung.“ Dazu folgten die Berichterstattung und die Aussprache im Plenum in der 52. Sitzung des 10. Deutschen Bundestages am 8. Februar 1984.

Im Zuge dieser Aussprache am 8. Februar 1984 stellte sich Bundeskanzler Helmut Kohl hinter Verteidigungsminister Wörner und erklärte, er werde dessen Rücktrittsangebot nicht annehmen. Zugleich entschied Kohl, dass Kießling zu rehabilitieren sei.

Außerdem wurde spekuliert, Kohl wolle Wörner nicht fallen lassen, um die Rückkehr von Franz Josef Strauß als neuer Verteidigungsminister zu verhindern, weil der sich bereits entsprechend positioniert hatte. Der ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) merkte dazu an, dass im Falle eines Rücktritts Wörners „jemand aus der bayerischen Landeshauptstadt zu kommen droht, der die regierenden Bonner Kreise stören könnte.“³⁴

Nach anfänglicher Stabilisierung der Position von Verteidigungsminister Manfred Wörner litt sein Ansehen erheblich darunter, dass er „an der Anhörung eines homosexuellen Schweizer Journalisten teilgenommen hat.“ Zwar äußerte sich kein Mitglied der Regierung zu der Affäre, doch sei „Unbehagen darüber zu erkennen, daß Wörner bisher offenbar nicht

³² Kießling. *Versäumter Widerspruch*, 438 f.

³³ Kießling. *Versäumter Widerspruch*, 438 f.

³⁴ Deutscher Bundestag. *Diskussionen und Feststellungen des Deutschen Bundestages in Sachen Kießling*. Zur Sache 2/84. Speyer: Klambt, 1984, 12 f., 22 f., 32.

Franz Josef Strauß bezeichnet die Kießling-Affäre als eines „der skandalösesten Vorkommnisse seit dem Regierungswechsel von 1982.“ Hart geht Strauß mit Verteidigungsminister Wörner und Bundeskanzler Kohl ins Gericht. Wörner wirft er vor, sich auf „dubioseste Agentenberichte aus der Halbwelt“ verlassen zu haben und Zeugen befragt zu haben, deren Leumund schlechter kaum sein konnte. Strauß kritisiert insbesondere den Besuch des „schillernden, einschlägig bekannten ‚Schriftstellers‘ aus dem Homosexuellen-Milieu aus der Schweiz, Alexander Ziegler, der durch seine folgenden Pressedarstellungen Wörner völlig der Lächerlichkeit preisgegeben hat. Dadurch sei, nach der Auffassung von Strauß, Wörner „ein geschwächter Mann, ein Minister ohne Gewicht und Einfluß“ geworden.

Franz Josef Strauß. *Die Erinnerungen*. Berlin: Siedler, 1989, 512 f. sowie: „Wörner – ‚der Lächerlichkeit preisgegeben.“ *Der Spiegel*, 30. Januar 1984, 17-26.

über schlüssige Beweise für die Verwicklungen des in den Ruhestand versetzten Generals in eine Kölner Szenerie in der Weise verfügte, daß ein Sicherheitsrisiko zweifelsfrei erwiesen sei.“ So liege der Verdacht nahe, dass Wörner versucht haben könnte, die Affäre doch noch entsprechend der zweifelhaften Untersuchungsergebnisse zu wenden. Insbesondere hat die Beteiligung von Staatssekretär Schreckenberger, Chef des Bundeskanzleramtes, offenbar Verwunderung ausgelöst, weil damit Bundeskanzler Helmut Kohl indirekt an den Ereignissen beteiligt sei.³⁵

Auch bei Gesprächen Wörners mit weiteren „Zeugen“ aus dem Schwulen-Milieu, über die Kohl ebenfalls durch seinen Staatssekretär informiert gewesen war, tat dieser nichts. Da die Rufe nach einem Rücktritt auch aus den eigenen Reihen immer lauter wurden, berief Wörner eine Kommission unter dem Vorsitz des ehemaligen Bundesinnenministers Hermann Höcherl³⁶ (CSU) ein. Dem Kanzler wurde (auch in den parlamentarischen Debatten) vorgeworfen, er habe die Krise nicht gelöst. Doch blieb der Vorwurf bestehen, Wörner begehe „Fehler auf Fehler“ und lasse „einen Fall zur Affäre und die Affäre zum Skandal wachsen.“³⁷

Die Einvernahme der mutmaßlichen Belastungszeugen gegen Kießling geriet immer mehr zu einer tragischen Schmierenkomödie, getragen vom irrationalen Belastungseifer des Ministers und des MAD. Entgegen der Überzeugung Wörners, dass die Truppe hinter ihm stehe, regte sich zunehmend Widerspruch im Militär. Die 30 ranghöchsten Generäle der Bundeswehr verwahrten sich gegen die Darstellung Wörners. Den Entwurf einer Erklärung an die Öffentlichkeit formulierten die Generäle in einigen Punkten um, was nach „dem Ehrenkodex der Bundeswehr [. . .] schon fast ein Aufstand“ war. In der Folge nahm auch die Kritik an der politischen Führung des Militärs zu. Immer lauter wurden die Rufe nach Aufklärung. So klagte ein General: „Wir können nicht tolerieren, was da mit einem Kameraden getrieben wurde

³⁵ „In der Bundesregierung wächst die Sorge über die Auswirkung der Generalsaffäre.“ *FAZ*, 26. Januar 1984, 1. Ziegler berichtete später sogar, der Adjutant des Ministers, Oberst Klaus Reinhardt, habe ihn flehentlich um den Besuch gebeten, „weil es nun nicht mehr nur um den Kopf von Herrn Wörner, sondern um die ganze Bundesregierung ginge und ich [Ziegler] aufgrund meiner Aussage in der Lage sei, zu verhindern, daß unter Umständen Herr Strauß nach Bonn käme und Herr Zimmermann Verteidigungsminister wird.“

Empört zeigt sich Strauß auch darüber, dass Kießling nach seiner Rehabilitierung mit einem Zapfenstreich in Anwesenheit Wörners verabschiedet worden war. Strauß resümiert: „Ein Verteidigungsminister, der sämtliche Ehrengelüste verletzt, das Offizierskorps beleidigt, Generale demütigt, sich dazu noch widerlichster Kronzeugen bedient, wäre in jedem anderen demokratischen Land keinen Tag länger im Amt geblieben. Alle Koalitionsparteien in Bonn, auch die CSU, waren hier viel zu tolerant und nachsichtig.“

Durch sein Einmischen in laufende Ermittlungen habe sich Wörner gemäß der Interpretation des „Spiegel“ der Lächerlichkeit preisgegeben. Auch Bundeskanzler Helmut Kohl hielt seinen Minister auf Abwegen nicht zurück, obwohl sein Staatssekretär Waldemar Schreckenberger bei den Verhandlungen und Aktionen dabei war und an Kohl Bericht erstattete. Denn als Wörners Kronzeuge Alexander Ziegler kurz nach dem Gespräch mit dem Minister Wörner total blamiert war, schien dessen Rücktritt „bestenfalls eine Frage von Tagen zu sein.“ Strauß, 512 f.

„Wörner – ‚der Lächerlichkeit preisgegeben‘“, 17 f.

³⁶ Siehe dazu auch: „Höcherl leitet die Kommission zur Untersuchung des MAD.“ *FAZ*, 26. Januar 1984, 2.

³⁷ „Wörner – ‚der Lächerlichkeit preisgegeben‘“, 19 f.

– wollen aber auch nicht dem Minister in den Rücken fallen, von dem wir uns so viel versprochen haben.“³⁸

In der „Zeit“ beleuchtet Marion Gräfin von Dönhoff die Affäre unter dem Aspekt der moralischen Verantwortung der Politik. Dabei kontrastiert sie insbesondere das Amtsverständnis in Deutschland mit dem in Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Sie wirft Wörner vor, während der Affäre leichtfertig „die Reputation eines der drei ranghöchsten Generale ruiniert [. . .] [zu haben], ohne Beweise in der Hand zu haben“, gestützt auf die Aussagen dubioser Zeugen. Dies sei Zeugnis einer „moralischen Unbekümmertheit“, mit der die Politik ihr Vertrauen in der Öffentlichkeit verspiele.³⁹

Dieses Vorgehen belege eine „zutage getretene Nichtachtung dem jeweiligen Amt gegenüber“ als Auswuchs einer Nichtachtung der politischen Moral, eine Haltung, die sich grundsätzlich von der Amtsauffassung etwa in England oder den Vereinigten Staaten unterscheidet. „To serve the country – dem Lande zu dienen, das steht [in England und den Vereinigten Staaten] über allem anderen, da verlassen die Leute dreifach so hoch dotierte Stellen, um dieser Ehre teilhaftig zu werden. Bei uns führen sich viele so auf, als seien die Ämter ihr Privatbesitz, als seien sie niemandem Rechenschaft schuldig; sie denken nur an Karriere und an ihren Job, die Quelle der Macht und des angenehmen Auskommens. An das Ganze denken nur mehr wenige.“⁴⁰

Dönhoff leitet die Verpflichtung zu Moral und die Verantwortung gegenüber dem Amt vom Selbstverständnis der Amtsinhaber her. Dabei sei die Bundesrepublik des Jahres 1984 ein „Staat ohne Identität und ohne Hauptstadt, in dem Tradition – die allein dem Gemeinwesen Halt bietet – sich erst bilden muß.“ Daher sei die „Integrität von Administration und Bürokratie“ auch wichtiger als in anderen Ländern. Das Festhalten an Verteidigungsminister Wörner empfänden viele daher „schlicht als Beleidigung“, da dieser Zustand „auch noch als Sieg betrachtet“ wurde.⁴¹

Als schlimmste Folge der Affäre sieht Dönhoff den Vertrauensverlust in das demokratische System. In der konstitutionellen Monarchie Großbritanniens sowie in den Vereinigten

³⁸ Kießling. *Versäumter Widerspruch*, 432. und: „Wörner – ‚der Lächerlichkeit preisgegeben‘“, 25.

Bundeskanzler Kohl, der inzwischen auf Staatsbesuch in Israel weilte, tat auch nichts, um die Affäre zu beenden. Telefonisch stimmte er einem Vorschlag Wörners zu, mit dem die Affäre beendet werden sollte. So sollte Kießling eingestehen, dass der Minister nicht anders handeln könne, dafür sollte er rehabilitiert werden. Mit diesem Deal sollte es möglich sein, den Minister noch im Amt zu halten. Doch nach Auskunft von Kießlings Anwalt Konrad Redeker habe weder er noch sein Mandant ein solches Angebot je erhalten.

Von München aus agitierte Franz Josef Strauß gegen die Regierung. Hätte er das Amt des Verteidigungsministers erhalten, hätte er sich stark genug gefühlt, die von Krisen geschwächte Regierung zu dominieren.

„Wörner – ‚der Lächerlichkeit preisgegeben‘“, 26.

³⁹ Marion Gräfin von Dönhoff. „Hokuspokus – alles wieder wie es war.“ *Die Zeit*, 10. Februar 1984, 1.

⁴⁰ Dönhoff, 1.

⁴¹ Dönhoff, 1.

Staaten „wo der Präsident dank der Verfassung ja so etwas wie ein gewählter Monarch ist, gibt es wenigstens ‚Geländer‘, die einen gelegentlichen Halt bieten.“ Damit meint Dönhoff das Amtsverständnis, die Interpretation, durch ein Amt seinem Land zu dienen sowie die rigorosen Konsequenzen im Falle von Verfehlungen.⁴²

Gerade in der Bundesrepublik jedoch, wo es „keine Personifizierung einstiger Größe, keine verehrungswürdige Institution gibt, sondern nur funktionelle Ämter“, dürfe den Amtsinhabern nichts zugestanden werden, was über deren pflichtgemäße Dienstleistung hinausgeht.

Dabei komme im Sinne der Kontrolle der staatlichen Institutionen der Presse eine besondere Rolle zu, auch wenn diese nicht durch demokratische Wahlen bestimmt worden ist. Doch sei die Presse von sich aus der Verantwortung verpflichtet, sorgsam zu recherchieren, „denn sie muß den Bürger – also den Wähler – informieren und damit die Möglichkeit zur Kontrolle bieten.“⁴³

Damit definiert Dönhoff die Rolle der Presse in der Bundesrepublik, wo die Presse so wie in den Vereinigten Staaten die Kontrollinstanz für die Regierung sei soll. Dönhoff analysiert das Amtsverständnis vieler in der Bundesrepublik, wo die Selbstkontrolle im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten ihrer Ansicht nach weniger ausgeprägt ist, wodurch die Bedeutung dieser Kontrollinstanz umso wichtiger ist. Damit stellt Dönhoff eine Forderung auf, die sich mit den Vergleichsbefunden über das Selbstverständnis der Medien in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten deckt. Denn einerseits wurde festgestellt, dass die Bereitschaft der Presse, die Kontrollfunktion wahrzunehmen, in der Bundesrepublik weit weniger ausgeprägt ist als in den Vereinigten Staaten. Andererseits wäre angesichts des Amtsverständnisses einiger Entscheidungsträger genau diese Kontrollfunktion besonders wichtig, wie Dönhoff anmerkt.

1.3. Die Rolle der Presse in der Affäre Kießling

Einen besonderen Anteil daran, die Affäre zum Laufen zu bringen und die Erkenntnisse zu liefern, um den Gang der Ereignisse zu hinterfragen, hatte die Presse.

In seiner Untersuchung über Parlamentarische Untersuchungsausschüsse, in der er vor allem auf die Ausschüsse zu dem Flick-Skandal und dem Kießling-Skandal eingeht, erläutert Germis einige verwaltungstechnische Verfahrensweisen, die die wissenschaftliche und publizistische Aufbereitung betreffen. So legt der Autor in der Einleitung dar, dass ihm bei seiner

⁴²Dönhoff, 1.

⁴³Dönhoff, 1.

Arbeit die Protokolle der Untersuchungsausschüsse nicht zur Verfügung standen, weil diese mit dem Vermerk „Nur für den Dienstgebrauch versehen“ erst nach Ablauf von zwei Wahlperioden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Ebenso wird mit den Protokollen der öffentlichen Verhandlungen der Ausschüsse verfahren, weshalb der Autor insbesondere auf Presseveröffentlichungen zurückgreifen musste. Als einzige Quellen zur Beschäftigung mit Skandalen beschreibt Germis Medienberichte, Memoiren Betroffener und – nach Ablauf der entsprechenden Fristen – die Untersuchungsausschussberichte.

Daraus ergibt sich, dass die Presse für ihre Darstellung der Affären, etwa im Fall Kießling, offenbar andere Informationskanäle zur Verfügung gehabt hat, da auch ihr der offizielle Weg der Akteneinsichtnahme verwehrt gewesen sein muss.⁴⁴

Besonders von Bedeutung ist im Zusammenhang mit Skandalen die Presse. Denn sowohl im Fall der Flick- als auch der Kießling-Affäre deckten die jeweiligen Untersuchungsausschüsse keine Skandale auf, sondern reagierten, als die Vorfälle durch die Presseberichterstattung bereits öffentlich gewesen sind. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass Parlamentarische Untersuchungsausschüsse, im Gegensatz zu Gerichten, keine Möglichkeit zu Vorermittlungen haben – sie können aufgrund ihrer Verfasstheit nur reagieren. Umso wichtiger ist daher die Rolle der Presse in ihrer Wächterfunktion und damit Auslöser von weiteren Ermittlungen durch das Öffentlichmachen von Skandalen. Somit nimmt die Presse praktisch die Rolle der Vor-Ermittlungsbehörde ein.⁴⁵

Den Anfang in der Berichterstattung über die Kießling-Affäre hatte die SZ am 5. Januar 1984 gemacht, indem sie über die Versetzung General Kießlings in den Ruhestand berichtete. Kießling selbst weist den Medien eine zentrale Rolle in der Aufklärung der Affäre zu. Das Interesse der Presse habe zwar Wörner durch sein ungewöhnliches Vorgehen geweckt, doch sei er „auf die Hilfe der Presse angewiesen“ gewesen, schreibt Kießling in seinen Memoiren.⁴⁶ Vor allem der Zeitpunkt seiner Entlassung sei ungewöhnlich gewesen. In einem Interview mit dem „Spiegel“ äußert sich Günter Kießling zu den Vorwürfen. Darin betont er, dass der Termin seiner Versetzung in den Ruhestand zum 31. Dezember 1983 nicht dazu geeignet war, die Angelegenheit, wie beabsichtigt, ohne großes Aufhebens zu erledigen. Der Termin sei so ungewöhnlich, dass er schon ohne jedes weitere Zutun aufgefallen wäre. Übliche Termine wären der 31. März (wie ja eigentlich vereinbart) oder der 30. September gewe-

⁴⁴ Germis, 6 ff.

Germis liefert in seiner Darstellung einen sehr guten und knappen Überblick über die Flick- und die Kießling-Affäre.

⁴⁵ Germis, 123.

⁴⁶ Kießling. *Versäumter Widerspruch*, 426 f.

sen. Zumal er seit dem 1. Oktober 1983 kein Amt mehr ausgeübt habe, hätte er gar kein Sicherheitsrisiko mehr darstellen können.⁴⁷

Zu einem Zeitpunkt, als die Affäre bereits ausgestanden und General Günter Kießling rehabilitiert war, erschien im „Kölner Express“ ein weiterer Beitrag zu der Affäre. Aus Sicht des Generals beleuchtet er die Rolle der Presse (in diesem Fall insbesondere des „Express“) und zieht ein Resümee der Ereignisse. Am 13. Januar, als der Redakteur Udo Röbel selbst vor Fernsehkameras sagte, dass es einen Doppelgänger Kießlings gebe, der in den fraglichen Lokalen verkehrt sei, wusste Kießling, der zu diesem Zeitpunkt im Krankenhaus lag: „Das war die Wende.“⁴⁸

Für Kießling stand nun fest, dass ein Medienbericht seine Ehre retten konnte. Er sagte damals sogar im Scherz: „Sollte man den MAD nicht privatisieren? Der Express arbeitet schneller, besser und billiger!“ Anstatt ordentlicher Ermittlungen von Polizei und MAD habe eine Zeitung die Wahrheit zutage gefördert.⁴⁹ Darin zeigt sich auch die Besonderheit der Rolle der Presse in diesem Fall. Die Zeitung hat nicht hinter den Kulissen der Macht die Wahrheit in geheimen Akten und durch Interviews mit geheimen Quellen herausgefunden, sondern durch eigene Recherche, indem der Reporter die Arbeit der Ermittler mit seinen Methoden wiederholt hat, die in diesem Fall offenbar effektiver waren.

Die Rolle der Presse belegt und bestätigt auch Kießlings Amtsvorgänger bei der Nato, General Gerd Schmückle, der hierbei eine Doppelrolle spielt. Zum einen war er als General Kamerad und Kollege des zunächst geschassten Generals, zum anderen war er selbst häufig publizistisch tätig und hatte aus seiner Tätigkeit als Pressesprecher von Verteidigungsminister Franz Josef Strauß das nötige Rüstzeug, um die Rolle der Presse einordnen und diese nutzen zu können. Er schrieb in einem Kommentar im „Spiegel“ über die Affäre, dass Kießling ihm gegenüber gesagt habe, „[o]hne die Hilfe der Presse [. . .] wäre er ohnedies längst völlig erledigt.“ „Nur die Journalisten hätten sich an den Grundsatz gehalten, auch ihn, den anderen Teil, zu hören.“⁵⁰

Diese Sichtweise stützt auch der Abschlussbericht des Deutschen Bundestages. Im Vorwort zu dem Bericht über die Diskussionen und Feststellungen des Deutschen Bundestages in Sachen Kießling stellt der damalige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, der Bundestagsabgeordnete Alfred Biehle, fest, dass diese Angelegenheit, die mit „Gerüchten und

⁴⁷ „Es geht nicht nur um meine Rehabilitierung.“ *Der Spiegel*, 16. Januar 1984, 20.

⁴⁸ Günter Kießling. „Ein Doppelgänger! Und ich atmete auf.“ *Kölner Express*, 29. März 1984, 8.

⁴⁹ Kießling. „Ein Doppelgänger! Und ich atmete auf.“ *Kölner Express*, 29. März 1984, 8.

⁵⁰ Gerd Schmückle. „Der Minister und sein General.“ *Der Spiegel*, 23. Januar 1984, 20 f.

Unterstellungen“ begann und an „Peinlichkeiten [. . .] oftmals nichts mehr zu überbieten“ war, vor allem auch durch die Arbeit der Medien aufgeklärt werden konnte.⁵¹

1.4. Darstellung in US-Medien

Das „Time Magazine“ konzentriert sich in seiner Berichterstattung auf die Auseinandersetzung zwischen Kießling und Rogers sowie die Verwechslung von Kießling mit einem anderen Gast in den einschlägigen Kölner Homosexuellen-Lokalen.⁵²

Die grobe Vorgeschichte schilderte „Time“ am 23. Januar 1984. Das Magazin erklärte, dass Verteidigungsminister Manfred Wörner in einer Fernsehsendung bekannt gab, dass Kießling ein „active homosexual“ sei.

Im Rückblick auf den Werdegang des Generals erläutert „Time“, dass Kießlings Bilderbuchkarriere ab 1982 zu einem abrupten Ende gekommen sei. „A personality clash with Rogers apparently encouraged Kießling to take early retirement effective next year.“⁵³

Erste Andeutungen einer Verwechslung bei den Ermittlungen macht „Time“ am 30. Januar 1984. Zugleich weist „Time“ wiederum auf die Differenzen zwischen Kießling und Rogers hin. So habe Wörner vor dem Bundestag zugegeben, dass neben dem unterstellten Sicherheitsrisiko, das der General wegen seiner angeblichen Homosexualität und damit Erpressbarkeit darstelle, auch das schlechte Verhältnis zwischen Kießling und Rogers ein Grund zu seiner Ablösung gewesen sei. Damit eröffnet sich wiederum die Vermutung, Wörner habe seinen General den Vereinigten Staaten, die ihn ablehnten, geopfert.⁵⁴

Eine Zusammenfassung der Ereignisse bietet „Time“ am 13. Februar 1984. Dabei geht „Time“ wiederum auf die mögliche Verwechslung Kießlings mit einem anderen Gast der Homosexuellen-Kneipen, die Verwicklungen der Nato sowie die Auswirkungen auf die Regierung ein. Insbesondere führt „Time“ aus, warum Kohl Wörner als Minister gehalten hat. So wollte er angesichts der Flick- und Kießling-Affären mit Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und Verteidigungsminister Manfred Wörner nicht zwei Minister opfern, was zu einer Destabilisierung seiner Regierung geführt hätte. Außerdem wäre es kaum möglich gewesen, Franz Josef Strauß als Bundesminister („Time“ spricht vom Wirtschaftsministerpos-

⁵¹ Deutscher Bundestag, 7 f.

⁵² Russ Hoyle, reported by Roland Flamini. „Conduct Unbecoming.“ *Time*, 13. Februar 1984, 20-21.

⁵³ „General Unease.“ *Time*, 23. Januar 1984, 14.

⁵⁴ „Shaky Case.“ *Time*, 30. Januar 1984, 11.

ten) zu verhindern. Kohl habe befürchtet, dass durch Strauß sein Kabinett „sharply to the right“ rücken könnte.⁵⁵

Auch Kohls Koalitionspartner, die FDP, hatte ein großes Interesse daran, beide Minister ebenfalls aus politischen, insbesondere machtpolitischen Motiven zu halten: „[A]ny Cabinet shift forced by Strauß could mean a loss of Free Democratic seats.“ Der Juniorpartner fürchtete also, eigene Positionen innerhalb des Kabinetts aufgeben zu müssen. „One minister dismissed would not change the flavor of the Cabinet. Two heads rolling could force a full reshuffle.“⁵⁶

Weiter mutmaßt „Time“, dass Kohl durch sein Festhalten an Wörner diesen politisch gefügig machen wollte, um aus der geschwächten Position des Verteidigungsministers heraus noch mehr Einfluss auf die Regierungspolitik nehmen zu können. Dass Kohl Wörner in einer Pressekonferenz lobte, löste Gelächter bei den versammelten Journalisten aus, „so transparent was Kohl’s effort to avoid a Cabinet crisis“, analysiert das Magazin.⁵⁷

Wörner wiederum seien die Ermittlungsergebnisse, so fragwürdig sie auch gewesen sein mögen, gelegen gekommen, um Kießling, mit dessen Arbeit bei der Nato er unzufrieden gewesen sei, schneller von diesem Posten beseitigen zu können.

Breiten Raum in der „Time“- Darstellung nimmt die Erörterung der möglichen Verwechslung Kießlings mit einem Wachmann der Bundeswehr ein. „Time“ zeigt auch nebeneinander Porträtfotos von Kießling und Jürgen Baum, der offenbar in den Homosexuellen- Lokalen verkehrte und auf dem Foto der Polizei für Kießling gehalten wurde.⁵⁸

Am 3. Februar berichtete die „New York Times“ über die Vorfälle um General Kießling. Inzwischen war bereits einiges über die Umstände des Skandals bekannt und die NYT stellt in ihrem Beitrag die Umstände in einen größeren Zusammenhang und erläutert dabei den großen Unwillen von Bundeskanzler Kohl, nach dem bereits gefährdeten Lambsdorff auch noch Wörner zu opfern. Der Verlust von zwei Ministern hätte die Flanke der Regierung für Franz Josef Strauß geöffnet, was Kohl in jedem Fall verhindern wollte.⁵⁹

Die Darstellung der Probleme für die Regierung Kohl stand auch weiter im Zentrum der Erörterung des Skandals.

Nur kurz erwähnt das Blatt das gespannte Verhältnis von Kießling zu Rogers. In der Beschreibung der Vorfälle und Vorwürfe tritt die NYT der Behauptung entgegen, Kießling sei homosexuell. Als Quelle wird die „Bild“- Zeitung genannt. So schildert die NYT zu dem

⁵⁵ Hoyle, 20-21.

⁵⁶ Hoyle, 20-21.

⁵⁷ Hoyle, 20-21.

⁵⁸ Hoyle, 20-21.

⁵⁹ James Markham. „Bonn Scandal: How Kohl Handled it.“ *New York Times*, 4. Februar 1984.

Vorwurf, Kießling habe eine Beziehung mit seinem Fahrer Uli Letat gehabt, die Äußerungen von dessen Schwester, die der „Bild“ gegenüber angegeben habe: „Nonsense! Uli’s a regular lady killer.“⁶⁰

Auch die „Washington Post“, die am 19. Januar über die Verteidigung Wörners durch Kohl berichtet, geht auf die möglichen Folgen der Affäre für die Regierung Kohl ein. Doch betont die „Washington Post“ auch die Rolle von General Rogers. Diesen habe der ehemalige Verteidigungsminister Hans Apel als Auslöser der Vorfälle bezeichnet, als er vermutete: „Kiessling might have been ousted because of sharp policy differences with Gen. Rogers.“ Die Zeitung fährt fort: „Rogers has contended that he did not play any role in the decision to dismiss Kiessling. But Woerner admitted today that the general’s ‘disturbed relationship with his superior’ had undermined confidence in Kiessling’s work at NATO.“ Eine Quelle für die Darstellungen und Zitate nennt die Zeitung nicht.⁶¹

Weitere Entwicklungen sind der NYT kleine Meldungen wert. So berichtet die Zeitung über Kießlings Zivilklage gegen Wörner. Diese Klage, zusammen mit dem Disziplinarverfahren, das Kießling bei der Entgegennahme seiner Entlassungsurkunde beantragt hatte, sollten Verteidigungsminister Wörner zwingen, „to disclose the reasons behind General Kiessling’s early retirement.“⁶²

Die Zeitung ergänzt wenige Tage später, dass die Klage eingereicht wurde „in an effort to gain full access to the information against him and to force Mr. Woerner to admit that he had erred in dismissing him.“⁶³

Bei dieser Darstellung wird deutlich, dass die US-Medien viel Hintergrund und Analyse zu den Ereignissen bieten – oftmals durch die jeweiligen Deutschland-Korrespondenten, die offenbar deutsche Medien auswerten und die Ergebnisse konzentriert zusammenfassen. So steht die Strategie der Bundesregierung im Vordergrund in ihrem Bemühen um den Erhalt der koalitionsären Machtbalance. Die US-Medien mischen sich nicht in die Enthüllungen selbst ein, sondern beschränken sich auf den Blick auf das große Ganze, auch unter Berücksichtigung der möglichen Rolle des US-Generals Rogers.

⁶⁰ Markham. „Bonn Scandal: How Kohl Handled it.“ *New York Times*, 4. Februar 1984.

⁶¹ William Drozdiak. „General’s Ouster Adds to Troubles for Kohl.“ *Washington Post*, 19. Januar 1984, A20.

⁶² „West German General Files Suit on Dismissal.“ *New York Times*, 20. Januar 1984.

⁶³ Markham. „Top Bonn Military Leaders to Discuss General’s Ouster.“ *New York Times*, 24. Januar 1984.

2. Kontextualisierung

2.1. Journalistische Positionierung

2.1.1. Journalismus

„For one thing, journalists do not read much scholarly literature on journalism. On the contrary, they tend to disqualify it as irrelevant to their work. Which in turn does not stimulate the quality and relevance of scholarly work either, as this is obviously served by good relations with the object of its study.”⁶⁴

Dick van Eijk beklagt in einer Zusammenschau des investigativen Journalismus in Europa für den VVOJ, dass es für das Berufsbild Journalismus kaum Definitionen gibt, die das gesamte Tätigkeitsfeld komplett umfassen. Zahlreiche Strömungen, die insbesondere im Zusammenhang mit den neuen Medien aufgetaucht sind – wie Blogger oder die sich ausweitende PR-Branche – werden meist zu unscharf beschrieben, um in das Gesamtbild des Journalismus eingepasst zu werden. Als Grund nennt er die scharfe Abgrenzung des Journalismus in staatlichen Einheiten. Aber einen Weltjournalismus oder auch nur europäischen Journalismus gibt es seiner Ansicht nach nicht. Dieser Mangel, bedingt durch die scharfe nationale Orientierung des Journalismus in den einzelnen Staaten, hat auch Auswirkungen auf die Arbeit investigativer Journalisten.

Dabei beklagt der Autor, dass auch das Literaturstudium nicht viel ergibt, was die Definition des Journalismus betrifft. In Europa ist die Beschäftigung mit dieser Frage noch seltener als in den Vereinigten Staaten. Daher sah sich der Autor gezwungen, bei der Darstellung des (investigativen) Journalismus in Europa auf amerikanische Veröffentlichungen zurückzugreifen.⁶⁵

Die Schwierigkeiten im Austausch darüber, was Journalismus ist, die Probleme dabei, eine gemeingültige Definition zu errichten und Journalismus als Ganzes zu erfassen, liegen nach van Eijk darin, dass Journalismus sich stets innerhalb von Staatsgrenzen abspielt. Daher sind Arbeitsmethoden von Journalismus an einen Staat und ein Staatsvolk von Bürgern gebunden. Wo keine Bürger, dort kein Journalismus, lautet van Eijks Formel. Interessanterweise grenzt er die Situation des Journalismus in den Vereinigten Staaten vor der Unabhängigkeitserklärung und die Europäische Union voneinander ab. In den damaligen britischen Kolonien war noch kein eigenständiger Staat entstanden, gleichzeitig war die Kontrolle Großbritanniens

⁶⁴ Dick van Eijk. *Investigative Journalism in Europe*. Amsterdam: VVOJ, 2005, 3 f.

⁶⁵ Eijk, 3 f.

bereits zu gering, um von einem Staat sprechen zu können. Daher definiert van Eijk das Publikationsgeschehen dort als „journalism-in-the-making“, analog zur Staatswerdung und dem damit verbundenen „citizenship-in-the-making.“

In der EU als Staatenbund existiert kein Staatsvolk und Journalisten in Europa beschäftigen sich zwar mit der EU und ihren Institutionen, doch jeweils im Kontext ihrer eigenen staatlichen Herkunft. Daher existiere kein europäischer Journalismus, zumal auch kein Entstehungsprozess für einen gemeinsamen Staat, oder ein gemeinsames Staatsvolk auszumachen sei. Daher müsse Journalismus immer in Bezug zu dem Staat oder der Region betrachtet werden, wo er ausgeübt wird.⁶⁶ Diese Feststellung erleichtert es, die Unterschiede zwischen US-Amerikanischem und deutschem Journalismus zu untersuchen.

Als Definition für Journalismus, insbesondere als Abgrenzung zu Nachbardisziplinen, gibt van Eijk an: „Journalism is truth-seeking storytelling, primarily serving citizens, without legal foundation.“⁶⁷

2.1.2. Kommunikation

„Communication is the process of transmitting a message from a source to an audience via a channel.“⁶⁸

Medien sind ein wesentlicher Teil menschlicher Kommunikation. Information, Meinungsbildung, Unterhaltung, die Aufzeichnung von Zeitgeschehen – all diese Aufgaben erfüllen Medien. Dabei fügen sie sich in das oben erwähnte Modell des Kommunikationsvorgangs ein. Medien als Vertreter der Massenkommunikation bedürfen allerdings einer genaueren Spezifizierung. „Unter Massenkommunikation versteht man jene Form der Kommunikation, bei der Aussagen öffentlich [. . .] durch technische Verbreitungsmittel (Medien), indirekt [. . .] und einseitig [. . .] an ein disperses Publikum vermittelt werden.“⁶⁹ Angesichts dieser Definition kommt den Akteuren innerhalb des Spektrums der Massenkommunikation besondere Verantwortung zu, die sich aus der Einseitigkeit des Kommunikationsvorgangs ergibt. Unmittelbares Eingehen auf die dargebotene Information ist dem Nachrichtenrezipienten nicht möglich. Reaktionen der Rezipienten kommen bestenfalls mit einiger Verspätung in den Redaktio-

⁶⁶ Eijk, 3 f.

⁶⁷ Eijk, 6 ff.

⁶⁸ Sandman, 1.

⁶⁹ Gerhard Maletzke. *Kommunikationswissenschaft im Überblick: Grundlagen, Probleme, Perspektiven*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998, 45 ff.

nen an, sei es etwa als Beschwerde oder als Leserbrief, der aber im Fall der Veröffentlichung wiederum als Information und Meinungsbeitrag zu einem Teil der Massenkommunikation wird.⁷⁰

Beeinflussungen von Akteuren im Feld der Massenkommunikation, nicht kommunizierte oder durch entsprechende Darstellungsformen wie den Kommentar, den Leitartikel oder die Glosse vom übrigen Informationsinhalt des Mediums ausgenommene Äußerungen, können Einfluss auf die Rezipienten von Informationen und Nachrichten haben. Diese können eine subtil eingebrachte Meinung glauben und übernehmen oder diese ablehnen. Sobald Hörern, Sehern oder Lesern jedoch auffällt, dass unter dem Deckmantel von Informationsübertragung Meinungen weitergegeben werden, kann das Ansehen eines Mediums schnell leiden. Dies kann sich wiederum in Quoten oder der Auflage sowie den Anzeigenpreisen niederschlagen und hat somit unmittelbare Auswirkung auf das Medium selbst sowie die Gesellschaft, in deren Kontext das jeweilige Medium erscheint.

Fundierte Ausbildung, Verantwortungsbewusstsein, Selbstkritik und das Einhalten ethischer Maßstäbe, die sich die Medien selbst auferlegt haben, sollen dazu dienen, die Verlässlichkeit der dargebotenen Informationen zu gewährleisten und selbst unterschwellige Beeinflussungen so weit wie möglich auszuschließen.

2.1.3. Investigativer Journalismus

„The investigative impulse has been a driving force in American journalism. The reportorial tradition of revealing misconduct was already well established by the founding of the new republic. Its practice even predates the publication of the first successful colonial newspaper in 1704. Thus, the press’s watchdog role in American democracy has deep historical roots.“⁷¹

71

Bei einer Vergleichsstudie zwischen den Mediensystemen zweier Staaten ist es aufschlussreich, die Arten der Recherche einander gegenüberzustellen. Auch die Pressearbeit ist von zahlreichen Routineaufgaben geprägt und von journalistischen Arbeitsweisen, die in den modernen Industriegesellschaften weitgehend identisch sind. An besonderen Recherchemethoden lassen sich Unterschiede jedoch besonders gut ausmachen. Diese Unterschiede, exem-

⁷⁰ Derzeit entwickeln sich weitere Modelle zur Leserbeteiligung und Leserbindung, insbesondere durch die Internetauftritte der Verlage. Dazu gehören insbesondere Umfragen, Diskussionsforen, Bildergalerien, etwa von regional bedeutsamen Veranstaltungen, oder das Modell des „Leserreporters“, wobei beispielsweise Leser, die Zeuge eines Ereignisses geworden sind, ihre Fotos und Berichte einschicken können.

⁷¹ David Protess und Fay Lomax Cook. *The Journalism of Outrage: Investigative Reporting and Agenda Building in America*. New York: Guilford, 1991, 29.

plarisches gezeigt anhand einer Recherchemethode, geben Aufschluss über Stellenwert und Selbstverständnis des Journalismus innerhalb des jeweiligen Gesellschaftssystems.

Der investigative Journalismus ist so eine besondere Recherchemethode. Ihre Anwendung unterscheidet sich in Deutschland und den Vereinigten Staaten in vielen Bereichen voneinander. Gründe dafür liegen teils in der Struktur der redaktionellen Organisation, teils im Selbstverständnis der Presse bezüglich ihrer Aufgaben und ihrer Rolle in der Gesellschaft.

Investigativer Journalismus, den der Autor Frank Esser mit dem Begriff Recherchejournalismus⁷² gleichsetzt, ist in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern unterentwickelt. Während die Enthüllungsrecherche für „US-Journalisten Teil ihres Berufsbildes“ ist, „genießt das Aufdecken von Hintergründen [in der Bundesrepublik] kein so hohes Ansehen.“ Anstatt selbst zu recherchieren, verlassen sich deutsche Journalisten vor allem auf Pressemeldungen und die eigene Meinung.⁷³

Nach allgemeinem Verständnis muss eine Recherche drei Bedingungen erfüllen, um als investigative Recherche angesehen zu werden. So ist der investigative Reporter selbst aktiv bei der Suche nach Informationen, ohne sich eines Informanten zu bedienen, der einen Sachverhalt gegenüber der Presse enthüllt, zu einem Thema von allgemeiner Bedeutung, das sich nur unter Überwindung von Hindernissen recherchieren lässt, da versucht wird, den Sachverhalt nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen.⁷⁴

Investigativer Journalismus unterscheidet sich von „herkömmlichem“ Journalismus insbesondere dadurch, dass investigativ recherchierende Journalisten bei ihrer Arbeit Verstöße gegen die Regeln des Handwerks zumindest „billigend in Kauf“ nehmen. Daher sei laut Weischenberg „Enthüllungsjournalismus [. . .] in ethischer Hinsicht prinzipiell prekär.“ Den Durchschnittsjournalisten attestiert Weischenberg jedoch – trotz aller Beherrschung des Metiers – „zahnlose Tiger“ zu sein, die es kaum vermögen, die Politik wirklich in Verlegenheit zu bringen und ihrer Kontrollfunktion nachzukommen. Konjunktur habe der investigative Journalismus nicht.⁷⁵

In seiner gesellschaftlich-ethischen Dimension zielt investigativer Journalismus darüber hinaus darauf ab, Sachverhalte anzuklagen, die formaljuristisch nicht zu beanstanden,

⁷² Zahlreiche Begriffe werden synonym für investigativen Journalismus verwendet, wie Recherchejournalismus, Enthüllungsjournalismus, Journalismus der Machtkontrolle, Journalismus der Empörung oder ihre englischen Entsprechungen wie journalism of outrage. Näheres dazu siehe unten.

⁷³ Frank Esser. „Gehemmter Investigativgeist“, in *Message* 2/99, Onlineausgabe: 08. November 2005 <<http://www.message-online.de/arch0299/92esse.htm>>, 1.

⁷⁴ Redelfs, 28.

⁷⁵ Siegfried Weischenberg. „Enthüllungsjournalismus: Politische Notwendigkeit und ethische Problematik.“ In: Klaus Armingeon und Roger Blum. *Das öffentliche Theater: Politik und Medien in der Demokratie*. Bern: Haupt, 1995, 111-130, 111, 117.

aber dennoch moralisch fragwürdig sein können.⁷⁶ Somit stößt investigativer Journalismus mitunter die rechtliche Regelung von Sachverhalten an. Hinzu kommt in einer erweiterten Definition die Empörung über den berichteten Sachverhalt in der Öffentlichkeit, da es in der Praxis schwer ist, die ethische Dimension von Sachverhalten allgemeingültig festzulegen.

Redelfs definiert investigativen Journalismus als „eine Form des US-Journalismus, bei der durch intensive Recherche bisher unbekannt Sachverhalte von politischer Relevanz öffentlich gemacht werden, die Einzelne, Gruppen oder Organisationen verbergen möchten“. In dieser Definition fällt besonders auf, dass Redelfs den investigativen Journalismus als originär US-amerikanische Rechercheform bezeichnet und dabei andere Länder zunächst ausschließt und ihnen investigativen Journalismus nicht zuschreibt.⁷⁷ Redelfs stellt fest, dass umfangreiche Rechercharbeit in der Bundesrepublik wenig verbreitet ist. Er argumentiert mit den Worten von Hans Leyendecker, der einmal sagte, dass mache Journalisten unter Recherche bereits verstehen, dass „man ohne Hilfe der Sekretärin eine Telefonnummer findet.“⁷⁸

Investigativen Journalismus stellt Markett als Gegensatz zum „Verlautbarungsjournalismus“ dar, der sich darauf beschränkt, etwa Pressemeldungen oder offizielle Bekanntmachungen publizistisch weiterzugeben. Da diese Informationen in vielen Fällen von PR-Abteilungen und Firmen gezielt angesteuert werden, sei Recherche ein „Gegenmittel zur reinen ‚PR-Falle‘.“⁷⁹

Esser kommt bei seiner Vergleichsstudie eindeutig zu dem Ergebnis, dass deutschen Journalisten die investigative Tradition fehlt. Ursächlich dafür sei das Fehlen eines „auf Kontinuität beruhende[n] Selbstbewusstseins.“ Denn: „Pressefreiheit und Demokratie wurden in der Bundesrepublik nicht erkämpft, sondern von den Besatzungsmächten ‚verliehen‘. Weder die Verfassung noch die Organisation der Medien sind eine deutsche Eigenleistung. (Siehe dazu auch das Kapitel zur Geschichte des deutschen Journalismus.) Dies hat auf politischer wie journalistischer Seite Unsicherheit über die Legitimität gesellschaftlicher Machtansprüche ausgelöst. So gibt es in Deutschland aus politikwissenschaftlicher und presserechtlicher Sicht – zu Recht – große Vorbehalte, die Medien als eine eigenständige Vierte Gewalt zu

⁷⁶ Näheres dazu auch im Kapitel zum Thema politischer Skandal, da es insbesondere Skandale sind, die durch IR aufgedeckt werden. Daher besteht ein untrennbarer Zusammenhang zwischen Skandalen und der besonderen Recherchemethode des IR.

⁷⁷ Redelfs, 311.

⁷⁸ Redelfs. „Investigative Reporting in den USA: Welche Strukturen stützen den Recherchejournalismus?“ *nr.* 21. Juni 2006. <<http://www.netzwerk-recherche.de/dokumente/investigative-reporting.pdf>>.

⁷⁹ Jochen Markett. „Investigativer Journalismus „Handwerk statt Zauberei!““. Herausgegeben von der Friedrich Ebert Stiftung. *Im Seichten kann man nicht ertrinken. Medien zwischen Sinn und Sensation. Medien-Disput der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 9. November 2000 in Mainz*, Mainz, 2001, 108-140.

(auch im Internet unter: http://www.mediendisput.de/downloads/doku_2000.pdf .)

begreifen“. Auswuchs des mangelnden Selbstbewusstseins ist etwa das in Deutschland die gängige Praxis des Autorisierenlassens von Texten und Interviews.⁸⁰

Diese Feststellung verweist auf die Unterentwicklung des investigativen Journalismus in der Bundesrepublik. Johannes Ludwig, Autor des Buches „Investigativer Journalismus“ (siehe Literaturverzeichnis) und Professor an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Fachbereich Medientechnik, sieht den investigativen Journalismus ebenfalls als eine Recherchemethode an, die in den Vereinigten Staaten „flächendeckend“ verbreitet ist. Hinzu kommen die entsprechenden Arbeitsvoraussetzungen, denn die „konkreten Recherchemöglichkeiten sind dort auch größer [Opferschutz statt Täterschutz; FOIA⁸¹; Meinungsmarkt etc.], wenn man mal vom fehlenden Informantenschutz absieht.“⁸²

Auch die flämisch- niederländische Organisation investigativer Journalisten (VVOJ) hat investigativen Journalismus definiert, wobei diese Definition sich mit den bisher bereits dargestellten Definitionen und Definitionsansätzen deckt, allerdings ist die Definition der VVOJ breiter anlegt:

„Investigative journalism is critical and in-depth journalism. Critical means that journalism works not just as a service-hatch for ‘news’ that already existed, but that news is being created that would not have existed without this journalistic intervention. This may happen by the creation of new facts, but also by interpreting or connecting already known facts in a new way. In-depth means that a substantial journalistic effort was delivered, be it in a quantitative sense – the amount of time spent on research, by consulting many sources, etcetera – or in a qualitative sense – formulation of sharp questions, new approaches, etcetera – or in a combination of the two.

Referring to this definition the association distinguishes three kinds of investigative journalism that, incidentally, may overlap.

- Revealing scandals. Tracing infringements of laws, rules or morals by organisations or persons.

- Examining governments’, companies’ and other organisations’ policies or functions.

- Describing social, economic, political and cultural trends, so as to trace changes in society.”⁸³

Dennoch bleibt die Definition des investigativen Journalismus schwer. Aus Sicht von James Aucoin, der seine Definition ebenfalls aus Befunden aus der Praxis herleitet, ist investigativer Journalismus „1) exposure of information 2) about an important public issue 3) that someone or some organization does not want reported 4) that is revealed through the original,

⁸⁰ Frank Esser. *Die Kräfte hinter den Schlagzeilen: Englischer und deutscher Journalismus im Vergleich*. Alber-Reihe Kommunikation, Band 23. Verlag Karl Alber: Freiburg/München, 1998, 125 ff.

⁸¹ Der Freedom of Information Act gib jedem das Recht, Zugriff auf Dokumente der Exekutiven der Vereinigten Staaten zu verlangen. Das Gesetz trat bereits 1966 unter Präsident Lyndon B. Johnson in Kraft.

⁸² Johannes Ludwig. E-Mail an den Autor. 23. Mai 2006.

⁸³ Eijk, 22.

time-consuming ‚digging‘ of the reporter 5) for the purpose of inspiring reform.“ Zu Punkt 1) ergänzt er: „The first element usually has been interpreted to mean the exposure of illegal or immoral behavior that affects the public, but it also could include the revelation of inefficiencies or inequities through systematic analysis. In addition, the skills employed by investigative journalists are similar to traditional skills of all journalists, but are used more intensely, more aggressively, and more systematically.“ Aucoin fügt in Punkt 5 einen missionarischen Impetus der nachhaltigen gesellschaftlichen Reform an.⁸⁴

Proress kontrastiert mehrere Ereignisse, die in der Regel als Paradebeispiele für investigativen Journalismus gelten. Er stellt fest, dass die Enthüllung des Watergate- Skandals ein richtungweisender Rechercheerfolg gewesen ist. Die Enthüllung der Pentagon- Papers in der NYT hingegen taue nicht, um das Phänomen investigativer Journalismus zu erklären, „because the government- authorized papers were ‚leaked‘ to the newspaper.“ So ist diese Enthüllung nicht dem Erfolg intensiver journalistischer Recherche geschuldet.

Proress geht bei seiner Beschreibung des investigativen Journalismus einen Schritt weiter als andere Definitionen. Er erweitert die Hauptfunktion des Enthüllungsjournalismus um die Wirkung beim Publikum, die Empörung, die bei der Veröffentlichung der Sachverhalte hervorgerufen wird. Zudem habe investigativer Journalismus die Funktion des „agenda building“, indem es Themen in der Öffentlichkeit positioniere. Durch ihre Arbeit zielen investigative Journalisten darauf ab, „to expose shortcomings of American democracy in the hope that change will result – that villains will be dealt with and victims helped“.⁸⁵

Ettema wiederum beschreibt die Arbeit investigativer Journalisten als „sort of reporting [that] yields stories that are carefully verified and skillfully narrated accounts of specific injury and injustice but stories with a meaning that always transcends the facts of the particular case. [. . .] their stories implicitly demand the response of public officials – and the public itself – to that breakdown and disorder.“⁸⁶

Van Eijk zitiert Eugene Roberts, ehemaliger Redakteur des Philadelphia Inquirer, der in investigativem Journalismus keine Sonderform erkennen will, sondern letztlich insbesondere die Arbeitsbedingungen der Journalisten als Kriterium heranzieht: „At the Inquirer, investigative reporting means freeing a reporter from the normal constraints of time and space and letting the reporter really inform the public about a situation of vital importance.“ Mit anderen Worten, ein Redakteur bekommt die Gelegenheit, seinen Beruf so auszuführen wie es eigent-

⁸⁴ James Aucoin. *The Evolution of American Investigative Journalism*. Columbia: U of Missouri P, 2005, 91.

⁸⁵ Proress, 4 ff., 12.

⁸⁶ James Ettema und Theodore Glasser. *Custodians of Conscience: Investigative Journalism and Public Virtue*. New York: Columbia UP, 1998, 3.

lich sein sollte, wenngleich auch der Berichtsgegenstand als Rechtfertigung für die „besonderen“ Arbeitsbedingungen dient. Andere Autoren sehen, ähnlich wie Ludwig (siehe unten), im investigativen Journalismus ebenfalls keine Sonderform, da journalistisches Tun idealerweise immer auch investigativ sein sollte.⁸⁷

In der Definition des investigativen Journalismus geht Johannes Ludwig so weit, zu sagen, „[g]enau betrachtet bedeutet investigativer Journalismus nichts anderes als Recherchieren.“ Ludwig meint damit, dass eine Recherche „immer irgendwie ‚investigativ‘ sein sollte.“

Ludwig ergänzt dazu, dass genaues Hinsehen und Hinterfragen eine Grundtugend eines jeden Journalisten sein sollte. Jedes Nachforschen als investigatives Arbeiten zu bezeichnen, scheint jedoch einen Schritt zu weit zu gehen. So ist diese Feststellung wohl eher dem Umstand geschuldet, dass investigativer Journalismus insgesamt bestenfalls ein Nischendasein fristet und ist daher als Aufforderung Ludwigs zu verstehen, sich nicht von Hemmschwellen von der „hehren Disziplin“ des investigativen Journalismus abschrecken zu lassen. Ludwig resümiert: „[S]orgfältig recherchieren ist ein wenig aus der Mode gekommen.“⁸⁸ Dieser Darstellung stimmt auch der Watergate- Enthüller Carl Bernstein zu, der davon überzeugt ist, dass investigativer Journalismus sich nicht vom „übrigen“ Journalismus unterscheidet. Alle gut recherchierten Stücke seien gleich.⁸⁹

Diese Annahme für die Beweggründe Ludwigs ist begründet in dessen Klage darüber, dass „Berichte oder Artikel [die sich in Medien finden] nicht immer ausrecherchiert [sind] oder [sie] setzen sich nicht immer mit allen relevanten und möglichen Aspekten auseinander.“ Dies liege an Sachzwängen wie Redaktionsschluss, dem zur Verfügung stehenden Platz oder der gebotenen Aktualität, die dazu zwingt, auch Beiträge zu veröffentlichen, die noch nicht in allen Aspekten ausrecherchiert sind, wobei aber die Gefahr besteht, dass die Story von anderen Medien „abgeschossen“, also frühzeitiger veröffentlicht wird.⁹⁰

⁸⁷ Eijk, 18 f.

⁸⁸ Ludwig selbst erklärt dazu: „[D]as ist dort ja nur eine Überlegung bzw. ein Bild, die sich darauf bezieht, dass Recherchieren, wenn man es richtig betreibt, ‚eigentlich‘ immer irgendwie investigativ ist bzw. sein müsste bzw. sein könnte bzw. sein sollte. Tatsächlich wird das investigative Recherchieren aber auch unterschätzt, was damit zusammenhängt, dass die meisten, die so etwas ‚messen‘ wollen, vor allem immer nur das TV, die großen Magazine und einige überregionale Zeitungen im Visier haben. Was auf der Ebene der vielen kleinen Lokal-/Regionalzeitungen geleistet wird, bekommen die gar nicht mit, weil sie diese Medien meistens ausblenden. In meiner Eigenschaft als Initiator/Betreiber von www.waechterpreis.de bekomme ich jedes Jahr die Einsendungen zu sehen und weiß daher, dass mehr recherchiert wird als offiziell darüber kolportiert wird. Nichtsdestotrotz wird - im Vergleich zu den USA - hier sicher etwas weniger investigativ gearbeitet; diesen Niveauunterschied gibt es tatsächlich.“

Ludwig. E-Mail an den Autor. 23. Mai 2006.

⁸⁹ „Woodward and Bernstein: Pioniere des Investigativen Journalismus.“ Disc 2, Specials. Dir. Gary Leva, 2006 zum Film: *Die Unbestechlichen*. Dir. Alan Pakula. Special DVD-Edition. Warner Brothers, 1976.

⁹⁰ Ludwig, 331 f.

Obwohl Recherche zu den Grundaufgaben eines Journalisten gehört, teilt Redelfs die Auffassung nicht, dass jede Recherche irgendwie investigativ sei. Dazu bedient er sich seiner Definition, wonach investigativer Journalismus eine originär US-amerikanische, journalistische Arbeitsweise sei, bei der dem Journalisten eine aktive Reporterrolle zukommt. Wenn also Informanten einer Redaktion Erkenntnisse weitergeben, erfüllt dies nicht die Anforderungen an investigativen Journalismus. Investigativem Journalismus kommt die Komponente der Machtkontrolle zu. Daher sind Enthüllungen über Stars und Sternchen trotz entsprechender Recherchemethoden keine Geschichten im Sinne des investigativen Journalismus. Ebenso wenig reicht es, laut Redelfs, bisher unveröffentlichte Fakten zusammenzustellen. Schließlich erfüllt der Journalist die Rolle der „vierten Gewalt“ im Staat. In dieser „demokratietheoretisch“ und gesellschaftlich bedeutsamen Funktion deckt der Journalist Missstände auf.⁹¹

Redelfs geht extra auf die Abgrenzung zwischen investigativem Journalismus und der journalistischen US-Tradition des Muckraking ein. Muckraking definiert der Autor als „objektive, meinungsbetonte Ausprägung des IR.“⁹²

„Der britische und amerikanische Journalismus gilt seit der ‚Reeducation‘-Phase der deutschen Medien als wichtigster Vergleichsmaßstab für den hiesigen [deutschen] Journalismus. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen angelsächsische Journalistenlehrer nach Deutschland, um den jungen Nachwuchsredakteuren die Prinzipien eines modernen, demokratischen Journalismus zu vermitteln und das deutsche Mediensystem aufzubauen. Noch heute ziehen deutsche Kommunikationswissenschaftler und Praktiker den angelsächsischen Journalismus als zentralen Orientierungsmaßstab für die deutsche Pressearbeit heran.“⁹³

Bei aller Annäherung hat das deutsche Pressesystem den investigativen Journalismus kaum übernommen. Schon in der Einleitung definiert Redelfs die wesentlichen Unterschiede in der Tradition der Berichterstattung in den Vereinigten Staaten und Deutschland. Während investigativer Journalismus in den Vereinigten Staaten „als recherchieorientierte und kritische Form“ eine übliche Arbeitsmethode ist, dominieren in Deutschland als „Gegenentwurf“ Hinweise auf „Parteiinfluss und ‚Hofberichterstattung.“⁹⁴

Diese Einschätzung hat auch eine wissenschaftliche Studie bestätigt. Dieser Studie zufolge verbringen unter den deutschen Journalisten nur 21 Prozent „sehr viel Zeit“ mit Berichten auf der Grundlage persönlicher Recherche.“ In Großbritannien und den USA liegt dieser

⁹¹ Redelfs. „Investigative Reporting in den USA: Welche Strukturen stützen den Recherchejournalismus?“ nr. 21. Juni 2006. <<http://www.netzwerk-recherche.de/dokumente/investigative-reporting.pdf>>.

⁹² Redelfs. *Investigative Reporting in den USA*, 30 f., 43.

⁹³ Esser. „Gehemmter Investigativgeist“, in *Message 2/99*, Onlineausgabe: 08. November 2005. <<http://www.-message-online.de/arch0299/92esse.htm>>.

⁹⁴ Redelfs, *Investigative Reporting in den USA*, 15.

Wert zwischen 48 und 44 Prozent. Während sich deutsche Journalisten zu 57 Prozent allein auf Agenturmeldungen als Informationsquelle verlassen, setzen nur 24 Prozent der britischen und 29 Prozent der amerikanischen Kollegen allein auf Agenturen. Dieser Befund entspricht auch dem hohen Grad an Wertschätzung deutscher Journalisten für Agenturmeldungen.⁹⁵

Wiederum in das Gesamtbild dessen passt die Grundbereitschaft von angelsächsischen Journalisten, hart zu recherchieren, da sie sich in einem höheren Maße als deutsche Journalisten als „vierte Gewalt“ im Staat sehen. Während sich amerikanische Journalisten als „Anwälte der Öffentlichkeit“ verstehen, agieren deutsche Journalisten weitaus zurückhaltender, ja „geradezu ängstlich und schüchtern“.⁹⁶

Aufbauend auf den bereits dargelegten historisch-gesellschaftlichen Unterschieden ist bei US-Journalisten eine ungleich höhere Bereitschaft festzustellen, zu ungewöhnlichen Recherchemethoden zu greifen als bei ihren deutschen Kollegen. Während in einer Umfrage von 1993 rund zwei Drittel der amerikanischen Journalisten die Methode analog zur Arbeitsweise von Günter Wallraff, also sich als jemand anders auszugeben, (von Ausnahmen oder Regelungen zur vorherigen Genehmigung durch die Chefredaktion abgesehen) voll akzeptabel fanden und die gleiche Zustimmungsrate beim Einsatz versteckter Kameras und Mikrophone verzeichnet wurde, gelten beide Methoden in Deutschland eher als inakzeptabel.⁹⁷

Ergänzend dazu stellt Donsbach unter Berufung auf entsprechende Umfragen fest, dass die Einhaltung von Neutralität unter deutschen Journalisten weit weniger ausgeprägt ist als in anderen Ländern. Belegt wird dies durch die Feststellung, dass 71 Prozent der deutschen Journalisten ihre Werte und Ideen vermitteln wollen. Dieser Wert beträgt in den Vereinigten Staaten 21 Prozent.⁹⁸

Neben Ursachen wie Interessen der Vorgesetzten, personelle Ausstattung, rechtliche Rahmenbedingungen oder Verdienst macht Frank Esser insbesondere „grundlegende strukturelle Bedingungen“ für die unterschiedlichen Bedingungen verantwortlich. Die „Geschichte der Pressefreiheit und gewachsene redaktionelle Arbeitsstrukturen sind entscheidende Faktoren für das Selbstverständnis von Journalisten“.⁹⁹

Investigativer Journalismus in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik folgt unterschiedlichen Berufspraktiken. So sind den deutschen Journalisten Grenzen gesetzt durch

⁹⁵ Esser. „Gehemmter Investigativgeist“, 2.

⁹⁶ Esser. „Gehemmter Investigativgeist“, 2.

⁹⁷ Redelfs. *Investigative Reporting in den USA*, 184 f.

⁹⁸ Wolfgang Donsbach. „Medien und Politik: Ein internationaler Vergleich.“ In: Klaus Armingeon und Roger Blum. *Das öffentliche Theater: Politik und Medien in der Demokratie*. Bern: Haupt, 1995, 17-39, 25 f.

⁹⁹ Esser. „Gehemmter Investigativgeist“, 3.

die finanzielle Ausstattung des Mediums, rechtliche Bestimmungen und „politische Abhängigkeiten“. Diese Faktoren finden sich in den Vereinigten Staaten nicht im selben Maße.¹⁰⁰

Während die Pressefreiheit in Deutschland von Gesetzes wegen mit dem Neuanfang nach dem Zweiten Weltkrieg im Grundgesetz festgeschrieben worden ist, mussten sich die Journalisten in den Vereinigten Staaten und Großbritannien ihren Status erst erarbeiten oder sogar erkämpfen.¹⁰¹ In den Vereinigten Staaten ist die freie Presse seit Langem verankert, während sich in der Bundesrepublik die freie Presse im modernen Sinne erst seit Ende des Zweiten Weltkriegs ausbilden konnte.¹⁰²

Während in Großbritannien und den USA in Newsrooms Reporter recherchieren und andere die Tagesgeschäfte führen, findet in Deutschland Recherche statt, „sofern Zeit bleibt“. Weiterhin halten sich deutsche Redaktionen strenger an Ressorts und Regionen anstatt an Arbeitsschritte und Tätigkeitsfelder.¹⁰³

Ein relevanter Unterschied in der Arbeitsorganisation in den Vereinigten Staaten und Deutschland ist die klare Trennung der Aufgabenbereiche zwischen Reportern (Informationsbeschaffern, die vielfach außerhalb der Redaktionen unterwegs sind), Editoren (die den Redaktionsablauf organisieren, Agenturnachrichten verarbeiten und redigieren) sowie reinen Kommentatoren. Diese Trennung kristallisierte sich in den Vereinigten Staaten im Laufe des 19. Jahrhunderts heraus.¹⁰⁴ In Deutschland ist diese Trennung weit weniger ausgeprägt und das Berufsbild des universellen Journalisten, der all diese Arbeitsfelder abdeckt, sehr weit verbreitet. „Der deutsche Redakteur gleicht mehr dem Editor im angloamerikanischen Raum als dem Reporter“, stellt Nagel fest. Die Recherche sei dann derjenige Arbeitsschritt „für den am wenigsten Zeit bleibt“.¹⁰⁵

Redelfs folgert aus der unterschiedlichen redaktionellen Organisation, dass investigativer Journalismus von dieser Trennung der Aufgabenfelder, wie es in den Vereinigten Staaten verbreitete Praxis ist, deshalb profitieren kann, weil sich dadurch in den Vereinigten Staaten Spezialisten für die einzelnen Felder herausbilden und Rechercheure eben die intensive Recherche als ihren Beruf ansehen. Belegt wird dies durch den Befund, dass US-Journalisten weit mehr Informationsquellen bei ihrer Recherchearbeit nutzen als ihre deutschen Kollegen, die sich in hohem Maße auf Agenturmeldungen und Pressemeldungen verlassen. Doch greift diese Analyse insofern zu kurz, als sie indirekt unterstellt, ein Redakteur, der aufgrund der

¹⁰⁰ Redelfs. *Investigative Reporting in den USA*, 21 f.

¹⁰¹ Esser. „Gehemmter Investigativgeist“, 3.

¹⁰² Redelfs. *Investigative Reporting in den USA*, 317 f.

¹⁰³ Esser. „Gehemmter Investigativgeist“, 4.

¹⁰⁴ Donsbach, 26 f.

¹⁰⁵ Nagel, 93.

Arbeitsorganisation vorwiegend mit Redigieraufgaben betraut ist, sei weniger dazu in der Lage, hart zu recherchieren. Doch mag die Annahme gerechtfertigt sein, dass sich amerikanische Journalisten in weit höherem Maße auf die eigene Recherche verlassen als ihre deutschen Kollegen. Daher mag diese Grundbereitschaft, weiterzugehen als nur Presse- oder Agenturmeldungen zu verarbeiten, die Ausprägung von investigativem Journalismus begünstigen, da alleine das häufigere Nachfragen bei zahlreichen Quellen Erkenntnisse liefern kann, die investigativen Journalismus zur weiteren Informationsgewinnung nahe legen.¹⁰⁶

Dies bedingt, dass sich das Selbstverständnis als „Watchdog“ oder als vierte Gewalt im Staat in Deutschland nicht in dem Maße entwickelt hat wie in angelsächsischen Ländern. Damit einher geht ein größeres Selbstbewusstsein, was wiederum am „Autorisieren lassen“ von Texten ersichtlich ist, das im angelsächsischen Raum ungewöhnlich ist. „In Amerika haben sich unter anderem Washington Post, Philadelphia Inquirer und Newsday einen Ruf als Investigativblätter erworben, die alle mit fest institutionalisierten Teams arbeiten [. . .].“¹⁰⁷

Investigativer Journalismus genießt in den Vereinigten Staaten ein hohes Ansehen, weil die Anforderungen an den Journalisten sehr hoch sind. Verlangt es doch neben ausgeprägter Recherchearbeit ein hohes Maß an moralischer und ethischer Integrität, um nicht die Grenzen des Journalisten zu überschreiten und unzulässige Schlüsse zu ziehen. Auch bei den Pulitzer-Preisen sind investigativ recherchierte Beiträge regelmäßig unter den Gewinnern. Doch nur wenige Journalisten in den Vereinigten Staaten sind rein investigativ arbeitende Reporter. Viele sind mit bestimmten Themengebieten innerhalb des Redaktionsgefüges betraut und werden etwa für einzelne Projekte freigestellt oder von ihren Routineaufgaben entlastet. Investigativer Journalismus wird vor allem bei Zeitungen von mittlerer und größerer Verbreitung betrieben. Auch im Fernsehen ist diese Arbeitsweise verbreitet. Andere Medien spielen eine untergeordnete Rolle.¹⁰⁸

Der investigative Journalismus ist in den Vereinigten Staaten politisch bedeutsam, ist er doch „eine in der US-Öffentlichkeit, bei Presseleuten und in der Kommunikationswissenschaft hoch angesehene Methode des kritischen Journalismus.“. Durch intensive Recherche versuchen Journalisten, „bislang unbekannt Sachverhalte von politischer Relevanz öffentlich zu machen, die einzelne Personen, Gruppen oder Organisationen geheim halten möchten.“ Zentral geht es beim investigativen Journalismus um Machtkontrolle, indem Missstände oder Skandale aufgedeckt werden.¹⁰⁹ „Insgesamt zeigt sich damit, dass IR im US-Jour-

¹⁰⁶ Redelfs. *Investigative Reporting in den USA*, 191 f.

¹⁰⁷ Esser. „Gehemmter Investigativgeist“, 4 f.

¹⁰⁸ Redelfs. *Investigative Reporting in den USA*, 17.

¹⁰⁹ Peter Lösche. „Mittler zwischen Gesellschaft und Politik.“ *Informationen zur politischen Bildung* 283 (2. Quartal 2004): 41-54, 53f.

nalismus zwar eine Minderheitenrolle hat, gleichwohl aber eine wichtige Größe mit professioneller Leitfunktion ist.“¹¹⁰

„Investigative Reporting gründet in der politischen Kultur der USA, in dem fundamentalen Misstrauen gegenüber jeder Art von Machtanhäufung herrscht, erst recht von Machtmissbrauch.“ Diese Art des Journalismus lassen sich die Verlage oder Sendeanstalten auch viel Geld kosten. Das wohl bekannteste Beispiel für die Erfolge des investigativen Journalismus ist die Aufdeckung des Watergate-Skandals. „Erfolgreiches investigative Reporting ist die Krönung des amerikanischen Journalismus, und davon träumt jede Reporterin und jeder Reporter.“ Dennoch dominiert im Alltag nicht der investigative Journalismus, sondern der reine Informationstransport und der Versuch, den „Profit für das Medienunternehmen zu erwirtschaften, das Produkt Information und Unterhaltung zu verkaufen“. So herrscht etwa im „Weißen Haus ständiger Wahlkampf im Bemühen, die Öffentlichkeit vom eigenen Tun zu überzeugen“.¹¹¹

Im politischen Diskurs sieht Redelfs den hohen plebiszitären Charakter des Systems der Vereinigten Staaten als einen Vorteil für investigativen Journalismus, da Kandidaten, die sich der Öffentlichkeit zu stellen haben, weit weniger auf den Rückhalt mächtiger Parteistrukturen zählen können als in der Bundesrepublik. Auch der „Freedom of Information Act“ bietet US-amerikanischen Journalisten Möglichkeiten der Informationsbeschaffung, die über die behördliche Auskunftspflicht in der Bundesrepublik weit hinausgehen.¹¹²

Daher sieht Ludwig die Vereinigten Staaten durchaus auch als Vorbild für die Bundesrepublik, zumindest in der Hinsicht auf die eigentliche Aufgabe der Medien, „sprich recherchieren können“, da insbesondere der Datenschutz in den Vereinigten Staaten weniger stark ausgeprägt ist.¹¹³

„Im Vergleich zur europäischen Publizistik hat in den Vereinigten Staaten das ‚investigative reporting‘ eine hohe Tradition. Musterbeispiele dafür sind die Enthüllungen der Washington Post im Fall Watergate, die Veröffentlichung der ‚Pentagon Papers‘ in der New York Times und anderen Blättern sowie die Kolumne des umstrittenen Jack Anderson, der die Umsturz-Ambitionen des ITT-Konzerns ans Licht zerrte. Dieser hoch kontroverse Journalismus wird von seinen Gegnern, häufiger aber von den Betroffenen als ‚muckraking‘ (Unratschnüffelei) verteufelt. Er ist jedoch Teil der amerikanischen Tradition der offenen Selbstkritik. Der amerikanische Publizist Merrill Panitt schreibt: ‚American journalism has a muckraking

¹¹⁰ Redelfs. *Investigative Reporting in den USA*, 17.

¹¹¹ Lösche. „Mittler zwischen Gesellschaft und Politik.“, 53f.

¹¹² Redelfs, *Investigative Reporting in den USA*, 319 f.

¹¹³ Ludwig. E-Mail an den Autor. 23. Mai 2006.

tradition. More than any other people, we dote on selfcriticism. Our television, our newspapers, our art, all reveal, [sic.] the nature of our discontent with the way things are. Whether this selfcriticism is a major factor or a minor one in America's growth and power is a subject for philosophers to determine. Certainly, however, it has not hampered our progress."¹¹⁴

In der journalistischen Tradition unterscheiden sich die Arbeitsweisen in den USA deutlich von den Arbeitsweisen von Journalistenkollegen in anderen Ländern, auch in Deutschland. Zwar gibt es auch hier eine Tradition des investigativen Ermitteln, so sorgte die Enthüllung der Spendenaffäre von Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl durch den SZ-Journalisten Hans Leyendecker für Aufsehen. Auch andere Journalisten haben bereits Skandale enthüllt. Doch der Stellenwert ist nicht derselbe. Dies wirkt sich sowohl auf die Art der Recherche als auch auf die spätere Umsetzung in der Zeitung aus.

Im Unterschied zur Bundesrepublik, wo besonders Nachrichtenmagazine wie „Stern“ und „Spiegel“ durch den Einsatz von investigativem Journalismus auffallen, sind es in den Vereinigten Staaten insbesondere Zeitungen.¹¹⁵ Im Vergleich der Bedingungen in der Bundesrepublik Deutschland und den USA stellt Redelfs heraus, dass die Anzahl an Medienorganen, die sich in Deutschland mit investigativem Journalismus befassen, vergleichsweise klein ist. Gemeinsam ist die Verankerung des investigativen Journalismus bei den Printmedien, wengleich in den Vereinigten Staaten Tageszeitungen die wichtigsten Träger des investigativen Journalismus sind, während in der Bundesrepublik Magazine wie der „Spiegel“ dominieren. Diesen Umstand führt Redelfs auf die Struktur zurück, da der US-Magazinmarkt vor allem von Spezialmagazinen getragen wird, was zu großen Abhängigkeiten von möglichen Rechercheobjekten führt. Außerdem haben in den Vereinigten Staaten Tageszeitungen in vielen Bereichen die Hintergrundberichterstattung erschlossen, die in Deutschland weitgehend von Magazinen wahrgenommen wird. Obwohl in den Vereinigten Staaten wie in der Bundesrepublik regionale Tageszeitungen den Markt dominieren, sind die Auflagen in den Vereinigten Staaten, vor allem in Ballungsräumen, so groß, dass sie eine großzügige personelle Ausstattung erlauben, wie sie für investigativen Journalismus nötig ist.¹¹⁶

Als Grund für die Entwicklung des investigativen Journalismus in den Vereinigten Staaten sieht der Autor historisch-kulturelle Ursachen. So ist die Skepsis gegenüber Machtstrukturen in den Vereinigten Staaten von jeher ausgeprägt. Inhaber politischer, wirtschaftlicher und in sonstiger Weise organisierter und akkumulierter Macht wie Verbände und

¹¹⁴ Georg Jürgens. „Zum Selbstverständnis der Amerikakorrespondenten von ARD und ZDF: Eine Fallstudie zur Kommunikationsforschung.“ *Publizistik* 18 (1973): 350-363, 359 f.

¹¹⁵ Redelfs. *Investigative Reporting in den USA*, 184.

¹¹⁶ Redelfs. *Investigative Reporting in den USA*, 317.

Ge#werkschaften stehen unter besonderer Beobachtung durch die Öffentlichkeit, die den Missbrauch eben dieser Machtfülle fürchtet. Diese Einstellung, verbunden mit dem Glauben an die Kraft der Selbstorganisation und dem starken Glauben an die Fähigkeiten der eigenen Nation, ermöglicht es der Presse, Strukturen zu schaffen, um die Elemente der Macht unter besondere Beobachtung zu stellen. Daraus wiederum speist sich das Selbstverständnis der US-Presse als vierte Gewalt im Staat.¹¹⁷

Diese Ansicht bestätigt auch Ludwig. Die Unterschiede in der Verbreitung des investigativen Journalismus sieht er in den unterschiedlichen „politischen Mentalitäten und Kulturen“ begründet.

„[I]n den USA wird der Staat als notwendiges, aber sinnvolles ‚Übel‘ angesehen und entsprechend misstrauisch beäugt – von den Bürgern wie von den Medien, wenn beide nicht gerade unter einem nationalistischen ‚Wahn‘ (11.9.) leiden – in DE [Deutschland] wird der Staat zwar als wenig beliebt, aber als eigenständiges und sich selbst legitimierendes System anerkannt, dem man nicht so viel Kontrolle gegenüberstellen muss. DE ist – so gesehen – stärker obrigkeitshörig eingestellt als die USA. Es gibt dort auch keine Beamten, die ein völlig abgehobenes Eigenleben praktizieren können, sondern Staatsangestellte sind – wie die Politiker – letztlich die ‚Angestellten‘ der Bevölkerung. Diese Einstellung ist drüben [USA] doch deutlich dominanter als hierzulande.“¹¹⁸

In Übereinstimmung mit Johannes Ludwig beschreibt Redelfs die in den Vereinigten Staaten verbreitete „Skepsis gegenüber jeder staatlicher Zentralgewalt.“ Dies findet seinen Ausdruck auch in dem geringen Ansehen, das Politiker genießen und das in Umfragen deutlich wird. „Dieses tief verankerte Misstrauen, das grundlegender ist als die in Deutschland beklagte Politikverdrossenheit, schafft günstige Ausgangsbedingungen für einen Journalismus der Machtkontrolle.“¹¹⁹

Hans Leyendecker beklagt, dass im Vergleich zu den Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik der hehre Kommentjournalismus ein überzogen hohes Ansehen genießt. Leitartikler hätten hierzulande den Ruf der unantastbaren Kompetenz. Doch die Recherche, die Nachrichten und Neuigkeiten zutage fördert, komme viel zu kurz. „Zu viele Journalisten geben sich damit zufrieden, wie eine Macht behandelt zu werden. Sie sind dem Irrglauben aufgesessen, selbst mächtig zu sein, nur weil sie der Macht nahe kommen.“¹²⁰

¹¹⁷ Redelfs. *Investigative Reporting in den USA*, 93 f.

¹¹⁸ Ludwig. E-Mail an den Autor. 23. Mai 2006.

¹¹⁹ Redelfs. „Investigative Reporting in den USA: Welche Strukturen stützen den Recherchejournalismus?“

¹²⁰ Hans Leyendecker. „Erst die Recherche, dann die Meinung.“ In: Spiegel Online. 3. Mai 2001. <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,131663,00.html>>.

Vermeintliche Wichtigkeit verführe viele Journalisten dazu, sich mit wertlosen Informationen abspeisen zu lassen sowie sich mit offiziellen Verlautbarungen zufrieden zu geben. Die wirklichen Enthüllungen kämen in den meisten Fällen nicht durch journalistische Recherche ans Licht, sondern durch Ermittlungen von Staatsanwaltschaften. Daher dominiere in der Bundesrepublik der Wettlauf darum, als erster an die Rechercheergebnisse anderer heranzukommen.¹²¹

In den Vereinigten Staaten hingegen habe die eigene Recherche Vorrang und könne auf eine lange Tradition zurückblicken. Auch in den Programmen der journalistischen Fakultäten an US-Universitäten sei der investigative Journalismus fester Unterrichtsbestandteil. Denn anders als die Vereinigten Staaten und deren Journalisten, die sich häufig durch ihre Respektlosigkeit gegenüber Institutionen auszeichnen, seien nach Ansicht von US-Korrespondenten die Kollegen in der Bundesrepublik „zwar immer gut informiert, aber auch etwas obrigkeitshörig“. ¹²²

Hinzu komme in den Vereinigten Staaten die Offenheit der Gesellschaft, die auch in den Gesetzen ihren Niederschlag gefunden hat. Neben dem FOIA sieht Markett auch den „Government in the Sunshine Act“ aus dem Jahr 1977 als förderlich für die Arbeit von Journalisten, in dem geregelt wird, dass etwa 50 Regierungsorganisationen ihre Sitzungen öffentlich abhalten müssen. So werde deutlich, dass „amerikanische Journalisten vor dem Hintergrund einer wesentlich informationsoffeneren Gesellschaft recherchieren“. ¹²³ Dennoch, so stellt Markett fest, seien die gesetzlichen Voraussetzungen kein Grund für die mangelnde Reportagebereitschaft deutscher Journalisten. Denn die Auskunftspflicht von Behörden sei ähnlich weitreichend. ¹²⁴

Als Grund für den Widerstreit zwischen Bürgern und Politik in den Vereinigten Staaten sieht Redelfs auch den hohen gesellschaftlichen „Wertekonsens“, den es in der Bundesrepublik nach Ansicht von Redelfs nicht gibt, da in Deutschland auch der Widerstreit innerhalb der Politik und zwischen den Parteien einen weiteren Meinungsbogen beschreibt, der einen ähnlich engen Grundkonsens wie in den Vereinigten Staaten unmöglich macht. So dreht sich der gesellschaftliche und politische Streit in den Vereinigten Staaten weniger um die Grundzüge und Programme der Politik, sondern um die Art der Realisierung von weitgehend geteilten Zielen.

¹²¹ Leyendecker. „Erst die Recherche, dann die Meinung“.

¹²² Leyendecker. „Erst die Recherche, dann die Meinung“.

¹²³ Nagel, XI.

¹²⁴ Markett, 122 ff.

Diese Einigkeit innerhalb der amerikanischen Gesellschaft wird besonders in Krisensituationen wie im Zuge der Anschläge vom 11. September 2001 deutlich. In solchen Momenten versammelt sich die Nation hinter dem Präsidenten und „kritische Stimmen [haben] es ausgesprochen schwer, öffentlich wahrgenommen zu werden.“ Damit stützt Redelfs die Aussage von Ludwig, der von einem „nationalistischen Wahn“ gesprochen hat. (Siehe oben.)¹²⁵

Der VVOJ hat eine Studie über den investigativen Journalismus in verschiedenen europäischen Staaten vorgelegt. Nach dieser Darstellung ist es eine Besonderheit des deutschen Pressewesens, dass investigativ arbeitende Journalisten stets im Hintergrund arbeiten und im Vergleich zu den Vereinigten Staaten auch intern einen relativ geringen Status haben. „Commentators are much higher up the journalistic ladder in Germany. [. . .] Investigative journalists on the contrary are usually invisible or unknown. Even if they have a starting scoop, it is the editor, and not the reporter concerned, who appears on a talk show. This is typical for the German situation.“¹²⁶

Doch auch innerhalb der Gruppe investigativer Journalisten ist die Situation angespannt. „The association [nr] wants to improve contacts between investigative journalists. Many hardly know any of their colleagues. And if they do, relations are sometimes strained. It is surprising how German journalists often express anger and envy towards their colleagues.“ Journalisten stoßen in Deutschland offenbar schnell an strukturelle Grenzen. „Most of the time, investigative reporters have to fight for freedom, time and funding for a project. A large number of them sacrifice their free time. For many reporters, work pressure has increased in recent years, with long-term investigations being the first to be scrapped. Newspapers which have their own investigative desk or which systematically appoint journalists to do investigations are rare. But those that do, score well, such as the Saarbrücker Zeitung and Tagesspiegel.“¹²⁷

„The Süddeutsche Zeitung has appointed a prominent investigative journalist in order to distinguish itself. The newspaper wants to present a profile of investigative journalism, and has six reporters that regularly do investigative work. Yet their resources are limited: even domestic travel poses a problem sometimes.“¹²⁸

Insgesamt stellt Vermeer fest, dass die Landschaft des investigativen Journalismus in der Bundesrepublik ein sehr heterogenes Bild zeigt. Die Frage, ob Ressourcen für intensive

¹²⁵ Redelfs. „Investigative Reporting in den USA: nr. 21. Juni 2006. <<http://www.netzwerk-recherche.de/dokumente/investigative-reporting.pdf>>.

¹²⁶ Bram Vermeer. „Germany.“ In: Dick van Eijk. *Investigative Journalism in Europe*. Amsterdam: VVOJ, 2005, 88-101, 94.

¹²⁷ Vermeer, 94 ff.

¹²⁸ Vermeer, 96.

Recherchen zur Verfügung gestellt werden, hängt sehr von Eigentümern und der internen Organisation der Medien ab. In der Darstellung des Pressemarktes in Deutschland stellt die VVOJ tabellarisch fest, dass in der Bundesrepublik die Hierarchie in den Redaktionen streng sei. Ebenso sei die Verwicklung von Journalisten in das politische Geschehen ausgeprägt, zumal die Nähe zur Politik bei der Stellenbesetzung eine wichtige Rolle spielt.¹²⁹

Ein weiterer wichtiger Einflussfaktor für die Entscheidung, ob eine Recherche erfolgen kann oder Aussicht auf Veröffentlichung besteht, ist die Werbung. Die Abhängigkeit von Werbeeinnahmen ist so groß, dass mitunter auf eine Geschichte verzichtet wird, um die Einnahmen nicht zu gefährden.¹³⁰

Drastische Defizite stellt Vermeer bei der Ausbildung von Journalisten in der Bundesrepublik fest. Zwar haben Journalisten in der Masse eine akademische Ausbildung absolviert und einige renommierte Journalistenschulen sichern ein gutes Ausbildungsniveau. Doch investigativer Journalismus und die damit verbundenen besonderen Rechertechniken kommen zu kurz. Für viele Journalisten gelte daher: „'Learning by experience'“.

In einigen Kreisen zahlen die Teilnehmer selbst die Gebühr für Weiterbildungsveranstaltungen und halten ihre Teilnahme vor Kollegen geheim, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, Fortbildung nötig zu haben. Als schwierig bezeichnet es Vermeer indes, Informationen zu bekommen. Ämter und Behörden sind zumeist zurückhaltend, was die Informationsweitergabe an Journalisten betrifft „Bureaucratic reticence and restraint in German democracy is said to be a legacy from the past.“ Auch der Datenschutz hat in der Bundesrepublik einen vergleichsweise hohen Stellenwert. Seit 3. Juni 2005 existiert ein neues Informationsfreiheitsgesetz. Dieses gilt jedoch nur für Bundesbehörden und seine Wirksamkeit wird das Gesetz erst in den kommenden Jahren zu zeigen haben.¹³¹

Die Zeitungslandschaft in den Vereinigten Staaten befindet sich (ähnlich wie in Deutschland) im Umbruch. Durch einen zunehmenden Konzentrationsprozess hat die Zahl der Zeitungen abgenommen und die Konkurrenzsituation hat sich entzerrt. Diese Situation erschwert die Umsetzung von investigativem Journalismus, da der Ansporn für die einzelnen Titel abnimmt, sich durch besondere Berichterstattung abzuheben. Bedingt durch diesen Konzentrationsprozess halten in den Medienhäusern auch andere Managementstile Einzug, mit größerem Augenmerk auf wirtschaftlicher Rentabilität.¹³²

¹²⁹ Vermeer, 89, 96.

¹³⁰ Vermeer, 96 ff.

¹³¹ Vermeer, 98 f.

¹³² Redelfs. *Investigative Reporting in den USA*, 127.

Wegen des hohen, nicht zuletzt finanziellen, Aufwandes, wird investigativer Journalismus zumeist von großen Medienkonzernen getragen, wengleich in den Vereinigten Staaten immer wieder regionale Zeitungen durch investigative Projekte auf sich aufmerksam machen. Getragen wird investigativer Journalismus in den Vereinigten Staaten in erster Linie von Tageszeitungen. Als Gründe dafür sieht Redelfs die Form der Präsentation, die sich besser zur Darstellung komplexer Sachverhalte eignet, da die Visualisierung, wie sie im Fernsehen notwendig ist, zahlreiche Themen ausschließt. Auch die breite wirtschaftliche Basis von Zeitungen trägt dazu bei, dass Zeitungen investigative Projekte häufiger verwirklichen. Zahlreiche spezialisierte Magazine stehen dagegen beim Anzeigenaufkommen in hoher Abhängigkeit von möglichen Rechercheobjekten. Zeitungen müssen darauf weit weniger Rücksicht nehmen. Auch die oftmals gute personelle Ausstattung prädestiniert die Tageszeitung für investigativen Journalismus.

Aufgrund von wirtschaftlichen Zwängen, verbunden mit dem Trend zu großen Medien- beziehungsweise Zeitungsketten, wurde in den vergangenen Jahren in den Vereinigten Staaten auch bei investigativem Journalismus gespart. Doch durch das Renommee des investigativen Journalismus und seiner hohen Leserbindung, bleibt investigativer Journalismus weiterhin von allzu großen Streichungen verschont.¹³³ Schließlich gilt investigativer Journalismus in den Vereinigten Staaten als „Qualitätsjournalismus“ mit dem Preise gewonnen werden und mit dem sich das Prestige einer Zeitung heben lässt.¹³⁴

Markett stellt einige Besonderheiten der amerikanischen Strukturen im Journalismus heraus. So nennt er etwa die investigativen Teams von „Washington Post“ oder „Newsday“, die speziell zusammengestellt werden, um – befreit von den Pflichten des Redakteursalltags – investigativen Projekten nachgehen können.

Doch seien auch in den Vereinigten Staaten die Kosten von investigativen Rechercheprojekten, die durchaus schnell den ursprünglich vorgesehenen Rahmen sprengen können, „bis heute die größten Gefahren für den investigativen Journalismus.“ „Denn für kommerzielle Medienunternehmen liegt das übergeordnete Interesse im Gewinnstreben.“¹³⁵

Daher ist der Trend zu Medienkonzernen und Mischkonzernen eine Gefahr für den kritischen Journalismus, da das Interesse der Gewinn- und Renditemaximierung häufig den journalistischen Zielen entgegensteht.

Für die Vereinigten Staaten stellt James Aucoin einen Wandel in den vergangenen Jahren fest. So ist die Situation für investigative Journalisten schwieriger geworden, da sich

¹³³ Redelfs. *Investigative Reporting in den USA*, 312.

¹³⁴ Redelfs. *Investigative Reporting in den USA*, 315.

¹³⁵ Markett, 118 f.

seit dem 11. September 2001 viele Behörden hinter Terrorschutzverordnungen verschanzen und Informationen entsprechend schwer zu bekommen sind. Dies war das Ergebnis einer Investigative Reporters and Editors- (IRE) Tagung im Jahr 2002. Zugleich sei die Zahl an sogenannten investigativen Projekten in den Medien gestiegen, allerdings mit einer inflationären Definition von investigativer Recherche, die zumeist die Anforderungen der IRE nicht erfüllen. Demnach zeichnet sich investigativer Journalismus durch eine Arbeit aus, „that takes a comprehensive, exhaustive look at issues that have significant impact on the lives of the audience.“¹³⁶

Dennoch bleibt investigativer Journalismus ein Aushängeschild des US-Journalismus:

„Largely through the efforts of individual practitioners and IRE, serious investigative journalism has become a respectable, coveted, and distinct genre of journalism. Colleges teach courses in its practice, principles, and history. Textbooks explain how to do it. Fiction and nonfiction writers alike treat the practitioners as a modern folk hero. Popular books and television programs narrate the adventures of investigative journalists. Mass communication scholars study its techniques, its acceptance by the public, its traditions, and its role in society.“¹³⁷

Trotz aller Gefahren, die sich derzeit selbst in den Vereinigten Staaten für den investigativen Journalismus ergeben, resümiert Markett: „Während die Amerikaner also derzeit eher darum kämpfen, investigativen Journalismus und die dafür nötige Infrastruktur zu erhalten, müssen deutsche Journalisten mit dem Aufbau von Recherchekultur erst einmal anfangen.“ Daher zitiert Markett Hans Leyendecker, der im Bezug auf den Recherchejournalismus sagte: „Von den USA lernen heißt recherchieren lernen“.¹³⁸

Inbesondere in den vergangenen Jahren ist jedoch auch in den Vereinigten Staaten der Druck auf die Redaktionen gewachsen und der aufwändige investigative Journalismus zunehmend Sparzwängen unterworfen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat diesen Trend zusätzlich verstärkt. So verwundert es nicht, dass neue Medien nun versuchen, die derzeit entstehenden Lücken zu füllen. Der erfolgreiche Internet-Blog „Huffington Post“ (HuffPo) hat beispielsweise angekündigt, ein investigatives Reporterteam zu gründen. Ausgestattet mit einem Ausgangsbudget in Höhe von 1,75 Millionen US-Dollar, will die Gründerin, Arianna Huffington, verhindern, dass zu einer Zeit der Krise, in der das kritische Verfolgen politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen nötiger sei denn je, eben bei jenen Journalisten gespart wird, die diese notwendige Kontrollfunktion ausüben.¹³⁹

¹³⁶ Aucoin, 2.

¹³⁷ Aucoin, 4.

¹³⁸ Markett, 121 f.

¹³⁹ Huffington Post: Huffington Post Launches Investigative Journalism Venture. 27. Juni 2009.

„As the newspaper industry continues to contract, one of the most commonly voiced fears is that serious investigative journalism will be among the victims of the scaleback,“ sagt dazu die Gründerin des Blogs, Arianna Huffington, und sie ergänzt: „All who recognize the indispensable role good journalism plays in our democracy are looking for ways to preserve it during this transitional period for the media“. Zu den Inhalten, die das neue investigative Reporterteam erarbeiten soll, sagt Huffington: „The pieces developed by the Fund will range from long-form investigations to short breaking news stories and will be presented in a variety of media, including text, audio and video.“¹⁴⁰ Als treibende Idee hinter diesem Projekt sieht Huffington eine Aufforderung: „All of us increasingly have to look at different ways to save investigative journalism“. ¹⁴¹

Dennoch gibt es im derzeitigen Mediengeschäft und angesichts der aktuellen Medienentwicklung einige Gefahren für investigativen Journalismus. Thomas Leif bilanziert, dass im Journalismus der Trend hin zur immer größeren Verflachung gehe. „Der Stoff muß einfach und eingängig sein, komplizierte Sinnzusammenhänge haben keine Chance.“ Inhalte, die sich nicht beliebig vereinfachen lassen, fielen oftmals durch das Sortierraster. „Hintergründe sind nicht mehr interessant, Vordergründiges muß beleuchtet werden, weil der Aufmerksamkeitspegel in einer überreizten Gesellschaft sehr niedrig ist.“¹⁴²

In der Bundesrepublik kommt nach Ansicht von Hans Leyendecker noch eine Erkenntnis hinzu: Investigativen Journalismus, wie er in den USA ausgeübt wird, gibt es hierzulande nicht. Ein paar dutzend Rechercheure arbeiten ohne Apparat.¹⁴³

<http://www.huffingtonpost.com/2009/03/29/huffington-post-launches-0_n_180498.html>.

CBC News: Huffington Post to create investigative reporting team. 27. Juni 2009.

<<http://www.cbc.ca/arts/media/story/2009/03/29/huffingtonpost-investigative-team.html>>.

AFP: Huffington Post to bankroll investigative reporting. 27. Juni 2009.

<<http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5gKYrIRdIEns wb--gIIN4VKeZ0KjQ>>.

¹⁴⁰ AFP: Huffington Post to bankroll investigative reporting. 27. Juni 2009.

<<http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5gKYrIRdIEns wb--gIIN4VKeZ0KjQ>>.

¹⁴¹ Huffington Post: Huffington Post Launches Investigative Journalism Venture. 27. Juni 2009.

<http://www.huffingtonpost.com/2009/03/29/huffington-post-launches-0_n_180498.html>.

¹⁴² Thomas Leif. „Macht ohne Verantwortung: Der wuchernde Einfluß der Medien und das Desinteresse der Gesellschaft.“ Friedrich-Ebert-Stiftung. *Im Seichten kann man nicht ertrinken: Medien zwischen Sinn und Sensation*. Mainz, 2001, 4-11, 9.

¹⁴³ Leyendecker. „Die moralische Macht der Medien – Was kann (investigativer) Journalismus bewirken?“ Herausgegeben von der Friedrich Ebert Stiftung. *Im Seichten kann man nicht ertrinken. Medien zwischen Sinn und Sensation. Medien-Disput der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 9. November 2000 in Mainz*, 2001, 58.

(auch im Internet unter: http://www.mediendisput.de/downloads/doku_2000.pdf.)

Organisationen für investigative Journalisten in der Bundesrepublik Deutschland

Verschiedene Organisationen unterstützen die Arbeit von investigativ arbeitenden Journalisten. Sie schaffen Plattformen für Information, Austausch sowie Begegnung und leisten finanzielle Unterstützung. Anhand der Organisationsstruktur lässt sich die Bedeutung von investigativem Journalismus abschätzen und es wird deutlich, in welchem Umfeld diese Form des Journalismus wirken und sich entwickeln kann.

In der Bundesrepublik hat sich im Frühjahr 2001 das Netzwerk Recherche (nr) gegründet. Hier haben sich recherchierende und engagierte Journalisten organisiert. Damit hat sich eine entsprechende Organisation für investigative Journalisten vergleichsweise spät gegründet. Die Mitglieder setzen sich besonders für die Qualitätssicherung im Recherchejournalismus ein.¹⁴⁴

Thomas Leif, Chefreporter beim Südwestfunk und Vorsitzender des nr, begründet die Vereinsgründung damit, dass „[i]m Fernsehen und auch bei Printmedien [. . .] immer weniger recherchiert [wird]“.¹⁴⁵ Daher soll der Verein diese journalistische Arbeit wieder stärker in den Redaktionen etablieren, denn „nur wenn Journalisten effizient recherchieren, kann der Qualitätsverlust ausgeglichen werden, den die Kommerzialisierung des Rundfunks ausgelöst hat,“ betont Michael Haller, Professor für Journalistik.¹⁴⁵

Das nr versteht sich als „Lobby für den in Deutschland vernachlässigten investigativen Journalismus.“ Daher hat sich das nr zum Ziel gesetzt, Journalisten zu unterstützen, die bei ihrer Arbeit auf Widerstände stoßen, auch innerhalb der Redaktionen. Um die intensive Recherche tiefer im Selbstverständnis des deutschen Journalismus zu verankern, setzt das nr auch auf gezielte Fortbildungsangebote.¹⁴⁶ Mit diesem Anliegen ist das nr eine nicht-kommerzielle Organisation, die den Informationsaustausch unter recherchierenden Journalisten fördert und sich an Austauschprogrammen anderer, ähnlicher Einrichtungen im Ausland beteiligt.¹⁴⁷

Organisationen für investigative Journalisten in den Vereinigten Staaten

Neben den bereits dargestellten Arbeitsbedingungen begünstigen mehrere spezielle Berufsverbände und einige nicht-kommerzielle Watchdog-Organisationen, die ebenfalls als Instrument der Machtkontrolle fungieren, den investigativen Journalismus in den Vereinigten Staaten. Trotz der Gefahren, die aufgrund des Gewinnstrebens von der Konzentration von

¹⁴⁴ Ludwig. *Investigativer Journalismus* 19, 149, 193.

¹⁴⁵ Robert Jacobi. „Wer? Was? Wann? Wo? Wie? Warum?: Investigative Journalisten gründen einen Verein, um dem Handwerk der Recherche zu höherem Ansehen zu verhelfen.“ *SZ*, 2. April 2001, 22.

¹⁴⁶ nr. 05. Mai 2006. <<http://www.netzwerk-recherche.de/verein/>>.

¹⁴⁷ nr. 05. Mai 2006. <<http://www.netzwerk-recherche.de/verein/index.php?pageid=32>>.

Medienunternehmen in Konzernen ausgehen, können US-Journalisten dieses Manko häufig zumindest teilweise wieder wettmachen, da einige Initiativen investigativen Journalismus gezielt fördern.¹⁴⁸

Eine ausführliche Darstellung der Einrichtungen für investigative Journalisten findet sich überblicksartig bei Redelfs.¹⁴⁹ Eine Aufzählung an dieser Stelle erübrigt sich daher. Doch seien einige Organisationen hier kurz genannt, um den strukturellen Unterschied bei den Arbeitsbedingungen von investigativ recherchierenden Journalisten gegenüberstellen zu können. Journalisten können auf Informationen sowie finanzielle Förderung dieser NGOs zurückgreifen.¹⁵⁰

Dies führt dazu, dass eine Organisation, die „quasi aus übergeordneten demokratietheoretischen Gründen recherchiert, ihre Ergebnisse kommerziellen Medien zur Verfügung stellt. Eine solche Kooperation führt dazu, dass der sehr teure investigative Journalismus auch dann eine Chance hat, wenn es ökonomisch für die Redaktion keinen Anreiz gibt, aufwendige und im Ausgang ungewisse Recherchen zu beginnen.“¹⁵¹

Die für investigative Journalisten herausragendste Einrichtung ist die Organisation Investigative Reporters and Editors (ire), die seit 1975 existiert. Damit ist ire 26 Jahre älter als die deutsche Organisation nr. ire definiert sich als „grassroots nonprofit organisation“, die sich die Qualitätssicherung des investigativen Journalismus auf die Fahnen geschrieben hat. Seit der Gründung bemüht sich ire um die Verbesserung von Recherchebedingungen und die Zusammenführung von Gleichgesinnten.¹⁵²

Die ire hat sich gegründet, um die Qualität des investigativen Journalismus sicherzustellen und eine Basis zur Vernetzung von Investigativ-Projekten zu schaffen. Insbesondere nach der Enthüllung des Watergate- Skandals kam investigatives Ermitteln so in Mode, dass viele die Gefahr einer Verwässerung der notwendigen Qualitätsstandards sahen, die einen ganzen Berufsstand in Misskredit zu bringen drohte. Die ire sollte zudem entsprechend „Nachrichten“ selbst neu definieren, in einer Verlagerung „from just reporting what public officials said to reporting what is going on behind the public announcements.“¹⁵³

Erste Schlagzeilen machte die ire bereits im Jahr nach ihrer Gründung mit dem Arizona-Projekt. Don Bolles, ein investigativer Reporter der „Arizona Republic“, wurde 1976 bei

¹⁴⁸ Markett, 120.

¹⁴⁹ Redelfs. *Investigative Reporting in den USA*, 278 ff.

¹⁵⁰ Redelfs. *Investigative Reporting in den USA*, 311 f.

¹⁵¹ Redelfs. „Investigative Reporting in den USA: Welche Strukturen stützen den Recherchejournalismus?“ nr. 21. Juni 2006. <<http://www.netzwerk-recherche.de/dokumente/investigative-reporting.pdf>>.

¹⁵² ire. 06. Mai 2006. <<http://www.ire.org/history>>.

¹⁵³ Aucoin, 117 ff., 124.

einem Sprengstoffanschlag getötet, weil er an Enthüllungsgeschichten arbeitete – über Polizei-Willkür, Korruption, Drogenhandel, Mafia-Einflüsse auf die Politik des Bundesstaates, Grundbesitzbetrug etc. Um den Korruptionssumpf trocken zu legen und den Mordanschlag an dem Journalisten aufzuklären, schickte die *ire* ein großes Journalistenteam nach Arizona, um Bolles' Arbeit fortzuführen. Damit wollten sich investigative Journalisten vor weiteren Attentaten schützen und sich zur Wehr setzen.

Insgesamt hatten über 30 Journalisten von 28 Zeitungen und Fernsehstationen an dem Projekt mitgearbeitet. Im März 1977 wurden die Ergebnisse veröffentlicht. Es stellte sich heraus, dass der Senator Barry Goldwater und dessen Bruder Robert tief in die illegalen Vorgänge in dem Bundesstaat verstrickt waren.¹⁵⁴

Das Center for Public Integrity (CPI) in Washington D.C. hat sich der Produktion von investigativen Beiträgen gewidmet, die inhaltlich „of public concern“ sind. Gegründet wurde es 1989 von dem Fernsehjournalisten Charles Lewis, der für die investigativ ausgerichtete Sendung „60 Minutes“ gearbeitet hat. Das CPI unterhält ein weltweites Netzwerk mit 92 Journalisten in 48 Ländern (Stand Mai 2006).¹⁵⁵ Zielsetzung des CPI ist es, qualitativ hochwertige, öffentlich zugängliche Beiträge anzufertigen und ein Netzwerk zur Verfügung zu stellen. Der investigative Impetus der Organisation wird durch eine weitere Zielsetzung deutlich: Das CPI „[e]ducates, engages and empowers citizens with tools and skills they need to hold governments and other institutions accountable.“ Weiterhin bietet das CPI finanzielle Unterstützung und die Vermittlung von Hilfe bei Projekten.¹⁵⁶

An die Tradition des Muckraking knüpft das Center for Investigative Reporting (CIR) an – „Muckraker“ steht in fetten Lettern auf der Kopfzeile der Internetseiten. Seinen Sitz hat CIR in San Francisco, mit einem die Vereinigten Staaten umfassenden Netzwerk. Schon bei der Vorstellung der Organisation beklagen die Betreiber, dass das Ansehen des investigativen Journalismus auch in den Vereinigten Staaten gelitten hat. Beklagt wird insbesondere ökonomischer Druck, der offenbar die größte Gefahr für investigativen Journalismus ist. Daher fördert das CIR vielversprechende investigative Projekte und ermöglicht es den Autoren, durch entsprechende Platzierung der Beiträge möglichst große Wirkung zu erzielen. Dadurch soll auch die Wirkung von investigativen Projekten bei den Entscheidungsträgern verstärkt werden.¹⁵⁷

¹⁵⁴ Aucoin, 142 ff.

¹⁵⁵ CPI. Investigative Journalism in the Public Interest. 09. Mai 2006. <<http://www.publicintegrity.org/about/about.aspx>>.

¹⁵⁶ CPI. Investigative Journalism in the Public Interest. The Mission of the CPI. 09. Mai 2006. <<http://www.publicintegrity.org/about/about.aspx?act=mission>>.

¹⁵⁷ CIR. Muckraker: Who we are. 09. Mai 2006. <http://www.muckraker.org/cir_info.php>.

Das Selbstverständnis des investigativen Journalismus betont CIR, da diese Recherchemethode als ein Verfahren angesehen wird, das es den Bürgern ermöglicht, Machtinstanzen für ihr Tun zur Verantwortung ziehen zu können. Durch den Anspruch, dass Medien innerhalb von Konzernstrukturen Profite erwirtschaften müssen, sind Zeit und Geld für investigativen Journalismus nach Ansicht der Verantwortlichen beim CIR immer knapper geworden. Auf Hindernisse für investigativen Journalismus wie diese will das CIR eingehen und unterstützt daher investigative Arbeiten und stellt solche Beiträge zur Verfügung, to „deepen the public’s understanding of complex issues.“¹⁵⁸

Eine weitere Organisation, die sich um die Förderung des investigativen Journalismus kümmert, nennt sich im Internetauftritt whistleblower.org. Damit betont die Organisation den Schutz von Informanten, die für investigativen Journalismus unerlässlich sind. Das Government Accountability Project (GAP) existiert bereits seit 1977.¹⁵⁹ Um whistleblowers zu schützen, setzt GAP auch auf den Erfahrungsaustausch innerhalb des Netzwerkes.¹⁶⁰ Ludwig stellt in diesem Zusammenhang fest, dass der Zeugenschutz für die Lieferanten von Informationen für die Medien in den Vereinigten Staaten weit umfangreicher ausgeprägt ist als in der Bundesrepublik.¹⁶¹

Seit 1923 existiert die nicht-Regierungsorganisation Better Government Association (BGA), die sich zum Ziel gesetzt hat, die Watchdog-Rolle der Medien zu fördern und daher investigativen Journalismus unterstützt. Die Organisation finanziert entsprechende Rechercheprojekte und führt selbst Recherchen durch. Die BGA will dadurch Verschwendung, Betrug und Korruption bekämpfen.¹⁶² Gegründet ist die Arbeit von BGA auf der Überzeugung: „A public office is a public trust“ – und jeder Missbrauch des Vertrauens untergräbt BGA zufolge das Vertrauen in die Regierung.¹⁶³

Diese Liste ließe sich weiter fortsetzen. Hinzu kommen zahlreiche Stiftungen, die investigativen Journalismus aktiv unterstützen. Viele, insbesondere kleinere Stiftungen, werden von wohlhabenden Familien getragen, die sich die kritische Begleitung der Gesellschaft durch die Medien viel Geld kosten lassen.¹⁶⁴ Auf ähnliche Strukturen, vor allem aus dem nicht-kommerziellen Sektor, können Journalisten in der Bundesrepublik nicht oder kaum zurückgreifen.

¹⁵⁸ CIR. Muckraker: About CIR and our Accomplishments. 09. Mai 2006.

<http://www.muckraker.org/about_cir.php>.

¹⁵⁹ GAP. About GAP. 09. Mai 2006. <<http://www.whistleblower.org/about/index.cfm>>.

¹⁶⁰ GAP. Whistleblower Support Network. 09. Mai 2006. <<http://www.whistleblower.org/content/wsn.cfm>>.

¹⁶¹ Ludwig. *Investigativer Journalismus: Recherchestrategien – Quellen – Informanten*. Praktischer Journalismus Band 48. Konstanz: UVK, 2002, 265.

¹⁶² Better Government Association. 19. Oktober 2006. <<http://www.bettergov.org/index.html>>.

¹⁶³ Better Government Association. 19. Oktober 2006. <<http://www.bettergov.org/about.html>>.

¹⁶⁴ Redelfs. *Investigative Reporting in den USA*, 309.

So ist auch der „Wächterpreis der Deutschen Tagespresse“ eine amerikanische Erfindung und die Preisgelder stammen bis heute aus Lizenzgebühren der ersten deutschen Zeitungen; das Geld ist heute der Finanzstock einer eigenen Stiftung.¹⁶⁵

Bereits der Vergleich der Anzahl an entsprechenden Organisationen, die investigativen Journalismus unterstützen – wobei insbesondere die Darstellung der US-Organisationen bei Weitem nicht vollständig ist – macht deutlich, dass sich der Stellenwert des investigativen Journalismus in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland deutlich voneinander unterscheidet. Zwar beklagen, wie dargestellt, auch US-Organisationen, dass investigativer Journalismus auf breiter Front zurückgedrängt wird und dem kostengünstigen Füllen von Seiten oder Sendeminuten angesichts des ökonomischen Drucks, dem Redaktionen innerhalb großer Medienkonzerne ausgesetzt sind, Vorrang vor zeit- und kostenaufwendigen Recherchen eingeräumt wird. Doch dem Rückgang in den Vereinigten Staaten steht die unterentwickelte Verbreitung des investigativen Journalismus auf breiter Front in der Bundesrepublik gegenüber.

2.1.4. Ethische Grundlagen des Journalismus

Deutsche Pressekodizes

Die Pressekodizes dienen dazu, gemeinsame Grundlagen der Berichterstattung zu gewährleisten. Sie sollen die Chancengleichheit der Medien gewährleisten, da ansonsten ethisch verantwortlich handelnde Presseorgane gegenüber rigoros vorgehenden Mitbewerbern das Nachsehen hätten. Darüber hinaus gelten sie als Schutz in beide Richtungen: Die Presse wird davor geschützt, sich (etwa aus Konkurrenzdruck) auf Methoden einzulassen, die ihr Ansehen und damit ihren Einfluss beschädigen könnten. Denn traditionell beobachtet die Öffentlichkeit das Tun der Presse mit besonderer Aufmerksamkeit. Schließlich trägt die Presse zur Meinungsbildung bei und hat damit die Macht, Themen zu besetzen und unmittelbaren Einfluss auf das Geschehen in Politik und Gesellschaft zu nehmen. Die Öffentlichkeit wiederum wird davor geschützt, mit unverantwortlichen Recherchemethoden und Darstellungen konfrontiert zu werden. Einzelpersonen, etwa Prominente, werden in ihrer Privat- und Intimsphäre geschützt. In den Kodizes werden Presseorgane dazu verpflichtet, die Regeln des journalistischen Handwerks einzuhalten, wie die Fairness in der Berichterstattung zu gewährleisten oder mit Quellen kritisch umzugehen.

¹⁶⁵ Redelfs. *Investigative Reporting in den USA*, 321.

In Deutschland ist der Presserat oberster Hüter der Ethik in der Berichterstattung und stellte den Deutschen Presssekodex auf. Am 12. Dezember 1973 wurde dieser an Bundespräsident Gustav Heinemann überreicht.¹⁶⁶

Der deutsche Kodex zählt in 16 Ziffern Rechte und Pflichten von Journalisten auf. Einleitend finden sich die Grundlagen, von denen der Kodex getragen ist. Die Grundlage bilden die „Achtung vor der Wahrheit und Wahrung der Menschenwürde“, eine „[g]ründliche und faire Recherche“, eine „[k]lare Trennung von redaktionellem Text und Anzeigen“, die „Achtung von Privatleben und Intimsphäre“ sowie die „Vermeidung [einer] unangemessenen sensationellen Darstellung von Gewalt u. Brutalität.“¹⁶⁷ Geprägt ist der Katalog vom journalistischen Selbstverständnis, im demokratischen Kontext der Wahrheit verpflichtet zu sein. Dazu gehören die Grenzen dieser Arbeit – diese Grenzen werden im deutschen Presssekodex stärker betont als in den US-amerikanischen Entsprechungen. So gilt es beispielsweise laut Ziffer acht, Privat- und Intimsphäre anderer Menschen zu schützen. Der Presssekodex zeigt also insbesondere die Grenzen der Berichterstattung und journalistischen Arbeit auf, die als Selbstverpflichtung der Presse gegenüber der Gesellschaft apostrophiert sind. Pflichten wie die Kontrolle der „Macht“ in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft oder Aufforderungen, entschiedener hinter die Kulissen zu blicken und die Recherche nicht allein beim Bearbeiten des bei Pressekonferenzen verteilten „Waschzettels“ enden zu lassen, fehlen gänzlich. Somit gleicht der deutsche Presssekodex einer Sammlung von Verboten und Einschränkungen. Schließlich gehört (zumindest in der Theorie) die kritische und der Sorgfalt verpflichtete Arbeit zu den journalistischen Grundüberzeugungen.¹⁶⁸

Neben dem Presssekodex des deutschen Presserates hat auch das nr einen eigenen Medienkodex erstellt. Da der Kodex neu ist, konnte er bisher in der Praxis noch keine Wirkung entfalten. Wie sich dieser in der Praxis bewähren wird, bleibt abzuwarten. In einem einführen-

¹⁶⁶ Deutscher Presserat. Presssekodex. 16. November 2005.

<<http://www.presserat.de/Presssekodex.pressekodex.0.html>>.

¹⁶⁷ Deutscher Presserat. Einführung zum Presssekodex 06. April 2006.

<<http://www.presserat.de/Presssekodex.8.0.html>>.

¹⁶⁸ Zum 50. Jahrestag des Deutschen Presserats hat die Organisation am 20. November 2006 an Bundespräsident Horst Köhler einen novellierten Presssekodex übergeben, der am 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist. Darin sind insbesondere Abschnitte abgeändert, die die Trennung von Marketing und Journalismus betreffen. Ebenso werden in der Berichterstattung über Gerichtsverhandlungen technische Neuerungen berücksichtigt. So können im Falle von Geständnissen oder vorliegenden DNS-Beweisen Täter auch als solche bezeichnet werden, komplizierte Vermutungs-Formulierungen sind weggefallen. Die hier bereits erläuterten Sachverhalte sind davon nicht berührt. Da der Kodex aber erst kürzlich seine Gültigkeit erlangte und damit weit nach der Veröffentlichung der hier erörterten Beiträge, wird der novellierte Kodex hier nicht weiter berücksichtigt.

Deutscher Presserat. Novellierter Presssekodex. 28. Dezember 2006.

<http://www.presserat.de/uploads/media/Novellierter_Kodex.pdf>.

Deutscher Presserat. Synopse der Presssekodizes. 28. Dezember 2008.

<http://www.presserat.de/uploads/media/Novellierter_Kodex.pdf>.

Deutscher Presserat. Einführung. 30. Dezember 2006. <<http://www.presserat.de/Presssekodex.8.0.html>>.

den Text erläutert das nr, dass der neue, zehn Punkte umfassende Kodex als Reaktion auf den zunehmenden Einfluss neuer Technologien und den wachsenden Druck kommerzieller Interessen hin aufgestellt worden ist. Denn nach Ansicht des nr hat der Einfluss ökonomischer Interessen auf die Redaktionen bereits ein Ausmaß erreicht, das unabhängigen Journalismus gefährdet.

Die Leitsätze des Kodex betonen eine „unabhängige, sorgfältige, umfassende und wahrhaftige Berichterstattung.“ Hinzu kommt ein „uneingeschränkter Informantenschutz.“¹⁶⁹

nr beklagt insbesondere, dass das Gebot der strikten Trennung von Information und PR immer stärker verwässert wird und fordert eine beherzte Rückbesinnung auf den Grundsatz: „Journalisten machen keine PR.“ Im Gegensatz zum Pressekodex des Presserates, der auf Fremdkontrolle setzt, betont der Medienkodex die Selbstkontrolle der Medien und erfasst damit nicht allein die Presse. Die Selbstkontrolle der Medien findet sich in Ziffer 6 wieder, dem Verzicht von Journalisten auf Vorteilsnahme.

Auch der Aufruf zu umgehender Korrektur von Fehlern sowie die Betonung der Bedeutung von Redaktions- und Beschwerdeausschüssen, Ombudsstellen und kritischer Medienberichterstattung sollen der Selbstkontrolle der Medien dienen.

Ob angesichts des vom Medienkodex selbst angeprangerten Einflusses ökonomischer Begehrlichkeiten seitens der Anzeigenabteilungen, der Anzeigenkunden, der Leser sowie der Verlagsleitung die große Betonung der Selbstkontrolle realistisch ist, muss die Praxis zeigen, auch wenn die Autoren des Kodex in Ziffer 10 erwarten, dass „bei der Umsetzung dieses Leitbildes die Unterstützung der in den Medienunternehmen Verantwortlichen“ unabdingbar notwendig ist.¹⁶⁹ Dennoch ist der Medienkodex ein selbstbewusstes Zeugnis der Medien, die sich in ihrem Streben nach wahrhaftigem Journalismus nicht von unjournalistischen Interessen ihre Arbeit, beziehungsweise das Ausfüllen der Arbeitstätigkeit, diktieren lassen wollen.

Kodizes in den Vereinigten Staaten

In den Vereinigten Staaten existieren mehrere journalistische Ehrenkodizes. Der älteste stammt aus dem Jahr 1923. Die Amerikanische Gesellschaft der Zeitungsredakteure, die American Society of Newspaper Editors (ASNE) „billigte den ersten Kodex dieser Art, gefolgt von der Gesellschaft der hauptberuflichen Journalisten, der Society of Professional Jour-

¹⁶⁹ nr. Medienkodex. 06. Mai 2006. <<http://www.netzwerk-recherche.de/projekte/index.php?pageid=6>>. Der Medienkodex selbst ist von diesem Link aus als pdf- Dokument abrufbar.

nalists/Sigma Delta Chi (SPJ) und dem Presseverband der geschäftsführenden Redakteure, dem Verband der ‚Associated Press Managing Editors‘ (APME)¹⁷⁰.

Ähnlich wie in Deutschland geben „[d]iese freiwilligen, ethischen Verhaltenskodizes der drei wichtigsten Journalistenverbände [. . .] bestimmte ethische Richtlinien vor. Sie rufen die Journalisten dazu auf, ihre Arbeit mit Intelligenz, Objektivität, Genauigkeit und Fairness auszuüben.“¹⁷¹ Doch gehen sie im Vergleich mit dem deutschen Presskodex einen entscheidenden Schritt weiter. Sie rufen die Journalisten zu besonderer Wachsamkeit auf, da die Rolle der Presse als Kontrollorgan und Korrektiv von Staat, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den Vereinigten Staaten besonders ausgeprägt ist.

Der Code of Ethics der SPJ zählt in mehreren Abschnitten, ähnlich wie der deutsche Presskodex, zunächst die Pflichten eines Journalisten auf, wie Sorgfaltspflicht, die Verpflichtung zu Wahrhaftigkeit oder den Verzicht auf Sensationalismus. Doch Aufforderungen wie: „Give voice to the voiceless [. . .]“, „Disclose unavoidable conflicts“, oder „Be vigilant and courageous about holding those with power accountable“ machen deutlich, dass auch die selbstbewusste Arbeit und das Eingehen von Konflikten ausdrücklich gewünscht sind. Noch deutlicher wird ein kurzer Abschnitt zum Thema verdeckter Ermittlungen. Zwar gibt es zu Beginn Einschränkungen: „Avoid undercover or other surreptitious methods of gathering information [. . .].“ Doch bereits in diesem Satz folgt die Aufforderung, im Bedarfsfall doch auf verdeckte Methoden zurückzugreifen: „[. . .] except when traditional open methods will not yield information vital to the public.“ Und selbstverständlich gilt: „Use of such methods should be explained as part of the story.“¹⁷²

In die gleiche Richtung weist das Statement of Ethic Principles der Organisation APME, das 1994 angenommen wurde. So ist dort zu lesen: „The public's right to know about matters of importance is paramount. The newspaper has a special responsibility as surrogate of its readers to be a vigilant watchdog of their legitimate public interests.“ Hier bringt die APME bei aller Betonung der journalistischen Handwerksregeln die selbstbewusste Haltung des US-amerikanischen Journalismus zum Ausdruck. Der Hinweis auf die Watchdog-Funktion der Presse findet sich im deutschen Presskodex nicht. Besondere Betonung erfährt diese Rollenbeschreibung dadurch, dass diese Forderung bereits im zweiten Absatz des Kodex zu finden ist. Den logischen nächsten Schritt vollzieht der APME- Kodex mit der Forderung:

¹⁷⁰ US Botschaft in Deutschland. Medien in den USA, Medienethik. 08. November 2005. <<http://usa.usembassy.de/medien-ethics.htm>>.

¹⁷¹ US Botschaft in Deutschland. Medien in den USA, Medienethik. 08. November 2005. <<http://usa.usembassy.de/medien-ethics.htm>>.

¹⁷² SPJ. Code of Ethics. 17. November 2005. <http://www.spj.org/ethics_code.asp>.

„The newspaper should report the news without regard for its own interests, mindful of the need to disclose potential conflicts.“¹⁷³

Die ASNE hat den ältesten Kodex aufgestellt. „ASNE's Statement of Principles was originally adopted in 1922 as the ‘Canons of Journalism.’ The document was revised and re-named ‘Statement of Principles’ in 1975.“ Im ersten Artikel, der unmittelbar der Präambel folgt, steht zu lesen: „The American press was made free not just to inform or just to serve as a forum for debate but also to bring an independent scrutiny to bear on the forces of power in the society, including the conduct of official power at all levels of government.“ So ist im ältesten Ethik-Kodex der Vereinigten Staaten auch die Aufgabenfestlegung als vierte Gewalt im Staat enthalten, mit der ihr zukommenden Kontrollfunktion.¹⁷⁴ Eindeutig wird hier die Pflicht der Presse verankert, als Kontrollorgan innerhalb des gesellschaftlichen Gefüges zu fungieren.

Der ASNE betont zudem die starke gesellschaftliche Bedeutung der Medien im Dienst am Bürger: “These principles are intended to preserve, protect and strengthen the bond of trust and respect between American journalists and the American people, a bond that is essential to sustain the grant of freedom entrusted to both by the nation's founders.”¹⁷⁵

2.1.5. Grundlagen der Rolle der Presse in den Verfassungen und rechtlicher Rahmen

In den Verfassungen Deutschlands und der Vereinigten Staaten finden sich Rechte der Presse an prominenter Stelle. Die US-Verfassung nennt etwa Presse- und Meinungsfreiheit im ersten Verfassungs-Zusatzartikel und damit der Bill of Rights. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland findet sich der entsprechende Abschnitt im Katalog der Grundrechte.

In den Vereinigten Staaten gelten die Medien als „vierte Gewalt im politischen System von checks and balances. Festgelegt sind die Rechte der Meinungsfreiheit im ersten Zusatzartikel der Verfassung, wonach es dem Kongress untersagt ist, Gesetze zu erlassen, welche die Meinungs- oder Pressefreiheit einschränken.“¹⁷⁶

„Congress shall make no law respecting an establishment of religion, or prohibiting the free exercise thereof; or abridging the freedom of speech, or of the press, or the right of

¹⁷³ APME. Statement of Ethic Principles. 17. November 2005. <<http://www.apme.com/ethics/>>.

¹⁷⁴ ASNE. Statement of Principles. Last Update 28. August 2002. 17. November 2005. <<http://www.asne.org/kiosk/archive/principi.htm>>.

¹⁷⁵ ASNE. Statement of Principles. Last Update 28. August 2002. 17. November 2005. <<http://www.asne.org/kiosk/archive/principi.htm>>.

¹⁷⁶ Lösche. „Mittler zwischen Gesellschaft und Politik.“, 51.

the people peaceably to assemble, and to petition the Government for a redress of grievances.“¹⁷⁷

Die ersten zehn Amendments (die Bill of Rights) zur Verfassung der Vereinigten Staaten traten am 15. Dezember 1791 in Kraft. Somit blickt die Presse in den Vereinigten Staaten auf eine etwa 215 Jahre lange Tradition verfassungsrechtlich garantierter Pressefreiheit zurück. Doch auch in den Vereinigten Staaten war es ein langer Weg von den ersten Nachrichtenblättern bis zum First Amendment, das Ende 1791 die Freiheit der Presse und der Meinung garantiert. So wurde 1690 ein erstes Nachrichtenblatt, „Publick Occurrences in Boston“ bereits nach der ersten Ausgabe verboten, da die Herausgeber keine Lizenz besaßen. Erst 1704 erschien mit dem Boston News-Letter die erste Zeitung, in der extra darauf verwiesen wurde, dass sie behördlich genehmigt war.¹⁷⁸

Potter Steward, Associate Justice of the Supreme Court, gibt zudem eine Zusammenfassung über den Geist, der den ersten Verfassungs-Zusatzartikel getragen hat. Dazu verweist er auf die Geschichte und die Unterschiede zwischen der noch sehr jungen amerikanischen Nation und dem damals noch so zu betrachtenden britischen Mutterland, von dem sich Amerika grundlegend unterscheiden wollte, um vielleicht nicht alles anders, aber vieles besser zu machen. Dazu gehörte auch der Mut, eine „kritische Begleitung“ der Bürger, insbesondere ausgeübt durch die Presse, zuzulassen:

„For centuries before our Revolution, the press in England had been licensed, censored, and bedeviled by prosecution for seditious libel. The British Crown knew that a free press was not just a neutral vehicle for the balanced discussion of diverse ideas. Instead, the free press was a conspiracy of the intellect, with the courage of numbers. This formidable check on official power was what the British Crown had feared – and what the American Founders decided to risk.“¹⁷⁹

Steward ergänzt dazu: „The publishing business is, in short, the only organized private business that is given explicit constitutional protection.“¹⁸⁰

Das amerikanische Verständnis von der Rolle der Presse ist laut Steward eben diese viel zitierte vierte Gewalt im Staat: „The primary purpose of the constitutional guarantee of a free press was a similar one: to create a fourth institution outside the Government as an addi-

¹⁷⁷ US Const., amend. 1.

¹⁷⁸ Timothy Cook. *Governing with the News: The News Media as a Political Institution*. Chicago: U of Chicago P, 1998, 21.

¹⁷⁹ Potter Steward, Associate Justice of the Supreme Court, on the Freedom of the Press, Yale Law School, 1974. In Richard Heffner. *A Documented History of the United States*. 6. ed. Mentor: New York, 1999, 463-468, 466.

¹⁸⁰ Steward, 466.

tional check on the three official branches. Consider the opening words of the Free Press Clause of the Massachusetts Constitution, drafted after John Adams: The liberty of the press is essential to the security of the state.” Somit wird die freie Presse zum unabdingbaren Element des Systems der checks and balances.¹⁸¹

In der Bundesrepublik Deutschland ist die Pressefreiheit als kodifiziertes Recht erst seit der Annahme des Grundgesetzes 1949 gewährleistet. In Anbetracht des demokratischen Aufbruchs nach der Katastrophe des Nationalsozialismus kam der demokratischen Presse und damit der Meinungsfreiheit besondere Bedeutung zu:

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“¹⁸²

Somit ist seit der Gründung der Bundesrepublik die Presse unter den Schutz des Grundrechtskatalogs des Grundgesetzes gestellt. Dies drückt aus, welche zentrale Bedeutung dieser Staat den Medien zubilligt, da sich Vertreter aller staatlicher Gewalten keinerlei Recht auf die Einflussnahme auf Medieninhalte vorbehalten haben, ausgenommen rechtliche Bestimmungen, die sich etwa aus dem Straf- oder Zivilrecht ergeben, die aber wiederum vor einem ordentlichen Gericht eingeklagt werden müssen.

Die Pressefreiheit wurde in den frühen Jahren der Bundesrepublik erstritten und gegenüber Angriffen verteidigt, da die Adenauer-Regierung mit der Begründung, die Demokratie schützen zu wollen, Gesetze vorbereitet hatte, um das Freiheitsrecht der Presse einzuschränken. Doch schon in den 1950er-Jahren besaßen die Medien „selbst genügend kritisches Potential und Macht, um eine derartige Gefährdung der Grundrechte zu verhindern.“ zudem gehörte es zur Spruchpraxis des Bundesverfassungsgerichts, Presse- und Meinungsfreiheit zu fördern.¹⁸³

Aufgrund der Rolle der Presse sowie den Bestimmungen zur Pressefreiheit in den Verfassungen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten ergeben sich auch aus weiteren Rechtsbestimmungen Einflussfaktoren auf die Arbeit der Presse.

So müssen die Medienorgane für die Inhalte, die sie transportieren, auch die Verantwortung übernehmen. Insbesondere Bestimmungen aus dem Persönlichkeitsrecht setzen der

¹⁸¹ Steward, 466.

¹⁸² Grundgesetz, Art. 5 (1).

¹⁸³ Frank Bösch. „Später Protest: Die Intellektuellen und die Pressefreiheit in der frühen Bundesrepublik.“ In: Dominik Geppert und Jens Hacke. *Streit um den Staat: Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960-1980*. Göttingen: Vandenhoeck, 2008, 91-112, 93.

Arbeit der Presse Grenzen. Die Unterschiede bei der juristischen Verfolgung von Medien und die mögliche Höhe der Schadensersatzforderungen mit denen sich Presseorgane ggf. konfrontiert sehen, haben auch Auswirkungen auf die Art der Recherche und die Art der Darbietung von Rechercheergebnissen in den Medien.

Haftungsansprüche gegenüber Redakteuren und Verlagen leiten sich aus der Unterscheidung zwischen Tatsachenbehauptungen und Meinungsäußerungen ab. „Da die Meinungsfreiheit im Allgemeinen und die Pressefreiheit im Besonderen ein hohes Gut für die Demokratie darstellen, ist die Rechtsprechung bei der Zulässigkeit von Meinungsäußerungen großzügiger als bei der Beurteilung von Tatsachenbehauptungen“, heißt es dazu in einem Artikel der Zeitschrift „Fachjournalismus“¹⁸⁴. Sofern eine Tatsachenbehauptung korrekt ist, ergeben sich in jedem Fall keine weiteren Ansprüche. Grundlage müsse daher immer eine „sorgfältige Recherche“ des Journalisten sein, um sich auch entsprechend abzusichern und zu gewährleisten, dass Tatsachenbehauptungen auch der Wahrheit entsprechen. Aber auch falsche Behauptungen im Rahmen einer Tatsachenbehauptung bedeuten noch nicht sofort auch Schadensersatzansprüche, die auf Geldzahlungen hinauslaufen. Denn zunächst kann ein Betroffener ggf. einen Widerruf durchsetzen. Dies aber auch nur dann, wenn die „Tatsachenbehauptung im Kern falsch ist.“ Leichte Unschärfen sind hinzunehmen. Bestenfalls besteht dann der Anspruch auf eine „Richtigstellung“. Schmerzensgeld kommt in Betracht, wenn über den „Ersatz von tatsächlich erlittene[n] und nachweisliche[n] Schäden hinaus“ ein Anspruch auf Entschädigung besteht.¹⁸⁵

Die Autoren kritisieren dabei, dass Schmerzensgeld oft nur in relativ geringen Beträgen zugestanden wird, sie setzen hier die Grenze bei einem Maximalbetrag von 100.000 Euro. Dadurch aber werde das Ziel, „unwahre Behauptungen, die in das Persönlichkeitsrecht des Betroffenen eingreifen, zu sanktionieren und so einzuschränken“, in der Praxis oft nicht erreicht. Zudem machen die Autoren auf den großen Abwägungsspielraum aufmerksam und verweisen etwa auf einen Auslegungstreit zwischen Juristen, wie im Falle von zweideutigen Aussagen zu verfahren sei. Während manche dies von der Meinungsfreiheit gedeckt sehen, sind andere Experten der Ansicht, dass dies nicht der Fall sei. Weitgehend eindeutig verlaufe „die Grenze der Meinungsäußerung dort, wo das offensichtliche Ziel der Auseinandersetzung nicht mehr die öffentliche Diskussion, sondern die persönliche Diffamierung des Gegners ist. Derartige Aussagen werden Schmähkritik oder Formalbeleidigung genannt. In solchen Fällen besteht außerdem die Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung im Rahmen der §§ 185 ff.

¹⁸⁴ Hermann Waldhauser und Hans-Michael Deml. „Pressefreiheit und Persönlichkeitsrecht“. *Fachjournalismus* 14-2004, 11-14.

¹⁸⁵ Waldhauser, 11-14.

StGB“. Diese Paragraphen regeln die Tatbestände Beleidigung, Verleumdung und üble Nachrede.

Als Empfehlung für die alltägliche Arbeit raten die Juristen: „Bei Berichten über prüfbare Tatsachen sollte, wenn es sich nicht um die Widergabe [sic.] der Meldungen von Pressediensten handelt, stets eine eigene, möglichst weit reichende Recherche erfolgen. Meinungsäußerungen sind demgegenüber zumindest rechtlich unproblematischer. Bei diesen sollte aber beachtet werden, dass persönliche Diffamierungen unterbleiben müssen.“¹⁸⁶

Haftungsrechtliche Bestimmungen regeln auch in den Vereinigten Staaten das Verhältnis zwischen Presse und den Personen, über die berichtet wird. Wiederum auf Basis der Verfassung ergeben sich daraus weitere Folgen. Für die verfassungsrechtliche Grundlage, die als Grundlage des rechtlichen Rahmens anzusehen ist, ergibt sich daraus:

„In a series of cases, the [Supreme] Court has been called upon to consider the limits imposed by the free press guarantee upon a state’s common statutory law of libel. As a result of those cases, a public figure cannot successfully sue a publisher for libel unless he can show that the publisher maliciously printed a damaging untruth.“¹⁸⁷

In seiner Abhandlung über die Rechtsprechungspraxis an US-Gerichten gegenüber Medien stellt Tony Mauro fest, dass die Garantie der Meinungsfreiheit im ersten Verfassungszusatzartikel stets ein guter Schutz vor Klagen gewesen sei. Doch beobachtet er eine Praxis, bei der die Zielrichtung einer Klage in eine Richtung geht, die die Aspekte der Meinungsfreiheit umschiffen.

Zunächst wirft Mauro die Frage auf: „With its unique protection under the Bill of Rights, how can the media, in the eyes of law, be treated in the same way as a negligent lawn-mower manufacturer?“¹⁸⁸ Wird also ein fehlerhafter Eintrag in einem Pilz-Lexikon vom Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt, wobei sich Leser im Vertrauen auf die Richtigkeit der Angaben schwere Vergiftungen zugezogen haben? Kann der Verlag eines Reiseführers verklagt werden, dessen Hawaii-Guide einen „Traumstrand“ empfiehlt, an dem sich Badegäste, die der Empfehlung gefolgt waren, Verletzungen an herumliegenden Abfällen oder scharfen Felskanten zugezogen haben?

¹⁸⁶ Waldhauser, 11-14.

¹⁸⁷ Steward, 464.

¹⁸⁸ Tony Mauro. „It’s a Courtroom Out There.“ *ARJ*. Juni 1993. 2. August 2007. <http://www.ajr.org/article_printable.asp?id=1446>.

„In the mushroom case, the Ninth Circuit U.S. Court of Appeals affirmed a lower court’s rejection of the suit. Resisting the temptation to apply simple tort law to ideas and books, the court ruled the publisher was not responsible for the accuracy of its books’ contents. ‘Products liability law is geared to the tangible world,’ the panel wrote. ‘We accept the risk that words and ideas have wings we cannot clip and which carry them we know not where. The treat of liability [. . .] could seriously inhibit those who wish to share thoughts and theories.’”¹⁸⁹

Der Rechtsanwalt Jonathan Hoffman stellt bei dieser neuen Art der Klagepraxis fest: „One thing these suits have in common is that there is no other readily available source of cash. There’s been a terrible event in people’s lives, but who can you sue? People are searching for a new type of deep pocket, so they go after the media.”

Dies bedeutet wiederum in der Umsetzung: “Many plaintiffs are looking for the quickest route to those deep pockets, quicker than lawsuits that often get bogged down in First Amendment debates.”¹⁹⁰

¹⁸⁹ Mauro.

¹⁹⁰ Mauro.

2.2. Die Anfänge des Pressewesens im US-Sektor nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Geschichte der Presse in Deutschland geht zurück bis ins 17. Jahrhundert, das gedruckte Wort hielt mit Johannes Gutenberg 1453 Einzug. Daher sieht Humphreys in Deutschland „the birthplace of European intellectual journalism“. Behindert wurde jedoch ein möglicher Aufstiegsprozess auf diesem Gebiet durch die kleinstaatliche Struktur. Daher fiel Deutschland beziehungsweise das Deutsche Reich hinter die Entwicklung in angelsächsischen Ländern zurück. Erst im 19. Jahrhundert konnte Deutschland den Rückstand durch den rapiden Prozess der Industrialisierung wettmachen. Im Laufe des 19. Jahrhunderts entwickelten sich die Vorläufer der modernen Organe der Massenkommunikation.

Während der Weimarer Republik erlebte die Parteipresse ihren Aufstieg. In dieser Zeit baute auch Alfred Hugenberg ein Presseimperium auf, „Europe’s first and mightiest, multi-media’ empire.“ Trotz eines Konzentrationsprozesses dominierte die „Generalanzeigerpresse“, die geprägt war von einer Vielzahl regionaler und lokaler Blätter. Hugenberg übernahm für seinen Konzern das amerikanische Vorbild einer industriemäßigen Produktion. Ein Presseimperium, wie das Hungenbergs, galt es aus Sicht der Siegermächte in Zukunft zu verhindern.¹⁹¹

Am 4. Mai 1945 strahlten die britischen Streitkräfte von einem unzerstörten Hamburger Funkhaus die erste Radiobotschaft an die Deutschen aus. In der unmittelbaren Anfangszeit war das Radio das einzige zur Verfügung stehende Massenkommunikationsmittel, da Zeitungen aufgrund von Zerstörungen, technischen Gründen oder Papiermangel nicht erscheinen konnten. Der im britischen Sektor neu entstandene NWDR orientierte sich in Aufbau, Verwaltung und Programmgestaltung an der BBC und diente bald den beiden anderen Westsektoren als Vorbild. Der NWDR wurde 1956 in NDR und WDR aufgespalten.

Auch die Vereinigten Staaten wollten in ihrem Sektor ein Rundfunksystem aufbauen. Doch das ihnen aus der Heimat vertraute privat organisierte Rundfunksystem ließ sich aufgrund der Umstände in Deutschland und der herrschenden Not nicht übertragen. So orientierte sich die US-Militärregierung am britischen Vorbild und organisierte einen föderal angelegten Rundfunk. Bald schon zeigte sich, dass das Radio alleine nicht in der Lage war, den großen Informationsbedarf zu befriedigen. So verlangten die Menschen nach den langen Jahren der gleichgeschalteten Parteimedienberichterstattung dringend nach Informationen über den Zu-

¹⁹¹ Peter Humphreys. *Media and Media Policy in Germany: The Press and Broadcasting since 1945*. 2. ed. Berg: Oxford/Providence, 1994, 13 ff.

stand des eigenen Volkes ebenso wie über die Lage in der Welt. Daher sollte das Zeitungswesen wieder aufgebaut werden, um in gedruckter Form den Informationsaustausch zu gewährleisten. Neben der reinen Informationsweitergabe hatten die Medien noch eine weitere Aufgabe zu schultern. Da von den Verlautbarungen der Militärregierungen das Leben und Verhalten der Menschen unmittelbar betroffen waren, mussten Anordnungen in schriftlicher Form vorliegen. Daher gab es zum Ausbau der Printmedien keine Alternative.

Die Nazis hatten 82,5 Prozent der Gesamtauflage der Zeitungen in Deutschland in ihrer unmittelbaren Verfügungsgewalt gehabt, der Rest war gleichgeschaltet. Daher wollten Briten und Amerikaner neu beginnen und verboten zunächst jegliche deutsche Zeitungsaktivität. Danach sollte die Militärregierung Zeitungen veröffentlichen und schließlich Lizenzen an Deutsche vergeben.

Noch während der Kampfhandlungen erschienen die Heeresgruppenzeitungen als zumeist vierseitige Blätter, die teilweise Auflagen von fast vier Millionen Exemplaren erreichten. Chefredakteur für diese Mitteilungen war Hans Habe. Geprägt waren diese Mitteilungsblätter von ihrer Distanz zur deutschen Bevölkerung. In ihnen verlautbarte das Militär Anweisungen und erörterte die deutsche Kollektivschuld sowie entsprechende Darstellungen des Nazi-Regimes. Die Heeresgruppenzeitungen waren ein Instrument der Umerziehung und unterstanden mit diesem Impetus der Stabseinheit für psychologische Kriegsführung.¹⁹²

Somit stellten Printmedien zu Beginn der Pressegeschichte der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg ein zentrales Informationsmedium dar, auf das die Alliierten auch besonderes Augenmerk legten.

¹⁹² Theodor Eschenburg. *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Band I, Jahre der Besatzung 1945-1949*. Deutsche Verlagsanstalt. Stuttgart, 1983, 137 ff.

2.3. Sonderwege und Lizenzzeitungen

Um den Aufbau eines demokratischen Deutschlands zu fördern, setzte die Militärregierung auf die Entwicklung der Informations- und Unterhaltungsmedien. Im November 1944 waren sämtliche deutsche Aktivitäten in diesem Bereich verboten worden. „Die Nachrichtenkontrollvorschrift No. 1 regelte im Mai 1945 den Neubeginn.“¹⁹³ Im Zentrum soll in diesem Zusammenhang der Freistaat Bayern stehen, da dieser besonders unter dem Einfluss der Vereinigten Staaten stand.

Unmittelbar nach Kriegsende versuchten die Amerikaner die Entnazifizierung voranzutreiben, um durch ein Re-education-Programm die Bürger in eine neu aufzubauende demokratische Gesellschaft zu integrieren. Dabei spielte auch die Presse eine wichtige Rolle. So wurde versucht, belastete Personen aus dem öffentlichen, politischen oder wirtschaftlichen Leben auszuschließen. Durch gezielte Medienlizenzzpolitik entzogen die Amerikaner radikalen Gruppen jeder Ausrichtung gezielt die publizistische Grundlage beziehungsweise verhinderten deren Aufbau. Publikationen unterlagen der nachträglichen Zensur. Außerdem kontrollierte die Militärregierung die Papierzuteilung.

Bereits früh hatten die Vereinigten Staaten definiert, welche Bedingungen eine neue Verfassung für Deutschland zu erfüllen hatte, um von den Besatzungsmächten akzeptiert zu werden. Joseph McNarney, der im November 1945 Dwight Eisenhower als Militärgouverneur abgelöst hatte, formulierte diese Grundsätze während einer Pressekonferenz am 9. Juli 1946. Darunter auch die „Grundrechte des Individuums, dabei waren – wie McNarney ausdrücklich betonte – d[ie] Freiheit der Rede, Religion, der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit [. . .] ebenso zu garantieren, wie die Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Medien.“ Diese „Essentials“ von McNarney entsprechen denen, „die Lucius Clay bereits in seinem Mai-Bericht für das War Department festgehalten hatte.“¹⁹⁴

„Die Neuordnung des Mediensystems in den Jahren 1945 bis 1949 war die insgesamt wohl erfolgreichste gesellschaftspolitische Weichenstellung der Alliierten in Deutschland. Während bei der Reorganisation des Rundfunks eindeutig die Briten die Vorreiterrolle übernahmen, und die im Wesentlichen bis heute gültige öffentlich-rechtliche Rundfunkverfassung

¹⁹³ Ludwig Hilmer. „Regensburg unter amerikanischer Besatzung 1945-1949: Struktur, Schriftgut und Tätigkeit des Military Government.“ Magisterarbeit. Universität Regensburg, 1986, 190.

¹⁹⁴ Barbara Fait. *Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner: Amerikanische Kontrolle und Verfassungsgebung in Bayern 1946*. Düsseldorf: Droste, 1998, 216 f., 158.

gegen deutsche Pläne einer staatsnahen Organisation durchsetzten, gaben im Pressewesen die Amerikaner die Richtung an.¹⁹⁵

Um das nationalsozialistische Gedankengut endgültig zu beseitigen, setzten die Amerikaner auf den „Neuanfang im Medienbereich.“ Mit der Vergabe von Lizenzen an politisch unbelastete Personen sollte die deutsche Presse wieder aufgebaut werden. Alle bisherigen Verleger und Presseorgane waren verboten, um tatsächlich einen unbelasteten Neuanfang zu gewährleisten. Bayern wurde beispielsweise in drei Prioritätsklassen eingeteilt, wo nach Auffassung der US-Besatzungstruppen Zeitungen erscheinen sollten. Je höher die Priorität, umso schneller wurde die Planung umgesetzt. Zur Klasse A gehörten München, Nürnberg, Regensburg, Augsburg und Würzburg. In all diesen Städten erschien 1945 eine Zeitung. Zur Klasse B gehörten Städte wie Landshut, Passau, Ingolstadt oder Hof. In der Klasse C waren Städte wie Straubing, Ansbach, Rosenheim oder Schweinfurt vertreten.¹⁹⁶

Eine Besonderheit der Presselandschaft im US-Sektor war, dass die Vereinigten Staaten keine Parteipresse zuließen. Offiziell wollten die US-Behörden zunächst die unabhängige Presse aufbauen und erst später Parteizeitungen zulassen.¹⁹⁷ Damit beschritten die Vereinigten Staaten in ihrer Besatzungszone einen Sonderweg – schließlich kannten sie keine Parteipresse. Ziel der US-Militärregierung war es, eine freie, unabhängige Presse aufzubauen. Nach den Jahren der Unterdrückung von Freiheit und Selbstverantwortung durch den Nationalsozialismus sollte eine Presse entstehen, die nicht wieder unter politischer (wenn auch demokratischer) Kontrolle stand. Daher vergab die US-Militärregierung Lizenzen nicht an Parteien, sondern an Lizenzgremien, die sich aus Vertretern unterschiedlicher politischer Ansichten zusammensetzten, um einen Ausgleich zu schaffen und politische Einseitigkeiten zu verhindern. Anfangs, bis etwa 1949, hatten auch in Bayern Lizenzträger mit sozialdemokratischem Hintergrund das Übergewicht.¹⁹⁸

So war Parteien bis zum Ende der Lizenzpolitik im US-Sektor nur das Publizieren von Mitteilungsblättern gestattet, die jedoch schon vor 1949 in manchen Fällen das Format von Zeitungen erreicht hatten. Die US-Behörden ließen der Presse in ihrem Sektor weitgehend freie Hand und ermutigten die Zeitungen sogar, auch am Vorgehen der US-Militärregierung Kritik zu üben. Es wurden selbst Zeitungen gerügt, die die Arbeit der US-Behörden allzu sehr

¹⁹⁵ Norbert Frei. *Amerikanische Lizenzpolitik und deutsche Pressetradition: Die Geschichte der Nachkriegszeitung Südost-Kurier*. Schriftenreihe der VfZ, Band 52. München: Oldenbourg, 1986, 7 f.

¹⁹⁶ Frei, 7 f.

¹⁹⁷ Harold Hurwitz. *Die Stunde Null der deutschen Presse: Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945-1949*. Wissenschaft und Politik. Köln 1972, 153 ff.

¹⁹⁸ Eschenburg, 148 f.

lobten. Anlass zur Maßregelung war jedoch jeder Rückfall in die Sprache des Nationalsozialismus.¹⁹⁹

Während Briten und Amerikaner darauf setzten, eine eigene deutsche Zeitungslandschaft aufzubauen, wollten die Franzosen dies zunächst verhindern. Sie hielten lange an der Vorzensur fest, als Amerikaner und Briten diese im September 1945 bereits abgeschafft hatten. Doch deren Nachzensur, mit drohenden Sanktionen wie geringere Papierzuteilung oder sogar der Verlust der Lizenz, führten dazu, dass die Redaktionen an ihre eigene Arbeit strengere Maßstäbe ansetzten als die Alliierten es getan hätten. Daher folgte die Aufforderung der US-Behörden, kritischer zu sein, also zu dem zu stehen, was berichtet wurde. Die US-Behörden bemühten sich durch die Unterstützung eines kritischen Geistes, eine ebenso kritische Presse einzurichten, um dadurch eine demokratisch verwurzelte Medienlandschaft zu etablieren. Denn künftig sollte die Presse eine tragende Rolle in dem neuen, demokratischen Rechtsstaat im Zentrum Europas spielen und entsprechend dem US-Vorbild eine Kontrollfunktion der Machtinstitutionen wahrnehmen. Erreichbar war ein solches Ziel nur mit einer kritischen und selbstbewussten Presse.²⁰⁰

Die Lizenzzeitungen hatten mit einer Vielzahl von Problemen zu kämpfen. Aufgrund des Papiermangels konnten viele nur mit bis zu sechs Seiten erscheinen, was eine regional weit ausdifferenzierte Berichterstattung erschwerte. Hinzu kam eine unzureichende technische Ausstattung zur Nachrichtenbeschaffung. Auch internationale Kontakte und Informationsnetzwerke funktionierten nach 13-jähriger NS-Herrschaft nicht mehr.²⁰¹

Die Zeitungen hatten während des Hungerwinters 1946/47 eine harte Bewährungsprobe zu bestehen. Mangel an Papier und Kohle sowie technischer Ausstattung und gesundheitliche Auswirkungen auf das Personal in den Redaktionen und die störanfällige Technik erschwerten die Arbeit der Zeitungen. Erst im Laufe des Jahres 1947 verbesserte sich die Situation langsam, wenngleich der Mangel an Papier ein drückendes Problem bleiben sollte. Mit großer Kreativität schafften es die Zeitungen dennoch, ihre Position zu stärken.²⁰²

Im April 1948 normalisierte sich die Verfügbarkeit von Papier – Beschränkungen wie die Limitierung der Seitenzahl oder ein Strecken des Erscheinungsrhythmus, etwa ein zwei- oder dreimaliges Erscheinen pro Woche, fielen weg. Immer weniger alliierte Kontrolle, aber auch der zunehmende Wettbewerb nach der Währungsreform am 20. Juni 1948 waren neue Herausforderungen für die Lizenzblätter.²⁰³

¹⁹⁹ Hurwitz, 159 ff.

²⁰⁰ Eschenburg, 147.

²⁰¹ Hurwitz, 196 f.

²⁰² Hurwitz, 201 ff.

²⁰³ Hurwitz, 205 ff.

Die neuen Lizenzzeitungen hatten sich – nicht zuletzt aufgrund der Einflussnahme der alliierten Aufsichtsbehörden – als sehr nazifeindlich erwiesen, was angesichts der in weiten Kreisen noch immer nazifreundlichen Gesellschaft die Bedeutung der Blätter als Instrument der Umerziehung betonte. Auch aufgrund des nahenden Endes der Lizenzpolitik, von dem die US-Militärregierung befürchtete, dass durch die Aktivitäten der Altverleger wiederum nazifreundliche Stimmen auftauchen könnten, sollte die Lizenzpresse mit günstigen Startbedingungen versehen werden. Wichtig war diese Förderung der Lizenzpresse auch, weil oftmals die Vorstellungen, was eine gute Zeitung ausmachen sollte, bei US-Militärregierung und Lesern sehr unterschiedlich waren. So galt die „Passauer Neue Presse“ bei den Lesern als populär, während die ICD sie häufig kritisierte. Als beste Lizenzzeitung im US-Sektor galt der ICD die „Mittelbayerische Zeitung“ in Regensburg, die aber von den Lesern in einem weit geringeren Maß geschätzt wurde.²⁰⁴

Zunächst konnten ausländische Zeitungen in Deutschland kaum bezogen werden – die Reichsmark war als Währung wertlos und die US-Militärregierung befürchtete, die deutschen Leser könnten in diesen Publikationen Kritik an der Politik der Alliierten lesen und verinnerlichen. Ein neuer Zugang zu internationalen Nachrichten ergab sich, als die DANA mit mehreren amerikanischen Nachrichtenagenturen im Dezember 1945 ein Austauschabkommen schloss. Im Oktober 1946 erhielt die DANA die offizielle Lizenz. Die Agentur war genossenschaftlich organisiert und war Eigentum der belieferten Zeitungen. Da bereits eine dänische Agentur den Namen DANA führte, änderte die deutsche Agentur ihren Namen in DENA. Am 1. September 1949 konstituierte sich die dpa als Dachorganisation aller deutschen Agenturen.

²⁰⁵

2.3.1. Die Neue Zeitung: Organ der US-Militärregierung

„Acht Armeegruppen-Zeitungen in deutscher Sprache erreichten 1945 eine Gesamtauflage von fast vier Millionen Exemplaren. Sie wurden regionalisiert und erhielten Namen wie Kölner Kurier, Braunschweiger Bote, Augsburger Anzeiger, Stuttgarter Stimme. Die von der amerikanischen Militärregierung herausgegebene, von Hans Habe und Hans Wallenberg redigierte ‚Neue Zeitung‘ in München, sollte, nach einem Geleitwort des Generals Dwight D. Eisenhower, durch objektive Berichterstattung, bedingungslose Wahrheitsliebe und durch ein hohes journalistisches Niveau der deutschen Presse als Beispiel dienen.“²⁰⁶

²⁰⁴ Hurwitz, 210 f.

²⁰⁵ Hurwitz, 196 f.

²⁰⁶ Helmut Kampmann. *Der Wächterpreis der Tagespresse: Fiduziarische Stiftung „Freiheit der Presse“ 1968-1995*. Frankfurt: Fiduziarische Stiftung, 2. Aufl., 1996, 12.

Die mit besonderer Erlaubnis von General Eisenhower erschienene „Neue Zeitung“ in München konnte sich trotz wachsender Konkurrenz bis 1953 als Organ der amerikanischen Militärregierung behaupten. Sie sollte anderen Medien als Beispiel dienen und erschien in einer Auflage zwischen 600.000 und 1,2 Millionen Exemplaren. Die Leitung hatte Major Hans Habe²⁰⁷ übernommen. Er war gebürtiger Ungar, Journalist und Romancier. Als Angehöriger der französischen Armee war er in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten und später in die Vereinigten Staaten geflohen. Dort wurde er auf die journalistischen Aufgaben für die Nachkriegszeit vorbereitet.²⁰⁸

Habe verfolgte früh das Ziel, in Deutschland das Zeitungssystem neu aufzubauen und einige der Heeresgruppenblätter erhielten zunehmend in Aufmachung, Inhalt und Layout Zeitungsscharakter. Einige erhielten besondere Namen wie „Kölner Post“. Bereits im Herbst 1945 ersetzten Zug um Zug Zeitungen die Nachrichtenblätter. Die Militärregierung gründete im August und im Oktober zwei Zeitungen, die offizielle Organe der Militärregierung waren, die „Allgemeine Zeitung“ in Berlin und die „Neue Zeitung“ in München. Die „Allgemeine Zeitung“ wurde im November 1945 bereits eingestellt.²⁰⁹ (Siehe Fußnote zu Hans Wallenberg.)

Die „Neue Zeitung“ erschien in Nachfolge der Blätter der 2. Armeegruppe. Die erste Ausgabe erschien am 17. Oktober 1945 – erster Chefredakteur war Hans Habe. Ebenfalls in der Position des Chefredakteurs arbeitete Hans Wallenberg.²¹⁰ Mit ihrer rasanten Auflagenzunahme war die „Neue Zeitung“ sehr erfolgreich, schaffte sie es doch dabei, richtungweisenden Journalismus umzusetzen.²¹¹ Habe setzte sich stark mit der Meinung der Leser auseinan-

²⁰⁷ Hans Habe wurde am 12. Februar 1911 unter dem Namen János Békéssy in Budapest geboren. Nach dem Ersten Weltkrieg siedelte seine Familie nach Wien um. In Österreich arbeitete er bei mehreren Zeitungen sowie dem „Prager Tagblatt“. Da sein Vater in mehrere Skandale verwickelt war, änderte János Békéssy seinen Namen in Hans Habe. Als die Nationalsozialisten seine literarischen Werke verboten, ging Habe nach Frankreich ins Exil und kämpfte als Soldat der Fremdenlegion gegen Deutschland. Aus seiner Kriegsgefangenschaft konnte er fliehen. Ende 1940 emigrierte er in die Vereinigten Staaten und wurde dort eingebürgert. Die US-Armee zog ihn ein und er diente im „Military Intelligence Training Center“ in Camp Ritchie, Maryland und wurde in psychologischer Kriegsführung ausgebildet. Ab Herbst 1944 arbeitete Habe in einer Abteilung, die in Deutschland Zeitungen herausgeben sollte. Bis November 1945 waren es 18 Zeitungen. Als Chefredakteur arbeitete er schließlich bei der „Neuen Zeitung“ in München.

²⁰⁸ Görtemaker, 224 f.

²⁰⁹ Eschenburg, 144 f.

²¹⁰ Hans Wallenberg war Sohn eines Verlagsdirektors aus dem Ullstein-Verlag. Wie Habe hatte auch er zum Stab für psychologische Kriegsführung gehört. Vor 1933 hatte er in Deutschland als Redakteur gearbeitet. Auf Druck der Russen, die eigene, von ihrem Weltbild geprägte Zeitungen in Berlin herausgaben, startete die US-Militärregierung die Allgemeine Zeitung, deren Chefredakteur Hans Wallenberg wurde. In dieser Funktion hatte er große Freiheit, um ein wirksames Gegengewicht zu den von den Russen herausgegebenen Zeitungen zu bilden. General Lucius Clay schloss die Zeitung jedoch bereits im November 1945 wieder. Der General wollte früh die Verantwortung für die Presse in deutsche Hände geben und die Rolle der US-Behörden auf die Kontrolle beschränken. Clay war zwischen dem 17. April 1945 und dem 6. Januar 1947 stellvertretender Militärgouverneur, bis zum 1. Juni 1949 Militärgouverneur der US-Besatzungszone.

Eschenburg, 145 f.

²¹¹ Hurwitz, 100.

der, denn pro Tag erreichten bis zu 600 Briefe die Redaktion. Deren Inhalte setzte er thematisch in der Zeitung um.²¹²

Als Sprachrohr der US-Militärregierung versuchte die „Neue Zeitung“ einen Spagat: Zum einen musste sie die Vorgaben der Militärregierung umsetzen, zum anderen sollte sie im Verständnis ihrer Chefredakteure Eigenständigkeit beweisen und zwischen diesen Positionen vermitteln.²¹³ Als problematisch erwiesen sich widersprüchliche Erwartungen an die „Neue Zeitung“. So sollte sie das Erscheinen von Lizenzzeitungen nicht behindern und der Militärregierung im Bedarfsfall ein Medium für Verlautbarungen zur Verfügung stellen. Chefredakteur Habe wollte sich hingegen mit der „Neuen Zeitung“ als deutsche Zeitung emanzipieren. Unklare Zuständigkeiten innerhalb der US-Militärverwaltung in Deutschland ermöglichten ein hohes Maß an Eigenständigkeit. In der Übergangsphase von den anfänglichen Armeegruppenzeitungen, die teilweise noch während andauernder Kampfhandlungen herausgegeben wurden und der späteren Lizenzpresse nahm die „Neue Zeitung“ eine Zwischenposition ein.²¹⁴

Im März 1946 stieg Habe bei der „Neuen Zeitung“ aus. Die Militärregierung kritisierte, dass die Zeitung entgegen ihrer Bestimmung zu wenig den Charakter eines Organs der Militärregierung hatte. Bis September 1947 führte Hans Wallenberg die Zeitung, doch auch er war der Militärregierung in seiner Art der Verlagsleitung zu selbstständig.

Unter Habe, Wallenberg und Erich Kästner, der das als beispielhaft geltende Feuilleton der Zeitung maßgeblich beeinflusste, war die „Neue Zeitung“ auch zur Journalistenschule geworden. Zahlreiche spätere Chefredakteure und leitende Redakteure hatten zuvor bei der „Neuen Zeitung“ gearbeitet. Die Auswirkung der amerikanischen Pressepolitik im besetzten Deutschland auf die Bundesrepublik ist somit nicht zu leugnen.

Nach Wallenbergs Ausscheiden hatte die „Neue Zeitung“ den Zenit ihrer Bedeutung als führendes Presseorgan des US-Sektors mit großem Einfluss auf andere Presseerzeugnisse in Nachkriegsdeutschland überschritten. Besonders nach Ende der Lizenzpolitik 1949 hatte die Neue Zeitung sehr an Bedeutung eingebüßt und wurde 1953 eingestellt. Daran änderte auch der Umstand nichts, dass Wallenberg ab 1949 wieder als Chefredakteur fungierte.

Als Instrument der Umerziehung hatten die Zeitungen nicht den Effekt erreicht, den sich die Vereinigten Staaten erhofft hatten. Neben dem Verhalten der Alliierten, die mehr als Besatzer denn als Befreier auftraten, konnten die Zeitungen aus technischen Gründen nicht im gewünschten Maße wirken. Rohstoffmangel, wie zum Beispiel die Knappheit von Papier und Kohle erschwerte das Herausgeben von Zeitungen sehr stark.

²¹² Eschenburg, 146.

²¹³ Hurwitz, 106.

²¹⁴ Hurwitz, 112 ff.

Umso größer war der Einfluss von Briten und Amerikanern auf die Pressearbeit selbst. Gemäß dem journalistischen Motto „Opinion is free, facts are sacred“, verlangten sie eine klare Trennung von Nachricht und Kommentierung. Durch deren Vermischung hatten die Nazis ihren Einfluss auf die öffentliche Meinung zusätzlich verstärkt und damit eine der obersten journalistischen Grundregeln verraten.²¹⁵

Neben der Ausbildung nahmen sich US-Offiziere, die häufig selbst Journalisten gewesen waren, in den Redaktionen der Lizenzzeitungen auch alltäglicher Probleme an. Sie organisierten Ausstattung für die Redaktionen und Druckereien wie Druckerschwärze, Papier, Strom oder Maschinen. Doch galt es auch, den öffentlichen deutschen Stellen nach den Jahren der NS-Unterdrückung die Prinzipien der Demokratie und der damit verbundenen Pressefreiheit, beziehungsweise Pressekritik, zu vermitteln. Bis zum September 1949 hatten die West-Alliierten 169 Zeitungslizenzen vergeben: 20 in West-Berlin, 71 im britischen, 58 im amerikanischen und 20 im französischen Sektor.²¹⁶ Diese rege Tätigkeit auf dem Gebiet der Zeitungen verdeutlicht deren zentrale Bedeutung unter den Informationsmedien.

2.3.2. Lizenzpresse

Auf das Ziel der Entnazifizierung Deutschlands nach dessen Kapitulation hatten sich Winston Churchill, Theodore Roosevelt und Josef Stalin auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 geeinigt. Der Presse wiesen sie dabei besondere Bedeutung zu. Nach dem Sieg blieben zunächst sämtliche deutsche Publikationen verboten. Armeegruppenzeitungen waren die einzige Informationsquelle. Diese blieben aber auf Dauer in ihrer Wirkung auf die Deutschen beschränkt, weil sie als Siegerpropaganda angesehen wurden.

Die Armeegruppenzeitungen hatten inhaltlich jedoch bereits einen Weg vorgezeichnet – die strikte Trennung von Fakten und Meinung.²¹⁷

In den vier Jahren zwischen der ersten Zeitungslizenz am 1. August 1945 und dem Ende der Militärregierung im Oktober 1949 hatte die Presselandschaft in Deutschland einen gewaltigen Entwicklungsprozess durchgemacht. Das Rollenverständnis der Presse hatte sich verändert, ebenso die Eigentumsverhältnisse der Verlage oder die Aufgabe im politischen Gefüge des neuen, im Neuaufbau befindlichen Staat. Mit der Presse während der NS-Zeit

²¹⁵ Eschenburg, 146 ff.

²¹⁶ Eschenburg, 149 f.

²¹⁷ Peter Köpf. *Schreiben nach jeder Richtung: Goebbels-Propagandisten in der westdeutschen Nachkriegspresse*. Berlin: Links, 1995, 23, 30.

oder der Weimarer Republik hatte die neue Presselandschaft in vielen Bereichen nur noch wenig gemein. Hurwitz unterteilt diese Periode in mehrere Phasen. Bis zum Frühjahr 1946 wurden Lizenzen vergeben. Bis zu diesem Zeitpunkt waren in der US-Zone die wichtigsten Zeitungen gegründet. Danach folgte eine Phase der Expansion. Nach der Währungsreform am 20./21. Juni 1948 nahm die Konkurrenz der neuen Blätter angesichts sich konsolidierender wirtschaftlicher Bedingungen mit einer „harten Währung“ zu. Die Militärregierung räumte den Zeitungen weitreichende Entwicklungsspielräume ein, um der von ihr favorisierten Presse günstige Ausgangschancen für das nahende Ende der Lizenzpolitik zu geben, da sich der Wettbewerb ab dem 1. Juni 1949 durch weitere Presseorgane der Altverleger deutlich zu verschärfen drohte. Durch die Annahme von Landespressegesetzen endete die Lizenzpolitik und im Oktober 1949 standen 50 Lizenzzeitungen 650 Neuerscheinungen gegenüber. In der Folgezeit nahm die Pressekontrolle durch die US-Militärregierung ab, der Schutz der Presse blieb jedoch bestehen.²¹⁸

In vielerlei Hinsicht bedeutete das Jahr 1945 einen Neubeginn. Aufgrund der vergangenen nationalsozialistischen Gleichschaltung aller Lebensbereiche galt dies für die Presse in besonderem Maße. Da das NS-Regime seine Macht auch auf der Kontrolle der Massenmedien begründete, war der Bruch auf dem Gebiet der Presse nach 1945 sehr durchgreifend. Ein wesentliches Fundament für die Entstehung der bundesrepublikanischen Presselandschaft schufen die Alliierten, legten sie doch auf die Presse großes Augenmerk, da sie überzeugt waren, dass die Nazis ihre Macht durch die Indoktrination der Massen durch die Medien hatten behaupten können.

Beim Wiederaufbau des Pressewesens konnten die Alliierten dabei auf die klassisch zergliederten Strukturen zurückgreifen, die sich in Deutschland mit seiner Geschichte der Kleinstaaterei ausgeprägt hatten, insbesondere vor der von Zentralismus geprägten Zeit des Nationalsozialismus. Doch lag den Alliierten daran, keine zu kleinen und damit wiederum von größeren Machtgebilden abhängigen Strukturen zu schaffen. Ergebnis des Wiederaufbaus der Presse im US-Sektor war eine von regionalen Blättern dominierte Zeitungslandschaft.

Ein weiterer Grund für die Regionalisierung der deutschen Presse war das Ziel der Vereinigten Staaten, in Deutschland ein Kartell wie zuvor das Hugenberg-Presserempium zu verhindern. Daher setzten sie auf dezentrale Strukturen und die Aufsplitterung in lokale und

²¹⁸ Hurwitz, 117 f.

Kampmann macht eine etwas andere Rechnung auf. Demnach lizenzierten die Alliierten zwischen Juli 1945 und September 1949 155 neue Zeitungen (die Vereinigten Staaten und Großbritannien je 61, Frankreich 33). Nach Ende der Lizenzpolitik kamen im US-Sektor zwischen Mai und Oktober 1949 650 zusätzliche neue Zeitungen der Altverleger heraus, die dann 66 Lizenzblättern gegenüberstanden. Kampmann, 12, 14.

regionale Medien, insbesondere auf dem Zeitungssektor. Bis weit in die 50er-Jahre blieb diese stark regional ausgerichtete Struktur erhalten, wobei die nationale Berichterstattung litt. Nationale Politik deckten nahezu ausschließlich Agenturen ab.²¹⁹

Die Lizenzvergabe im US-Sektor übernahmen die District Information Service Control Commands (DISCC). Für Bayern etwa war die 6870 DISCC zuständig, unter Leitung von Colonel Bernhard McMahon. Am 28. Februar 1946 wurde die Organisation verändert und die DISCCs zu ICD-Behörden umgewandelt.²²⁰

Mit einem eigenen Leitfaden für die journalistische Arbeit aus dem Jahr 1947 nahmen die Amerikaner unmittelbar Einfluss auf die konkrete Arbeit deutscher Journalisten.

Altverleger, die nach 1945 von ihrer Tätigkeit ausgenommen waren, blieben etwa durch die Verpachtung ihrer Einrichtungen weiter im Geschäft und konnten nach Ende der Lizenzpolitik 1949 mit diesem erwirtschafteten Kapital selbst wieder auf dem Markt mitmischen. Doch ihre Organe setzten sich in Konkurrenz mit der fortgeführten Lizenzpresse kaum durch und legten den Grundstein für den Konzentrationsprozess auf dem Medienmarkt in den 60er- und 70er- Jahren.²²¹

Die Planung für die Neugestaltung der Medienlandschaft vollzog sich auch in den westlichen Besatzungszonen unterschiedlich. Selbst Briten und Amerikaner, die seit 1943 diese Planungen in gemeinsamen Gremien besprachen, verfolgten unterschiedliche Ziele oder versuchten, ihre Ziele mit unterschiedlichen Maßnahmen zu erreichen. In der US-Zone hatte der Militärgouverneur am 20. Juni 1946 mittels Direktiven verfügt, welche Rolle er der Presse in Deutschland künftig zuweisen wollte. So sollte die Presse ihre Kontrollfunktion gegenüber Behörden bekommen und in der Lage sein, unabhängige Informationen zu erlangen und zu verarbeiten.

Am 2. Mai 1949 erlaubten die Vereinigten Staaten das Erscheinen von Zeitungen, Zeitschriften und Magazinen, soweit entsprechende Pressegesetze erlassen wurden. Am 23. September 1949 erkannte die Hohe Kommission Artikel 5 des Grundgesetzes ausdrücklich an.²²² Am 23. Mai 1949 verabschiedete der Parlamentarische Rat das Grundgesetz. Im Artikel 5 ist die Pressefreiheit fest verankert. Die US-Militärregierung hob den Lizenzzwang in ihrem Sektor erst auf, als die einzelnen Bundesländer eigene Pressegesetze verabschiedeten.²²³

²¹⁹ Jeremy Tunstall. *The Media are American*. New York: Columbia UP, 1977, 156.

²²⁰ Hurwitz, 119 ff.

²²¹ Kurt Koszyk. „Presse unter alliierter Besatzung.“ In: Jürgen Wilke. *Mediengeschichte in der Bundesrepublik Deutschland*. Köln: Böhlau, 1999, 31-58, 51 ff.

²²² Koszyk, 31, 41 ff.

²²³ Walter Schütz. „Entwicklung der Tagespresse.“ In: Jürgen Wilke. *Mediengeschichte in der Bundesrepublik Deutschland*. Köln: Böhlau, 1999, 109-134, 109.

Einen Neubeginn versuchten die Alliierten auch personell. Durch Lizenzen, deren Vergabe erst 1949 endete, sollte gewährleistet werden, dass alte NS-Strukturen keine Chance zum Wiederaufstieg bekommen sollten. Auch Journalisten, die während des NS-Regimes in ihrem Beruf tätig waren, sollten dies nach 1945 nicht mehr dürfen. Mit Ende der Lizenzpflicht am 21. September 1949 konnten auch Altverleger, die vor 1945 als Verleger tätig waren, auf den Markt zurückkehren.²²⁴

In der Anfangszeit des Pressewesens in der Bundesrepublik entschieden ungewöhnliche Voraussetzungen darüber, wer berechtigt war, Zeitungen herauszugeben. Denn weder das Vermögen oder ererbte Verfügungsrechte waren entscheidend, sondern „Ideale und moralische Überzeugung“, „Courage und gelebte Überzeugung im Dritten Reich“ und „Qualifikation“.²²⁵ Der Anfang der Presse war also getragen von den Vorstellungen einer idealen Presse, die fest in Gesellschaft und der neu aufzubauenden Demokratie verankert war und daher in ihren Strukturen Teil des neuen Staates geworden war.

Den Anfang bei den Landespressegesetzen machte Baden-Württemberg am 1. Juni 1949²²⁶. Hessen folgte am 22. Juli 1949, Bayern am 22. August 1949, nach der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag am 14. August 1949, und Bremen am 9. September 1949. Es folgte eine Welle von Zeitungsneugründungen, da die Altverleger mit ihren Zeitungen wieder auf den Markt drängten. Doch mit den Lizenzzeitungen war ein neuer Zeitungstyp entstanden: die auflagenstarke regionale Tageszeitung mit starker lokaler Bindung und aktuellem Politikteil. Aufgrund des Wettbewerbsvorteils der einstigen Lizenzzeitungen taten sich Neugründungen schwer, auf dem Markt Fuß zu fassen. Nur über enge Kooperationen wie gemeinsame Mantelteile der Zeitungen konnten einige der Neugründungen überleben. Auch Altverleger-Zeitungen kooperierten entsprechend und konnten sich so auf dem Markt behaupten. Bereits Anfang der 50er-Jahre war der Markt gesättigt und in einem Bereinigungsprozess schrumpfte die Zahl der Zeitungstitel wieder.²²⁷

Jarren bezeichnet die Periode zwischen 1949 und 1954 als „Phase des Marktzutritts“, da zu den bestehenden Lizenzzeitungen die Blätter vieler Altverleger hinzukamen. Danach setzte eine Phase der Konzentration ein. Die dann fest gefügte Presselandschaft machte in den einzelnen Regionen, wo Zeitungen stark vertreten waren, den Marktzutritt von Konkurrenzblättern fast unmöglich. Äußeres Zeichen des Arrangements zwischen Lizenzträgern und Alt-

²²⁴ Jürgen Wilke, *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Köln: Böhlau, 1999, 17 f.

²²⁵ Ludwig, 362.

²²⁶ *Landespressegesetz Bayern*. Bayern: Gesetz über die Presse vom 3. Oktober 1949 (GVBL. Bay. 1949 S. 243) 14. April 2006. <<http://www.dfvj.de/dfjv/dokumente/gesetzestexte/prg-bayern.htm>>.

²²⁷ Schütz, 109 ff.

verlegern war 1953 die Bildung eines gemeinsamen Verbandes, des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV).²²⁸

Zwar war der Pressemarkt ab 1949 weitgehend frei und Verwaltung sowie Organisation in deutsche Hände gelegt. Doch ein Medienmarkt, der sich mit den Arbeitsweisen, Arbeitsbedingungen und der Ausstattung anderer Mediensysteme vergleichen ließ, war noch nicht erreicht. Daher ist es nötig, die weitere Entwicklung zu verfolgen, um einen Zeitpunkt definieren zu können, von dem an die deutsche Presse einen Standard erreicht hatte, ab dem sie ihren Platz im Reigen der freien Presse verschiedener demokratischer Rechtsstaaten eingenommen hatte. Erst ab diesem Zeitpunkt hat zudem ein Vergleich mit anderen Pressesystemen Aussicht auf Erfolg.

Pürer und Raabe teilen die Entwicklung der deutschen Presse in drei Phasen ein: Die Aufbauphase bis 1954, die Phase der Pressekonzentration bis 1976 und die Phase der Konsolidierung. [Diese Einteilung folgt eher strukturellen als inhaltlichen Kriterien.]

Am 21. September 1949 fiel der Lizenzzwang der Alliierten zur Herausgabe von Zeitungen. Jeder, der weder als Beschuldigter noch als Belasteter aus der NS-Zeit galt, durfte auf dem Zeitungsmarkt aktiv werden. Zahlreiche Zeitungsgründungen waren die Folge. Gab es in den vier Besatzungszonen 1948 insgesamt 178 Zeitungen mit 753 Ausgaben, so stieg die Zahl allein in den drei westlichen Besatzungszonen auf über 1.000 Zeitungstitel mit einer Gesamtauflage von 13 Millionen Exemplaren.²²⁹ Eine etwas andere Zählung präsentiert Kurt Koszyk, wonach im Herbst 1949 zu den bestehenden 165 Lizenzzeitungen 587 neue Zeitungen hinzu kamen, die in der Mehrzahl von Altverlegern herausgegeben wurden.²³⁰ Im Wettbewerb zwischen den neuen Blättern der Altverleger und der Lizenzpresse erwies sich letztere als besonders erfolgreich. Die Lizenzzeitungen hatten ihre Verbreitungsgebiete bereits publizistisch erschlossen, so dass es in der Folgezeit zu mehreren Zusammenschlüssen zwischen den verschiedenen Blättern kam. Zu den wieder gegründeten Zeitungen der Altverleger gehörten Blätter wie die FAZ, der „Kölner Stadtanzeiger“, die „Landshuter Zeitung“ oder das „Straubinger Tagblatt“. Die Aufteilung Deutschlands unter den verschiedenen Zeitungen war bis etwa 1954 weitgehend abgeschlossen.²³¹

²²⁸ Otfried Jarren. „Medien und Kommunikation in den 50er Jahren.“ In: Axel Schildt und Arnold Sywott. *Modernisierung im Wiederaufbau: Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*. 433-438, 434.

²²⁹ Heinz Pürer und Johannes Raabe. *Medien in Deutschland: Band I., Presse*. 2. Aufl. Konstanz: UVK, 1996, 99, 108 f.

²³⁰ Koszyk, 440 f.

²³¹ Pürer, 99, 108 f.

2.3.3. Fallbeispiel „Süddeutsche Zeitung“

Die SZ erschien erstmals am 6. Oktober 1945. „Zum Geleit“ der neuen Zeitung schreiben „Schriftleitung und Verlag“, dass „[z]um ersten Male seit dem Zusammenbruch der braunen Schreckensherrschaft [. . .] in München eine von Deutschen geleitete Zeitung“ erscheine. Die Autoren betonen ihr Einstehen für Demokratie und stellen fest, dass die Zeitung keiner Zensur unterworfen sei. Anliegen der „Leiter der Zeitung, die verschiedenen Parteien entstammen“ sei es, einen Beitrag zu leisten, um „nach zwölf Jahren schmachvoller Gewissens-knechtung und anbefohlener Lüge“, die Mündigkeit der Bürger zu stärken, um ihnen ihre Teilnahme an einem demokratischen Rechtsstaat zu ermöglichen. Die Autoren berufen sich auf die bayerischen Wurzeln des Mediums und stellen sich damit gegen alle „preußisch-militaristischen Tendenzen“, ohne dabei die größere, über Bayern hinaus reichende Perspektive zu vergessen.

Damit legten die Autoren des Geleitwortes die Grundlage für die künftige Arbeit der Zeitung und eröffneten sich so den Weg zum Aufstieg zu einer der führenden deutschen Zeitungen. Schließlich sei es die bayerische Kultur gewesen, die Deutschland erstmals Ansehen in der Welt beschert habe. Auch den Europagedanken griffen die Verfasser auf, indem sie betonten, dass diese Zeitung „allen jenen jungen Kräften offen steh[t], die an der geistigen und kulturellen Umgestaltung Europas mitwirken wollen.“²³²

Die ersten Ausgaben der Zeitung umfassten acht Seiten auf zwei Bögen. Inhaltlich finden sich Verlautbarungen der Militärregierung, Nachrichten über Deutschland, insbesondere Bayern, die Stadt München sowie viele Stücke, die sich mit dem Nationalsozialismus und dessen Folgen beschäftigen. Trotz aller Verpflichtung zu Neutralität in der Berichterstattung verurteilen die Autoren der Zeitung alles, was mit dem NS-Regime in Zusammenhang steht. Viele der Meldungen sind aus anderen Medien übernommen, häufig wird etwa als Quelle schlicht „Radio“ angegeben.

In der Mehrzahl folgen die Texte den Maßgaben des Zeitungsberichts, aufgefüllt mit Briefen, Gedichten oder Gastbeiträgen.

In weiten Teilen ist die SZ jedoch ein Verlautbarungsorgan für Anweisungen der Militärregierung. Am 12. Oktober 1945 etwa steht als „Aufmacher“ der Seite 1 unter dem Titel: „Säuberung des Industrie- und Geschäftslebens: Erste Ausführungsverordnung zum Gesetz Nr. 8“ eine Anweisung der Verwaltung. Dieser Text ist offenbar in keinem Satz journalistisch bearbeitet. Darin erfährt der Leser, dass General Dwight D. Eisenhower zum Gesetz zur Ent-

²³² SZ. 1. Jahrgang/Nummer 1, Samstag, 6. Januar 1945, Seite 1.

nazifizierung nun ein Ausführungsgesetz erlassen hat. Lediglich die ersten drei Sätze dienen zur Anmoderation und Erklärung des folgenden Textes. In vier Ober- und zahlreichen Unterpunkten werden Anweisungen gegeben, ob und unter welchen Umständen Mitglieder von NS-Organisationen eine Anstellung erhalten können.

Ein selbstverfasster Beitrag, mit dem Kürzel W.F. gekennzeichnet, schildert in der Rubrik „Nachrichten aus München“ auf Seite 3 die Übergabe der Lizenz von Oberst Bernhard B. McMahon an die Herausgeber der SZ, Edmund Goldschagg, Dr. Franz Josef Schöningh und August Schwingenstein.

Minutiös schildert der Autor den Verlauf der Veranstaltung, die im „geschmückten Rathaussaal“ beginnt und sich im Verlagshaus im Färbergraben, wo einst die „Münchener Neuesten Nachrichten“ ihren Sitz hatten, fortsetzt. Dabei wurde aus dem Originalsatz von Adolf Hitlers „Mein Kampf“ die erste Druckplatte der SZ gegossen. Der Autor erwähnt auch, dass dieser Tag für ein weiteres Medium Premiere ist: Zum ersten Mal überträgt Radio München ein Ereignis live. Die Darstellung der Ereignisse gleicht weniger einem Zeitungsbericht als vielmehr einem Veranstaltungsprotokoll. Nicht die eigentliche Lizenzübergabe oder das Einschmelzen der Druckplatten von „Mein Kampf“ stehen am Beginn des Textes. Viele der Ansprachen gibt der Verfasser in Ausschnitten im Wortlaut wieder. Auch die Liste der Honoratioren fehlt nicht am Anfang des Artikels.

Dennoch weist der Beitrag Elemente der Reportage auf. Der Autor schildert seine Eindrücke und Beobachtungen. So erfährt der Leser vom Regenwetter, den Schirmen, die den Kameralen und Fotografen die Sicht versperren und von der Ruine des Verlagshauses, „in dem nur eine kleine Anzahl von Räumen – Vogelnestern gleich – noch benützlich sind.“

Auch der gefüllte Bierkrug, den das „Münchner Kindl“ an Oberst McMahon übergibt, findet Eingang in den Bericht. Mit Pathos beschreibt der Verfasser den symbolischen Akt des Einschmelzens des Originalsatzes von „Mein Kampf“, aus dessen Blei die erste SZ-Druckplatte entsteht. Deutlich wird die Schilderung der Eindrücke im letzten Absatz: „Eine Viertelstunde später drückt Oberst McMahon auf den elektrischen Knopf der Rotationsmaschine. Die Motoren beginnen ihr stampfendes Lied, die Walzen drehen sich, die Papierrollen fliegen über die Druckplatten, um kurz darauf als fertige Zeitung ausgestoßen zu werden. Die ‚Süddeutsche Zeitung‘ ist geboren worden.“²³³

²³³ „Die Geburt der Süddeutschen Zeitung: Feierliche Uebergabe der Lizenz/Aus Hitlers Irrlehre entsteht die erste Druckplatte. SZ, 9. Oktober 1945, 3.

2.4. Zeitschriften

2.4.1. Blütezeit von 1945 bis 1949

Einen wichtigen Part in der Entwicklung der Presselandschaft in der Bundesrepublik nahmen schon in der Frühphase Zeitschriften ein. Mit ihren redaktionellen Ansätzen waren sie mehr Ausdruck eines Zeitgeistes. Sie kündeten vom Aufbruch in dem idealistischen Streben nach einem Neuanfang. Ziele und Inhalte sind dabei nicht mit der heutigen Zeitschriftenlandschaft zu vergleichen; die Zeitschriften nahmen vielmehr die Funktion von Literaturheften wahr. Dennoch gehörten auch Zeitschriften zu den prägenden Kräften der deutschen Nachkriegsliteratur und auch personell hatten sie Einfluss auf die Redaktionsstuben der Zeitungen in Nachkriegsdeutschland. Daher soll nun schlaglichtartig auch auf die Entwicklung und den Stellenwert von Zeitschriften im entstehenden deutschen Pressewesen eingegangen werden.

Eugen Kogon, Autor und Mitbegründer der CDU in Hessen war Herausgeber der „Frankfurter Hefte“. Bei einem Symposium von Lizenzträgern, Herausgebern und Redakteuren kulturpolitischer Zeitschriften der Jahre 1945 bis 1949 blickt auch Kogon auf diese Anfangsjahre zurück. Im Rückblick hält er die Zeitschriften der Anfangsjahre für gescheitert. Denn Ziel der Zeitschriften war es, „neue Autoritätsvorstellungen“ durchzusetzen. In der Zeit unmittelbar nach Kriegsende bestand die ansonsten ungewöhnliche Situation „dass die Moralisten und die Weltmächte das Gleiche wollen.“ Dennoch sei das Ziel einer neuen Gesellschaft nicht erreicht worden.

In dieser Phase blühten die Zeitschriften: „Etwa 150 bis 200 kulturpolitische Zeitschriften, strengste Maßstäbe vorausgesetzt, gab es damals, in Millionen Exemplaren. Deutschland war ein Zeitschriftenparadies für ein paar Jahre. Die Auflagen waren eine Frage der Papierzuteilung, nicht der unermesslichen Leselust.“

Der Impetus dieser Zeitschriften wird häufig bereits aus den Titeln ersichtlich. „Die Wandlung“, „Ende und Anfang“, „Der Ruf“, „Das goldene Tor“ oder „Die Besinnung“ nannten sich die Blätter der Anfangsjahre und spiegelten dabei den Zustand Deutschlands wider.

²³⁴

Im Zuge des bald wieder entstehenden und schnell wachsenden Buchmarktes und der Währungsreform, aber auch aufgrund schwindenden Elans der Autoren und Verantwortli-

²³⁴ Hans Schwab-Felisch. „Die Zeugen des neuen Aufbruchs: Rückblick auf die große Ära der Zeitschriften / Ein Gespräch in München.“ *FAZ*, 12. Mai 1982, 25.

chen, die ihre anfänglichen Qualitätsmaßstäbe nicht immer durchhalten konnten, stellten viele Zeitschriften um 1949 ihr Erscheinen wieder ein.²³⁵

Insgesamt erschienen zwischen 1945 und 1948 etwa 1.400 verschiedene Zeitschriften, außer kulturpolitischen Titeln gab es Zeitschriften zu weiteren Themen wie Technik, Recht, Wissenschaft und Wirtschaft. Die Kontrolle der Alliierten konzentrierte sich in erster Linie auf Medien mit größerer Breitenwirkung wie Rundfunk und Tagespresse. „Der Ideenstau der Intellektuellen [ergoss] sich nach zwölf Jahren Diktatur mit umso größerem Schwung in das feine Forum der Magazine.“ Dort, wo die Überwachung gering und der kreative Spielraum groß war, konnten sich Sprache und der Drang zum Neuanfang entfalten.²³⁶ Dabei ersetzten Zeitschriften anfangs Bücher, da es kaum neue Bücher zu kaufen gab. Viele Autoren boten ihre Dienste an und die Redaktionen konnten sich eine strenge Qualitätsauswahl erlauben. Nach den Einschränkungen und der intellektuellen Gleichschaltung durch das NS-Regime war das Schreiben Ausdruck der wiedererlangten Freiheit.

Die Stunde Null wurde auch als Chance für den geistigen Neubeginn verstanden. Vielfach stürzten sich die Zeitschriften in das Bemühen, mit der neu erlangten Freiheit, der schweren Bürde des historischen Erbes, dem Mangel an Bezugspunkten in einer noch nicht wieder aufgebauten Gesellschaft umzugehen und publizistisch wie intellektuell ihren Beitrag zum Wiederaufbau zu leisten. Durch ihre Besprechungen der deutschen Exilliteratur, die vielen Deutschen weder bekannt noch zugänglich gewesen war, eröffneten Zeitschriften neue Perspektiven und erweiterten den Horizont ihrer Leser.²³⁷

Zeitschriften hatten sich nicht wie Zeitungen mit dem tagesaktuellen politischen Geschehen auseinanderzusetzen. Somit konnten sie freier agieren und unterlagen nicht derselben Kontrolle wie Zeitungen, wohl aber der Lizenzpflicht durch die jeweils zuständige Militärregierung. Ihre Aufgabe war weniger die aktuelle Information als vielmehr das Bereiten des geistigen Hintergrundes für ein Wiederentstehen der Gesellschaft. Doch bei Zeitschriften wie dem „Spiegel“ zeigte sich auch die Bedeutung dieses Mediums für die politische Meinungsbildung.

Obwohl nach Ansicht vieler Zeitschriftenmacher von damals das Projekt, eine neue Gesellschaft zu etablieren und den Aufbruch zu wagen, gescheitert ist, so waren die Zeitschriften der Anfangsjahre Wegbereiter der gesamten heutigen Zeitschriften- und Presselandschaft.²³⁸

²³⁵ Eschenburg, 157 ff.

²³⁶ Görtemaker, 229 f.

²³⁷ Eschenburg, 157 ff.

²³⁸ Schwab-Felisch, 25.

2.4.2. Der „Spiegel“

Eine Zeitschrift, die sich als aktuelles Nachrichtenmagazin etablieren konnte und heute zu den auch im Ausland meistzitierten deutschen Presseerzeugnissen gehört, ist der von Rudolf Augstein herausgegebene „Spiegel“. Der Anstoß zur Gründung des „Spiegel“ als Nachrichtenmagazin ging von England aus. Vorbild der Zeitschrift sollte das „Time Magazine“ in den Vereinigten Staaten sein. Durch seine Art der Recherche, der großen Freiheit für die Arbeitsweise der Redakteure sowie den Stil wurde der „Spiegel“ zum führenden Nachrichtenmagazin. Rudolf Augstein, Herausgeber des „Spiegel“, hatte vorgegeben, dass der „Spiegel“ insbesondere Missstände aufdecken sollte.²³⁹ Markett bezeichnet den „Spiegel“ gar als Ausnahmeerscheinung im deutschen Pressemarkt. Erworben habe sich der „Spiegel“ seinen Ruf als Investigativblatt „ganz im Stile von angelsächsischen Nachrichtenmagazinen – mit einer detailgenauen, hartnäckigen Recherche und einer Respektlosigkeit gegenüber Autoritäten.“²⁴⁰

Somit hatte der „Spiegel“ schon von seiner Gründung her den Anspruch, investigative Recherchemethoden anzuwenden, weshalb das Nachrichtenmagazin heute zu den renommierten Presseerzeugnissen gehört, die regelmäßig Missstände aufdecken. Näheres dazu siehe im Kapitel über investigativen Journalismus.

2.4.3. Sonderweg: Der Ruf

Die Zeitschrift für deutsche Kriegsgefangene in den USA

Die publizistischen Anfänge der deutschen Presse nach dem Zweiten Weltkrieg liegen zu einem wesentlichen Teil in einer Zeitschrift in den Vereinigten Staaten. Dort entstand das erste deutschsprachige, professionell produzierte publizistische Erzeugnis. Daher beschloss die Amerikaner bald, für die deutschen Kriegsgefangenen in den Vereinigten Staaten eine eigene Zeitschrift herauszugeben, die unter dem Namen „Der Ruf“ erschien.

Die Geschichte des „Ruf“ beginnt Anfang 1943, als die ersten deutschen Kriegsgefangenen die Vereinigten Staaten erreichten. Ziel der Amerikaner war die Umerziehung. Deutsche Soldaten sollten an die Prinzipien der Demokratie herangeführt werden. Doch blieb es nicht allein bei dem staatsbürgerlichen Impetus. So gingen die Amerikaner davon aus, dass

²³⁹ Eschenburg, 168 f.

²⁴⁰ Markett, 127.

die zu dieser Zeit noch gefangenen Deutschen die Geschicke ihres Landes mitbestimmen würden. Daher sollten sie möglichst schnell zu Verbündeten werden.²⁴¹

„Der Ruf“ als Zeitschrift für deutsche Kriegsgefangene in den Vereinigten Staaten erschien vom 1. März 1945 bis zum 1. April 1946 und wurde im Langer Fort Kearney hergestellt, einem Speziallager für Hitler-Gegner. Diese waren von anderen Gefangenen getrennt worden, da in vielen Lagern noch die Struktur der Wehrmacht und das klare Bekenntnis zum Nationalsozialismus regierten.²⁴²

Den Westalliierten diente die Presse als ein wesentliches Vehikel, um den Prozess der Entnazifizierung und Umerziehung der Deutschen nachhaltig zu unterstützen. Insbesondere Briten und Amerikaner setzten in dieser Bestrebung auch auf deutsche Kriegsgefangene, die sie in speziellen Lagern wie dem Training Center for Prisoners of War, Camp Fort Getty in Rhode Island oder dem britischen Wilton Park bei Beaconsfield schulten und ausbildeten. Der Erfolg des US-Vorgehens zeigte sich in der Zeitschrift „Der Ruf“, die zunächst als Zeitschrift von deutschen Kriegsgefangenen für deutsche Kriegsgefangene erschien und nach der Rückkehr der Gefangenen in ihre alte Heimat unter dem gleichen Titel in München unter der Regie von Alfred Andersch und Hans Werner Richter herausgegeben wurde.²⁴³

Die Amerikaner zogen Kriegsgefangene zusammen, die sie für vertrauenswürdig hielten und gründeten den „Ruf“, als Zeitschrift deutscher Kriegsgefangener. Dabei wollten die Amerikaner den Eindruck erwecken, die Deutschen selbst hätten das Blatt initiiert, mit technischer Unterstützung der Amerikaner. Da sich die Amerikaner bis dahin aus den umfangreichen publizistischen Tätigkeiten in den Gefangenenlagern weitgehend herausgehalten hatten, blühte dort, vorangetrieben von Offizieren, nationalsozialistisches Gedankengut. Um das gewünschte Ziel zu erreichen, durften Begriffe wie „Umerziehung“ nicht fallen, da die Amerikaner davon ausgingen, dass nur unter dem Prinzip der Freiwilligkeit ihr Projekt glücken könne. Am 1. März 1945 kam der erste „Ruf“ heraus. Die Zeitschrift „Der Ruf“ startete in einer Auflage von 11.000 Exemplaren und erreichte am 1. Mai 1946 die Auflagenhöhe von 75.000 Stück. Damit konnte sich der „Ruf“ mit einigen Zeitungen in Nachkriegsdeutschland messen lassen. „Der Ruf“ wurde auch an Lager in Kanada und England geliefert. „Aufsätze daraus wurden in deutschsprachigen Zeitungen wie dem ‚New Yorker Staatsanzeiger und Herold‘ nachgedruckt und kommentiert.“ Auf drei der acht Seiten (zwei Bögen) informierte der „Ruf“

²⁴¹ Jérôme Vaillant. *Der Ruf – unabhängige Blätter der jungen Generation (1945 – 1949): Eine Zeitschrift zwischen Illusion und Anpassung*. Kommunikation und Politik 11. Übers. Heidrun Hofmann und Karl Heinz Schmidt. München: KG Saur, 1978, 3.

²⁴² Heinz Ludwig Arnold (Hrsg.). *Die Gruppe 47: Ein kritischer Grundriß*. Sonderband der Reihe Text und Kritik. München: Text und Kritik, 1980, 14.

²⁴³ Koszyk, 51.

über die politische und militärische Lage in Europa und der Welt. Eine Seite untersuchte die Situation in Deutschland, die weiteren die in den USA. Auf zwei Seiten fanden sich Feuilleton und Kurznotizen. Auf der letzten Seite „Lagerstimmen“.²⁴⁴

Breiten Raum nahmen Abhandlungen über den Nationalsozialismus ein. Als das Böse schlechthin stellten die Autoren etwa Hitler dar. Die Irrwege des Regimes, die Darstellungen der Pläne Hitlers in „Mein Kampf“ sowie die Analyse, dass Deutschland militärisch am Ende sei, bildeten etwa in der Sondernummer 6 einige der Schwerpunkte. Diese Art der Auseinandersetzung entsprach den Zielen der amerikanischen Re-education-Politik. Auch mit einzelnen Aspekten der NS-Weltanschauung wie der Rassentheorie setzte sich der „Ruf“ analytisch auseinander und enttarnte die Lehren der Nazis als unhaltbaren, in pseudowissenschaftlichem Ton formulierten Unfug.²⁴⁵

Die Zeitschrift „Der Ruf“ in München

Als 1946 die Rückführung deutscher Kriegsgefangener aus den Vereinigten Staaten stark beschleunigt wurde, bedeutete dies das Ende des „Ruf“ als Gefangenenzeitung.²⁴⁶

Ab dem 15. August 1946 erschien unter dem selben Namen in München eine Zeitschrift. Mitunter herrschten unterschiedliche Auffassungen darüber, inwiefern der „Ruf“ in München in der Tradition der Gefangenenzeitung stand. Doch war der Entschluss, die Zeitschrift weiterzuführen, schon relativ früh gefasst worden.

In München arbeitete auch der Schriftsteller Alfred Andersch beim „Ruf“ mit, wie er es schon in den Vereinigten Staaten als Kriegsgefangener getan hatte. Andersch hatte nach seiner Rückkehr nach Deutschland bei der „Neuen Zeitung“ in München eine Anstellung gefunden. Er arbeitete im Kulturressort, das von Erich Kästner geleitet wurde.²⁴⁷

„Was im August 1946 in München von Alfred Andersch und Walter Kolbenhoff ‚gegründet‘ wurde, ist also nur die Fortsetzung der amerikanischen Gefangenenzeitung in der von den USA besetzten Zone Deutschlands.“²⁴⁸

Ein Wegbereiter zum Aufbau der Literatur in Nachkriegsdeutschland war der deutsche „Ruf“ in Nachfolge der US-Kriegsgefangenenzeitung. In ihm kam zusammen, was die Aufbaugeneration der deutschen Literatur werden sollte, auch wenn Literatur bei der Arbeit des

²⁴⁴ Christoph Markus Pleiner. „'Der Ruf': Analyse einer Zeitung für deutsche Kriegsgefangene in den USA (1945/46).“ Magisterarbeit Universität Regensburg, 1994, 6, 41 f.

²⁴⁵ Pleiner. „Der Ruf“, 49 ff.

²⁴⁶ Vaillant. *Der Ruf*, 5 ff., 18, 39 ff.

²⁴⁷ Vaillant. *Der Ruf*, 14, 48ff., 51.

²⁴⁸ Vaillant. *Der Ruf*, 56.

„Ruf“ zunächst keine tragende Rolle spielte. Der „Ruf“ war gleichzeitig Wegbereiter der Gruppe 47, einem Sammelbecken neuer Literaten, die mit ihrer „Kahlschlagliteratur“ die Erfahrungen des NS-Regimes aufarbeiten wollten.²⁴⁹

Im Spektrum der Zeitschriften dieser Zeit setzte der „Ruf“ bei seiner Gesellschaftsarbeit auf einen europäisch-integrativen Ansatz. Der „Ruf“ strebte nach ‚eine[m] radikalen Neubau‘, im Blick auf Europa, wiederum in der Erkenntnis, dass dieses Europa ‚ohne das junge Deutschland nicht existieren kann.‘²⁵⁰ Der „Ruf“ wollte sich jener Generation zwischen 20 und 40 annehmen, „die im öffentlichen Leben noch gar nicht zum Zuge kamen“.²⁵¹ Aus diesem Verständnis heraus lehnte der „Ruf“ die Kollektivschuld ab, um der jungen Generation nicht ihre eigene Perspektive zu verbauen. Aus diesem idealisierenden Verständnis heraus kritisierte der „Ruf“ die Alliierten, die Mitschuld am gegenwärtigen Zustand hätten.²⁵²

In einem Beitrag für die „Frankfurter Hefte“ bezeichnet Andersch jene Generation, für deren Sprachrohr sich der „Ruf“ hielt, als „Zwischengeneration“. Damit beschreibt Andersch in einem offenbar fiktiven Gespräch zwischen einem Deutschen und einem Amerikaner, der in den Alpen am „Youth Activity Program“ der US-Armee teilnimmt, die Generation im Alter zwischen 25 und 40 Jahren.²⁵³ Die Besonderheit dieser Generation sieht Andersch – ausgedrückt in den Worten des Deutschen in dem Zwiegespräch – darin, dass sie einerseits keine Last aus der Weimarer Republik aufgeladen hätten und „auf den Schlachtfeldern“ am meisten für die Nazis gelitten hätten. Genau diese Menschen empfänden nun ein großes Unbehagen angesichts ihrer eigenen Situation, weil es wieder die Alten seien, die gesellschaftlich den Ton angäben, ohne offenbar allzu nachhaltige Lehren aus der jüngsten Vergangenheit gezogen zu haben.

Auch die Besatzungsmächte seien dieser Generation keine Hilfe, da der Trott, weiter Anordnungen Folge zu leisten, keine Aufbruchstimmung erzeuge. So fordert der Deutsche den amerikanischen Gesprächspartner auf: „Man sollte einfach nur ruhig und sachlich mit uns reden.“ Denn das Selbstverständnis dieser Generation ist es, einst die Geschicke in Deutschland zu leiten. Unsicherheiten und Unbehagen angesichts neuer und alter Autoritäten könnten dabei nur hinderlich sein.²⁵⁴ Aus Sicht von Andersch hatte die Zwischengeneration nicht die Chance, in ihre neue Rolle der gesellschaftlichen und politischen Verantwortung hineinzu-

²⁴⁹ Görtemaker, 236 f.

²⁵⁰ Schwab-Felisch, 25.

²⁵¹ Vaillant. *Der Ruf*, 64.

²⁵² Eschenburg, 163 f.

²⁵³ Alfred Andersch. „Das Unbehagen in der Politik: Eine Generation unter sich.“ In: *Frankfurter Hefte: Zeitschrift für Kultur und Politik*. September 1947, Heft 9. Frankfurt: Verlag der Frankfurter Hefte. 912-925, 914 f.

²⁵⁴ Andersch, 916.

wachsen. So verweist der Ansatz der Zeitschrift bereits weit in die Zukunft der Bundesrepublik, wollte sich der „Ruf“ doch ausdrücklich nicht mit dem Hier und Jetzt per se auseinandersetzen, sondern die Zukunft des neuen Staates mitgestalten, beziehungsweise jene publizistisch fördern, die demokratischen Staatsaufbau, den kulturellen und wirtschaftlichen Neubeginn zu gestalten hatten.

„Der Ruf“ erschien jeweils zum 1. und 15. jedes Monats in der Nymphenburger Verlagshandlung München. Laut Impressum wurde „Der Ruf“ „unter Zulassungsnummer US-E-174 der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung“ veröffentlicht. Die Zeitschrift übernahm auch in unregelmäßigen Abständen Beiträge aus ausländischen Publikationen. Damit wollte die Zeitschrift zeigen, dass bei aller in Deutschland herrschenden Ungeduld in der Erwartung von Freiheit und Demokratie auch die Siegermächte mit Problemen zu kämpfen hatten. So setzte sich der Autor Denis de Rougemont in der Zeitschrift „Le Litteraire“ am 30. März 1946 mit dem von US-Präsident Franklin D. Roosevelt geprägten Diktum der „Vier Freiheiten“ auseinander. Am 15. September 1946 war ein Ausschnitt daraus auf Seite 2 in „Der Ruf“ zu lesen.²⁵⁵

Doch kam am „Ruf“ auch Kritik auf: „Bei A. Andersch und H.W. Richter hatte man es eher mit Intellektuellen, die Gehör finden wollten, als mit Journalisten zu tun, deren Beruf sie übrigens nie erlernt haben, wenn man einmal von den wenigen Grundbegriffen absieht, die sie sich in der Redaktion des amerikanischen ‚Ruf‘ aneignen konnten. Rückwirkend legt A. Andersch Wert auf die Feststellung, dass sie Amateure blieben.“ Zu der Amateurhaftigkeit kam hinzu, dass der „Ruf“ weder an Presseagenturen angeschlossen war noch auf ein Korrespondentennetz zurückgreifen konnte. So griffen die Macher des „Ruf“ auf Informationen aus der „Neuen Zeitung“ zurück.²⁵⁶ „Als die erste Nummer des ‚Ruf‘ [die Münchner Ausgabe in Anlehnung an die ehemalige Gefangenenzeitschrift] am 15. August 1946 erschien, zeichnete sich die Grundlage eines neuen deutschen Pressewesens unter alliierter Kontrolle längst ab. Die Nachrichtenblätter der alliierten Militärverwaltung, die unmittelbar nach Kriegsende die Bevölkerung mit den lebenswichtigen Informationen versorgten, aber mit Berichten über Konzentrationslager und die Nürnberger Prozesse sowie mit immer neuen Enthüllungen über den faschistischen Terror auch den ‚Re-education‘- Prozess der deutschen Bevölkerung einleiten sollten, waren bereits zwischen Juni und November 1945 durch lizenzierte deutsche Zeitungen abgelöst worden.“²⁵⁷

²⁵⁵ Vaillant, 56.

²⁵⁶ Vaillant, 71 f.

²⁵⁷ Arnold, 19.

„Der Ruf“ war von der US-Militärregierung lizenziert worden, doch waren die Vereinigten Staaten über den Inhalt der Zeitschrift bestürzt. Schließlich wollte der „Ruf“ ein Oppositionsblatt gegen die Besatzungspolitik der Alliierten sein. Die US-Militärregierung verbot die Zeitschrift im April 1947.²⁵⁸

„Die offen ausgesprochene Kritik an der amerikanischen Besatzungspolitik und das Eintreten für humanistisch-sozialistische Vorstellungen brachten den ‚Ruf‘ jedoch schon bald in Konflikt mit den amerikanischen Militärbehörden. Auf die Verwarnung der Redaktion durch Offiziere der US-Militärregierung im März 1947 – die amerikanischen Einwände lauteten v.a.: unerlaubte Kritik an der Politik der Alliierten in Deutschland – folgte bereits im April 1947 das Verbot der Zeitschrift wegen Nihilismus, da sich eine Änderung der politischen Tendenz des ‚Ruf‘ nicht abzeichnete.“²⁵⁹ Als den Autoren wie Alfred Andersch oder Hans Werner Richter kein Publikationsorgan mehr zur Verfügung stand, fanden sie sich zu Diskussionszirkeln zusammen, in denen sie ihre literarischen Arbeiten besprachen. Daraus entstand schließlich die Gruppe 47.²⁶⁰

²⁵⁸ Eschenburg, 164.

²⁵⁹ Arnold, 21.

²⁶⁰ Eschenburg, 164.

2.5. Stand der bundesdeutschen Presse nach 1949

Eine Einordnung der bundesdeutschen Presselandschaft und der Einflussfaktoren, die diese im ersten „freien“ Jahrzehnt der Bundesrepublik geprägt haben, liefert Christina von Hodenberg. In den 50er-Jahren arbeitete die Presse in der Bundesrepublik bereits frei und ohne direkte Einflussnahme der Alliierten. Daher war dieses Jahrzehnt im Bereich der Medien geprägt von Aufbruch und Restauration gleichermaßen. Bestimmend war der Generationswechsel an den Schaltzentren der Medienbetriebe, was dazu führte, dass Journalisten in die Chefetagen aufrückten, die zwar noch in der Weimarer Republik geboren worden waren, diese Zeit aber nicht mehr aus dem bewussten Erleben kannten und für die der Zusammenbruch des Dritten Reiches sowie der Neubeginn nach 1945 mit den starken Vorbildern der westlichen Demokratien, insbesondere der Vereinigten Staaten, bestimmend waren für ihr Denken und Handeln. Sowohl die Bundesrepublik selbst als auch die Medien suchten während dieses Jahrzehnts noch ihre Identität. Der starke gesellschaftliche Konsens bezüglich der Regierungspolitik von Bundeskanzler Konrad Adenauer bestimmte auch die Presse und schuf – wie Christina von Hodenberg ausführt – einen Geist der Oppression, ausgedrückt durch den Regierungsstil Adenauers sowie dessen Medien- und Pressearbeit.

Die Autorin stellt fest, dass in der Geschichtswissenschaft das Jahr 1945 und die unmittelbar folgenden Jahre einen Bruch und absoluten Neuanfang darstellen. Doch wurden in der Forschung bisher zu sehr die Strukturen betrachtet und weniger die Menschen selbst, also unter Aussparung einer kulturellen Dimension und damit jener Einflüsse, die entsprechend länger zu überdauern vermögen. Obwohl sich die Lizenzpresse weitgehend gegen die Produkte der Altverleger durchsetzen konnte, blieben Medien-Eliten bestehen. Zwar setzten die Alliierten beim Medien-Personal zunächst sehr strenge Maßstäbe an, doch führte diese rigide Haltung bald zu Personalproblemen.

Zum Zuge kam daraufhin in hohem Maße die jüngere Generation, die wegen ihres Alters per se als unbelastet gelten konnte und die damit bereits in relativ jungen Jahren Führungspositionen übernehmen konnte. Aufgrund ihrer Erfahrung mit dem Nationalsozialismus, den sie weitgehend als negativ erlebt hatte, nennt von Hodenberg jene die „45-Generation“, da für sie das Jahr 1945 ein wirklicher Neuanfang war, ohne Erfahrung mit der Gesellschaft der Weimarer Republik.²⁶¹

²⁶¹ Christina von Hodenberg. „Die Journalisten und der Aufbruch zur kritischen Öffentlichkeit.“ In: Ulrich Herbert. *Wandlungsprozesse in Westdeutschland: Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980*. 2. Aufl. Göttingen: Wallstein, 2003. 278-311, 279 ff.

Bedingt durch die Erfordernisse der Praxis wurden in den Jahren 1945/46 sehr strenge Anforderungen an das journalistische Personal gestellt, was deren Belastung durch die NS-Zeit betraf. Besonders streng und prinzipientreu verhielten sich dabei die Amerikaner, die eher schlechteren Journalismus in Kauf nahmen, als belastete Personen zu dulden.

Ab 1947/48 bekamen zunehmend Journalisten wieder Zutritt zu dem Berufsfeld, die zuvor durch das Raster gefallen waren. Am ehesten gelang dies in der französischen Zone und bei der Tagespresse. Schwieriger war der Zugang zu dem noch strenger überwachten Rundfunk oder zu Nachrichtenagenturen.

Für die 50er-Jahre hält von Hodenberg fest, dass bei Tageszeitungen viele, die einst bei Blättern in der NS-Zeit leitende Positionen innegehabt hatten, auch jetzt an herausragenden Stellen saßen. Von Hodenberg belegt dies in ihrem Beitrag anhand mehrerer Einzelbeispiele. Daher sei der personelle Bruch, der 1945 vorgesehen gewesen war, nur bedingt geglückt. Von Hodenberg bezeichnet diesen Vorgang als Integrationsprozess der Medien.²⁶² Kaum Zugang zu den Führungsetagen erhielten Journalisten mit „NS-Vergangenheit“ beim weit strenger überwachten Rundfunk. Die Gründe dafür, dass Journalisten, die einst als belastet galten, Zugang zu den vorher so sorgfältig von den Alliierten überwachten Medien erhielten, lagen im Mangel an Personal und der Überzeugung, dass eine NS-Vergangenheit niemandem mehr zum Nachteil gereichen sollte. Hinzu kam die drastische Erweiterung publizistischer Angebote, was die verfügbare Personaldecke zusätzlich schwächte. Zu Auseinandersetzungen um das Personal kam es mehrfach, so etwa bei der „Zeit“, wo Marion Gräfin Dönhoff gegen die Mitarbeit von ehemaligen NS-Journalisten protestierte und das Blatt zunächst verließ.

Der Alltag in den Redaktionen der 50er-Jahre war jedoch weit weniger vom Konflikt alt gegen jung beziehungsweise belastet – nicht-belastet geprägt, als vielmehr vom pragmatischen Miteinander, unter Umgehung heikler Themen und einer befürwortenden Haltung gegenüber der Regierungspolitik.²⁶³

Dies lässt sich auch bei Magazinen nachweisen, die bis Mitte der 50er-Jahre ihre Arbeit „zur vollen Zufriedenheit“ des Bundespresse- und Informationsamtes ausübten.

Ende der 50er-Jahre begann sich dies zu ändern und Magazine wie etwa „Stern“ oder „Quick“ begannen damit, die Arbeit der Bundesregierung weit kritischer als bisher zu verfolgen.

²⁶² Hodenberg, 284 ff.

²⁶³ Hodenberg, 287 ff.

Die weitgehende Unterstützung der antikommunistischen, nationalen Integrationspolitik von Bundeskanzler Konrad Adenauer fand in den 50er-Jahren weitgehend die Zustimmung der Medien, getragen von dem Konsens, heikle Themen zu meiden, damit nichts auf die einzelnen Personen oder Redaktionen zurückfallen konnte. Hinzu kam die „Gängelung der Medien von oben.“ Die Adenauer-Regierung nahm unmittelbaren Einfluss auf mediale Inhalte. Zunehmend kritisch begleiteten die Medien die Regierungsarbeit seit Anfang der 60er-Jahre. Von Hodenberg macht dafür den beginnenden Generationswechsel in den Medien verantwortlich.

So gelangten, auch begünstigt durch die Einstellungspolitik der Alliierten, zwischen 1954 und 1963 viele der Jahrgänge 1921 bis 1932 in ihren Zwanzigern in die Chefetagen der Medien. Mit diesem Generationswechsel vollzog sich auch ein Wechsel in der Einstellung gegenüber der Medienarbeit. Die Abkehr vom „Konsensjournalismus“ der 50er-Jahre begründet von Hodenberg mit der Lebenserfahrung der neuen Journalistengeneration, die früh ein Unrechtsregime kennen gelernt und dessen Zusammenbruch erlebt hatte und die von den freiheitlichen Idealen der Alliierten beeinflusst war.

Insbesondere die Anziehungskraft der westlichen Lebensart, die die Vereinigten Staaten vorlebten, beeinflusste diese Generation, die Anfang der 60er-Jahre die Meinungsführerschaft an sich gezogen hatte und anstatt des Antikommunismus das Liberale der neuen westdeutschen Gesellschaft ins Zentrum stellte.²⁶⁴

Der Journalist Klaus Harpprecht²⁶⁵ stellt in einer Festschrift für den ehemaligen Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier noch im Jahr 1976 fest, der Bundesrepublik fehle es noch immer und vor allem in früheren Jahrzehnten, auf die sich der Beitrag bezieht, an Liberalität, „die Essenz der angelsächsischen Demokratie und der Sauerstoff Amerikas: Liberalität als Freiheit im Alltag.“²⁶⁶

Zusätzlich befördert wurde diese Einstellung nach Ansicht von Hodenbergs durch einen regen Austausch, insbesondere mit den Vereinigten Staaten. Vorbilder für ihre Arbeit fanden die Journalisten daher in den Medien dieser Länder, so etwa in der Yellow Press „und den politischen Zeitschriften Großbritanniens und der USA“.²⁶⁷

²⁶⁴ Hodenberg, 294 ff., 299 ff.

²⁶⁵ Klaus Harpprecht wurde 1927 in Stuttgart geboren. Er gehört damit zur 45er Generation, wie sie von Hodenberg definiert. Er arbeitete viele Jahre als Journalist, beispielsweise für RIAS Berlin, SFB, WDR und ZDF. Von 1966 bis 1969 war er Leiter des S. Fischer Verlags in Frankfurt/Main, 1972 bis 1974 Chef der Schreibstube und Berater bei Bundeskanzler Willy Brandt. Klaus Harpprecht lebt seit 1982 als freier Schriftsteller in Frankreich.

²⁶⁶ Klaus Harpprecht. „Gespräche über den Zaun. Transatlantische Reflektionen.“ In: Bruno Heck. *Widerstand, Kirche, Staat: Eugen Gerstenmaier zum 70. Geburtstag*. 2. Aufl. Frankfurt: Propyläen, 1976. 121-145, 144.

²⁶⁷ Hodenberg, 302 ff.

Bedingt durch diese Erfahrungen wuchs die Ablehnung gegen den autoritären Amtsstil Adenauers sowie den erzwungenen gesellschaftlichen Konsens über die Regierungspolitik. Dies ging so weit, dass einige Journalisten der Bundesrepublik obrigkeitstaatliche Charakteristika zuwiesen.

Den Wandel in der Auffassung über die journalistische Arbeit, der sich im Zuge des Generationswechsels vollzogen hatte, belegt von Hodenberg am Beispiel des „Spiegel“, der bereits in den 50er-Jahren vom vorherrschenden Konsens abgewichen war. Enthüllungen trugen dem Magazin schon damals „widerwilligen Respekt“ ein. „Zudem verschrieb er [der „Spiegel“] sich journalistischen Methoden, die von angelsächsischen Vorbildern entlehnt waren: investigative Recherche, unnachgiebige Interviews, Teamarbeit und aufwendiges Dokumentationsarchiv.“²⁶⁸ Hierin belegt von Hodenberg die große Bedeutung des US-amerikanischen Journalismus für die deutschen Medien. Erst mit der Einführung angelsächsischer Arbeitsweisen konnten sich die deutschen Medien zu modernen Presseorganen entwickeln, da diese Arbeitsweisen bereits damals den Standard setzten. Somit vollzogen vor allem die Vereinigten Staaten einen ersten Schritt zur Modernisierung der deutschen Medien durch die Einführung der Trennung von Fakten und Meinung. In einem zweiten Schritt folgte die Vorbildfunktion für die darauf aufbauenden professionellen Arbeitsweisen. Insbesondere investigatives Recherchieren war – zumindest in der Form wie an anderer Stelle näher beschrieben – in der deutschen Presse vorher praktisch unbekannt.

Obwohl es im Interesse der (ehemaligen) Besatzungsmächte gelegen hatte, in der Bundesrepublik eine kritische, demokratische Gesellschaft aufzubauen, dauerte es bis zur Wende in den 60er-Jahren, bis eine „politische Öffentlichkeit [entstanden war], die Kritik, Konflikt und Kontrolle einschloss.“ Nach Ansicht von Hodenbergs scheiterte die frühzeitige Installation einer westlichen Demokratie vorher an den „Grenzen der Entnazifizierung“. Erst als in den 60er-Jahren eine neue Generation in die Führungsetagen vorrückte, die den Nationalsozialismus als Kind erlebt hatte, ebenso den Zusammenbruch und Wiederaufbau, entwickelte sich ein neues Berufsverständnis in den Medien. Erst jetzt wurden Themen aktiv aufgegriffen, die vorher Tabu waren – wie etwa offene Kritik an der Regierung und ihren Vertretern.

Auch der Mangel an qualifiziertem Personal machte in den 50er-Jahren die Arbeit der Presse als kritisches Korrektiv zusätzlich schwer. „Auf den weitgehenden Rückzug der Alliierten aus den Medien folgte daher zunächst ein Jahrzehnt, in dem die Uhr zurückgedreht wurde. Die Rückkehr der Belasteten trotz gelegentlicher Konflikte mit den neuen Eliten, und

²⁶⁸ Hodenberg, 302 ff.

die Selbstverpflichtung auf einen regierungskonformen Konsensjournalismus prägten die Massenmedien in den 50er-Jahren.²⁶⁹

Somit können die 50er-Jahre als eine Phase des Aufbaus und der Orientierung der Medien gesehen werden, in denen neue Arbeitsweisen getestet wurden und als ein Jahrzehnt, das dem Journalismus in der Bundesrepublik den Weg bereitet hat. Aufgrund dieser Sondereffekte, die in diesem Jahrzehnt in der Bundesrepublik herrschten, in dem die Arbeitsweisen in einer Demokratie eingeübt wurden, scheidet die Zeit zwischen 1950- und dem Beginn der 60er-Jahre als Zeitraum, aus dem Texte für den hier zu untersuchenden Korpus ausgewählt werden können, aus.

²⁶⁹ Hodenberg, 309 f.

2.6. Watergate: Wirkung und Folgen

„It is my thesis [. . .] that, on the contrary, the established American press in the past ten years, and particularly in the past two years, has performed precisely the function it was intended to perform by those who wrote the First Amendment of our Constitution.“²⁷⁰

Die Enthüllungen des Watergate-Skandals stellten einen Höhepunkt der Presse in den Vereinigten Staaten dar. Die Presse hatte bewiesen, dass ihr zu Recht die Rolle als Kontrollinstanz im Staat zukam. Zugleich wirkte die Arbeit der Journalisten Bob Woodward und Carl Bernstein identitätstiftend für die gesamte Presse. Der Mythos des unbeirrbar recherchierenden Reporters sollte noch lange Bestand haben. Erst mit der Etablierung des Internets sowie mehreren wirtschaftlichen Krisen, die den monetären Druck auf die Medienhäuser erhöhten und den Einfluss von Wirtschaft und Politik auf die Medien festigten, verlor sich dieser Mythos zunehmend. Die Wirkungen der Watergate-Enthüllungen auf die Medienlandschaft der Vereinigten Staaten sowie die Gefahren, denen sich die recherchierende Presse inzwischen ausgesetzt sieht, sollen im Folgenden kurz erläutert werden.

Auf der DVD mit Specials zu dem Film „Die Unbestechlichen“²⁷¹ kommen mehrere Journalisten zu Wort. Sie äußern sich darin in Interviews zu den Folgen von Watergate für den Journalismus sowie zu dem Verhältnis von Politik und Journalismus.

Peter Schweizer, Autor des Buches „The Bushes: Portrait of a Dynasty“, meint, dass Watergate den Journalismus und das Selbstverständnis von Journalisten verändert hat. Fielen Journalisten von größerer Bekanntheit vorher durch ihre Nähe zur Macht auf, etablierten Woodward und Bernstein die Rolle der Presse als „Watchdog“ der Macht.

Doch einige Journalisten sehen das Erbe von Watergate in Gefahr. Greg Krikorian, Reporter der LAT, geht davon aus, dass eine derartige Enthüllungsgeschichte heutzutage schwerer zu recherchieren und mit entsprechender Wirkung zu veröffentlichen wäre, denn heutzutage gebe es weit mehr Methoden, von einer solchen Geschichte abzulenken. In der heutigen gewaltigen Informationsflut falle es den Medienkonsumenten zunehmend schwer, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden.

Carl Bernstein sieht insbesondere die Masse an Fernsehkanälen und die Vielzahl an Talkshows als Weg, wie etwa ein US-Präsident die Themen der Medien diktieren kann. Die

²⁷⁰ Steward, 463.

²⁷¹ Dieser Film stellt die Ermittlungsarbeiten aus der Perspektive der Reporter Bob Woodward und Carl Bernstein dar und basiert auf dem Buch der beiden „All the president’s men“.

„President’s Men“ seien dazu früher nicht in der Lage gewesen.²⁷² Hinzu komme ein gewaltig angewachsener Druck auf Journalisten seitens der Machtinstanzen, wie Jonathan Alter, Senior Editor der Newsweek, feststellt.

Vor allem der Trend hin zu großen Medienkonzernen habe die Bedingungen für investigativen Journalismus nach Ansicht von Matthew Felling, Media Director beim Center for media and public affairs, verschlechtert. Bei den Konzernen zähle nur die Rendite. Wenn zeit- und geldaufwendige Recherchen keine brauchbaren Ergebnisse liefern, wird das Renditeziel verfehlt. Zudem litten die Medien zu einem großen Teil an selbst auferlegter Zensur, wie die Journalistin Linda Ellerbee feststellt. Geschichten, die keinen Leser- oder Zuschauererfolg versprechen, würden nicht weiter verfolgt. Insbesondere treffe dies für das Fernsehen zu, da hier einzig die Einschaltquote zähle, die unmittelbar auf die Werbeeinnahmen eines Senders durchschlüge. Die ununterbrochene Verfügbarkeit von Nachrichten durch eine Masse an Fernsehsendern (und heutzutage zunehmend durch das Internet), habe das Nachrichtengeschäft insgesamt grundlegend verändert.²⁷³ Krikorian nimmt aber auch die Journalisten selbst in die Verantwortung dafür, dass der Einfluss der Medien gelitten hat. Eigene Fehler sowie die Beschäftigung mit sich selbst seien verantwortlich. Aber auch der Missbrauch durch die Politik habe den Ruf des Journalismus negativ beeinflusst.

Nach Ansicht von Schweizer habe zunehmender Sensationalismus in den Medien dazu geführt, dass der Journalismus oftmals nicht mehr als Institution angesehen werde, die der Wahrheit verpflichtet ist. Das habe dem Journalismus insgesamt geschadet.

Oliver Stone, unter anderem Regisseur des Films „Nixon“, stellt fest, dass die Medien inzwischen weit weniger dazu bereit seien, den Präsidenten herauszufordern, weil die Angst vor Gerichtsverfahren oder negativen wirtschaftlichen Folgen zu tief sitze: „It’s a corrupt ballgame“, meint Stone zu dieser Entwicklung.

Heute würden Woodward und Bernstein mit der Forderung, ihre Quellen zu offenbaren, vor einen Untersuchungsausschuss zitiert, meint Alter. Und für ihre Überzeugungen würden sie ins Gefängnis gehen und wären damit von den weiteren Ermittlungen abgeschnitten. Watergate würde heute wahrscheinlich nicht enthüllt. Daher sei die Demokratie in Gefahr, meint Alter, sobald die Presse aufhöre, eine freie und kritische Presse zu sein.²⁷⁴

Bei Watergate ging es nicht um den Sturz des Präsidenten, sagte Ellerbee. Watergate zeigte, „that the system worked.“ Schauspieler und Produzent Robert Redford vertritt die An-

²⁷² „Woodward and Bernstein: Pioniere des Investigativen Journalismus.“

²⁷³ „Woodward and Bernstein: Pioniere des Investigativen Journalismus.“

²⁷⁴ „Woodward and Bernstein: Pioniere des Investigativen Journalismus.“

sicht, dass durch Watergate das „First Amendment“ gerettet worden sei, da es durch die „Gang“ in der Hauptstadt gefährdet gewesen sei und damit die Demokratie als Ganzes.

Doch das positive Erbe von Watergate ist nach Ansicht von Alter bedroht. Denn Watergate habe die Überzeugung gefestigt, dass Politik Verantwortung bedingt. Watergate habe gezeigt, dass das System von Macht und Kontrolle funktioniere. Diese Überzeugung ändere sich nun.²⁷⁵

Als unmittelbare Wirkung hatte die Enthüllung des Watergate-Skandals dem Journalismus in den Vereinigten Staaten einen Boom beschert, stellt Ben Bradlee, Chefredakteur der Washington Post zur Zeit der Watergate-Enthüllungen, in seinen Memoiren fest. Insbesondere wandte sich die Aufmerksamkeit weg von den Stars aus der Politik-Berichterstattung hin zur Lokal-Berichterstattung.²⁷⁶ Wie sehr jedoch die Errungenschaften der Presse nach Watergate heute wieder in Gefahr sind, verdeutlicht John Dean in seiner Anklage gegen die Bush-Regierung und deren Geheimhaltungspolitik.²⁷⁷ Darin schildert er die Abschottung der Politik von der Öffentlichkeit, wobei Gepflogenheiten der Informationsweitergabe, die vorher nie beanstandet worden waren, plötzlich unter Strafe standen, was Dean als „das neue, inoffizielle Geheimhaltungsgesetz der Regierung“ bezeichnet. Als Präzedenzfälle führt er Beispiele an, bei denen ein Gesetz aus dem Jahr 1917 uminterpretiert wurde, wodurch etwa Jonathan Randel, ein Mitarbeiter der DEA, wegen seiner Weitergabe von Informationen verurteilt worden war. Nach Deans Auffassung diene dieses Exempel dazu, Regierungsstellen zu warnen, „den Mund zu halten, wenn sie keine Gefängnisstrafe riskieren wollten.“²⁷⁸

Doch nach Ansicht von John Dean geht die Regierung bis hin zur Kontrolle der Massenmedien. Regierungsvertreter hätten damit aufgehört, Informationen an die Medien weiterzugeben. Sie hätten zudem Medien gezielt zur Weitergabe von Informationen ausgesucht, um

²⁷⁵ „Woodward and Bernstein: Pioniere des Investigativen Journalismus.“

²⁷⁶ Ben Bradlee. *A Good Life: Newspapering and other Adventures*. New York: Touchstone, 1995, 383 f.

²⁷⁷ John Dean war Rechtsberater von US-Präsident Richard Nixon und zunächst eine der Hauptfiguren des Watergate-Skandals. Als Nixon Dean jedoch zum alleinigen Sündenbock der Affäre machen wollte, um seine eigene Verwicklung in die Vorfälle gegen die demokratische Partei zu vertuschen, wechselte Dean die Seiten. Mit der Staatsanwaltschaft schloss er einen Deal, wonach seine Aussage vor dem Watergate-Untersuchungsausschuss sich für ihn strafmildernd auswirken sollte.

Angesichts dieser Erfahrung und aufgrund seiner Einblicke in den Machtapparat der Vereinigten Staaten wurde er nach Watergate ein kritischer Beobachter der US-Regierungspolitik. In seiner Anklage gegen die Geheimpolitik von US-Präsident George W. Bush und dessen Vize Dick Cheney argumentiert Dean, dass diese Art der Geheimhaltung und Abschottung der Politik und der Prozess der politischen Entscheidungsfindung eine große Gefahr für die Demokratie darstelle. In seinem moralischen Appell versucht er daher, die Menschen wachzurütteln, um sich dieses Arbeitsprinzip im Weißen Haus nicht länger gefallen zu lassen. In diesem Zusammenhang hat sich Dean auch mit dem Wesen von Skandalen befasst (siehe dort).

²⁷⁸ John Dean. *Das Ende der Demokratie: Die Geheimpolitik des George W. Bush*. Übers.: Udo Rennert. Berlin: Ullstein, 2005, 98 ff.

das Pressecorps des Weißen Hauses zu umgehen und damit einer allzu kritischen Berichterstattung beziehungsweise Nachfragen zu entgehen.²⁷⁹

Dean bezeichnet das Vorgehen der US-Regierung, Informationen geheim zu halten, als „zwanghaft“ und ist der Ansicht, dass sich „Bush und Cheney [. . .] die absolute Kontrolle über die Regierungsinformationen zum Ziel gesetzt“ haben. Denn „[n]ur was sie sagen, ist die Wahrheit. Sie entscheiden darüber, was die Öffentlichkeit erfahren darf und was nicht.“²⁸⁰

Potter Steward zieht vor dem Hintergrund von Watergate sowie der Veröffentlichung der Pentagon Papers den Schluss, dass trotz aller Widerstände die Presse ihren Einfluss gezeigt und ihre Verantwortung als vierte Gewalt im Staat wahrgenommen hat. Dabei seien es diese beiden Ereignisse gewesen, die diese Aufgabe der Presse erst in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht hätten:

„. . . It was less than a decade ago – during the Vietnam years – that the people of our country began to become aware of the twin phenomena on a national scale of so-called investigative reporting and an adversary press – that is, a press adversary to the Executive Branch of the Federal Government. And only in the two short years that culminated last summer in the resignation of a President did we fully realize the enormous power that an investigative and adversary press can exert.“²⁸¹

Ergebnis von Watergate sei es gewesen, die bislang für unmöglich gehaltenen Verfehlungen der obersten politischen Führungsebene darzulegen.

„The public opinion polls that I have seen indicate that some Americans firmly believe that the former Vice President and former President of the United States were hounded out of office by an arrogant and irresponsible press that had outrageously usurped dictatorial power. And it seems clear that many more Americans, while appreciating and even applauding the service performed by the press in exposing official wrongdoing at the highest levels of our national government, are nonetheless deeply disturbed by what they consider to be the illegitimate power of the organized press in the political structure of our society.“²⁸²

Aus den Watergate- Ereignissen wird die Bedeutung des Journalismus als vierte Gewalt und Instanz der Machtkontrolle besonders deutlich. Sowohl auf den Journalismus als auch auf die Gesellschaft hatte diese Enthüllung großen Einfluss. Daher müssen die Ereignis-

²⁷⁹ Dean, 98 ff.

²⁸⁰ Dean, 127.

²⁸¹ Steward, 463.

²⁸² Steward, 463.

se im Umfeld der Watergate- Enthüllungen als ein Meilenstein in der Geschichte des Journalismus gelten.

Potter Steward greift Watergate in seiner oben genannten Rede auf und stellt dar, dass die Presse aus seiner Sicht ihre Aufgaben in vorbildlicher Weise wahrgenommen hat. Zudem wird aus der Rede ersichtlich, dass Watergate die Bedeutung der Machtkontrolle der Politik durch die Presse im Bewusstsein der Menschen festgesetzt hat, obwohl diese Erkenntnis auch einen Gewöhnungsprozess an diese Instanz der Machtkontrolle mit sich gebracht hat.

Zugleich zeigen die Ereignisse das hohe Maß an Verantwortung für Staat und Gesellschaft, die die Presse übernommen hat, zumal es diese Position sowohl zu verteidigen als auch immer wieder aufs Neue zu legitimieren gilt.

Aufgrund der Bedeutung von Watergate erscheint auch das zeitliche Umfeld der Ereignisse als ein sinnvoller Beginn des Untersuchungszeitraums, umso mehr, weil Watergate weltweite Auswirkungen gehabt hatte. Außerdem zeigt der ausgewählte Korpus, dass investigativer Journalismus im zeitlichen Umfeld von Watergate besonders verbreitet war.

Deutlich wird jedoch auch, dass der Mythos Watergate im Laufe der Jahre verblasst ist – sowohl was die Auswirkungen auf die tägliche Arbeit von Journalisten, als auch auf die identitätstiftende Wirkung für diesen Berufsstand betrifft. Eine Arbeit dieser Art, deren zeitlicher Untersuchungsraum später ansetzt, würde daher zu gänzlich anderen Ergebnissen gelangen.

2.7. Medienlandschaften im Vergleich

2.7.1. Die Medienlandschaft in den Vereinigten Staaten

„Die Auflagen der amerikanischen Tageszeitungen sind weiter stark rückläufig. Sie fielen von April bis Ende September im Vergleich zum Vorjahreszeit [sic.] unter anderem wegen der starken Konkurrenz des Internets um insgesamt 2,8 Prozent. Die Auflagen der Sonntagsausgaben schrumpften um 3,4 Prozent, wie die ‚New York Times‘ in ihrer Onlineausgabe berichtete. Dies sei wohl der stärkste Rückschlag seit 15 Jahren. Die Gesamtauflage der Tageszeitungen fiel auf 43,7 Millionen Exemplare. Die höchste Auflage sei 1984 mit 63,3 Millionen Stück verbucht worden. Die Zeitung verwies auf die stetige Abwanderung von Lesern und Anzeigen-Auftraggebern zum Internet.“²⁸³

Medien stehen stets im Kontext des Staates, in dem sie erscheinen und arbeiten. Wie bereits angeführt, ähneln sich die Arbeitsweisen, Arbeitsbedingungen und Techniken im Medienbereich verschiedener Industriestaaten. So lassen sich bei den journalistischen Arbeitsweisen in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland zahlreiche Parallelen, ähnliche Strukturen und identische Modelle finden. Dennoch ergeben sich zahlreiche Unterschiede, die den soziologischen Kontext betreffen und den Horizont, an dem sich die Medien orientieren, verschieben. Neben dem Selbstverständnis der Medienmacher und der Rolle, die die Gesellschaft den Medien zuweist, sind es wirtschaftliche Voraussetzungen und die Architektur des Marktes, die Einfluss auf Inhalt und Gestaltung der Medien ausüben.

Kennzeichen der amerikanischen Massenkommunikation ist die Verbindung von der Durchdringung der Gesellschaft, Pressefreiheit und Journalismus als eigenständigem Wirtschaftsfaktor. Diese Charakteristika treffen auch auf andere Staaten zu. So besteht kaum Zweifel daran, dass all diese Faktoren ebenso eine akkurate Beschreibung der Verhältnisse in Deutschland sind. „Nevertheless, few observers would dispute that Americans are more a product of their media than any other people in the world.“²⁸⁴

Das Project for Excellence in Journalism (PEJ) setzt sich dafür ein, die journalistischen Standards in den Vereinigten Staaten zu erhalten und zu heben. Daher veröffentlicht die Organisation auf der Internetseite „journalism.org“ The State of the News Media, den aktuellen Stand der Nachrichtenmedien, insbesondere mit Blick auf die journalistische Qualität. Das

²⁸³ „US-Zeitungsaufgaben rückläufig.“ *International Business Times*. 29. November 2010. <<http://de.ibtimes.com/articles/20061031/Medien-USA-.htm>>.

²⁸⁴ Sandman, 6 ff.

PEJ arbeitet in enger Anlehnung an die renommierte Columbia University Graduate School of Journalism.

Die Autoren dieser Studie sehen die Medienlandschaft im Umbruch begriffen. So hat sich die Nachrichtenbeschaffung der US-Medienkonsumenten dahingehend geändert, dass sie nicht länger passiver Rezipient von Nachrichten sind, die ihnen von einem Standardmedium dargeboten werden, sondern sich ihre Informationen selbst aus mehreren Quellen zusammensuchen. Die Medienkonsumenten werden somit zum Regisseur ihres eigenen Nachrichtenbezugs. Dieser Entwicklung werden auch die Medien selbst Rechnung zu tragen haben, um auch in Zukunft ihre Marktstellung behaupten zu können.²⁸⁵

Nach wie vor gilt, dass sich Zeitungen von anderen Medien durch die Tiefe ihrer Berichterstattung unterscheiden. Laut der US-Studie sind dafür die größere Zahl an Mitarbeitern sowie das medienspezifische Mehr an Platz für die Darstellung von Nachrichten ausschlaggebend. Defizite verzeichnen Zeitungen hingegen bei der Vermarktung ihrer Online-Angebote.

²⁸⁶

Die Online-Angebote werden gemäß der Studie ein immer wichtigerer Bestandteil der Informationsbeschaffung der Medienkonsumenten. Denn maximal acht Prozent der US-Medienkonsumenten informieren sich aus nur einer Informationsquelle.²⁸⁷ Die größte Gruppe mit 24 Prozent informiert sich täglich aus zwei bis drei Medien, wobei sich das Internet trotz hoher Zuwachsraten noch hinter allen anderen Medien wie Zeitung, Zeitschrift, Fernsehen oder Radio einreicht. Der Marktanteil für Zeitungen hat sich jedoch im Vergleich zum Jahr 2004 verringert.²⁸⁸

Nach einer längeren Konsolidierungsphase sind in der Medienindustrie in den Vereinigten Staaten derzeit Firmenübernahmen eher selten. Dennoch sind Zukäufe und Übernahmen nach wie vor die schnellste Möglichkeit, ein Unternehmen zu vergrößern und damit den Marktanteil gegenüber der Konkurrenz zu stärken. Denn durch mehr verschiedene Medien, die unter einem Dach versammelt sind, können die Medienkonzerne ihren Werbekunden umfangreiche, medienübergreifende Pakete anbieten. Zusätzlich erweitert hat sich das Nachrichtenangebot durch neue Aktivitäten von Nachrichtenagenturen, da sowohl AP als auch Reuters

²⁸⁵ PEJ. State of the news media: An annual report on American journalism. 19. Dezember 2005.

<http://stateofthemedias.com/2005/printable_overview_intro.asp>.

²⁸⁶ PEJ. State of the news media: An annual report on American journalism. 19. Dezember 2005. <http://stateofthemedias.com/2005/printable_overview_contentanalysis.asp>.

²⁸⁷ Daher dürfte der Begriff Medienkonsumenten zukünftig auch eine weit größere Rolle spielen als heute. Denn Begriffe wie „Leser“, „Hörer“ und „Zuschauer“ implizieren eine ganz bestimmte Art des Medienumgangs. Da sich jedoch die Grenzen zwischen den einzelnen Medien auch der hier zitierten Studie zufolge immer mehr verwischen werden, wird sich die traditionelle Einteilung in Nutzergruppen von Medien zunehmend verlieren.

²⁸⁸ PEJ. State of the news media: An annual report on American journalism. 19. Dezember 2005. <http://stateofthemedias.com/2005/printable_overview_audience.asp>.

ihren Service auch den Endverbrauchern ohne dazwischen geschaltete Medien zugänglich machen.²⁸⁹

Dazu kommt, dass sich die einstige strikte Trennung in Verlage, Radiosender und Fernsehstationen in den Vereinigten Staaten zusehends auflöst. Die einzelnen Anbieter sind vielfach zu Medienkonzernen geworden, sowohl regional als auch national. In einem Beitrag aus dem Jahr 2002 stellt der Autor und Redakteur des Magazins „The New Yorker“, Ken Auletta, dar, dass der Verlag der „New York Times“ 17 Tageszeitungen besaß, darunter andere renommierte Blätter wie den „Boston Globe“, acht Fernsehsender mittlerer Größe und acht Radiosender.²⁹⁰

Wie die NYT und deren Verlagshaus konnte 1998 auch die „Chicago Tribune Company“ mit einem umfangreichen Beteiligungssystem aufwarten. Die über 150 Jahre alte Firma besaß vier Zeitungen, 16 Fernsehsender mit Beteiligung an zwei weiteren, vier Radiosender, drei lokale Kabelkanäle, einen Buchverlag, eine Fernsehproduktionsfirma, Beteiligungen am neuen WB Fernsehsender, die Baseballmannschaft Chicago Cubs und Investments in neue Medien im Wert von 600 Millionen US-Dollar. Auch den Sportclub nutzte der Verlag, oder vielmehr der Medienkonzern, um über Werbeeinnahmen, Berichterstattung und damit breit gestreute Aufmerksamkeit über die Medien des eigenen Konzerns hinaus, Wertschöpfung zu generieren und damit den Sportclub aktiv in den Medienkonzern einzugliedern. Der Gewinn des Konzerns lag bei 600 Millionen US-Dollar und der Aktienkurs lag bei 58,75 Dollar. Im Gegensatz zu anderen Medienhäusern wie „Times Mirror“ oder „Knight Ridder“, die besonders die gesellschaftliche Verantwortung des Journalismus in ihren Konzernphilosophie betonen, setzt die „Tribune“ auf Synergien zwischen den verschiedenen Medien, um den Ertrag der Aktienbesitzer zu mehren. Dabei betonte die „Tribune“ besonders ihre hohe Unabhängigkeit vom reinen Printmedium.

Synergieeffekte erreichte die „Tribune“ beispielsweise durch die Mehrfachverwendung von Nachrichten in mehreren Medien, die Übernahme ganzer Inhalte durch verschiedene Zeitungen oder durch ganzheitliche, medienübergreifende Anzeigenangebote. Hinzu kommt, dass die Nachrichtenzentralen der einzelnen Medien nicht getrennt sind, sondern die Kollegen von Presse, Radio und Fernsehen gemeinsam Informationen zusammentragen, auswerten und den jeweiligen Ansprüchen des einzelnen Mediums entsprechend weiterverarbeiten.²⁹¹

²⁸⁹ PEJ. State of the news media: An annual report on American journalism. 19. Dezember 2005. <http://stateofthemediamedia.com/2005/printable_overview_ownership.asp>.

²⁹⁰ Ken Auletta. Backstory: *Inside the Business of News*. New York: Penguin, 2003, 37.

²⁹¹ Auletta, 76 ff.

Ihre Hochzeit erlebten Medienkonzerne und große Zeitungsverlage in den 1960er- und 1970er-Jahren. Die Medien nahmen ihre Rolle als Kontrollinstanz ernst und genossen in der Öffentlichkeit großes Vertrauen. Erst unter dem Druck rückläufiger Profite wurden die Medienkonzerne an Investoren verkauft – „News divisions were required to be profit centers.“²⁹²

Dies wirkte sich entscheidend auf die Qualität der Nachrichtenverarbeitung, deren Darstellung und Verbreitung aus. So analysiert Gillmor, dass die Vereinigten Staaten unter einer „simplistic view of news“ leiden, der Philosophie „[i]f it bleeds, it leads“ folgen und daher auch die Haltung der Nachrichtenkonsumenten durch entsprechendes Agenda-Setting beeinflussen. Beispielweise entdeckten die Medien das Thema Gewalt für sich, über das sie so ausführlich berichteten, dass die öffentliche Wahrnehmung des Problems und die Realität weit auseinander gingen. „This was irresponsible because, among other things, it helped feed a tough- on- crime atmosphere that has stripped away crucial civil liberties – including most of our Fourth Amendment protection against unreasonable searches and seizures – and kept other serious issues off the air.“²⁹³

Darin zeigt sich, dass die Krise des US-Medienmarktes in vielen Punkten hausgemacht ist. Denn mit weniger Mitarbeitern waren die Medienkonzerne gezwungen, ihre Informationsdichte zu verringern und mehr Platz für Werbung zu reservieren. Dadurch gewannen die Medienkonsumenten den Eindruck, die Konzerne würden dem ökonomischen Druck zu sehr nachgeben. Für die Zukunft wird es eine Herausforderung bleiben, Medienkonsumenten und Anzeigenkunden gleichermaßen davon zu überzeugen, eine wertvolle und nicht ersetzbare Leistung zu bieten.²⁹⁴

Denn in zunehmendem Maße entsteht in der Bevölkerung der Eindruck, die Presse stelle zwar Regularien wie ethische Maßstäbe oder das Postulat der Unabhängigkeit auf, ohne diesen selbst auferlegten Verpflichtungen aber nachzukommen. Somit nimmt das Zutrauen der Öffentlichkeit in die Medien ab.²⁹⁵

Für das Jahr 2004 hatte die Hoffnung bestanden, die Krise der Jahre 2000 bis 2003 überwinden zu können. Doch die Umsätze sprangen nicht im erhofften Maße an.²⁹⁶

²⁹² Dan Gillmor. *We the Media: Grassroots Journalism by the People, for the people*. Sebastopol, CA: O'Reilly, 2006, 5.

²⁹³ Gillmor, 5.

²⁹⁴ PEJ. State of the news media: An annual report on American journalism. 19. Dezember 2005. <http://stateofthemedias.com/2005/printable_overview_conclusion.asp>.

²⁹⁵ PEJ. State of the news media: An annual report on American journalism. 19. Dezember 2005. <http://stateofthemedias.com/2005/printable_overview_publicattitudes.asp>.

²⁹⁶ PEJ. State of the news media: An annual report on American journalism. 19. Dezember 2005. <http://stateofthemedias.com/2005/printable_newspapers_intro.asp>.

Nach wie vor erhalten Zeitungsleser in den Vereinigten Staaten eine größere Mischung an harten und weichen Nachrichten als in anderen Medien und die Berichterstattung von Zeitungen geht mehr auf Institutionen ein. Auch die Tiefe und Breite der Nachrichten sind in Zeitungen weit größer.

Seit 1977 liegt der Anteil der Berichterstattung über die Regierung in US-Zeitungen zwischen 27 und 35 Prozent. Außenpolitik hatte zwischen 1977 und 2003 einen Anteil zwischen 21 und 27 Prozent. Zwar berichteten die Medien breit über den Irakkrieg, doch übertraf die Berichterstattung über die Innenpolitik alles. Als Ursache sehen die Autoren der Studie, dass die Themen Krieg, der 11. September oder die Folterskandale in Gefängnissen im Irak zusammenhängen und inzwischen zu innenpolitischen Themen geworden sind.²⁹⁷

Über das rein Wirtschaftliche hinaus hat es in den letzten Jahren auf dem Medienmarkt in den Vereinigten Staaten zahlreiche weitere Entwicklungen gegeben, die die Zukunft der Medien in den Vereinigten Staaten und zahlreichen anderen Staaten in den kommenden Jahren wohl prägen werden. Viele dieser Entwicklungen lassen sich auch auf dem deutschen Markt nachweisen.

Die hohen Anforderungen, die der Journalismus nach wie vor für sich in Anspruch nimmt, von ethischen Leitfäden für die eigene Arbeit über die Kontrolle der Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bis hin zur Unterhaltung oder Infotainment, lassen sich angesichts moderner Markt- und Arbeitsbedingungen nicht immer in dem Maße erfüllen, wie es aus Sicht vieler Journalisten nach wie vor notwendig wäre. Ken Auletta fasst die Veränderungen zusammen, die den Markt entweder bereits erfasst haben oder dabei sind, die Arbeit der Medienschaffenden nachhaltig zu verändern.

Für Auletta war der Journalistenberuf eine Herausforderung, da Journalisten die Verantwortung dafür mittragen, Menschen verlässliche Informationen zur eigenen Meinungsbildung zu liefern. Aulettas größte Sorge ist, dass in Zukunft wirtschaftliche Aspekte in den Medienhäusern die Oberhand über den Journalismus gewinnen könnten. Festzustellen ist, dass sich der Blick der Unternehmensspitzen in immer höherem Maße auf Profite und die nackten wirtschaftlichen Zahlen verengt. So müssen sich Journalisten zunehmend damit auseinandersetzen, die notwendige Überzeugungsarbeit im eigenen Unternehmen leisten zu müssen. Denn im Dienst der Wahrheit ist der Druck, „Synergieeffekte“ zu optimieren, in erster Linie kontraproduktiv.

²⁹⁷ PEJ. State of the news media: An annual report on American journalism. 19. Dezember 2005. <http://stateofthemedias.com/2005/printable_newspapers_contentanalysis.asp>.

So werden Reporter oft dazu gebracht, Interviews oder die Teilnahme an Pressekonferenzen abzusagen, um stattdessen am Computerarbeitsplatz effektiv das Medium zu füllen und damit die eigene (vermeintliche) Produktivität zu erhöhen. Auletta erklärt dazu:

„As happened with network television, which became more preoccupied with ratings as it lost market share, so it goes with print journalism. Publishers ask why we need such expensive bureaus in D.C. and state capitals. Why so many serious boring stories on government? Why tie up our best reporters and writers on long investigative reports on poverty or race or housing when they could monitor services on our readers [sic.] use – like mammograms – or write vivid features? Why, nervous executives ask, can't we pepper the mix with more gossip, more marketing-driven and friendly news, more news readers or viewers can use, more features that will please our advertisers? Why, the question recurs with depressing frequency, do journalists have to be such scolds?“²⁹⁸

Diese Veränderungen wirken sich auch auf die unmittelbare journalistische Arbeit aus:

„Media corporations prize teamwork to create a 'borderless' company that eliminates defensive interior barriers among divisions, strive to use leverage to boost sales, and push synergy. But journalists are meant to prize independence, not teamwork, and to value distance from advertisers or sources, not synergies with them. We journalists need borders – that is to say, a degree of independence – to do our jobs. We don't aspire to a 'borderless' company because we want the advertising department to stay the hell out of the newsroom.“²⁹⁹

Dabei darf nie aus den Augen gelassen werden, unter welchen Bedingungen die Glaubwürdigkeit eines Mediums und damit der Profit, der aus einer verlässlichen Grundlage zum Verkauf von Anzeigen gehören, steigen.

Die ständige Suche nach der Balance zwischen Profit und wahrhaftigem Journalismus zieht sich durch alle Medien. So mag ein Fernsehsender mit Standbildern und Kommentierung durch einen Moderator im Studio über Ereignisse im Ausland berichten können. Als Ersatz für den Bericht eines Korrespondenten, eingebettet in ein eigenes Informationsnetzwerk, kann diese Arbeitsweise nicht gelten. Ähnliches gilt im Print-Bereich. Agenturmeldungen können nicht in allen Bereichen das eigene Korrespondentennetz ersetzen.

Im Umkehrschluss werden Leser, Abonnenten oder Zuschauer das Vertrauen in die Medien zunehmend verlieren. „If readers don't trust journalists, if they cynically believe we're all in the tank, or make things up, or push our own political agendas, politics will become even more shrill and uncivil with no trusted referee to sort out the facts. We would be

²⁹⁸ Auletta, XII.

²⁹⁹ Auletta, XIII.

perceived as partisans, the way too many European journalists are. If journalism was not about more than profit, we would not receive special protections under the First Amendment.” Daher geht Auletta mit der gegenwärtigen Entwicklung hin zu immer mehr Profitabilität hart ins Gericht. Denn der öffentliche Auftrag der Presse, der in der Bundesrepublik ebenso wie in den Vereinigten Staaten von der Verfassung geschützt und mit besonderen Privilegien ausgestattet ist „can’t be synergized or quantified, but you know it when you lose it.“³⁰⁰

Kostendruck und steigende Ansprüche von Anzeigekunden haben in den vergangenen Jahren bei Zeitungen dazu geführt, dass die strikte Grenze zwischen Nachrichten und Anzeigengeschäft durchlässiger geworden ist. Die Vorgaben von Unternehmen, die große Anzeigenkampagnen schalten, Cross-Finanzierungen und Beteiligungen haben den Druck auf Anzeigenabteilungen und damit die Redaktionen erhöht. Damit einhergegangen ist die stärkere Segmentierung von Zeitungen, um immer weitergehenden Leserinteressen zu entsprechen und dadurch die Leser-Blatt-Bindung zu erhöhen. (Siehe zum Vergleich Auletta 67 ff., wo der Autor die entsprechende Entwicklung und die damit verbundenen Irritationen bei der LAT darstellt.)

In zahlreichen Zeitungen auch in Deutschland finden sich heute Rubriken, in denen Anzeigenseiten von redaktionellen Beiträgen zum Thema begleitet werden. So beispielsweise im Stellenmarkt, Kfz-Markt oder Immobilienteil in der SZ oder auch in regionalen Zeitungen wie den Ausgaben der Verlagsgruppe „Straubinger Tagblatt /Landshuter Zeitung“.

Dabei ist jedoch zu unterscheiden, wie hoch das Maß der Inhaltsbeeinflussung durch die Anzeigekunden ist. Sobald Redakteure nicht mehr an die Leser und die handwerklichen Prinzipien des Journalismus denken, sondern an die Interessen von Inserenten, ist ein Dammbruch passiert, der das Medium an sich in Frage stellt, da Medien dann erpressbar werden.³⁰¹

Eine Task Force, die sich mit der gegenwärtigen Entwicklung des Journalismus auseinandergesetzt hat, beklagte besonders die Schnelligkeit, mit der eine Geschichte fertiggestellt sein muss, mit zu wenig Zeit zur Recherche oder zu wenig Platz im Medium, um einen Sachverhalt so darzustellen, wie es nötig wäre.³⁰²

Dominiert wird der Zeitungsmarkt in den Vereinigten Staaten von Lokalzeitungen. Mitte der 90er-Jahre gab es auf dem US-amerikanischen Zeitungsmarkt 1.532 Blätter, 20 Jahre zuvor waren es noch 1.756. „Diesem Konzentrationsprozess wirken so genannte syndicated

³⁰⁰ Auletta, XIV. ff.

³⁰¹ Auletta, 72.

³⁰² Auletta, X ff.

Auf Seite XVII fasst Auletta Grundfragen zusammen, die sich besagte Task Force zu den Inhalten der journalistischen Ausbildung gestellt hat. Näheres zur Zukunft der Presse siehe Kapitel zum Ausblick in die weitere Entwicklung der Medien.

political columnists mit ihren höchst kontroversen politischen Leitartikeln entgegen, die lokale und regionale sowie nationale Zeitungen auf ihren Kommentarseiten veröffentlichen.“³⁰³

2.7.2. Die Medienlandschaft in Deutschland

Viele der Darstellungen über den Medienmarkt in den Vereinigten Staaten, insbesondere moderne Entwicklungen in Abhängigkeit von Überlegungen der Wirtschaftlichkeit, lassen sich unmittelbar auf die Situation in Deutschland übertragen. Insofern ist die Trennung dieser beiden Kapitel in vielen Bereichen künstlich. Dennoch sollen einige Spezifika herausgestellt werden. Schließlich belegt dies, dass sich die Medien der beiden Länder vergleichen lassen.

Die Freiheit der Presse ist ein nicht nur in der Verfassung garantiertes Grundrecht. Auch der Anspruch der Leser geht dahin, von der Presse Unabhängigkeit zu verlangen. Doch diesem Streben nach Freiheit sind enge Grenzen gesetzt, die auch entsprechende Gesetzgebung und Rechtsprechung nicht aufzuheben vermögen. So ist neben der unabhängigen Information auch das wirtschaftliche Arbeiten und das Erwirtschaften von Gewinnen Aufgabe des Medienapparates. In seiner Bestandsaufnahme der deutschen Medienlandschaft bezeichnet Hermann Meyn diesen Doppelcharakter, den Dienst an der Allgemeinheit und das Erzielen von wirtschaftlichen Gewinnen, als „eingebaute Schizophrenie“.³⁰⁴ Denn die Abhängigkeiten von Werbekunden, Honoratioren oder anderen Machthabern kann dem Wahrheitsstreben und dem Bemühen um unabhängige Berichterstattung schnell ein Ende setzen.

Zudem hat die Konjunkturschwäche der Wirtschaft auch die Medien hart getroffen. In überregionalen Tageszeitungen wie der FAZ machen beispielsweise Stellenanzeigen 60 Prozent der Einnahmen aus.³⁰⁵ Ein Einbruch auf diesem Sektor hat selbstverständlich Auswirkungen auf das Gesamtprodukt. Ohne Anzeigen müssten Printprodukte ein Vielfaches kosten. „Von 100 Euro Umsatz stammen aus dem Anzeigengeschäft bei regionalen Tageszeitungen 70 Euro, bei Publikumszeitschriften 80 Euro. Zeitungen und Zeitschriften werden also weit unter ihren Gestehungskosten verkauft.“³⁰⁶

„Allgemein heißt es, ein Verlust des Anzeigen-Umsatzes von zehn Prozent gefährdet die Existenzfähigkeit, zwanzig Prozent bedeutet, dass die Zeitungen ihr Erscheinen einstellen müssen.“ Doch nicht alleine die Konjunktur der Anzeigengeschäfte und damit der Kunden beeinflusst die wirtschaftliche Situation von Zeitungen. So erwarten manche Kunden (vor allem

³⁰³ Lösche, „Mittler zwischen Gesellschaft und Politik.“, 52 f.

³⁰⁴ Hermann Meyn. *Massenmedien in Deutschland*. Konstanz: UVK, Neuauflage 2004. 76.

³⁰⁵ Meyn, 71.

³⁰⁶ Meyn, 117.

bei regional verankerten Lokalzeitungen) einen Mehrwert wie die Erwähnung im redaktionellen Teil oder gewogene Berichterstattung.³⁰⁷ All diesen Ansprüchen gleichzeitig gerecht zu werden ist eine Herausforderung, die oftmals die rein journalistische Arbeit beeinflusst oder gar überlagert. Neben den wirtschaftlichen Zwängen setzt sich auch das Medium selbst Grenzen in der Unabhängigkeit der Nachrichtenvermittlung. So hätten beispielsweise die großen überregionalen Blätter in der Bundesrepublik ihre individuelle politische Ausrichtung. Während die SZ als liberale Zeitung gilt, deckt die FAZ den liberal-konservativen Bereich ab. Die „Welt“ wiederum gilt als konservativ und die „Frankfurter Rundschau“ als links-liberal. Im Zusammenspiel dieser Medien wiederum ist die Meinungsvielfalt gewährleistet, „wie sie in der politischen Auseinandersetzung in der Demokratie notwendig ist.“³⁰⁸

All diese genannten Charakteristika und Einflussfaktoren bestimmen auch, in wieweit die Presse ihrer Aufgabe als Kontrolle der Macht im demokratischen Rechtsstaat nachkommt, beziehungsweise nachkommen kann. Es bleibt die Aufgabe der Medien, „Missstände auf[zu]spüren und durch die Berichte unter anderem parlamentarische Untersuchungsausschüsse an[zu]regen.“ Sonst liefe die Demokratie Gefahr, „der Korruption oder der bürokratischen Willkür zu erliegen. Für Skandale sind eben nicht die verantwortlich, die darüber pflichtgemäß berichten, sondern jene, die sie verursacht haben.“³⁰⁹

Bemängelt wird oft der fehlende Mut von Journalisten, insbesondere in deutschen Lokalredaktionen. So lassen sich immer wieder Fälle finden, die in Deutschland nie ihren Weg in die Zeitung gefunden haben, in den USA aber veröffentlicht worden wären.³¹⁰ Dennoch sind es nicht immer mutige Reporter, die sich, ähnlich wie Günter Wallraff³¹¹, verdeckt auf die Suche nach Skandalen und Missständen begeben. Besondere Bedeutung kommt den sogenannten Whistleblowern zu. Sie sitzen in Behörden, Ämtern, Unternehmen, Parteien oder Verbänden an zumeist wenig herausgehobenen Positionen, versorgen aber die Presse mit Insiderinformationen. Diese dienen dann häufig als Anlass zu weiterer Recherche wie etwa bei der Aufdeckung des Watergate-Skandals.³¹²

Anstatt den Journalismus und die von Journalisten geschaffenen Medien als Kumulation der darin tätigen Einzelakteure zu sehen, werden Medien heute als eigenes System begriffen, in das die Individuen eingebettet sind. Dieses System, das sich je nach Thema und Ressort wiederum in Subsysteme einteilen lässt, bindet den Journalisten in gesamtgesellschaftli-

³⁰⁷ Meyn, 117 ff.

³⁰⁸ Meyn, 94 ff.

³⁰⁹ Meyn, 26 f.

³¹⁰ Meyn, 83 f.

³¹¹ Meyn, 46.

³¹² Meyn, 104 f.

che Beziehungssysteme ein. Somit wird der in seine eigenen Systeme eingebundene Journalist zum „Selbstbeobachter der Gesellschaft“. Die etablierten Systeme im gesellschaftlichen Kontext stehen in einer Wechselbeziehung zu den journalistischen Systemen. So ist „[d]as hochdifferenzierte politische System [. . .] kaum in der Lage, politische oder sogar innerparteiliche Öffentlichkeiten ohne journalistische Leistungen herzustellen.“ Sichertgestellt werden diese journalistischen Leistungen durch „großbetriebliche Produktionsweise, wirtschaftliche Effizienz und rationelle Technik.“ „Zu den (normativen) Aufgaben des Journalismus gehören nach traditionellem Verständnis insbesondere Information, Kritik und Kontrolle sowie Bildung und Erziehung. Hinzu kommen in neuerer Zeit vor allem Unterhaltung und Orientierung.“³¹³

Sämtliche elektronischen Medien verfolgen das Ziel der Unterhaltung. Sandman et al. haben die populärsten Sendungen im Fernsehen untersucht. Die führenden zehn Sendungen waren pure Unterhaltung. Einzig Zeitungen fielen etwas aus dem Rahmen, da bei ihnen nach wie vor die Information oberste Priorität genießt. Doch „bunte Seiten“, Meldungen über Celebrities, Comics, Rätsel, Folgeromane und andere Inhalte sollen der Zerstreuung dienen.³¹⁴

2.8. Der deutsche Pressemarkt nach dem Ende der Lizenzpolitik

Vom Konzentrationsprozess auf dem deutschen Pressemarkt ab 1954 waren besonders kleine Verlage mit Auflagen bis zu 40.000 Exemplaren betroffen. So ging die Zahl der Verlage zwischen 1954 und 1976 von 624 auf 358 zurück. Die Bedeutung großer Verlage nahm kontinuierlich zu, so dass 1980 die Produkte der fünf größten Verlage, Springer, WAZ, die Gruppe Stuttgarter Zeitung, DuMont- Schauberg und der SZ-Verlag einen Anteil von 45,5 Prozent der Gesamtauflage aller Tageszeitungen ausmachten.³¹⁵

In der Phase der Konsolidierung zwischen 1976 und 1985 nahm die Zahl der Verlage weiter ab, die Zahl der Zeitungseinheiten und -ausgaben hingegen leicht zu. Die größten Vertreter auf dem Markt konnten ihre Position weiter festigen, auf einen Anteil von 46,94 Prozent.³¹⁶

Ende der 1980er-Jahre und im Bezug auf die alten Bundesländer auch später weist Deutschland mit 400 Tageszeitungsexemplaren pro 1.000 Einwohner die höchste Zeitungsdichte in Europa nach Großbritannien mit 480 Exemplaren auf. Großen Anteil an dieser ho-

³¹³ Klaus-Dieter Altmeppen und Martin Löffelholz. „Journalismus.“ In: Otfried Jarren, Ulrich Sarcinelli und Ulrich Saxer (Hrsg.). *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft: Ein Handbuch mit Lexikonenteil*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998 414-421, 414 f.

³¹⁴ Sandman, 10.

³¹⁵ Pürer, 123 f.

³¹⁶ Pürer, 147, 150.

hen Pressedichte haben die zahlreichen Lokal- und Regionalzeitungen, die sich in Deutschland als publizistischer Spiegel der weitreichenden föderalen Struktur herausgebildet haben.³¹⁷

Nach der Wiedervereinigung wiederholte sich in der Ex-DDR strukturell in einigen Merkmalen die Entwicklung von 1949 nach dem Fall der alliierten Lizenzvergabe. Es kam zu einem Boom an Zeitungsneugründungen, die es jedoch gegen die 14 etablierten ehemaligen SED-Zeitungen schwer hatten. Fusionen und Schließungen mit einer fortschreitenden Konzentration waren die Folge. Bald nach der Wiedervereinigung befand sich die Presse in den neuen Bundesländern weitgehend in westlicher Hand. Zwischen November 1989 und Juni 1991 entstanden 26 neue Verlage mit 61 redaktionellen Zeitungsausgaben, vor allem auf dem lokalen Sektor. Hinzu kamen ab Mitte 1991 21 Westverlage, die zusätzlich 43 Ausgaben herausbrachten. Ab dem zweiten Quartal 1991 brach die Auflagenhöhe teilweise dramatisch ein, um mitunter 60 bis 90 Prozent.³¹⁸

Ausgehend von diesen Feststellungen liegt es nahe, den Beginn einer emanzipierten Presselandschaft gegen Mitte/Ende der 1950er-Jahre anzusetzen. Der Prozess von Konzentration und Konsolidierung verweist auf einen existenten sich aufbauenden Markt, in dem die Kräfte aus dem Mediensystem selbst eine Presse entstehen ließen, die sich in Arbeitsweise, Arbeitsethos und Grad der Professionalisierung mit der anderer Staaten messen lassen kann. Auch der unmittelbare Einfluss der ehemaligen Besatzungsmächte auf die Medien fiel weg, abgesehen von einer möglichen professionellen Orientierung an den Beispielen oder gar Vorbildern, etwa den Vereinigten Staaten. Auch nahm die Bedeutung von Meinungsführern in Gestalt einzelner Verlage, beziehungsweise einzelner Medienerzeugnisse als Leitmedien zu. Dies stellte, zumindest im ehemaligen US-Sektor, eine Veränderung der Verhältnisse dar, da die Vereinigten Staaten eben auf die Kraft gleichrangiger regionaler Presseerzeugnisse gesetzt hatten.

Somit wird ab Ende der 1950er- beziehungsweise Anfang der 1960er-Jahre ein Vergleich der Arbeitsweisen sowie des Selbstverständnisses der Presse möglich, da die Eigenständigkeit der deutschen Presselandschaft auch gegenüber der eigenen politischen Führung gewährleistet war.

³¹⁷ Pürer, 158 f.

³¹⁸ Pürer, 441 ff.

2.9. Geschichte des Journalismus

2.9.1. Geschichte des US-Journalismus

Ein Blick auf die historische Entwicklung des Journalismus in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik soll verdeutlichen, auf welcher Grundlage die heutige Praxis des Journalismus aufbaut. Wie sich zeigen wird, waren die Voraussetzungen und Entwicklungen grundverschieden. Einer langen Entstehungsphase einer freien Presse steht die lange Tradition der staatlich kontrollierten Presse gegenüber. Hinzu kommt in der Bundesrepublik die Unterbrechung einer relativ freien Entwicklung der Presse durch den Nationalsozialismus, dessen Zusammenbruch, wie bereits gezeigt, zu einem kompletten Neuanfang des Pressewesens geführt hat. Die beiden Entwicklungsstränge bedingen zudem das jeweilige Selbstverständnis der Medien bezüglich ihres Platzes in der Gesellschaft, besonders deren Stellung als Kontrollinstanz und Korrektiv. Somit hat die Geschichte des Journalismus auch Einfluss auf das Selbstbewusstsein der Medienvertreter und damit deren Anspruch, Fehlentwicklungen aufzuspüren.

Nur kurz soll hier auf einige Stationen der Entwicklung der US-Presse eingegangen werden, insbesondere mit Blick auf die Tradition der freien Berichterstattung mit besonderer Berücksichtigung des investigativen Journalismus, da die Darstellung der gesamten Pressegeschichte den Rahmen dieser Arbeit bei Weitem sprengen würde. US-Medien haben ihre weltweite Führungsfunktion über mehr als 100 Jahre aufgebaut. Mit der Veröffentlichung der Ereignisse um die Watergate-Affäre durch die Washington-Post-Reporter Carl Bernstein und Bob Woodward unter dem Titel „All the President’s Men“ rückte der investigative Journalismus in das Bewusstsein der Amerikaner. Dennoch waren die beiden Journalisten nicht die Erfinder des investigativen Journalismus. Vielmehr reiht sich der moderne investigative Journalismus in eine lange Geschichte des amerikanischen Journalismus ein.

Die Geschichte des gedruckten Wortes in den Vereinigten Staaten begann 1638 in Cambridge, Massachusetts. Durch ein Lizenzsystem kontrollierten die Kolonialbehörden die Erzeugnisse. Wegen Lizenzverstoßes wurde die erste Zeitung von Benjamin Harris, „Publick Occurrences Both Foreign and Domestick“, 1690 sogar verboten. Später schwand der Einfluss der Behörden und Zeitungen entwickelten sich zu Nachrichtenorganen, die auf politische Ereignisse reagierten. Ein weiterer Wegbereiter war James Franklin, der ältere Bruder von Benjamin Franklin, der 1721 den „New England Courant“ gründete. Dieser wurde zum Fürsprecher

für die Unabhängigkeit von England. Magazine folgten erst ab 1741.³¹⁹ Die Unabhängigkeit der US-Presse reicht bis in das 18. Jahrhundert zurück. 1791 folgte die Kodifizierung der Unabhängigkeit und Freiheit der Presse durch den Ersten Zusatzartikel der Bill of Rights.

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts stiegen Einfluss und Verbreitung der Printmedien aufgrund der Ausweitung des Schulwesens weiter an. Speziell Zeitungen waren billige Massenmedien und ihre Verbreitung nahm fortwährend zu. Die erste Zeitung, die modernen Ansprüchen genügt, war der „New York Herald“, 1835 erstmals von James Gordon Bennett herausgegeben. Er beschäftigte erstmals professionelle Reporter, hatte die ersten Auslandskorrespondenten, einen Pressestab in Washington und nutzte zur schnellen Informationsweitergabe moderne Kommunikationstechniken wie den Telegrafen. Weitere frühe professionell gemachte Zeitungen waren der „New York Tribune“ von 1841 und die „New York Times“ von 1851. In dieser Zeit entstanden moderne Recherche- und Darstellungsformen, getragen von diesen Zeitungen.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden Joseph Pulitzer und William Randolph Hearst erbitterte Medienrivalen. Mit ihnen wurden Medien zu einem Massenmarkt. Mit E.W. Scripps entstand mit der ersten Zeitungskette ein Medienhaus. Zur gleichen Zeit wurden die Medien zu einem eigenen Wirtschaftsfaktor, bei dem es nicht alleine um die Wahrhaftigkeit der Darstellung und das Aufzeigen sozialer Fehlentwicklungen ging, sondern ebenfalls um Gewinnmaximierung.³²⁰ Auch journalistisch entwickelte sich die Zeitung weiter. Doch erst nach dem Bürgerkrieg emanzipierte sich die Presse vom Einfluss der Parteien und wurde unabhängig. Danach nahm die Presse nach und nach ihre Watchdogrolle ein, bis sie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer bewusstseinsbildenden Einrichtung wurde. Insbesondere Korruption, wie sie in der Ära der political machines gang und gäbe war, wurde zum Gegenstand der Berichterstattung.

1887 erschien die erste Undercover-Enthüllungsgeschichte von Nellie Bly, die sich für einige Tage in eine Nervenheilanstalt einweisen ließ und über die menschenverachtenden Bedingungen schrieb. Ihre Methoden galten damals als „detective journalism“. Ein nächster Schritt waren die Muckrakers Anfang des 20. Jahrhunderts. Ihnen ging es darum, Verfehlungen aufzuzeigen, vielfach auf sozialem Gebiet.

Die Überzeugungen dieser Journalistengeneration fasst der Verleger Samuel Sidney McClure zusammen. Er wollte die aus seiner Sicht größte Gefahr für die Demokratie abwen-

³¹⁹ Aucoin, 18 ff.

³²⁰ David Mauk und John Oakland. *American Civilization: An Introduction*. 2. Aufl. New York: Routledge, 1997, 325 ff.

den, „the threat to democracy from good people doing nothing.“ Das „McClure- Magazin“ war eines der wichtigsten Magazine für Berichte der Muckraker.³²¹

Dies gab die Anregungen zu dem wachsenden Impetus zum Enthüllungsjournalismus, den Präsident Theodore Roosevelt als Muckraking bezeichnete. Dieser verbreitete sich im 20. Jahrhundert.³²²

„McClure cautioned his writers to provide fully documented articles backed by passionless facts, solidifying and extending the standards of investigative journalism. He counseled that McClure’s articles should shock readers into demanding social reforms by reporting overwhelming facts, personifying the social conflict by naming names – identifying those in government or corporate America who bore responsibility, and revealing names and facts of their victims – and writing absorbing narratives using the stylistic techniques of short-story writers. The effect was dramatic and popular.“³²³

Insbesondere zwischen 1903 und 1912 regten Berichte der Muckraker soziale Reformen an und verankerten in dieser Zeit investigative Recherchemethoden im US-Journalismus und prägten ihn in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Ab 1917 mit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Ersten Weltkrieg rückten andere Schwerpunkte ins Zentrum der Aufmerksamkeit von Journalisten und Öffentlichkeit. Zudem wurden zahlreiche Muckraking- Magazine von Konzernen übernommen, die zuvor im Fadenkreuz der Muckraker gestanden hatten.³²⁴

In seiner Abhandlung der Geschichte des investigativen Journalismus nennt Markett neben den Muckrakern den „advocacy journalism“ aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg als Beispiel dafür, dass Journalisten offen Anliegen vertraten, bewusst ohne dabei das Gebot der Objektivität zu beachten. In die Reihe der Vorläufer des investigativen Journalismus reiht sich ebenso der „underground journalism“ ein, aus der „Gegenkultur der Sechziger Jahre.“ Prägend für die heutige Form des investigativen Journalismus sei die Zeit ab 1970.³²⁵

Zwischen 1917 und 1950 entwickelten sich in den Vereinigten Staaten schließlich zwei Strömungen des investigativen Recherchierens. Die eine folgte der Tradition der Muckraker mit ihrem Drang, soziale Veränderungen zu bewirken, mit starkem sozialistischem Geist. Die andere verfolgte eine objektivere Linie der Berichterstattung, die noch heute die Grundlage des investigativen Journalismus ist. In dieser Zeit bemühten sich zunehmend Zei-

³²¹ Aucoin, 29 ff.

³²² Mauk, 325 ff.

³²³ Aucoin, 32

³²⁴ Aucoin, 32 f.

³²⁵ Markett, 115.

tungen darum, die Lücke zu füllen, die durch das Verschwinden der Muckraking- Magazine entstanden war. Doch sie führten eher ein Nischendasein.³²⁶

Parallel zum Aufstieg der Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die tonangebende Rolle der Medien weltweit spürbar. Tunstall stellt dar, dass die US-Medien zwischen 1943, dem Beginn der Befreiung vom Faschismus aufgrund zunehmender militärischer Erfolge, und 1953, als die befreiten Nationen ihr eigenes Mediensystem aufgebaut hatten, zunehmend an internationaler Bedeutung gewannen. Nach 1953 wandelte sich der US-Einfluss auf die deutschen Medien vom direkten zum eher indirekten. Den absoluten Höhepunkt der medialen Führungsposition in der Welt verzeichneten die Vereinigten Staaten in den Jahren 1947 und 1948. Nicht nur die militärische Dominanz war dafür ausschlaggebend; auch die Kontrolle über den in dieser Zeit von Knappheit gezeichneten Papiermarkt hatten die Vereinigten Staaten inne.³²⁷ Damit zeigt sich, dass spätestens nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Vereinigten Staaten zur Weltmacht aufgestiegen waren.

Mit der Konsumkultur der 1950er-Jahre wurde der Medienmarkt zunehmend zum Big Business. Der Wohlstand der Presse und deren Verleger stammt zum Großteil aus Anzeigeneinnahmen. Einfluss auf die Art der Berichterstattung hatten in den 1950er- und 60er- Jahren der Kalte Krieg sowie die Hysterie der McCarthy-Zeit Anfang der 1950er-Jahre. Dies engte die journalistischen Möglichkeiten ein, vor allem Aktivitäten von Journalisten, die politisch links standen.³²⁸

Ereignisse wie der Vietnam-Krieg, das Civil- Rights- Movement oder Watergate führten dazu, dass die Presse in den 1960er-Jahren an Selbstbewusstsein gewann. So schwand das Vertrauen von Reportern in offizielle Verlautbarungen und die Bedeutung der eigenen Recherche wuchs weiter an. War es noch das stillschweigende Vertrauen der Presse in politische Machthaber gewesen, das dazu führte, dass Senator Joseph McCarthy seinen anti-kommunistischen Verfolgungswahn weitgehend kritiklos in der Presse austoben konnte, so änderte sich nach und nach der Umgang der Medien mit offiziellen Verlautbarungen aus Politik und Wirtschaft.

McCarthy konnte anfangs seine Anklagen in der Presse unterbringen, weil vieles von dem, was der Senator aus Wisconsin an Enthüllungen einer kommunistischen Unterwanderung der US-Gesellschaft zum Besten gab, nicht hinterfragt wurde. Und wenn, so blieben diese Stimmen oft ungehört. Dies blieb so bis zu einer Anhörung im Senat, die im Fernsehen übertragen wurde. In der Presse wirkte dies wie ein Erweckungserlebnis, da sie merkte, wie

³²⁶ Aucoin, 33 ff.

³²⁷ Tunstall, 137 ff.

³²⁸ Aucoin, 43 ff.

unreflektiert sie den sinnlosen Anschuldigungstiraden des Senators gegenübergestanden hatte. Von dieser Zeit an war auch das Verhältnis zur Regierung gestört und die Medien waren nicht länger bereit, die Öffentlichkeitsarbeit der Politik weiter hinzunehmen.³²⁹

Ein weiterer Faktor, der das Lebensgefühl der Sorglosigkeit der Konsumgesellschaft nachhaltig erschütterte, war das Civil-Rights-Movement. Dieses richtete das Augenmerk auf die sozialen Verhältnisse. Fragen sozialer Gerechtigkeit und der Rassentrennung beziehungsweise deren Überwindung prägten in den 1950er-Jahren die Nachrichten. Dabei folgt Aucoin der These, wonach der Wille der Medien, entsprechende Themen aufzugreifen, den Erfolg des Civil-Rights-Movement mit bedingte.

Im Laufe der 1960er-Jahre nahm das Vertrauen der Medien in die Arbeit der Regierung zusätzlich ab und erreichte einen Tiefpunkt. Offene Lügen der Präsidenten wie im Zusammenhang mit dem Abschuss eines U-2-Spionageflugzeugs über der Sowjetunion 1960 durch Präsident Dwight D. Eisenhower oder Unwahrheiten im Zusammenhang mit der Invasion in der Schweinebucht auf Cuba 1961 erschütterten das Ansehen der Politik bei Medien wie Bürgern. Die Regierung hatte behauptet, Cuba plane eine Invasion in Süd- und Zentralamerika, um eine Basis für einen Überfall auf die Vereinigten Staaten zu haben. Ein zusätzlicher Schlag für das Vertrauen in die Politik war die Enthüllung der Korruptionsaffäre des respektierten Abgeordneten und Senators Thomas Dodd.³³⁰

Ein weiterer Schritt hin zum Ausbau des investigativen Journalismus war der Vietnamkrieg. Der Krieg verschärfte die Unsicherheit, ob den offiziellen Verlautbarungen der Regierung Glauben geschenkt werden könne. Zudem radikalisierte der Krieg die Gesellschaft nach einer Phase des überschwänglichen Wohlstandes. Viele Errungenschaften der Gesellschaft und akzeptierte Verhaltensweisen standen in der Kritik. Einen Schub erhielt der investigative Journalismus durch eine große Zahl an Alternativblättern und Untergrundzeitungen. Um sich vom gängigen Pressegeschäft zu distanzieren, nahmen diese Publikationen Recherchemittel der Muckraker auf, um ihren Protestanspruch zum Ausdruck bringen zu können.

So konnte etwa Seymour Hersh seine Enthüllung des My-Lai-Massakers zunächst nur über Kanäle der Alternativpresse publizieren, was ihm den Ruf eines führenden Enthüllungsjournalisten sowie eine Anstellung bei der „New York Times“ einbrachte.

Zahlreiche Reporter berichteten zudem aus Vietnam und umgingen dabei die offiziellen, vom Militär zur Verfügung gestellten Quellen. Sie schärften in der Öffentlichkeit früh das

³²⁹ Aucoin, 49 ff.

³³⁰ Aucoin, 51 ff.

Bewusstsein für die Möglichkeit, dass die Vereinigten Staaten diesen Krieg verlieren könnten.

331

„By the mid-1970s, investigative journalism had matured into a well-defined, viable practice, with clearly established methodologies, goals, values, standards, and rewards that embraced and extended journalism’s long tradition of exposure and crusading for reform. It was largely individual pursuit, with little interaction among other investigative journalists outside one’s own news organization. From the late 1950s to about 1975, as reporters, editors, and TV producers pursued coverage of graft and corruption, injustice and ineptitude, they learned by doing. Values and standards were defined mostly by trial and error, and techniques and goals were sharpened through mentoring and discussions with other practitioners in trade publication articles and occasional workshops. Eventually, those engaged in investigative journalism came to an understanding of what the practice was, how it should be done, and what standards and values should guide their work.“

332

³³¹ Aucoin, 56 ff.

³³² Aucoin, 84.

2.9.2. Geschichte des deutschen Journalismus

„Eine wesentliche Traditionslinie der deutschen Presse war ihre lange Unfreiheit.“³³³

Traditionell lag die Presse in Deutschland im Zugriffsbereich des Staates, während Großbritannien als „Mutterland der Pressefreiheit“ gilt. Spätestens mit der Abschaffung des Licensing Act 1695 war die Presse dort frei. In Deutschland blieb das Pressewesen der Zensur unterworfen – erste Forderungen nach einer Abschaffung der Zensur kamen um 1770 auf, doch setzten sie sich nicht weiter durch. Erst im Jahr 1848 verabschiedete die Nationalversammlung in der Paulskirche ein Gesetz, das die Pressefreiheit garantierte. Doch auch danach konnte sich die Presse kaum frei entfalten. 1878 etwa nutzte Otto von Bismarck Ausnahmetatbestände in den Gesetzen, um im Zusammenhang mit den Sozialistengesetzen gegen die sozialdemokratische Presse vorzugehen. „In einer Zeit, in der in England die Rolle der Presse als ein ‚public watchdog‘ längst akzeptiert war [. . .], hatte der deutsche Reichskanzler Bismarck nicht weniger als tausend Strafanträge gegen Zeitungen und Zeitschriften gestellt.“³³⁴

In der Zeit nach Bismarck erwies sich Deutschland als Obrigkeitsstaat. „Die deutsche Presse hatte bis 1945 nie genügend Freiraum, sich von den politischen Kräften und Konflikten zu lösen, Eigendynamik zu entwickeln und durch kommerziellen Erfolg politische Eigenständigkeit zu suchen.“³³⁵ Selbst die kurze Phase der Weimarer Republik änderte nichts an der Unfreiheit der Presse. Das journalistische Prinzip „Comment is free, facts are sacred“, das im angelsächsischen Journalismus vor 1945 längst verankert war, bedingte nach 1945 auch die klarere Aufgabentrennung in den deutschen Redaktionen.

Auch das Prinzip der journalistischen Objektivität ist in angelsächsischen Ländern bereits seit Langem Teil des journalistischen Selbstverständnisses. Dies liegt an der relativ frühen Verbreitung von Massenmedien. „Dieser marktorientierte Journalismus fördert das Rollenbild des unparteiischen Beobachters, der es dem Leser selbst überlässt, sich eine Meinung zu bilden.“³³⁶

Die historische Entwicklung des Journalismus und der Pressefreiheit in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik sieht Donsbach als „Antipoden“. Während sich die Presse

³³³ Esser, *Die Kräfte hinter den Schlagzeilen: Englischer und deutscher Journalismus im Vergleich*. Alber-Reihe Kommunikation, Band 23. Freiburg/München: Verlag Karl Alber, 1998, 52.

³³⁴ Esser, *Die Kräfte hinter den Schlagzeilen*, 54.

³³⁵ Esser, *Die Kräfte hinter den Schlagzeilen*, 53 ff.

³³⁶ Esser, *Die Kräfte hinter den Schlagzeilen*, 53 ff., 69, 74 ff.

in den Vereinigten Staaten bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts von politischen Bindungen befreit hatte, wurde diese Entwicklung in der Bundesrepublik erst nach dem Zweiten Weltkrieg vollzogen.³³⁷

Esser geht auch auf die Entwicklung des investigativen Journalismus ein und vollzieht diese am Beispiel des „Spiegel“ nach. Europäische Journalisten haben die Rechercheform des investigativen Journalismus von US-Vorbildern übernommen.

Die Idee des investigativen Journalismus erreichte Deutschland erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Beispielhaft für diese Recherchepraxis in Deutschland war und ist der „Spiegel“. Vorbild dafür war unter anderem das US-Magazin „Time“. Doch während der britische „Economist“ und das US-Magazin „Time“ „von einem stärker funktional-faktischen Tonfall gekennzeichnet“ sind und sich „um Erklärung und Erhellung des politischen Prozesses“ bemühen, berichtet der „Spiegel“ dagegen „rhetorisch und polemisch, mit wechselnden Perspektiven und Ebenen, die das Verständnis erschweren und den politischen Prozeß eher verschleiern und mystifizieren.“³³⁸ Somit sei der „Spiegel“ „ein typisch deutsches Produkt.“³³⁹

Mit seinem eher autokratischen Stil habe der „Spiegel“ im Gegensatz zu den angelsächsischen Enthüllungsblättern weniger zur politischen Reife der Leser beigetragen, weil der „Spiegel“ zwar Mängel aufdeckt, sie aber als aus dem System heraus begründet darstellt, während die angelsächsischen Blätter Lösungsansätze für Probleme bieten. „Er [der „Spiegel“] leidet unter dem Komplex, daß sich die Presse in Deutschland nie aus eigener Kraft einen gleichberechtigten [sic.] Platz im politischen Prozeß erkämpft hat. Daraus erklärt sich seine [sic.] oppositionelle, destruktive Haltung.“³⁴⁰

³³⁷ Donsbach, 26 f.

³³⁸ Esser, *Die Kräfte hinter den Schlagzeilen*, 101.

³³⁹ Esser, *Die Kräfte hinter den Schlagzeilen*, 100.

³⁴⁰ Esser, *Die Kräfte hinter den Schlagzeilen*, 100 f.

2.10. Journalistische Arbeitsweisen und Überzeugungen

„Deutsche Journalisten sehen sich eher als Künstler, aber Journalismus ist in erster Linie ein Handwerk.“³⁴¹

Journalismus ist geprägt von der Einhaltung von Überzeugungen und Arbeitsweisen, die häufig als das Handwerkszeug des Journalismus bezeichnet werden. Viele dieser Überzeugungen finden sich in den verschiedenen Pressekodizes wieder. In modernen Industriegesellschaften ähneln sich diese Handwerksregeln weitgehend, doch in der Organisation von Redaktionen und der Trennung verschiedener Geschäftsbereiche gibt es zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik einige Unterschiede. Diese mögen bei verschiedenen Medien und bei unterschiedlicher Verlagsgröße unterschiedlich deutlich ausfallen, doch die grundsätzliche Tendenz bleibt bestehen.

So gilt das grundsätzliche Prinzip der Trennung von Redaktion und Anzeigenabteilung, um die Unabhängigkeit des Journalismus zu gewährleisten und die Abhängigkeit der Medieninhalte vom Anzeigenaufkommen und damit die Erpressbarkeit eines Mediums so gering wie möglich zu halten.

Bei der NYT etwa legen Verlagsleitung und Redakteure großen Wert auf eine strikte und klare Trennung zwischen Anzeigenabteilung und Redaktion. Die Trennung der beiden Bereiche war so stark, dass selbst Arthur Sulzberger Senior, Verleger der NYT, im Jahr 1993 einräumte: „If an advertising man was found on the newsfloor, he'd practically been lynched.“³⁴² Der Grund für diese strikte Trennung ist, Nachrichten sowie diejenigen, die mit der Auswahl und Bearbeitung von Nachrichten befasst sind, vor Beeinflussung zu schützen. Oder wie es das leitende Personal der NYT formulierte: „[N]ews should be protected from ‚commercial pressure‘“³⁴³ – wobei sich die Diskussion über gegenseitige Einflussnahme und damit die Gefahr von verwässerten Nachrichteninhalten durch zahlreiche Zeitungsredaktionen zieht, auch außerhalb der NYT oder auch außerhalb der Vereinigten Staaten.

Von einem weltweiten Medienimperialismus spricht Jeremy Tunstall³⁴⁴. Nach seiner Ansicht haben US-Medien Mediensysteme weltweit geprägt und diese Systeme wurde sogar von Staaten übernommen, von denen es nicht zu erwarten gewesen wäre, beispielsweise von der damaligen Sowjetunion und China. Bereits die Karikatur auf dem Buchumschlag von

³⁴¹ Leyendecker. „Erst die Recherche, dann die Meinung.“

³⁴² Auletta, 149.

³⁴³ Auletta, 158 f.

³⁴⁴ Jeremy Tunstall. *The Media are American*. New York: Columbia UP, 1977, 17 f.

Tunstalls Buch verdeutlicht diese Aussage. Die Karikatur der Zeitung *Le Monde* zeigt eine Mickey Mouse, die einen Käse-Globus verspeist, als Ausdruck der weltweiten Dominanz amerikanischer Medien. Als Schlüssel zum modernen Mediensystem sieht der Autor die Erfindung der Zeitung. Zudem waren es die Vereinigten Staaten, die erstmals die Presse vom Regierungsapparat getrennt haben. Die föderale Struktur der Vereinigten Staaten wiederum hat die Kleingliedrigkeit der US-Presse bedingt. Die Unabhängigkeit von der Politik und von Parteien machte Werbeeinnahmen nötig – in der Gesamtheit zusammengehalten vom Element der Unterhaltung.³⁴⁵

2.11. Das Wesen des Skandals

„[. . .] obwohl kein Mangel an historischen, juristischen und politischen Untersuchungen herrscht, gibt es erstaunlicherweise fast keine Untersuchung über die Mechanik und Dynamik von Skandalen, keine eigentliche ‚Skandalogie‘“.³⁴⁶

Der investigative Journalismus setzt sich häufig mit Skandalen oder Affären auseinander oder macht Sachverhalte dadurch zu Skandalen, dass Fehlentwicklungen ans Licht gebracht werden.

Thomas Ramge definiert das Wesen eines Skandals als demokratischen und „kommunikativen Prozess. Das Fehlverhalten eines Politikers, einer Partei oder der politischen Klasse wird erst zum Skandal, wenn die Öffentlichkeit sich über ein undemokratisches Vergehen empört und Konsequenzen fordert.“ Dabei kommt dem Skandal die Bedeutung zu, „ein demokratisches Ritual der Selbstreinigung“ zu sein. Als Grundvoraussetzung für das Aufdecken von Skandalen und für die sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Wirkungen sieht Ramge drei Faktoren: „[F]reie Presse, Opposition und Öffentlichkeit“, weshalb etwa die DDR das „Ritual des Skandals nicht“ kannte und im „demokratischen Sinne“ selbst ein Skandal gewesen sei.³⁴⁷ Daher ist die Presse ein wichtiges Element innerhalb des Staates, weil nur sie das Geforderte – nämlich die Öffentlichkeit – schaffen kann.

Jochen Markett lobt die Veröffentlichungen investigativer Journalisten als Publikationen, die „nicht selten für Aufruhr beim Publikum [sorgen] und [sie] produzieren auf diese Weise politische und wirtschaftliche Skandale.“³⁴⁸ Markett führt damit aus, dass die Öffent-

³⁴⁵ Tunstall, 17 f., 23.

³⁴⁶ Dean, 239.

³⁴⁷ Ramge, 7 ff.

³⁴⁸ Markett, 108.

lichkeit, die durch die Arbeit von Journalisten gewährleistet wird, erst in der Lage ist, einen Skandal zu „produzieren“, da nur die Öffentlichkeit und deren Reaktion (Aufruhr) einen Vorgang zum Skandal werden lassen.

Als (politischen) Skandal definiert Germis ein Ereignis, das ein Ärgernis darstellt, weil es „gegen bestimmte Regeln verstößt und gesellschaftliche Normen verletzt.“ Ob es dabei um den Verstoß gegen kodifiziertes Recht oder gegen allgemein anerkannte Moralvorstellungen oder Regeln des Anstandes geht, ist unerheblich. Bei politischen Skandalen kommt hinzu, dass dieses Ärgernis im Umfeld „des Staates und seiner Repräsentanten angesiedelt ist“³⁴⁹ und es ergibt sich aus der Diskrepanz zwischen der Erwartung an das Verhalten der Akteure und der Lebenswirklichkeit. Hinzu kommt schließlich das Element der Öffentlichkeit. Ein Skandal wird dadurch zu einem Skandal, dass er öffentlich wird. Aus beiden Komponenten, der Normenverletzung und dem unangemessenen Verhalten, ergibt sich, dass dieser Tatbestand auch von der Öffentlichkeit als Ärgernis empfunden wird und Empörung auslöst. Der politische Skandal spielt sich nicht nur im Umfeld des Staates ab. Er dient auch als Mittel des Kampfes widerstreitender Interessengruppen, insbesondere der Parteien. So sind politische Skandale nicht immer nur der Versuch, die Moral wieder herzustellen, sondern ein Kampfmittel in der Auseinandersetzung mit dem Gegner.³⁵⁰

Im Zuge der Berichterstattung über die Kießling-Affäre setzte sich „Der Spiegel“ mit seiner Rolle in Staat und Gesellschaft auseinander und offenbarte das Bewusstsein des Mediums für seine Pflicht zur Aufklärung und die daraus resultierende Verantwortung. In der „Hausmitteilung“ des „Spiegel“ vom 6. Februar 1984 nahm die Redaktion Bezug auf die Enthüllungsberichterstattung im Fall Kießling. Darin stellt der Autor die Bedeutung des Enthüllungsjournalismus dar, wobei sich das Blatt Anfeindungen gegenüber sieht, vor allem seitens Bundeskanzler Helmut Kohl, der die Berichterstattung als „jenseits des Erträglichen“ bezeichnet hat, was aber die Redaktion weder „wundern noch kränken“ kann. Dabei sieht sich „Der Spiegel“ als „Skandalblatt“ mit dem Klischee konfrontiert, „also mal wieder ‚Enthüllungsjournalismus‘ betrieben“ zu haben. Doch bezeichnet der Autor dies aus seinem journalistischen Selbstverständnis heraus als wesentliche Aufgabe des Journalismus. Denn nur über das Aufdecken von Skandalen könnten derartige Vorfälle eine positive Funktion entfalten.³⁵¹

John Dean erörtert in seiner Abhandlung über die Geheimhaltungen von Bush und Cheney auch mögliche Skandale, die vielleicht noch ans Licht kommen mögen und einen weiteren Schatten auf die US-Regierung unter George W. Bush werfen könnten. Dabei defi-

³⁴⁹ Germis, 16.

³⁵⁰ Germis, 16 f., 28 f.

³⁵¹ „Hausmitteilung.“ *Der Spiegel*, 6. Februar 1984, 3.

niert Dean auch Wesen und Charakter eines Skandals, indem er die Arbeit des Soziologen John Thompson von der Universität Cambridge anführt. Nach Thompson³⁵² ist für einen Skandal ein „Vergehen [...] von genügender Schwere, um Missbilligung anderer auszulösen“³⁵³ nötig.

„Das Vergehen muss zunächst verborgen gehalten und dann enthüllt werden, wobei Letzteres im Falle heutiger Politskandale durch die Nachrichtenmedien geschieht, was diese zu Hauptbeteiligten und letztlich zu einem Teil des Mechanismus eines Politskandals macht. Die Medien müssen außerdem ihre Missbilligung des Fehlverhaltens in einer verächtlichen und kritischen Weise gegenüber dem Schuldigen zum Ausdruck bringen, ‚vorwurfsvoll und tadelnd‘ oder ‚maßregelnd und missbilligend‘, was häufig so weit geht, dass sie den Betroffenen beschämt und stigmatisiert. Wenn die Medien von einem Verstoß erfahren, ohne in der beschriebenen Weise darauf zu reagieren, kommt es nicht zu einem Skandal. Als eine weitere Bedingung muss den Beteiligten an einem skandalösen Fehlverhalten klar sein, dass ihr Handeln, falls es an die Öffentlichkeit gelangt, nicht nur ihren Ruf schwer beschädigt, sondern auch den Verlust ihrer Position, strafrechtliche Verfolgung oder andere Sanktionen nach sich ziehen wird.“ Auslösend für das Zustandekommen von Skandalen sei die Geheimhaltung als „unverzichtbares Element“.³⁵³

In einem „Spiegel“-Essay setzt sich der Soziologieprofessor Karl Otto Hondrich mit dem Phänomen Skandal und dessen Behandlung in den Medien auseinander.³⁵⁴ Hondrich definiert die Besonderheit von Skandalen, „als besonders hochkarätige Verstöße gegen Recht und Moral“ in Abgrenzung von alltäglichen Straftatsereignissen. Hinzu kommt die „Schwere des Verstoßes“ sowie die „hohe [...] Stellung der Betroffenen, von denen kraft Amtes und sozialen Standes eine vorbildliche Beachtung sozialer Normen und Verantwortung erwartet wird.“

³⁵⁵

Dabei betont Hondrich die positive Wirkung von Skandalen, da die öffentliche Diskussion über die jeweiligen Sachverhalte zur Neuvermessung ethischer und moralischer Normen führt und damit die Gesellschaft neu zu justieren vermag. Im Fall Kießling geht es nach Ansicht Hondrichs (unabhängig davon, ob Kießling nun homosexuell war oder nicht) um die Frage, ob Minderheiten diskriminiert werden dürfen und unter welchen Umständen, exemplarisch gezeigt an der Frage, ob Homosexuelle ranghohe Offiziersränge bekleiden dürfen. Im Fall der Flick-Affäre wirft der Autor die Frage auf, ob ein Parteischatzmeister erst Großspen-

³⁵² John Thompson. *Political Scandal: Power and Visibility in the Media Age*. Cambridge: Polity, 2000, 13.

³⁵³ Dean, 238.

³⁵⁴ Karl Otto Hondrich. „Die Lust am Skandal.“ *Der Spiegel*, 6. Februar 1984, 24-25.

³⁵⁵ Hondrich, 24.

den von Firmen annehmen darf, um dann im Amt des Wirtschaftsministers dieses [sic] Unternehmen zu begünstigen. Oder einfacher: „Dürfen Parteischatzmeister Minister werden?“³⁵⁶

Durch die von den Medien gewährleistete Öffentlichkeit von Skandalen wird „das herrschaftsfreie Untersichsein der Herrschenden“ gestört, da Vertrauensvorschüsse dahinschmelzen, Rechtfertigung eingefordert und die Kontrolle befördert wird. In den Vereinigten Staaten haben Skandale wie Watergate oder die Pentagon Papers „zu geradezu dramatischem Vertrauensschwund in die amerikanischen Institutionen (wohlgemerkt bei den Amerikanern selbst) beigetragen.“³⁵⁷

An diesem Beitrag sowie an der Hausmitteilung derselben „Spiegel“-Ausgabe lässt sich ablesen, dass sich das Medium selbst seiner Aufgabe als Kontrollinstanz durchaus bewusst ist, ebenso wie der damit verbundenen Macht. Belegt wird dieser Anspruch des Mediums durch den Soziologieprofessor Hondrich, der sagt:

„Die Tatsache, dass Mitglieder der traditionellen Parteien im Bundestag den Skandal der Parteifinanzierung [gemeint ist die Flick-Affäre] durch eine Generalamnestie verharmlosen wollten, wirft ein deutliches Licht auf die Funktion von Skandalen als Mechanismen der Herrschaftskontrolle gerade in demokratischen Systemen. Die normalen Kontrollmechanismen der Wahl und der parlamentarischen Opposition reichen offenbar nicht aus, wenn es um Interessen geht, die den Parteioligarchien gemeinsam sind. Hier sind Steuerfahnder und Staatsanwälte als Vertreter administrativer und judikativer Kontrollorgane auf die Unterstützung einer vierten Gewalt, der publizitären, angewiesen, die allein die Öffentlichkeit des Skandals herstellen kann.“³⁵⁸

Diese Ansicht bezüglich der Bedeutung der Öffentlichkeit bestätigt auch Ben Bradlee, und er verweist auf die Funktion des Agenda-Building der Presse. Der Executive Editor der „Washington Post“ zur Zeit der Berichterstattung über Watergate erläutert in seinen Memoiren die Rolle der Presse, insbesondere der „Washington Post“, bei der Aufdeckung des Watergate-Skandals. Zunächst stellt er fest, dass Watergate ohne jedes Zutun der Zeitung passiert ist. Die Leistung der Washington Post war es, das Thema über einen längeren Zeitraum hinweg auf der „national agenda“ zu halten und damit zu verhindern, dass die Hintergründe des Einbruchs in das Hauptquartier der Demokraten heruntergespielt oder verdeckt werden konnten. Somit war es möglich, die Machenschaften im Zentrum der Macht, dem Weißen Haus und dem unmittelbaren Umfeld von Präsident Richard Nixon, zu erhellen.³⁵⁹

³⁵⁶ Hondrich, 25.

³⁵⁷ Hondrich, 25.

³⁵⁸ Hondrich, 24-25.

³⁵⁹ Bradlee, 363 f.

Damit umreißt Bradlee die Aufgabe von Massenmedien im Allgemeinen und von investigativem Journalismus im Besonderen. Ein Thema wird erst zum Thema, wenn es von der Presse aufgegriffen wird, ein Skandal erst zum Skandal, wenn die Verfehlungen von Menschen in Machtpositionen öffentlich gemacht werden.

John Dean stützt diese Ansicht ebenfalls. „Die Medien haben – als Katalysatoren und als kritische Instanz – ihren unverzichtbaren Anteil daran, dass Skandale aufgedeckt und zum Gegenstand von Debatten gemacht werden, wobei es nicht unbedingt nötig ist, dass sie selber es sind, die ein Fehlverhalten aufdecken, auch wenn das oft der Fall ist.“³⁶⁰

Eine detaillierte Definition dessen, was einen Skandal ausmacht, liefert John Thompson. Er präzisiert die Definition des Skandals und verfeinert die Bedingungen, nach denen ein Ereignis auf seine Skandalträchtigkeit untersucht werden kann. So gehöre zu einem Skandal „[t]heir occurrence or existence involves the transgression of certain moral values, norms, or moral codes“³⁶¹. Dabei handelt es sich in der Regel um Ereignisse „of middle ground of impropriety“³⁶², da einerseits lässliche Vergehen (Thompson führt das Beispiel eines Strafzettels für Falschparken an) nicht die Dimension haben, um einen Skandal auszulösen. Verbrechen oder gar Völkermorde andererseits ließen sich durch den Begriff Skandal wiederum in ihrer Tragweite und im Grad der Verfehlung nicht erfassen. Als besonders prädestiniert dafür, zu einem Skandal werden zu können, führt Thompson Verfehlungen auf sexuellem und finanziellem Gebiet sowie im Zusammenhang mit politischer Macht an. Das bedingt wiederum, dass Menschen, die stärker im Lichte der Öffentlichkeit stehen, eher einem Skandal zum Opfer fallen können als Privatpersonen.³⁶³

Ein Skandal enthält zudem ein Element der Geheimhaltung, was Menschen, die nicht direkt in die jeweiligen Verwicklungen eingebunden sind, besonders auffällt. Solange ein Vorgang nur den Beteiligten bekannt ist und Außenstehende auch keine Vermutung haben, dass skandalöse Abläufe im Spiel sind, kann sich ein Skandal nicht entwickeln. Das öffentliche Bekanntwerden ist daher eine Grundvoraussetzung für einen Skandal. Dabei reicht häufig schon die Vermutung Außenstehender, einem Skandal auf der Spur zu sein, um diesen in seiner Wirkung und das Bemühen um Geheimhaltung auf Seite der Betroffenen zu verstärken. Zu einem Skandal gehört daher die Verfehlung selbst, das Wissen Außenstehender um deren Existenz sowie deren Publikmachung. Geheime Vorgänge, die Außenstehenden verborgen bleiben, können daher kein Skandal sein.

³⁶⁰ Dean, 243.

³⁶¹ Thompson, 13.

³⁶² Anthony King. „Sex, Money, and Power“. In Richard Hodder-Williams und James Caesar (eds), *Politics in Britain and the United States*. Durham: Duke UP, 1986, 173-202, 175.

³⁶³ Thompson, 13 ff.

Die Betroffenheit Außenstehender von den Vorgängen im Zuge des Skandals kommt als weiteres Element des Skandals hinzu. Empörung und das Gefühl, dass Normen sträflich ignoriert worden sind, sind häufige Begleiterscheinungen von Skandalen. Da die persönliche Betroffenheit nicht ausreicht, um eine Regelübertretung zum Skandal zu machen, muss diese auch zum Teil des öffentlichen Diskurses werden.

An diesem Punkt kommen die Massenmedien ins Spiel. Die Diskussion einer Verfehlung in einem engen Kreis reicht nämlich nicht, um den jeweiligen Vorfall im Sinne dieser Definition öffentlich zu machen. „But a scandal can arise only if the tacit agreement which keeps gossip and rumour at a level of private communication among friends or acquaintances is broken and the revelation, together with some suitable form of opprobrious discourse of the actions or events in question, are articulated in public – that is, in a manner which is to some extent ‘open’ and available for a plurality of others to see or hear or hear [sic.] about.“³⁶⁴

So ist etwa im Fall Kießling ein Skandal durch die Versuche der Enthüllung eines anderen vermeintlichen Skandals aufgedeckt worden. Als letztes stellt Thompson heraus, dass die Enthüllung eines Skandals den Ruf der Beteiligten ruinieren kann (allerdings nicht zwingend muss).³⁶⁵

Insbesondere dann, wenn nicht nur moralische, sondern auch strafrechtliche Grenzen überschritten wurden, kann die Enthüllung eines Skandals zum Verlust des Arbeitsplatzes oder des Amtes der Beteiligten führen, wie etwa bei der Watergate- Enthüllung.³⁶⁶

Bei der Darstellung der Affären im folgenden Teil soll es nicht darum gehen, einen exakten historischen Abriss der jeweiligen Vorfälle zu liefern. Dazu sei auf die einschlägige Literatur verwiesen. Stattdessen soll der Gang der Ereignisse anhand der Presseberichterstattung rekonstruiert werden. Diese Zusammenschau der Presseberichte wird zur Abrundung angereichert mit weiterer Literatur wie Protokollen, Akten sowie Memoiren von beteiligten Personen. Da es unmöglich ist, die gesamte Presseberichterstattung in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten aufzuführen, da die Affären, sobald sie bekannt wurden, in nahezu allen

³⁶⁴ Thompson, 13 ff.

³⁶⁵ Thompson, 14.

³⁶⁶ Thompson, 22.

Medien behandelt wurden, wird sich die Arbeit im Wesentlichen auf diverse Leitmedien³⁶⁷ beschränken, die eine repräsentative Einordnung in den Kontext dieser Arbeit erlauben.

³⁶⁷ Der Begriff Leitmedium ist in der Forschung bislang unscharf definiert. Wilke zählt jedoch einige Voraussetzungen auf, die ein Medium zu einem Leitmedium machen können. So sollte das Medium eine große Reichweite haben. Zentraler jedoch als pure Auflagenzahlen ist die Struktur des Publikums. Je elitärer dieser Kreis ist, je mehr Entscheidungsträger ein Medium heranziehen, um sich zu informieren und sich ihre Meinung zu bilden, umso eher kann ein Medium als Leitmedium bezeichnet werden. Auch die Zitierhäufigkeit in anderen Medien kann als Anhaltspunkt dienen. Formal tun sich Leitmedien dadurch hervor, dass sie Themen überhaupt aufgreifen und damit das mediale Agenda-Setting übernehmen. Damit stecken sie auch für andere Medien den Bezugsrahmen ab. So gibt es in der Bundesrepublik einige Medien, die grundsätzlich die Rolle von Leitmedien erfüllen wie die SZ, die FAZ, die „Zeit“ oder der „Spiegel“. Bei der Charakterisierung, was Leitmedien für die Bundesrepublik sein könnten, führt Wilke insbesondere die FAZ als Beispiel an, die aufgrund ihrer Verbreitung (schließlich versteht sie sich als „Zeitung für Deutschland“), publizistischer Qualität und Leserschaft diese Bezeichnung für sich in Anspruch nehmen kann. Viele dieser Voraussetzungen erfüllt in ähnlicher Weise auch die SZ, bis auf ein Kriterium, denn es wird nicht die Hälfte der Auflage außerhalb des Stammgebietes verkauft, wobei Voraussetzungen wie Zitierhäufigkeit und die Struktur der Leserschaft als erfüllt gelten können. Jedoch können je nach Thema auch weitere Medien zu Leitmedien werden. Auch lokale und regionale Zeitungen können (eine Konkurrenzsituation mit anderen Medien vorausgesetzt) für ihren jeweiligen Wirkungskreis zum Leitmedium werden. Wilke. „Leitmedien und Zielgruppenorgane.“ In: Jürgen Wilke. *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Köln: Böhlau, 1999, 302-329, hier insbesondere 302 ff. sowie 311 f.

3. Korpusanalyse und Interpretation

3.1. Auswahl und Untersuchungsgegenstand

Die Texte, die den Korpus der Untersuchung bilden, wurden alle mit Preisen für investigativen Journalismus ausgezeichnet. Die deutschen Texte erhielten alle den „Wächterpreis der deutschen Tagespresse“, die Texte aus den Vereinigten Staaten den „Pulitzer-Preis“. Mit dieser Auswahl ist ein entsprechend hohes Maß an journalistischer Qualität gewährleistet, was einen Vergleich erleichtert. Die hier zu untersuchenden Texte sollen dahingehend analysiert werden, wie sie mit besonderen Themenstellungen umgehen, die immer wieder in der Presseberichterstattung breiten Raum einnehmen. Die meisten der vorliegenden Texte lassen sich jeweils mehreren dieser Themenfelder zuordnen.

Macht und Geld zählen zu den häufigsten Verführungsmitteln, denen Menschen erliegen können. Skandale sind dann oftmals die Folge. Entsprechend häufig kommen diese Motive in der Medienberichterstattung vor – so auch in einigen der vorliegenden Texte. Eng damit verbunden ist die Frage der Gerechtigkeit, die immer wieder eines der Leitmotive in den Berichterstattungen darstellt. Per se sind Handlungsfaktoren wie Macht oder Geld nicht verwerflich. Einige der hier zu behandelnden Beiträge beschäftigen sich aber eben mit deren Missbrauch.

Doch kaum ein Thema geht Menschen so nahe wie das Schicksal anderer Menschen. Beiträge mit einem großen „Human-Touch-Faktor“ erfreuen sich immer wieder großer Beliebtheit. Eine Reihe von Zeitungs- und Illustriertentiteln beschäftigt sich mit nichts anderem. So wird sich zeigen, dass auch bei den hier ausgewählten Texten einige der Autoren das Schicksal einzelner Personen in das Zentrum ihrer Berichterstattung stellen. Dadurch tragen auch Beiträge, die sich zunächst mit ganz anderen Sachverhalten beschäftigen, diesen „Human-Touch-Faktor“ in sich. Das geht mitunter so weit, dass der „Human-Interest-Anteil“ alle anderen Faktoren, über die in den Beiträgen berichtet wird, dominiert. Einzelschicksale sind zudem in besonderem Maße geeignet, um an ihnen stellvertretend größere Zusammenhänge zu demonstrieren, indem das Generelle anhand eines konkreten Vorfalls dargestellt wird.

Weitere Themen wie Moral und die moralische Verantwortung der handelnden Akteure werden in den folgenden Beiträgen immer wieder eine Rolle spielen. Vor allem bei den Berichten aus Deutschland spielt die moralische Komponente immer wieder eine tragende Rolle. Themen werden daraufhin zugespitzt und die handelnden Akteure in die moralische Verant-

wortung genommen. Wie sich dies auf die Gestaltung der Texte, beziehungsweise den Umgang mit dem Hauptthema der Beiträge auswirkt, wird noch zu zeigen sein.

Den Verführungen einer Machtposition zu erliegen und in den Missbrauch dieser Macht abzugleiten, ist ein stetig wiederkehrendes Phänomen und umso mehr ist es die Aufgabe engagierter Journalisten, Missbrauch öffentlich zu machen, wie es in einigen der vorliegenden Artikeln auch geschehen ist.

Ein weiteres Thema ist das große Feld der Gesundheit. In den entsprechenden Beiträgen geht es weniger um Therapie oder Vorsorge; vielmehr berichten die Autoren über die Systeme, die sich im Gesundheitswesen gebildet haben, wie etwa das Medic-Aid-Programm von New York sowie darüber, wie diese Systeme das Gesundheitswesen zu ihrem eigenen finanziellen Vorteil missbrauchen. Bei jenen Beispielen, bei denen es um psychisch Kranke und deren Behandlung geht, spielt teilweise weniger Geld eine Rolle als das Ausüben von Macht gegenüber hilflosen Menschen.

Die dargestellten Themenfelder münden in einigen Beiträgen in Unrecht oder sogar Kriminalität. So handelt eine Artikelserie von einem zu Unrecht wegen Vergewaltigung Angeklagten, in einer weiteren wird sogar die Anschuldigung von Mord erhoben.

3.2. Wächterpreis

Seit 1969 vergibt die fiduziarische Stiftung „Freiheit der Presse“ den „Wächterpreis der Tagespresse“. Damit werden Journalisten ausgezeichnet, die durch ihre Enthüllungen Verfehlungen gegen die Grundideen der rechtsstaatlichen Demokratie aufdecken und damit der Wächterfunktion des Journalisten durch hintergründige und Widerstände überwindende Recherche in besonderer Weise nachkommen. Die Mittel für den Grundstock der fiduziarischen Stiftung in Höhe von 2,16 Millionen Mark stammen zu einem großen Teil aus ehemaligen Lizenzgebühren, die schließlich 1967 der deutsch-amerikanischen fiduziarischen Stiftung zur Verfügung gestellt wurden.³⁶⁸ So geht jene Stiftung, die heute Arbeiten deutscher Journalisten für ihre Leistungen auf dem Gebiet des investigativen Journalismus auszeichnet, auf die Anfänge der deutschen Presse nach dem Zweiten Weltkrieg zurück und gründet bezeichnenderweise in ihrem Entstehen auf einer deutsch-amerikanischen Initiative.

Zielsetzung der Stiftung ist laut einem Schreiben der US-Botschaft vom 14. November 1967 an die WIGO, „[. . .] die Interessen einer freien und demokratischen Presse in Deutschland zu fördern; die allgemeinen Grundsätze, die Freiheit der Kommunikation und die Demo-

³⁶⁸ Kampmann, 14 f.

kratie zu unterstützen; Hilfe bei Projekten und Studien von Personen, Gruppen und Organisationen zu leisten, die die Pflege, Förderung und Erhaltung der Ideale und Zielsetzungen umfassen, wie sie im Artikel 5 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland niedergelegt sind.“ Am 29. November 1967 gab sich die fiduziarische Stiftung den Namen „Freiheit der Presse“.³⁶⁹

Der Name verweist auf die originäre Aufgabe der Presse, die als Kontrollinstanz in einer rechtsstaatlichen Demokratie fungiert. Im Sinne dieser Freiheit sind aufdeckende und damit kontrollierende Beiträge besonders bedeutsam.

Eingedenk der Grundidee und Aufgabe der Stiftung, zeichnet sie „Wächter und Streiter einer freiheitlich demokratischen Grundordnung“ auf dem Gebiet der Publizistik aus.³⁷⁰

Dazu will die Stiftung mit dem Preis „den couragierten Reporter auszeichnen, der ohne Rücksicht auf Namen und bestehende Verhältnisse Missstände schonungslos aufdeckt. Dabei sollten auch in besonderem Maße kleinere Zeitungen berücksichtigt werden, die in der Regel eher Objekt von Pressionsversuchen durch die jeweilig Mächtigen sein können als große Zeitungen.“ Dabei solle die Preisjury keine Arbeiten auszeichnen, die zur reinen Skandalisierung von Ereignissen beitragen, sondern nur solche, die einem wirklichen Skandal auf der Spur sind.³⁷¹

3.3. Der Pulitzer-Preis

„In the latter years of the 19th century, Joseph Pulitzer stood out as the very embodiment of American journalism. Hungarian-born, an intense indomitable figure, Pulitzer was the most skillful of newspaper publishers, a passionate crusader against dishonest government, a fierce, hawk-like competitor who did not shrink from sensationalism in circulation struggles, and a visionary who richly endowed his profession.“³⁷²

Der Pulitzer-Preis, der seit 1917 verliehen wird, gehört international zu den renommiertesten Auszeichnungen für Journalisten. Der Preis geht zurück auf den in Ungarn geborenen Joseph Pulitzer, der es in den Vereinigten Staaten zum Verleger des „Saint Louis Post-Dispatch“ und der „New York World“ gebracht hatte. Pulitzer hatte deutsche Wurzeln, seine

³⁶⁹ Kampmann, 16.

³⁷⁰ Kampmann, 24.

³⁷¹ Kampmann, 25.

³⁷² *The Pulitzer Prizes*. History of the Pulitzer Prizes. 10. Dezember 2006. <<http://www.pulitzer.org/history.html>>.

Mutter stammte aus Deutschland und bei seiner Ankunft in den Vereinigten Staaten sprach er fließend Deutsch und Französisch, aber kaum Englisch. Als Verleger hatte er sich der Aufgabe der Presse verschrieben, Missbrauch von Macht oder Korruption aufzudecken.

„Appealing to the public to accept that his paper was their champion, Pulitzer splashed investigative articles and editorials assailing government corruption, wealthy tax-dodgers, and gamblers. This populist appeal was effective, circulation mounted, and the paper prospered. Pulitzer would have been pleased to know that in the conduct of the Pulitzer Prize system which he later established, more awards in journalism would go to exposure of corruption than to any other subject.“³⁷³

Sein Werk steht noch heute für die Wächterrolle des Journalismus. „He waged courageous and often successful crusades against corrupt practices in government and business.“

³⁷⁴

Trotz des Engagements Pulitzers für den Enthüllungsjournalismus gibt es die Kategorie für investigativen Journalismus erst seit 1985. Von 1953 bis 1963 firmierte diese Kategorie unter der Bezeichnung „Pulitzer Prize for Local Reporting, No Edition Time“. Von 1964 bis 1984 hieß die Kategorie „Pulitzer Prize for Local Investigative Specialized Reporting“.³⁷⁵

Dennoch finden sich auch in anderen Kategorien investigativ recherchierte Beiträge. So erhielt etwa die „Washington Post“ ihren Pulitzer-Preis für die Enthüllung der Watergate-Affäre in der Kategorie „Public Service“.

³⁷³ *The Pulitzer Prizes*. History of the Pulitzer Prizes. 10. Dezember 2006. <<http://www.pulitzer.org/history.html>>.

³⁷⁴ *The Pulitzer Prizes*. History of the Pulitzer Prizes. 10. Dezember 2006. <<http://www.pulitzer.org/history.html>>.

³⁷⁵ *Wikipedia*. Pulitzer Prize for Investigative Reporting. 10. Dezember 2006. <http://wikipedia.org/wiki/Pulitzer_Prize_for_Investigative_Reporting>.

3.4. Illustrationen

„Our primary role is to report visually on the significant events and on the varied viewpoints in our common world. Our primary goal is the faithful and comprehensive depiction of the subject at hand. As photojournalists, we have the responsibility to document society and to preserve its history through images.

Photographic and video images can reveal great truths, expose wrongdoing and neglect, inspire hope and understanding and connect people around the globe through the language of visual understanding.“³⁷⁶

Ausgehend von diesem Zitat der Organisation der Pressefotografen der Vereinigten Staaten soll untersucht werden, inwieweit die Bilder zu den Beiträgen den Inhalt der jeweiligen zugehörigen Texte ergänzen und das Verständnis des Geschilderten weiter fördern.

„Bildjournalisten liefern visuelle Nachrichten“³⁷⁷. Daher ergänzen Bilder die schriftliche Berichterstattung. Medien vermitteln Nachrichten. Dies trifft im gleichen Maße auf das Pressebild zu, egal ob Foto, Zeichnung, Grafik, Tabelle, Skizze, Landkarte oder Karikatur. All diese Elemente erscheinen auch in den Illustrationen in den ausgewählten Texten des Korpus (siehe Abbildungen). Subsumiert sind hierbei auch Auflistungen, die in normalem Textlayout erscheinen, jedoch die Funktion von Illustrationen erfüllen, wie dies im Falle der Berichterstattung über die Ereignisse in Somerville der Fall ist (Abb. 5).³⁷⁸

„[Das Pressebild] unterscheidet sich vom handwerklichen Foto durch einen zeitlichen Bezug; entweder stellt es ein Ereignis dar, oder es formt eine Nachricht durch seine Publikation. Es soll von einem Ereignis oder einer Person berichten, eine abstrakte Nachricht illustrieren oder selbst als Mitteilung wirken. Das Pressebild wird allein zum Zweck der Veröffentlichung hergestellt, das unterscheidet es von der privaten [oder der kollektiven] Erinnerung und dem dokumentierenden Bild. Das Pressebild ist primär dem Informationsauftrag der Medien verpflichtet und nicht den wirtschaftlichen oder politischen Interessen eines Auftraggebers und damit von Werbung ebenso wie von PR unterschieden.“³⁷⁹

³⁷⁶ NPPA. Code of Ethics. 30. August 2007.

<http://www.nppa.org_development/business_practices/ethics.html>.

³⁷⁷ Rolf Sachsse. *Bildjournalismus heute: Beruf, Ausbildung, Praxis*. München: List, 2003, 9.

³⁷⁸ Abb. 5 zeigt eine detaillierte Aufstellung von Rechnungen über nicht öffentlich ausgeschriebene Arbeiten und Leistungen, die eine Privatfirma der Stadt Somerville gestellt hat. Die Aufstellung ist tabellarisch angelegt, erscheint aber im Layout eines Zeitungstextes. Die Aufstellung ist zudem mit einem eigenen Titel versehen. Allerdings erfüllt dieser Artikel nicht die Funktion eines Zeitungsartikels, da er lediglich als Beleg für Feststellungen dient, die die Autoren in einem anderen Zeitungsartikel zur Serie über die Ereignisse in Somerville (siehe dort) dargelegt haben. Eine andere illustratorische Möglichkeit, den gleichen Effekt zu erzielen, wäre etwa ein Foto mit einer Auswahl verschiedener Rechnungen gewesen, auf denen sowohl der Name der Firma sowie der Empfänger der Leistung, die erbrachte Leistung selbst und der Rechnungsbetrag ersichtlich gewesen wären. Da hier nur ergänzende und belegende Informationen geliefert werden, jedoch kein neuer, eigener Sachverhalt dargelegt wird, erfüllt dieser Beitrag denselben Zweck wie Bilder, Diagramme, Infografiken und ähnliches.

³⁷⁹ Sachsse, 65.

Sachsse definiert hier das Wesen des Pressebildes und anderer Illustrationen, die die Nachrichtenmedien dominieren. Ihre Aussagekraft beziehen sie in der Regel aus ihrer inhaltlichen Verbindung zu einem Nachrichtentext und sie stützen diesen in dessen Aussage.

Ergänzend legt Stöckl diagrammartig einen Vergleich verschiedener Bildsorten sowie einen Vergleich der spezifischen Eigenheiten und Funktionen vor. Dem Zeitungsbild sei demnach zu eigen, ein Abbild real existierenden Zeitgeschehens zu sein auf dem „publikumsrelevantes Passiertes“ zu sehen ist, dessen Herstellung ein Minimum an Inszenierung zugrunde liegt, das also als „Schnappschuss“ entstanden ist. Zudem zeichne sich das Zeitungsbild durch seinen hohen funktionalen Charakter aus. Somit unterscheidet sich das Zeitungsfoto grundlegend von anderen Darstellungsformen wie etwa einem Werbefoto, bei dem Zielsetzung, Aufgabe und der Grad der Inszenierung deutlich überwiegen.³⁸⁰ Ähnlich wie Sachsse unterscheidet auch Stöckl zwischen einem „Gebrauchsbild“ und einem „künstlerischen Bild“.

381

Das Pressefoto (Stegu blendet alle Elemente der Illustration wie Karikaturen, Skizzen, Pläne, etc. in seiner Betrachtung zwar aus, für den Gegenstand dieser Untersuchung können seine Einschränkungen jedoch weitgehend unter der Tisch fallen, so dass seine Aussagen auch weiterhin auf Illustrationen in den Zeitungsartikeln des Korpus bezogen bleiben können) erfüllt zahlreiche Funktionen. Es dient der Information und zeigt Sachverhalte, die sich sprachlich schwer mitteilen lassen, es erregt Aufmerksamkeit für den eigentlichen Artikel, es dient der Unterhaltung, der „Stabilisierung von Weltanschauungen“ und es nimmt seinen „vorgesehenen Platz im Layout“ des Mediums ein.³⁸²

Aus gestalterischer Sicht der Blattmacher einer Zeitung ist die Aufmerksamkeitslenkung eine wichtige Funktion, da bebilderte Artikel in der Regel häufiger gelesen werden als Artikel ohne Bilder, da es den allgemeinen Sehgewohnheiten entspricht, zuerst die Fotos auf einer Zeitungsseite zu betrachten, dazu die Bildunterschriften und sich dann dem eigentlichen Text zuzuwenden.³⁸³

Über die reine Funktionsbeschreibung hinaus sind Texte „heute überwiegend Konglomerate verschiedener Zeichensysteme.“³⁸⁴ Das Zusammenspiel von Texten und Illustrationen macht den gestalterischen Charakter von Zeitungen aus. „Besonders in den neuen Medien

³⁸⁰ Hartmut Stöckl. *Die Sprache im Bild – Das Bild in der Sprache: Zur Verknüpfung von Sprache und Bild in massenmedialen Texten. Konzept, Theorien, Analysemethoden.* De Gruyter. Berlin, 2004, 138 ff.

³⁸¹ Stöckl, 34.

³⁸² Martin Stegu. „Text oder Kontext: zur Rolle von Fotos in Tageszeitungen.“ In: Ulla Fix und Hans Wellmann (Hrsg.). *Bild im Text – Text und Bild.* Heidelberg: Winter, 2000. 307-323, 313.

³⁸³ Stegu, 314.

³⁸⁴ Stöckl, V.

[. . .] aber auch in alten Medien wie Buch und Zeitung werden semiotisch komplexe Texte angeboten, wo neben dem verbalen Zeichensystem andere Zeichensysteme (Bilder, Symbole, auditive Zeichen) informative, strukturierende und ästhetische Aufgaben übernehmen. Die Wechselwirkung verschiedener Zeichensysteme ist ein typisches Merkmal in Texten von Massenmedien.³⁸⁵

Deutlich wird in diesem Zusammenhang der unterschiedliche Einsatz von Illustrationen in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten (vgl. Korpus) und der damit jeweils erzeugten Wirkung im Zusammenspiel von Texten und Illustrationen. Die deutschen Artikelserien des hier besprochenen Korpus gehen mit Bildern und anderen Illustrationen eher sparsam um oder verzichten gänzlich darauf. Zumeist wird nur ein Porträt der angesprochenen Person abgebildet. Lediglich „Der Morgen“ (siehe Korpus) liefert neben Fotografien Abbildungen von Dokumenten und Plänen, um die Aussage der Texte zu untermauern und unmittelbar die Beweise für das in den Texten Beschriebene zu liefern und nähert sich damit als einziges der hier untersuchten deutschen Medien der Illustrationspraxis in den Vereinigten Staaten an. Die Texte aus den Vereinigten Staaten sind allesamt reich illustriert. Neben Porträts liefern sie zusätzliche Informationen in den Illustrationen, wie Pläne, Dokumente, eine Karikatur oder ähnliches. Insbesondere die „New York Daily News“ macht reichlich Gebrauch von Fotos.

Darin zeigt sich das Verständnis in den Vereinigten Staaten, Bildern und Illustrationen einen eigenen Nachrichtenwert zuzubilligen, während in der Bundesrepublik der Wort-Nachricht in der Regel der Vorzug gegeben wird. Dieses Vorrecht des Wortes durchbricht nur eine Zeitung im hier untersuchten Korpus, „Der Morgen“. Durch den umfangreichen Einsatz von Abbildungen erkennt „Der Morgen“ Kraft und Beweischarakter von Illustrationen an.

³⁸⁵ Christiane Pankow. „Wie die Wahl des Mediums die Herausbildung von Stilmerkmalen beeinflusst.“ In: Ulla Fix und Hans Wellmann (Hrsg.) *Bild im Text – Text und Bild*. . Heidelberg: Winter, 2000. 243-257, 244.

3.5. Macht und Machtmissbrauch

3.5.1. Fall Mechtersheimer

Macht und Geld üben von jeher eine schier unwiderstehliche Anziehungskraft aus. Dieser erliegen Menschen immer wieder. Kein Wunder also, wenn sich Skandale regelmäßig um Macht, deren Missbrauch sowie die Verlockungen des Geldes drehen. Insbesondere im Umfeld der Politik, also in einem Bereich, wo sich Privilegien und Macht zum Wohle der Allgemeinheit ballen, scheint die Verführung besonders groß zu sein. Alle in dem Zusammenhang mit den Vorfällen um Mechtersheimer behandelten Auswahltexte haben die Politik als Hintergrund. Die eigene Position und die entsprechende Gelegenheit zur Machtausübung oder Bereicherung verbinden sich in diesem Bereich in fast einmaliger Weise.

Die weitgehend diffuse Entwicklung einer angeblichen libyschen Perestrojka war Inhalt einer Serie von Enthüllungsbeiträgen von Kurt Kister, der in der SZ darlegte, wie der parteilose, aber den Grünen nahestehende Bundestagsabgeordnete Alfred Mechtersheimer in eine Stiftung involviert war, die sich aus Mitteln des libyschen Revolutionsführers Muammar al-Gaddafi (bzw. in der SZ-Schreibweise Khadhafi) speiste. Noch immer spielt Libyen eine Außenseiterrolle in der Weltgemeinschaft, doch scheint das Land in den letzten Jahren zaghaft den Weg der Annäherung zu beschreiten. Im Jahr 1989 hingegen stand das nordafrikanische Land noch weiter oben auf der Liste der Schurkenstaaten. Die Vereinigten Staaten hatten zuletzt 1986 Luftangriffe gegen das Land geflogen. Dass sich nun ein Bundestagsabgeordneter und eine einstige Galionsfigur der Friedensbewegung ausgerechnet für dieses Regime einsetzen sollte, bot zusätzliches Skandalpotenzial.

Ähnlich wie in anderen Beiträgen deutscher Medien bleibt Kister in seiner Darstellung zunächst sehr vorsichtig und formuliert viele der Anschuldigungen im Konjunktiv, offenbar auf entsprechende Reaktionen des Angeschuldigten wartend.

Ihren Anfang nahm die Artikelserie mit zwei Veröffentlichungen vom 25. März 1989, wobei der große Bericht auf Seite 3 der SZ als Aufmachergeschichte der Seite diesem Sachverhalt gewidmet ist.³⁸⁶ Anstatt harte Beschuldigungen zu formulieren, stellt Kister sowohl im einleitenden Beitrag als auch auf Seite 3 die verschiedenen Puzzleteilchen dar, die er im Laufe seiner Recherche zusammengetragen hat und weist dabei auf die zahlreichen Widersprüche

³⁸⁶ Kurt Kister. „Bundestagsabgeordneter Mechtersheimer soll als Lobbyist für Khadhafi tätig sein.“ SZ, 25. März 1989.

Kister. „Starnberg – Tripolis – Vaduz: Die Khadhafi-Mechtersheimer Connection: Ein verblüffender Fall von Sympathie.“ SZ, 25. März 1989, 3.

hin, die sich aufgrund von Verhalten und Äußerungen von Alfred Mechttersheimer im Zuge der Recherche ergeben haben.³⁸⁷

Ziel der „M.A.G. Stiftung für Frieden und Sicherheit“ – wobei die drei Buchstaben für das Monogramm des libyschen Staatschefs standen –, sollte die „Förderung eines neuen Denkens“ sein, zumal aus Sicht Mechttersheimers in Libyen „so etwas wie eine Perestrojka“ stattfand, um das Land wieder an die Volksgemeinschaft heranzuführen. Mechttersheimer selbst gab an, lediglich als Berater für die Stiftung zu fungieren. Allerdings hatte Mechttersheimer bereits Zweifel daran geäußert, ob die erhoffte positive Entwicklung in dem Land auch anhalten werde und er wirklich seinen Namen für entsprechende Projekte hergeben solle. Doch wollte er weder die Verwicklung Libyens in die Stiftungsgründung zugeben noch seine eigene Rolle klarer definieren.³⁸⁸

Auf Seite 3 der SZ vom 25. März 1989³⁸⁹ berichtet Kurt Kister darüber, welches Bild sich ihm aufgrund seiner Recherchen im Bezug auf die Verwicklungen Mechttersheimers in die libysche Stiftung ergeben hatte. Neben einigen Mutmaßungen aus dem Munde Dritter gründete Kisters Darstellung auf seiner Recherche, die auf „Schriftstücken, Dokumenten und den Aussagen vieler mehr oder weniger Beteiligter“ beruhte. So scheint sich Mechttersheimer für ein Geflecht von Stiftungen und andere Organisationen engagiert zu haben, deren einziges Ziel es gewesen war, die Politik Libyens in einem guten Licht erscheinen zu lassen. Dennoch wirft Kister die Frage auf, ob Mechttersheimer dem im Grunde positiven Anliegen folgte, mit seiner Mitarbeit einen Beitrag dazu zu leisten, die politischen Veränderungen in Libyen mit zu fördern und dieser Veränderung dann auch politisch international Gehör zu verschaffen, oder ob er sich einspannen ließ, um als Lobbyist für das Unrechtsregime in Tripolis tätig zu sein.

Mechttersheimer selbst legte sich in einem Interview mit Kister kaum fest, antwortete ausweichend und widersprüchlich. Der Abgeordnete, „der es vom promovierten Stabsoffizier über eine Zeit als CSU-Lokalfürst in Vaterstetten bis zu einer Symbolfigur der Friedensbewegung gebracht hat“, betrachtete selbst die Angelegenheit als nicht dramatisch, nährte aber durch seine unpräzisen Angaben zusätzlich die offenbar zutage getretenen Widersprüche.³⁹⁰

Die Vorwürfe, Mechttersheimer sei als Lobbyist für libysche Interessen tätig, beschäftigten auch die Grünen-Fraktion des Bundestages, der er nahe stand. Der Abgeordnete selbst drohte zwar rechtliche Schritte wegen Verleumdung an, widersprach aber der Darstellung in

³⁸⁷ Kister. „Bundestagsabgeordneter Mechttersheimer soll als Lobbyist für Khadhafi tätig sein.“ Kister. „Starnberg – Tripolis – Vaduz“.

³⁸⁸ Kister. „Bundestagsabgeordneter Mechttersheimer soll als Lobbyist für Khadhafi tätig sein.“

³⁸⁹ Kister. „Starnberg – Tripolis – Vaduz“.

³⁹⁰ Kister. „Starnberg – Tripolis – Vaduz“.

den Medien nicht ausdrücklich – zumal er sich dem Vorwurf ausgesetzt sah, die angebliche „Perestrojka“ habe Gaddafi nur initiiert, um seinem Regime international eine „Verschnaufpause“ zu verschaffen.³⁹¹ Das eigentlich „Verwerfliche“ am Verhalten Mechtersheimers fasst Kister in einem Kommentar am 6. April 1989 zusammen. Denn, so folgert Kister, ein Politiker, der sich für die von einem Regime getragenen Stiftungen engagiert, müsse „auch die Politik dieses Regimes bis zu einem gewissen Grad gutheißen.“³⁹²

Zudem dürfe ein „Abgeordneter des Bundestages [. . .] sich einfach nicht an einer Stiftung beteiligen, die den Namen eines Mannes [Gaddafi] trägt, der am 23. Mai 1987, wie es im letzten Jahresbericht von Amnesty International heißt, die im Fernsehen übertragene Hinrichtung von neun Menschen als ‚sehr nützliche Lektion‘ für die Opposition bezeichnete.“ Darüber hinaus habe sich Gaddafi den Mordaufrufen gegen den Schriftsteller Salman Rushdie angeschlossen.³⁹³

Die Vorwürfe gegen Mechtersheimer hatten auch Auswirkungen auf andere Parteien. So zitiert ein mit „Eigener Bericht“ in der Autorenzeile überschriebener Beitrag den damaligen parlamentarischen Geschäftsführer der Unions-Fraktion im Bundestag, Friedrich Bohl, der Klarheit über Mechtersheimers Libyen-Beziehungen forderte und andernfalls den Rücktritt des Abgeordneten verlangte. Zu diesem Zeitpunkt setzte die Fraktion der Grünen auf ein klärendes Gespräch mit dem Abgeordneten. Mechtersheimer selbst rechtfertigte sich damit, keine Zuwendungen seitens der Stiftung erhalten zu haben, weshalb etwa ein Ausschuss zur Untersuchung seiner Tätigkeit nicht erforderlich sei.³⁹⁴

³⁹¹ Kister. „Grüne wollen die Rolle Mechtersheimers prüfen.“ *SZ*, 28. März 1989, 1.

³⁹² Kister. „Der Fall Mechtersheimer belastet die Grünen.“ *SZ*, 6. April 1989, 4.

³⁹³ Kister. „Der Fall Mechtersheimer belastet die Grünen.“

³⁹⁴ „Mechtersheimer muß jetzt Fakten nennen.“ *SZ*, 29. März 1989, 2.

3.5.2. Fall Pauli

Macht, ihren Missbrauch und die viel zitierte Selbstbedienungsmentalität von Abgeordneten deckte im Jahr 1974 die „Schwäbische Zeitung“ (Leutkirch) auf. Der Redakteur Klaus Fischer kam einem Fall von Diätenbetrug eines SPD-Landtagsabgeordneten in Baden Württemberg, Oscar Pauli, auf die Spur.

Ihren Ausgangspunkt nahm die Affäre mit der Berichterstattung in der „Schwäbischen Zeitung“ am 4. September 1974. Darin äußerte der Autor Klaus Fischer den Verdacht, dass der Abgeordnete Oscar Pauli zu Unrecht den doppelten Vergütungssatz beziehe.³⁹⁵ Die Ereignisse um den Abgeordneten Pauli fielen in eine Zeit, in der das Land von Skandalen erschüttert wurde. Im Zuge dessen war die „Schwäbische Zeitung“ sehr kritisch eingestellt und griff daher auch diesen Fall auf. „Pauli war eher ein kleiner – regionaler – Fisch.“³⁹⁶ Somit ist in diesem Fall die „Schwäbische Zeitung“ ihrer Wächterrolle im Kleinen nachgekommen und bestätigt, dass investigativer Journalismus auch und besonders ein Betätigungsfeld für regionale Zeitungen darstellt.

Für derart komplexe Darstellungen, verbunden mit einer scharf formulierten Anklage, eignet sich ein Meinungsbeitrag besonders gut, da er es erlaubt, Sachverhalte rhetorisch zuzuspitzen und auf den Punkt zu bringen.

Pauli hatte mehrere politische Mandate, als Landtagsabgeordneter, Stadt- und Kreisrat. Außerhalb seiner politischen Tätigkeit war er freigestellter Betriebsrat bei der Dornier AG. Entscheidend aber war seine Verbindung zu einem Reinigungsbetrieb: Diesen hatte er verpachtet, gegenüber der Landtagsverwaltung jedoch angegeben, sein Haupteinkommen neben der politischen Tätigkeit beziehe er als Selbstständiger, eben als Inhaber dieser Reinigung. Dadurch hatte er, entsprechend dem damals gültigen Abgeordneten- Entschädigungsgesetz, die parlamentarische Grundentschädigung in Höhe von 2.040 Mark doppelt kassiert. Damit, so die Darstellung in der „Schwäbischen Zeitung“, habe der Abgeordnete „auf Grund falscher Angaben seine Parlamentarierbezüge ungerechtfertigterweise aufgebessert.“³⁹⁷

³⁹⁵ Klaus Fischer. „Verdacht gegen SPD-Landtagsabgeordneten Pauli: Überhöhte Diäten durch falsche Angaben?“ *Schwäbische Zeitung (Leutkirch)*, 4. September 1974.

³⁹⁶ Egbert Dreher, Leiter redaktionelle Dienste und Archiv, Schwäbische Zeitung. E-Mail an den Autor. 12. Dezember 2006.

³⁹⁷ Fischer. „Pauli: Kein Diäten-Betrug – Überwiegend freiberuflich?“ *Schwäbische Zeitung (Leutkirch)*, 5. September 1974.

Fischer. „Selbstständiger Kaufmann und engagierter Arbeitnehmer.“ *Schwäbische Zeitung (Leutkirch)*, 5. September 1974, 3.

In einem Kommentar zu den Vorfällen um den Abgeordneten Pauli stellt der Journalist Klaus Fischer fest, dass es „um mehr geht als um 2.040 Mark“. Schließlich stehe der Ruf des Landtags insgesamt auf dem Spiel, ebenso wie das Ansehen der Politik.³⁹⁸

Damit umreißt der Autor den Rahmen des eigentlichen Skandals. Pauli hat durch seine falschen Angaben nicht nur gegen die Regelungen des Landtags verstoßen. Er hat leichtfertig das Ansehen des Landesparlaments sowie der Politik insgesamt gefährdet und sich dem so oft gehörten Vorwurf der Selbstbedienungsmentalität ausgesetzt. Klaus Fischer öffnet damit die Grenzen der Vorfälle, weg vom auslösenden Vorwurf der falschen Einkommensangaben und den daraus folgenden ungerechtfertigten Zahlungen, hin zu einer Diskussion um die Grundfesten der Demokratie. Damit nimmt der Autor die Wächterrolle der Presse in einem besonderen Maße wahr, weil er sich von den (eventuell justiziablen) Vorwürfen gegen einen Abgeordneten trennt und übergeordnete Fragestellungen aufwirft. Auch wenn in dem konkreten Fall dem Landtag und dessen Präsidium keine Vorwürfe zu machen sein mochten, mahnten der Skandal und seine Begleitung durch die „Schwäbische Zeitung“ die Volksvertretung, ihrerseits verantwortungsvoller mit ihrem Mandat umzugehen. Leichtfertig hat der Landtag offenbar den Erklärungen eines einzelnen Abgeordneten zu großen Glauben geschenkt, auf Kosten der Steuerzahler.

Der Landtag hatte schließlich das Problem erkannt, dass ein Missbrauch des bestehenden Abrechnungssystems zu leicht möglich war und die Folgen ließen nicht lange auf sich warten, wie die „Schwäbische Zeitung“ am 6. September 1974 berichtete. Denn der Vorfall diente dem Landtag von Baden-Württemberg als Anlass, seine Zahlungspraxis an Abgeordnete zu ändern. So verlangte der damalige CDU-Fraktionschef Lothar Späth, die Vergütungspraxis müsse transparenter werden, zudem sollten Angaben von Abgeordneten künftig auch überprüft werden.³⁹⁹ Die reinigende Wirkung auf eine offenbar überkommene Geschäftsregelung des Landtags, was die Angaben von Abgeordneten betraf, wird in diesem Antrag offenbar.

Als persönliche Folge der Enthüllungen, die zeigten, dass der SPD-Politiker, Betriebsrat und Gewerkschaftsmann gegen bestehende Regeln verstoßen hatte, legte Pauli seine Mandate in der Arbeitnehmervertretung nieder.⁴⁰⁰ In Anlehnung an die bereits ausgeführte Theorie von Skandalen, musste Pauli diesen Schritt vollziehen, da er als Abgeordneter, der zudem als SPD-Mitglied, Gewerkschaftsfunktionär und Betriebsrat besonders für den „kleinen Mann“

³⁹⁸ Fischer, „Ein Reinigungsfall.“ *Schwäbische Zeitung (Leutkirch)*, 6. September 1974.

³⁹⁹ Fischer, „Verdacht gegen Oscar Pauli ist noch nicht entkräftet.“ *Schwäbische Zeitung (Leutkirch)*, 6. September 1974.

⁴⁰⁰ „Pauli legt Gewerkschaftsämter und Betriebsratsvorsitz nieder.“ *Schwäbische Zeitung (Leutkirch)*, 7. September 1974.

eintreten wollte, einige der Regeln verletzt hat, die ihn in seiner Position als dessen Fürsprecher erst legitimiert haben. Schließlich hatte die IG Metall, für die er das Betriebsratsmandat wahrgenommen hatte, selbst bereits festgestellt, dass sich die Tätigkeit als selbstständiger Kaufmann und Arbeitnehmervertreter nicht miteinander vertrage und „ein Widerspruch in sich“ sei.⁴⁰¹

Als nächstes erklärte Pauli, dass er sein Mandat als Landtagsabgeordneter niederlegen werde. Eine Woche, nachdem seitens der „Schwäbischen Zeitung“ die Vorwürfe erhoben worden waren, Pauli kassiere zu Unrecht den doppelten Diätensatz, trat Pauli zurück, da er trotz seiner Anschuldigungen gegen die Medien, in denen er sich gegen die Vorwürfe verwehrte und diese als nicht zutreffend bezeichnete⁴⁰², „'Indiskretion' aus dem Landtagspräsidium kritisierte“ und „die Frage nach Pressefreiheit“ stellte⁴⁰³ verbunden mit sonstiger Gegenwehr, die Vorwürfe im Kern nicht hatte entkräften können.

Bei seiner Rücktrittserklärung bei einer Parteiversammlung trat er sogar dafür ein, dass die Verwicklungen, die seiner politischen Karriere ein Ende bereitet hatten, in Zukunft unmöglich werden sollten: Die „Möglichkeit des Kumulierens, dieses Sowohl-Als-auch [sic.] muß abgeschafft werden.“⁴⁰⁴

Zu den Vorwürfen gegen den Abgeordneten Pauli meldete sich das Präsidium des Landtags in Stuttgart mit einer Erklärung zu Wort, wonach der Anspruch auf den erhöhten Diätensatz für Pauli nie gegeben gewesen sei. Auf den Rückzahlungsanspruch der zuviel erhaltenen Bezüge wirkten sich auch „fehlerhafte Bewertungen seines [Paulis] Einkommen[s]“ nicht aus.⁴⁰⁵ Offenbar in einem Versuch der Flucht nach vorne hatte Pauli im Nachgang der Diätenaffäre als Rechtfertigung vor dem Betriebsrat von Dornier berichtet, seine Angaben beruhten auf den Empfehlungen seines Steuerberaters. Zudem sagte der geschasste Politiker, auch andere Abgeordnete verhielten sich so wie er. In dieser Darstellung wurde (obwohl ohne Namensnennung) ein Abgeordneter der CDU zweifelsfrei identifiziert, weshalb dieser schließlich Zivilklage gegen Pauli einreichte. Daraufhin musste Pauli seine Anschuldigung widerrufen.⁴⁰⁶

⁴⁰¹ Fischer. „Verdacht gegen Oscar Pauli ist noch nicht entkräftet.“

⁴⁰² Fischer. „Pauli: Kein Diäten-Betrug – Überwiegend freiberuflich?“

⁴⁰³ „Pauli wiederholt seine Beschuldigungen – Schieler und Krause distanzieren sich.“ *Schwäbische Zeitung (Leutkirch)*, 13. September 1974.

⁴⁰⁴ Walter Rundel. „Ein SPD-Genosse: Das war ein sehr guter Abgang.“ *Schwäbische Zeitung (Leutkirch)*, 11. September 1974.

⁴⁰⁵ „Gesetzliche Voraussetzungen zu keinem Zeitpunkt erfüllt.“ *Schwäbische Zeitung (Leutkirch)*, 12. September 1974.

⁴⁰⁶ „Pauli wiederholt seine Beschuldigungen. „Diätenaffäre hat ein zivilgerichtliches Nachspiel.“ *Schwäbische Zeitung (Leutkirch)*, 21. Februar 1975.

„Gerichtliches Nachspiel zur Diäten-Affäre: Pauli widerruft Vorwürfe gegen MdL Barthold.“ *Schwäbische Zeitung (Leutkirch)*, 25. April 1975.

3.5.3. Fall Somerville

Einen wahren Sumpf von Günstlingswirtschaft deckte der „Boston Globe“ im Jahr 1971 in einer umfangreichen Serie auf. Das extra für investigative Recherchen gebildete dreiköpfige „Spotlight Team“ ermittelte in einer dreimonatigen Recherche, dass sich in der Gemeinde Somerville im Großraum Boston ein Geflecht von Offiziellen der Stadt, bestehend aus Bürgermeister, Abgeordneten und hochgestellten Mitarbeitern der Stadtverwaltung sowie einzelnen Unternehmern gebildet hatte, mit dem Ziel, sich gegenseitig Aufträge zuzuschancen, ohne diese vorher öffentlich ausgeschrieben zu haben. Zwischen einigen Vertretern der Stadt und Geschäftsleuten bestanden auch familiäre Bande. Nutznießer war eine Kerngruppe von fünf Personen. Ermöglicht wurde dieses „Geschäftsmodell“ durch die hochgestellten Positionen der wichtigsten involvierten Personen im Umfeld der Politik. Die skandalösen Verbindungen von Politik, Macht und Geld lassen sich anhand dieses Beispiels nahezu idealtypisch aufzeigen.

Diese Ermittlung, sowie investigativer Journalismus insgesamt, war für den „Boston Globe“ offenbar so bedeutsam, dass die Zeitung nicht nur ein „Spotlight-Team“ aufstellte, sondern die Mitglieder auch eigens den Lesern vorstellte (Abb. 2). Keine andere der hier untersuchten Zeitungen tut dies. Dies ist zudem ein Beleg dafür, wie bedeutsam Ende der 60er- und Anfang der 70er-Jahre (also zur Zeit der Enthüllung der Watergate-Affäre) investigativer Journalismus und damit die Wahrnehmung der Kontrollfunktion durch die Presse in den Vereinigten Staaten war. Obwohl die Regularien der Stadt Somerville eindeutig festlegten, dass Aufträge im Wert von über 1.000 Dollar öffentlich ausgeschrieben werden mussten, ausgenommen eilige Notfallarbeiten, setzten sich Einzelne darüber hinweg und verschafften sich damit in den Jahren zwischen 1960 und 1970 einen erheblichen finanziellen Vorteil. Insgesamt gab die Stadt für diese Art der Geschäfte rund fünf Millionen Dollar aus. Nicht die Gesamtheit dieser Ausgaben kann allerdings als Schaden gesehen werden, da einige der Ausgaben für Arbeiten und Anschaffungen aufgewendet wurden, die tatsächlich auch nötig gewesen waren, allerdings mangels Ausschreibung zu einem höheren Preis durchgeführt wurden. Andere rechtschaffene Unternehmen hatten indes keine Chance, einen öffentlichen Auftrag zu erhalten. Der Gesamtschaden lässt sich daher kaum korrekt beziffern.

In einer Serie von sechs Beiträgen zwischen dem 11. und dem 20. Februar 1971 legte das Reporterteam das Ergebnis der Recherche dar, in deren Verlauf es etwa 120 Personen in-

interviewt und etwa 6.000 Akten gesichtet hatte. Zur Berichterstattung des „Spotlight-Teams“ kommen noch weitere Beiträge hinzu, in denen einzelne Anklagepunkte vertieft werden.

Im ersten Teil der Serie am 11. Februar 1971 geht es darum, wie es der Installationsbetrieb Sillari geschafft hat, gefördert von Bürgermeister Lawrence Bretta, ohne jede Ausschreibung immer wieder an die Stadtwerke Materialien und Ausrüstung zu liefern, obwohl die Notwendigkeit der Bestellungen absehbar gewesen war und diese daher auch hätten ausgeschrieben werden können. Das „Spotlight Team“ des „Globe“ hatte dafür auch Beweise zur Verfügung: „The Globe Spotlight team has in its files evidence of invoice paid to the Sillaris in this period amounting to \$322,884.69. Virtually all of the documents were signed by Bretta.“ Lawrence Bretta war von 1962 bis 1967 Bürgermeister der Gemeinde.⁴⁰⁷

Der zweite Teil am 12. Februar 1971 stellt dar, wie der Kaufmann Luigi Analetto (ein Schwiegersohn von Tony Sillari), der bereits wegen Betrugs zum Nachteil der Stadt Somerville zu Haftstrafen verurteilt worden war, für seinen Baukonzern lukrative Aufträge an Land ziehen konnte. Insgesamt schloss die Stadt Somerville mit der Firma „Otis Construction“ Verträge für Bauarbeiten, Dienstleistungen oder Gerätevermietungen im Gesamtwert von 777.756 Dollar ab.⁴⁰⁸ Etwa auf einer halben Zeitungsseite sind die Arbeiten der Firma Otis für die Stadt Somerville mit Datum und Rechnungsbetrag tabellarisch aufgelistet, um zu illustrieren, dass es sich bei den Aufträgen weder um Notfall-Arbeiten noch um Aufgaben handelte, die völlig unvorhersehbar waren und deshalb von der kommunalen Ausschreibungspflicht entbunden gewesen wären.

„(The year 1967 was an especially busy one for Otis Construction Co., doing no-bid work for the city of Somerville. Following is a breakdown of the no-bid work he [Analetto, bzw. dessen Unternehmen] did that year, the days he did it, and what he got paid.)

Jan. 3 – Excavating, digging and backfilling for broken water pipes at three locations\$ 675

Jan. 5 – Excavating, digging and backfilling for broken water pipes at three locations\$\$ [sic.] 675

Jan. 6 – Excavating, digging and backfilling for broken water pipes at three locations\$ 675 [. . .]

March 13 – Rental of two Hough Payloaders with operators and equipment for snow plowing for 156 hours at \$ 18 per hour ... \$ 2808

March 13 – Rental of two Hough Payloaders with operators and equipment for snow plowing for 186 hours at \$ 12 per hour ... \$ 2232 [. . .]”⁴⁰⁹

⁴⁰⁷ Timothy Leland, Gerard O’Neill und Stephen Kurkjian. „Spotlight ... 5 Somerville Contractors Get \$ 4.3m in No-Bid City Work.“ *The Boston Globe*, 11. Februar 1971.

⁴⁰⁸ Leland. „Ex-Convict Builder Awarded \$ 777,756 in No-Bid Contracts.“ *The Boston Globe*, 12. Februar 1971.

⁴⁰⁹ Leland. „1967 was busy year for Otis Construction Co.“ *The Boston Globe*, 12. Februar 1971.

Im dritten Teil am 13. Februar wird dargelegt, wie es sechs hochgestellte Mitarbeiter der Stadtverwaltung geschafft haben, über eigene Firmen Aufträge zu erhalten, wobei einige der Unternehmen einzig und allein zu dem Zweck gegründet worden waren – so scheint es jedenfalls – Aufträge der Stadt Somerville entgegenzunehmen: „Three companies owned by former Somerville commissioners of public works did nearly half a million dollars of no-bid business with the same Somerville department between 1960 and 1970.“⁴¹⁰ Besondere Zunahmen bei der Zahl ihrer Aufträge verzeichneten einige der Firmen zu der Zeit, in der John Havican Commissioner im Department for Public Work war, zwischen 1962 und 1966, bzw. im Jahr 1967, in dem er für sechs Monate Interims-Bürgermeister nach Lawrence Bretta war. Zusammenfassend stellen die „Globe“-Autoren fest: „The story of these four companies during the 1960s is a classic story of public favoritism in a city where the funneling of public work to the favored few has become a way of life.“⁴¹¹ Ein normales Verfahren also, in dem einige wenige, an den Vorschriften vorbei, ihre Taschen füllen konnten. So normal, dass ein Stadtrat einräumt: „You know I do that kind of work for a living [. . .] If there is anymore of that work to be done in the city, I want some of the ice cream.“⁴¹² Im Folgenden gehen die Autoren die einzelnen Unternehmen Schritt für Schritt durch. Wie sich die Aufträge jeweils einfädeln ließen, erklärt der frühere Commissioner Walter Manning: „My connections in Somerville have always been of the best [. . .]. I’ve dealt with Somerville all my life. I bet I know everyone that was ever an official in the city.“ So ließen sich durch Beziehungen vielversprechende Geschäfte einfädeln.⁴¹³

Ein weiteres Beispiel ist die „Highland Auto Parts“, deren Umsätze mit der Stadt Somerville sich innerhalb kürzester Zeit vervielfachten, insbesondere unter der Verwaltung von John Havican, mit dem der Gründer des Unternehmens familiär verbunden war. „In the previous year the company had done only \$ 2975 worth of business with the city. In 1962, however, with Havican at the helm of DPW, this figure more than doubled to \$ 6547. By 1964 it had more than doubled again, to \$ 17,057. Two years after that it had almost doubled once more. That was the year John Havican became an interim mayor for six months, following Bretta’s resignation.“⁴¹⁴

Im vierten Teil am 16. Februar 1971 geht es in einem weiteren „Globe“-Beitrag darum, wie hochgestellte Vertreter der Stadtverwaltung sich oder ihnen nahe stehenden Personen

Siehe dazu auch Abb. 5.

⁴¹⁰ Leland. „\$ 481,063 No-Bid Business To Ex-DPW Commissioner.“ *The Boston Globe*, 13. Februar 1971.

⁴¹¹ Leland. „\$ 481,063 No-Bid Business To Ex-DPW Commissioner.“

⁴¹² Leland. „\$ 481,063 No-Bid Business To Ex-DPW Commissioner.“

⁴¹³ Leland. „\$ 481,063 No-Bid Business To Ex-DPW Commissioner.“

⁴¹⁴ Leland. „\$ 481,063 No-Bid Business To Ex-DPW Commissioner.“

Steuervorteile dadurch verschafft haben, dass sie den Wert von Immobilien entsprechend niedrig ansetzten, wobei dieser Wert wiederum Grundlage für die Ermittlung der Steuerschuld war.

„The small homeowner, struggling with one of the highest tax rates in the state, is subsidizing a coterie of former officials and favored contractors who are parlaying Somerville real estate into small fortunes. During the past decade, the loosely-knit group of officials and businessmen have acquired about \$ 5 million in property and have received the lion’s share of tax breaks from the highly political board of assessors.“⁴¹⁵

Zu Beginn zählt der Beitrag schlaglichtartig neun der Vorkommnisse auf. Darunter sind Immobiliengeschäfte sowie zu Unrecht gewährte Steuervorteile durch eine Herabstufung des Wertes von Immobilien. Die dadurch entstandenen Steuerausfälle für die Stadt Somerville beliefen sich auf 101.173 Dollar. Zu den Personen, die von den Vorteilen profitierten, gehörten auch die früheren Bürgermeister Lawrence Bretta und William Donovan, ein ehemaliger State-Senator sowie die Brüder Sillari. Die Anschuldigungen werden im Folgenden vertieft und dazu mit Zahlen belegt.⁴¹⁶

Im fünften und sechsten Teil, am 17. und 20. Februar 1971, schildern die Reporter, wie hochgestellte Vertreter der Stadt, beziehungsweise ein State-Senator ihre eigenen Versicherungsagenturen aufgebaut hatten, um in der Stadt beziehungsweise im Wahlbezirk lukrative Versicherungsaufträge zu erhalten. Der Senator hatte außerdem ein Reisebüro eröffnet, über das offizielle Reisen der Stadt abgewickelt wurden. Der „Globe“ stellt die Verbindungen von County Commissioner Frederick Connors zur „Bretta & Bennett“ Versicherungsagentur dar. Der Versicherungsvertrag trägt die Unterschrift von Connors.⁴¹⁷

Zudem, so der Bericht, hatte Senator Denis McKenna in seinem Wahlbezirk eine Vielzahl öffentlicher Posten an Günstlinge vergeben, um seine eigene Machtbasis und damit seine Wiederwahl zu sichern. Wesentliche Geschäftsgrundlage war das Versicherungsgeschäft. „The policies placed through the McKenna Agency, Inc. are: All the fire insurances for public buildings in Somerville for 1968 and 1969, with fees amounting to about \$ 10,800. Acting as broker of record, McKenna handled the policy through an agency that formally employed him.“ Hinzu kamen weitere Geschäfte, wobei er sich dadurch Vorteile verschaffte, dass er in

⁴¹⁵ Leland. „Assessing Is ‘Political Ballgame.’“ *The Boston Globe*, 16. Februar 1971.

⁴¹⁶ Leland. „Assessing Is ‘Political Ballgame.’“

⁴¹⁷ Leland. „County officer in insurance firm“ *The Boston Globe*, 17. Februar 1971.

entsprechenden Ausschüssen vertreten war und dieses Wissen offenbar gezielt für seine Interessen nutzte.⁴¹⁸

Von anderen Autoren des „Globe“ folgten im Jahr 1971 weitere follow-up-Beiträge zu den Vorfällen. Zudem schildert die Zeitung die Folgen der Enthüllungen. Am 11. August wurde beispielsweise bekannt, dass 19 Personen, darunter drei frühere Bürgermeister, angeklagt wurden. Die Klage basierte in weiten Teilen auf der „Globe“-Berichterstattung über die Vorteilsnahme- bzw. -gewährung zwischen 1960 und 1970 in Höhe von 4,3 Millionen Dollar.

419

Gemeinsam ist den ausgewählten Texten ihr Vorwurf, den sie an in der Politik engagierte Menschen richten. In jedem der drei Beispiele ist ein Politiker oder eine Gruppe von Politikern beziehungsweise eine Person im öffentlichen Dienst in enger Anbindung an die Politik Verlockungen erlegen, die sich im Zusammenhang mit ihrem Tun ergeben haben – sei es die Nähe zu einer fremden politischen Macht, deren „Botschafter“ oder „Steigbügelhalter“ Alfred Mechttersheimer hätte werden können – womöglich wohl dotiert; sei es die plumpe Lüge zum Zweck des Doppelt-Kassierens oder sei es das wohl gewobene Netzwerk zum Ausnutzen des Systems, auf dem die eigene Machtstellung gründete. Wie im Folgenden zu zeigen sein wird, argumentieren die beiden deutschen Beiträge sehr stark auf moralischer Ebene. Beide schieben eine Entwicklung an, die danach selbstständig weiter voranschreitet.

Der US-Beitrag führt dagegen alle Anschuldigungen samt Beleg von Anfang an in vollem Umfang aus, ohne sich dabei der Kategorie der Moral⁴²⁰ zu bedienen.

⁴¹⁸ Leland. „Route 93 insured by Sen. McKenna.“ *The Boston Globe*, 20. Februar 1971.

⁴¹⁹ Dexter Brine und Stephen Wermiel. „Grand jury issues 119 conspiracy counts: 3 former Somerville mayors indicted.“ *The Boston Globe*, 11. August 1971, 1, 4.

⁴²⁰ Der Begriff Moral ist im Merriam-Webster Online-Dictionary definiert als „[. . .] conformity to a standard of what is right and good. Moral implies conformity to established sanctioned codes or accepted notions of right and wrong.“

Merriam-Webster Online-Dictionary. Moral. 13. September 2007. <<http://www.m-w.com/cgi-bin/dictionary?moral>>.

In der Stanford Encyclopedia of Philosophy heißt es dazu: „When ‘morality’ is used in its universal normative sense, it need not have either of the two features that are essential to moralities referred to by the original descriptive sense: that it be a code of conduct that is put forward by a society and that it be used as a guide to behavior by the members of that society.“ Bei der Erörterung verschiedener Definitionen des Begriffs fasst der Autor zusammen: „On all accounts of morality, it is a code of conduct.“

Bernard Gert. „The Definition of Morality.“ *Stanford Encyclopedia of Philosophy*. 20. September 2007.

<<http://plato.stanford.edu/entries/morality-definition/>>.

Damit zielt der Begriff weniger auf offenkundig Verbotenes. Verstöße gegen geltendes Recht machen eine auf Moral gestützte Argumentation überflüssig. Vielmehr bedeutet der Begriff hier Verstöße gegen gesellschaftlich akzeptierte Regeln, die zwar nicht in Paragrafen geregelt sind, wobei ein Verstoß gegen sie dennoch als Unrecht verstanden wird, also eine Art der „Sowas-tut-man-nicht-Einstellung“. Hinzu kommt, dass an bestimmte Personenkreise eine höhere moralische Anforderung gestellt wird. So sind Verstöße gegen das gesellschaftlich richtig Verstandene von besonders privilegierten Personen mit Vorbildfunktion wie etwa Abgeordneten oder Bürgermeistern besonders verwerflich. Denn ihnen wird mit ihrer Wahl ein Vertrauensvorsprung gewährt, der sich nicht allein auf das Einhalten von Gesetzen beschränkt. Vielmehr müssen sie auch die akzeptierten Grenzen zwischen richtig und falsch umso mehr einhalten. In den meisten der deutschen Zeitungsbeiträge geht es genau um

3.5.4. Analyse

Klaus Kister liefert in seinen Beiträgen in der SZ keine unmittelbaren Beweise dafür, dass Mechttersheimer sich konkreter, greifbarer Verfehlungen schuldig gemacht hat. Vielmehr zieht er die Ereignisse auf eine moralische Ebene, wonach sich ein Engagement für Libyen für einen Abgeordneten des Deutschen Bundestags per se verbiete. Schließlich stand das Land zu dieser Zeit ganz oben auf der Liste der Schurkenstaaten. Sich an einer Stiftung oder Einrichtung zu beteiligen, die dieses Regime förderte, unterstützte oder das Verhalten des Landes relativierte, sei für einen Bundestagsabgeordneten daher unangemessen gewesen. Dadurch bringt Kister den Politiker in Erklärungsnot und unter Zugzwang. Gestützt wird dies zusätzlich durch die Unruhe in der Grünen-Fraktion, der der parteilose Abgeordnete angehörte. Wie Kister in seinem Beitrag auf Seite 3 darlegt, war der Anlass zu der Enthüllung eine Kette von Indizien und Hinweisen, zusammengetragen aus verschiedenen, dem Journalisten vorliegenden Dokumenten sowie Aussagen von in die Ereignisse involvierten Personen.⁴²¹

Im vorliegenden Fall hat sich ein Abgeordneter dazu hinreißen lassen, sich für ein Regime einzuspannen zu lassen, das demokratischen Ansprüchen und Gepflogenheiten in keiner Weise entsprach. Hinzu kommt die – wenn auch eingeschränkte – Verfügungsgewalt über die von der hier angesprochenen Stiftung ausgeschütteten Erträge sowie eine zu unterstellende Vergütung für das eigene Tätigwerden. Hierbei ist davon auszugehen, dass seine Abgeordnetentätigkeit ihn erst dazu prädestiniert hat, für diese Stiftung aktiv zu werden. Wenn, wie Kister schreibt, ein Engagement für Libyen ohne gewisse Grundsympathien für diesen Staat schwer vorstellbar ist, so ist wiederum davon auszugehen, dass (wie Kister ebenfalls schlussfolgert) Mechttersheimer im Deutschen Bundestag Lobbyarbeit für das Gaddafi-Regime betreiben sollte, also einen Einsatz für Libyen mit verdeckten Karten, was sich für einen Abgeordneten von vorne herein verbieten sollte.

diese Grenzüberschreitungen, selbst dann, wenn weitere Straftatbestände wie etwa Betrug erfüllt sind. Denn offenbar sind Politiker auf der Ebene der moralischen Verfehlung leichter angreifbar als bei einem Verstoß gegen Paragrafen.

In einem Interview mit dem „Straubinger Tagblatt“ nimmt Michael Abländer, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Unternehmensethik an der Universität Kassel, Stellung zu Moral und Anstand im Wirtschaftsleben, was sich auch auf die Vorgänge in Somerville übertragen lässt: „Wenn beispielsweise Arbeitsplätze abgebaut werden, nur mit dem Ziel die Aktienkurse des eigenen Unternehmens positiv zu beeinflussen, oder wenn Bestechung von Amtsträgern zum Geschäftsprinzip wird, um so an öffentliche Aufträge zu gelangen, dann erscheinen derartige Mittel aus ethischer Sicht kaum legitimierbar. Ethisch bedenklich ist nicht das Streben nach Gewinn, sondern sind die hierzu mitunter eingesetzten Mittel.“

Susanne Herr. „Gewinn und Ethik widersprechen sich nicht‘: Prof Michael Abländer über die Probleme mit Moral und Anstand im Wirtschaftsleben“. *Straubinger Tagblatt*, 8. Juli 2009, 7.

Übertragen auf die Vorgänge etwa in Somerville bedeutet dies, dass ein System zur Ausnutzung eines Netzwerks zur eigenen Bereicherung unter Ausschluss der sich fair verhaltenden Unternehmen aus ethischer Sicht nicht haltbar ist.

⁴²¹ Kister. „Starnberg – Tripolis – Vaduz.“

So liegt die Verfehlung, derer Kister Mechtersheimer beschuldigt, nicht im Einsatz für Libyen selbst, sondern in dessen Geheimhaltung, denn nur so hätte Mechtersheimer seinen politischen Einfluss auch ausspielen können.

Einen Eindruck davon liefert der Vorspann zum ersten Beitrag dieser Serie am 25. März 1989:

„Der für die Grünen im Bundestag sitzende Abgeordnete Alfred Mechtersheimer steht im Verdacht, für den libyschen Staatschef Khadhafi als Lobbyist tätig zu sein. Mechtersheimer ist an einer in Vaduz (Liechtenstein) registrierten Stiftung beteiligt, die nach Informationen der ‚Süddeutschen Zeitung‘ von der libyschen Regierung bezahlt wird. Als Grundstock für die Finanzierung dieser und möglicherweise noch anderer Stiftungsprojekte sollen auf einem Konto in der Schweiz zehn Millionen US-Dollar liegen, die von Khadhafi bereitgestellt wurden. Offenbar mit Teilen dieses Kapitals ist in Vaduz die ‚M.A.G.Stiftung für Frieden und Solidarität‘ gegründet worden.“⁴²²

Mit diesen Erkenntnissen konfrontierte er Mechtersheimer, der Schwierigkeiten hatte, sein Engagement für Libyen zu begründen. Die alternative Erklärung jedenfalls, er könne sich für die Politik des Wandels in Libyen einsetzen, um diesen Prozess weiter zu vertiefen und dadurch unumkehrbar zu machen, ein Denkmodell, das Kister selbst als Option anführt, vermag Mechtersheimer weder zu belegen, noch geht er selbst weiter darauf ein. Stattdessen ergeht er sich in erster Linie in Ausweichmanövern, um jeden Verdacht zu zerstreuen – jedenfalls nach Darstellung in der SZ. Alternativerklärungen, die sein Engagement rechtfertigen könnten, liefert er nicht.⁴²³ Ähnlich verhält es sich im Fall Pauli, wie noch zu zeigen sein wird.

Kister drängt damit Mechtersheimer in die Defensive und wartet auf Reaktionen, denn zu Beginn der Aufarbeitung der Vorwürfe präsentiert Kister keine Beweise, die eindeutig be-

⁴²² Kister. „Bundestagsabgeordneter Mechtersheimer soll als Lobbyist für Khadhafi tätig sein.“

⁴²³ Auch der Rückblick auf die Ereignisse in Libyen zu dieser Zeit ergibt kein klares Bild. So bombardierten die Vereinigten Staaten im Jahr 1986 zwei libysche Städte, wegen Unterstützung des Regimes für antisemitische Terrorgruppen. 1988 räumte Gaddafi die Verwicklung seines Landes in den Anschlag auf den PanAm-Jumbo ein, der bei Lockerbie abgestürzt war. Auch mit anderen Abstürzen von Flugzeugen wird das Land in Verbindung gebracht, ebenso wie mit dem Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin im Jahr 1986. Im zweiten Golfkrieg 1990 stand Libyen wiederum auf Seiten des Irak und 1993 bis 2003 verhängten die Vereinten Nationen Sanktionen gegen den nordafrikanischen Staat, weil er sich weigerte, zwei Attentäter auszuliefern. Nach den Anschlägen auf das World Trade Center am 11. September 2001 akzeptierte Gaddafi das Selbstverteidigungsrecht der Vereinigten Staaten und 2003 verzichtete Libyen offiziell auf die Verwendung von Massenvernichtungswaffen. Davon ausgehend kann wohl erst ab etwa 2001 von einer Öffnung des Landes gesprochen werden, die jedoch bis heute nicht vollständig verwirklicht ist. So klagen Menschenrechtler weiterhin Misshandlungen und Folter an. Politische Freiheit oder Pressefreiheit existieren bis heute nicht. Zum damaligen Zeitpunkt wäre ein Engagement eines deutschen Abgeordneten für Libyen wohl eher dazu geeignet gewesen, „ein blutbeflecktes Regime international aufzuwerten“, wie dies ein Sprecher der „Generalunion libyscher Studenten“ gegenüber der SZ gesagt hat. Nach Ansicht des Sprechers der Organisation „libyscher Oppositioneller in der Bundesrepublik“, diene die „sogenannte Liberalisierung“ nur dazu, dem Gaddafi-Regime eine „Verschnaufpause“ zu verschaffen. Kister. „Grüne wollen die Rolle Mechtersheimers prüfen.“

legt hätten, dass Mechttersheimer das Unrechtsregime in Tripolis unterstützt. Doch schließt er aus den vorliegenden Beweisen für das Engagement in der besagten Stiftung und aus dem Verhalten des Politikers, dass eine Grundsympathie für die Politik Libyens gegeben sein müsse, da sich das Verhalten Mechttersheimers anders nicht erklären lasse, was wiederum verwerflich sei, weil Libyen für Menschenrechtsverletzungen und mehrere Terrorakte verantwortlich zeichne.

Auch die Unruhe in der Fraktion der Grünen diene Kister als Hinweis darauf, dass er mit seinen Vermutungen auf der richtigen Spur war, dass nämlich Mechttersheimer das Regime in Libyen unterstützte, versteckt hinter der Behauptung, in dem Land finde ein Prozess der Öffnung statt. Zumal die Öffnung eines afrikanischen Landes hin zum Westen eigentlich im Interesse der Grünen hätte sein müssen. Der Widerstand aus der Fraktion dagegen, dass jemand, in ihrem Namen pro-libysche Politik betrieb, zeigt, dass die Grünen dieses Engagement nicht akzeptieren konnten.

Was bleibt, ist der Eindruck, Mechttersheimer habe sich durch die Zeitungsbeiträge erappt gefühlt, wiederum eine Parallele zur Berichterstattung im Fall Pauli. In einem Interview antwortet der Abgeordnete Mechttersheimer auf die Frage von Kister nach der besagten Stiftung lediglich mit der ausweichenden Gegenfrage: „Woher wissen Sie das?“⁴²⁴ – eine Antwort liefert er hingegen nicht. Das Nicht-eingehen-wollen auf die ihm zur Last gelegten Vorwürfe verbindet das Verhalten Mechttersheimers mit dem des Landtagsabgeordneten Oscar Pauli.

Der Autor Klaus Fischer äußert den Verdacht gegen den Abgeordneten mit der als Frage formulierten Überschrift: „Überhöhte Diäten durch falsche Angaben?“ Am folgenden Tag ist der Titel wiederum als Frage formuliert, wobei hier bereits die Formulierung „Diäten-Betrug“ auftaucht. Durch die Art der Berichterstattung gerät die Frage „Pauli: Kein Diäten-Betrug – Überwiegend freiberuflich?“ zu einer rhetorischen Frage. Dennoch bleibt die Berichterstattung stets zurückhaltend; dabei sind die Ausführungen über die Betrugsvorwürfe selbst kurz gehalten. Der Rest der beiden jeweils zweiseitigen Anfangsberichte beschäftigt sich mit Hintergründen der Gepflogenheiten der Abgeordnetenentschädigung. In der Zusatzberichterstattung auf Seite 3 vom 5. September 1974 wiegen die Vorwürfe hingegen schon schwerer. Hier ist der Betrug bereits unterstellt und aus dem Bereich der reinen Vermutung herausgeholt. Trotz allem liefert Fischer ausführlichere Schilderungen des Umfeldes anstelle von Vorwürfen. Die gegen Pauli erhobenen Anschuldigungen sind auch entsprechend einfach und übersichtlich. Ein Abgeordneter hat durch falsche Angaben seine Diäten aufgebessert. Damit ist es unnötig, den Sachverhalt in langen Beiträgen zu erläutern. In dem Vergleichsbei-

⁴²⁴ Kister. „Starnberg – Tripolis – Vaduz.“

trag aus den Vereinigten Staaten sind die Vorwürfe und das Beziehungsgeflecht der involvierten Personen weit komplexer. Die Berichterstattung zur Aufarbeitung der Hintergründe ist daher entsprechend aufwendiger.

Der Redakteur Klaus Fischer stellt in zwei kürzeren Berichten den auf seinen Recherchen beruhenden Verdacht in den Raum und wartet nun auf eine Reaktion des Beschuldigten. Die Vorwürfe haben im Laufe der Berichterstattung eine Eigendynamik entwickelt, denn bereits am 6. September 1974 heißt es in der Überschrift „Verdacht gegen Oscar Pauli noch nicht entkräftet“. Damit wird deutlich, dass die Vorwürfe angesichts des Verhaltens Paulis bereits als erwiesen galten. Die Richtigkeit der Vorwürfe beweist im Folgenden das Verhalten des Abgeordneten Pauli, der zunächst seine Arbeitsnehmersvertretungs-Mandate niederlegt, um schließlich als Landtagsabgeordneter zurückzutreten.

Der Reporter hat mit seiner Berichterstattung die Kette der Ereignisse angestoßen, im Folgenden die Erkenntnisse vertieft, um auf Reaktionen der Beteiligten zu warten, was schließlich zum Rücktritt eines Abgeordneten und der Beschäftigung des baden-württembergischen Landtags über den von der Zeitung aufgedeckten Sachverhalts geführt hat. Die Art der Berichterstattung erweckt den Eindruck, als sei der Sachverhalt von Beginn an nicht voll ausrecherchiert gewesen, allerdings reichten Beweise und Verdachtsmomente aus, um eine Veröffentlichung verantworten zu können. Fischer erreicht dies insbesondere auch dadurch, dass er seine Argumentation auf eine moralische Ebene stellt, von der aus er das Verhalten des Abgeordneten beurteilt. So attestiert Fischer dem Abgeordneten, sein Landtagsmandat neben mehreren anderen Beschäftigungen lediglich als „drittes Bein“⁴²⁵ für seine Versorgung zu benutzen. Zudem macht er auf das Gebaren Paulis nach dessen Einzug in das Parlament aufmerksam:

„Als er, gerade ins Parlament eingezogen, sich gegenüber der Verwaltung entsprechend erklären mußte, versicherte er, er beziehe sein Einkommen ‚überwiegend [. . .] aus freiberuflicher Tätigkeit‘. Kaum im Landtag, verpachtete er seine Wäscherei. Das wäre weiter bedeutungslos gewesen, denn die Pacht hat ja möglicherweise die Höhe seines Gehalts immer noch überschritten (was zu beweisen wäre) – aber im Juli 1973 hat der Landtag mutmaßlich mit der Stimme des Abgeordneten Pauli, den ausschlaggebenden Passus geändert – und zwar aus ‚guten Gründen‘, wie im Landtag versichert wird.“⁴²⁶

Anhand dieser Messlatte wird es möglich, Pauli Verfehlungen vorzuhalten, die im Zweifel auch noch nicht ausreichend belegt sind, um etwa vor Gericht Bestand zu haben. Das Verhalten der Beteiligten und des Angeschuldigten war sozusagen Bestandteil der Berichter-

⁴²⁵ Fischer. „Selbständiger Kaufmann und engagierter Arbeitnehmer.“

⁴²⁶ Fischer. „Selbständiger Kaufmann und engagierter Arbeitnehmer.“

stattung. Damit baut der Redakteur dem Angeschuldigten eine Brücke, um die Vorwürfe seinerseits zu entkräften. Der Umstand, dass Pauli diesen Weg nicht beschreiten wollte, kann als zusätzliches, stillschweigendes Einräumen der ihm zur Last gelegten Verfehlungen angesehen werden, zumal er auch die moralische Verwerflichkeit seines Verhaltens nicht rechtfertigen konnte. Das Wort Betrug und damit die Bezeichnung einer Straftat wird zunächst mit großer Vorsicht gebraucht und mit zahlreichen Fragezeichen versehen. Die entsprechenden Erhärtungen holt der Autor im Folgenden nach, als Fischer in einem Kommentar schreibt: „Oscar Pauli, der zu Wahrheit und Klarheit offenbar ein gestörtes Verhältnis hat, konnte leider nicht Wort halten: Seine Ankündigung, er werde den gegen ihn bestehenden Verdacht des Diäten-Betrugs im Gespräch mit dem Landtagspräsidenten unschwer klären können, hat sich nicht erfüllt“.⁴²⁷ Am gleichen Tag taucht das Wort Betrug in einem weiteren Bericht auf, in dessen Vorspann es heißt: „Dem SPD-Landtagsabgeordneten Oscar Pauli ist es noch nicht gelungen, den Verdacht des Diäten-Betrugs von sich zu weisen.“⁴²⁸

Dadurch unterscheidet sich der Beitrag von Veröffentlichungen in US-Medien. In den Vergleichstexten entsteht der Eindruck, als ob US-Journalisten ihre Beiträge voll ausrecherchieren, bevor sie veröffentlicht werden, dann jedoch umso schonungsloser. Selbst dann, wenn Stück für Stück die Enthüllungen präsentiert werden und Reaktionen von Betroffenen möglich sind, erscheint der Grad, bis zu dem bereits Rechercheergebnisse vorliegen, entsprechend höher zu sein. Durch ihre zurückhaltende Darstellung der vorliegenden Rechercheergebnisse erlauben die deutschen Beiträge es den Betroffenen, ihre Sicht der Dinge noch zu erläutern. Ausrecherchiert sind ihre Veröffentlichungen ebenso wie die ihrer US-Kollegen – zu viel stünde sonst auf dem Spiel – dennoch wählen sie eine andere Herangehensweise.

Deutlich wird dies insbesondere im Vergleich mit der Beitragsserie über die Ereignisse in Somerville. Der amerikanische Beitrag schildert von Anfang an die kompletten Rechercheergebnisse, versehen mit einer Vielzahl von Belegen. Schon im Umfang der Berichterstattung unterscheidet sich die „Globe“-Serie erheblich von den deutschen Beiträgen.

Wie sehr müssen das Gerechtigkeitsempfinden und das Vertrauen in die Politik in einer Gemeinde erschüttert gewesen sein, die unter einer immer höheren Steuerlast litt, deren Bevölkerung ständig schrumpfte und deren Schuldenlast stärker und stärker drückte und wo zugleich Politiker fünf Unternehmern über zehn Jahre hinweg lukrative Aufträge im Gesamtwert von mehreren Millionen Dollar zugeschanzt haben?⁴²⁹

⁴²⁷ Fischer. „Ein Reinigungsfall.“

⁴²⁸ Fischer. „Verdacht gegen Oscar Pauli ist noch nicht entkräftet.“

⁴²⁹ Leland. „Spotlight ... 5 Somerville Contractors Get \$ 4.3m in No-Bid City Work.“
„The city of Somerville: \$ 6.5m in debt, decaying but stirring.“ *The Boston Globe*.

In ähnlichem Maße schwierig mag es für die Redakteure des „Boston Globe“ gewesen sein, die gelderstickte Verschwiegenheit in der Gemeinde zu durchbrechen und Menschen wie Akten zum Reden zu bringen. Da sowohl der Ruf des „Boston Globe“ als auch der involvierten „Honoratioren“ auf dem Spiel stand, untermauern die Mitglieder des „Spotlight-Teams“ jede der harten Anschuldigungen mit Belegen und Beweisen – ohne jemals Zweifel oder Unklarheiten aufkommen zu lassen. Entsprechend tiefgreifend ausgerechert muss der Gesamt-sachverhalt zum Zeitpunkt der Veröffentlichung gewesen sein. Bereits im Prolog der Artikelserie am 11. Februar 1971 stellt der „Globe“ unzweifelhaft fest: „This series will disclose, among other things, how officials of Somerville benefited a small cohesive group of favored contractors by diverting no-bid and emergency work to their firms.”⁴³⁰

Weitergeführt wird dieser Ansatz im ersten Beitrag zur Serie, ebenfalls am 11. Februar 1971: „Over the past decade, the tax rates in cities and towns across the state have skyrocketed. Some communities actually face bankruptcy today, as incoming revenue fails to keep up with expenses. The reason for the financial crisis lies, for the most part, with increased costs that are inescapable. But how well is public money spent on the local level? What happens to it? Who benefits?“ Damit umreißt der „Globe“ den Rahmen, innerhalb dessen die politisch Verantwortlichen nun auf ihre Rechtschaffenheit hin überprüft werden sollen. Ähnlich einer Anklageschrift weisen die Autoren der Serie den einzelnen Akteuren seitenweise Stück für Stück ihre Verfehlungen nach. „The Globe also has learned that in 1969, two years after Bretta got out of office, Tony Sillari, Bretta and another individual pooled roughly \$ 200,000 worth of property acquired largely during his administration. Since then, their real-estate trust has additional property valued at approximately \$ 350,000.“⁴³¹

Besonders deutlich wird das Ausmaß der Vorteilsgeschäfte durch die Gegenüberstellung der Geschäfte mit der Charta der Stadt, wonach kein Vertrag für Baumaßnahmen oder Anschaffungen ohne Ausschreibung abgeschlossen werden darf, „which amounts to ONE THOUSAND DOLLARS or more.“ Die Schreibung des Betrags ist bereits in dem Beitrag durch Versalien hervorgehoben, also zusätzlich betont. Als weitere Emphase stellen die Autoren fest: „In lawmaker’s language, the essence of this is very simple.“⁴³²

Durch diese Darstellung – wobei der Inhalt der Charta auch in anderen Beiträgen immer wieder angesprochen wird – legen die „Globe“-Autoren die Messlatte für den Grad der Verfehlungen hoch an. Politiker und Unternehmer sind also keine Opfer komplexer und undurchsichtiger Vorschriften und Verordnungen geworden, sondern haben sich über eindeutige

⁴³⁰ „spotlight team.“ *The Boston Globe*, 11. Februar 1971.

⁴³¹ Leland. „Spotlight ... 5 Somerville Contractors Get \$ 4.3m in No-Bid City Work.“

⁴³² Leland. „Spotlight ... 5 Somerville Contractors Get \$ 4.3m in No-Bid City Work.“

und einfache Regeln hinweggesetzt. Durch die ebenfalls verbotene Aufsplittung von Aufträgen in Beträge unter der Tausend-Dollar-Schwelle haben die betroffenen Personen versucht, die Regeln zusätzlich zu unterlaufen, wie die Redakteure des „Globe“ darlegen. Profitiert haben aber nicht nur die bevorteilten Unternehmer. Insbesondere Bürgermeister Lawrence Bretta, der mit einigen der Unternehmer sowohl geschäftlich als auch familiär verbunden war, verdiente ständig mit.

„Very little was put out to bid by the water department [das Amt mit dem höchsten Bestell- und Vergabebedarf] during the Bretta administration, and virtually nothing was bought wholesale.“⁴³³

Zudem stellt der „Globe“ dar, wie Bretta und die begünstigte Unternehmerfamilie Sil-lari durch eine Versicherungsagentur und eine Immobilienfirma miteinander verbunden waren. Kein Wunder also, dass der Bürgermeister seinen auch privaten Geschäftspartner zum eigenen Vorteil mit Aufträgen versorgte. Dazu zählt der „Globe“ auch einzelne Rechnungsbe-träge samt Datum als Belege auf. Ebenso schonungslos geht der „Globe“ in den anderen Fall-beispielen zuwerke, etwa bei Luigi Analetto. Auch in seinem Fall führt der „Globe“ die nach-gewiesenen Fälle minutiös auf.

In der Gesamtdarstellung verbindet der „Globe“ die Schilderung moralischer Verge-hen mit konkreten Anschuldigungen. Damit heben sich die Beiträge über die Ebene des oft-mals Diffus- Moralischen heraus und konkretisieren jeden Vorfall detailliert.

Versehen sind die Enthüllungsbeiträge der Serie stets mit dem gleichen Foto des Rat-hauses von Somerville (Abb.1) als Logo der Serie, um damit eindeutig zu demonstrieren, wo die Täter zu finden sind, die dazu beigetragen haben, öffentliche Gelder zum eigenen Profit umzulenken. Zusätzlich dient das Bild dieses prominenten Bauwerks dem Einbezug der Bür-ger und Leser, die damit eine Anlaufstelle für Empörung und Protest haben. Denn zu lautstar-ken Bürgerprotesten war es in Somerville im Zuge der Enthüllungen auch gekommen.⁴³⁴ Zu-sätzlich sind bei den einzelnen Beiträgen stets Fotos der Beschuldigten zu sehen, ebenfalls um deutlich vorzuführen, wer für die Zustände in der Stadt verantwortlich ist.

In diesem Ränkespiel von Macht und Geld haben die Verursacher systematisch eine Kommune, beziehungsweise deren Finanzen missbraucht und aus einer ohnehin privilegierten Position heraus in die eigenen Taschen gewirtschaftet. Neben dem kriminellen Verhalten ha-ben sich die Verursacher eine moralische Schuld aufgeladen; immerhin waren die Steuersätze von Somerville entsprechend hoch und die Belastungen für die Bürger wurden durch den or-

⁴³³ Leland. „Spotlight ... 5 Somerville Contractors Get \$ 4.3m in No-Bid City Work.“

⁴³⁴ Connolly. „Somerville Mayor’s Bid for Reform Brings Standing Ovarions.“ *The Boston Globe*, 19. Februar 1971.

ganisierten Missbrauch noch zusätzlich verschärft. Allerdings betonen die Autoren der Beitragsserie im Gegensatz zu ihren deutschen Kollegen weniger (oder gar nicht) die moralische Seite der Verfehlungen, sondern schildern, mit zahlreichen Belegen versehen, die Systematik, mit der die Akteure die Kommune Somerville ausgebeutet haben. So müssen sich jene, die aus ihrer Machtposition heraus stets auf ihren Vorteil bedacht waren, nun gefallen lassen, wie ihr Tun Stück für Stück allmorgendlich ausführlich und mit umfangreichen Beweisen unterfüttert in der Zeitung steht.

Denn gerade bei Menschen, die Verantwortung für das Gemeinwohl von der Bevölkerung übertragen bekommen haben, wie etwa Bürgermeister Bretta, wirkt ein Missbrauch dieser Macht besonders verwerflich, da sie eigentlich in entsprechend hohem Maße dazu angehalten sind, mit dieser Macht behutsam und rechtschaffen umzugehen. Ähnliches gilt für den hier angesprochenen Abgeordneten sowie die hochgestellten Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die ebenfalls im öffentlichen Dienst als privilegiert gelten dürfen. Schließlich hatten sie die Verfügungs- beziehungsweise Entscheidungsgewalt über öffentliche Finanzmittel und sie genossen dazu auch das Vertrauen der Bürger.

Bei erwähnten Privatunternehmern ist die Verpflichtung auf das Gemeinwohl der Wähler nicht im gleichen Maße ausgeprägt. Sich aber der Vorteilsgewährung durch Menschen in den entsprechenden Positionen schuldig zu machen wirkt offenbar ähnlich schwer, denn das Anschuldigungsgerüst in den Beiträgen ist ähnlich aufgebaut. Zudem haben sie sich auch des geschäftsschädigenden Verhaltens gegenüber ihren „sauber“ agierenden Mitbewerbern schuldig gemacht, die aufgrund der herrschenden Abhängigkeitsbeziehungen keine Chancen auf lukrative Aufträge hatten, da diese gar nicht öffentlich ausgeschrieben waren. All diese Erwägungen finden sich in den Artikeln wieder, die mit zahlreichen Details die Machenschaften der Angeschuldigten aufgedeckt haben.

Deutliche Unterschiede ergeben sich auch bezüglich des Einsatzes von Bildern. In den Beiträgen der SZ sowie der „Schwäbischen Zeitung“ ist in der gesamten Serie jeweils nur ein Foto zu finden. Die SZ bildet in dem Beitrag auf Seite 3 ein Porträt von Alfred Mechttersheimer ab (Ausschnitt der Seite siehe Abb. 21). Dieses Foto ist sehr groß, es ist in einem fünfspaltigen Beitrag vier Spalten breit. Das Bild dient hier dazu, dem Leserpublikum einen Eindruck von den Menschen zu vermitteln, von dem hier die Rede ist. Die „Schwäbische Zeitung“ tut dies nicht. Hier ist lediglich in einem Beitrag ein einspaltiges Bild des Nachrückers von Oscar Pauli in den Landtag nach dessen Rücktritt abgebildet. Auf eine Abbildung des in der Serie Beschuldigten verzichtet die Zeitung gänzlich.

Im „Globe“ hingegen sind die Beiträge reich bebildert. Lediglich kleinere ein- oder zweispaltige Ergänzungen bleiben zumeist ohne Bilder. Neben dem bereits angesprochenen Mottobild oder Serienlogo, der Abbildung des Rathauses von Somerville, finden sich immer wieder Fotos der angeschuldigten Personen, Abbildungen von Dokumenten sowie Tabellen von Abrechnungen. So dokumentiert der „Boston Globe“ die Darstellung der Rechercheergebnisse mit der Abbildung von Verträgen (Abb. 4), die wiederum belegen, dass die Aussagen eines der Angeschuldigten nicht der Wahrheit entsprechen. Durch diese Illustrationen erreicht die Zeitung einen hohen Identifikationsgrad der Leser mit den Vorfällen in ihrer Gemeinde. Insbesondere die Abrechnungen (Abb. 5) und Dokumente dienen gleichzeitig als Belege beziehungsweise Beweise für die Anschuldigungen. Die Porträts der angeschuldigten Personen zeigen deutlich, wer die „Schuldigen“ sind. Die weiteren Illustrationen wie Grafiken, Tabellen oder abgelichtete Dokumente erleichtern es den Lesern zusätzlich, die Anschuldigungen mit ihrem Lebensumfeld in Verbindung zu bringen und nachzuvollziehen. Sie dienen zusätzlich als Beleg für die sorgfältige, umfassende und erfolgreiche Recherche.

Abb. 3 zeigt beispielhaft, wie der „Boston Globe“, in diesem Fall sogar auf der Titelseite, die Berichterstattung mit Bildern der Betroffenen ergänzt, um deutlich zu machen, wer für die geschilderten Verfehlungen verantwortlich ist. Als weiteres Beispiel dazu dient Abb. 6. Als Illustrationen zu diesem Beitrag dienen das Logo der Serie, sechs Porträts von Personen, denen die Zeitung Verfehlungen vorwirft sowie die Firmenschilder von Unternehmen, die sich durch das Klüngelsystem in Somerville Vorteile gegenüber Mitbewerbern verschafft haben. Abb.7 wiederum zeigt einen Beitrag der Serie, auf dem das Verhalten von vier Bürgermeistern der Stadt Somerville zwischen 1960 und 1972 geschildert wird. Auch diese Darstellung ist mit den Porträts der jeweiligen Personen versehen.

Während also die deutschen Zeitungsartikel weitgehend auf die Vermittlung der Geschehnisse durch das geschriebene Wort setzen, ergänzt der amerikanische Beitrag das Geschriebene durch zahlreiche Illustrationen. Dieser Trend wird auch durch die anderen hier ausgewählten Beispiele belegt.

Oftmals ist die Trennlinie zwischen einem Vergehen durch die „großzügige“ Auslegung von Verordnungen und Kriminalität äußerst schmal. Das Beispiele des Falls Pauli und die Vorkommnisse in Somerville belegen dies. Ganz unverhohlen weit jenseits der Grenze zu unangemessenem Verhalten bewegen sich zwei der folgenden Beispiele, die sich im Umfeld von Betrug bis hin zu Mord bewegen. Die Beispiele, die im Bereich des Gesundheitswesens angesiedelt sind, illustrieren den Missbrauch eben dieser Systeme sowie deren Versagen. Dabei tragen auch und gerade im Gesundheitswesen die Beteiligten besondere Verantwortung.

Zum einen geht es in dem von der Gemeinschaft finanzierten System um viel Geld, zum anderen steht das Wohlergehen kranker Menschen auf dem Spiel. Dies prädestiniert diesen Themenbereich wiederum für investigativen Journalismus.

An zwei Beispielen zeigt sich, dass der Bereich der Psychiatrie, der allzu oft nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit steht, offenbar besonders anfällig ist – anfällig für offene Gewalt gegen die behandelten Patienten und anfällig für akute Unterversorgung, die notwendige Behandlungen regelrecht verhindert. Zudem findet sich auch in den folgenden Texten ausgeprägte (kriminelle) Selbstbedienung; nicht zuletzt auch ermöglicht durch mangelnde oder nicht vorhandene Kontrolle.

3.6. Gesundheit und die Schwächsten der Gesellschaft

3.6.1. Fall Farview

Unhaltbare Zustände in einer Anstalt für psychisch Kranke sind das Thema einer Artikelserie des „Philadelphia Inquirer“ aus dem Jahr 1976. Von außen, so erfährt der Leser zu Beginn des ersten Beitrags, sieht die Anlage aus wie ein kleines College, ein Hotel oder ein Kloster. Dass ein Leben in dieser Klinik für die Betroffenen die viel zitierte „Hölle auf Erden“ war, erfährt der Leser bereits zu Beginn der Enthüllungsgeschichte von Acel Moore und Wendell Rawis. Die vermeintlich heile Welt entpuppte sich als ein Ort, an dem bei Verstorbenen grundsätzlich die Todesursache Herzinfarkt festgestellt wurde, an dem Menschen lange Zeit nackt in der Kälte ausharren mussten, an dem Menschen sexueller Erniedrigung und Missbrauch ausgesetzt waren, an dem Aufseher Patienten gegeneinander in Kämpfen antreten ließen, um auf den Ausgang des Kampfes zu wetten, an dem Psychopharmaka eingesetzt wurden, die andernorts längst abgeschafft waren, ein Ort, dessen Leitungsgremium kein einziger zertifizierter Psychiater angehörte und ein Ort, an dem Menschen, die sich für 30 Tage in Behandlung begeben sollten, 30 Jahre auf ihre Freiheit warten mussten.⁴³⁵ Ein Ort also, „that was run by and for guards“, denen es nicht darum ging, die Patienten zu therapieren. Dazu wären sie auch mangels Ausbildung nicht in der Lage gewesen. Vielmehr bereicherten sich zahlreiche Aufseher auf Kosten der Patienten, indem sie sich in Garten und Küche der Einrichtung privat versorgten, Erzeugnisse und Güter verkauften und das Geld für sich selbst verwendeten, die Waschküche der Klinik privat nutzten und die Pakete für Patienten für sich behielten.

⁴³⁶

Bei den Enthüllungen über die Einrichtung „Farview“ in Pennsylvania setzten sich die Autoren für Menschen ein, die normalerweise keine Lobby haben und in dieser Form selten in der Presseberichterstattung erscheinen, nämlich psychisch kranke Menschen.

Neben dem Schicksal der betroffenen Patienten schildert die umfangreiche Serie die Vergehen und Verbrechen. Im Zentrum stehen die Behandlung durch unfähiges Personal mittels brutaler Methoden, die mit einer Therapie nichts zu tun haben. Zusammenfassend stellen die Autoren im ersten Beitrag fest: „The main findings – homicide, coverup, neglect, corrup-

⁴³⁵ Acel Moore und Wendell Rawis. „The Farview Findings: Part I: Where the state treats patients with drugs, brutality and death.“ *The Philadelphia Inquirer*, 27. Juni 1976.

⁴³⁶ Moore. „The Farview Findings: Part II: Pattern of therapy: Sedation and brutal neglect.“ *The Philadelphia Inquirer*, 28. Juni 1976.

tion, brutality, sodomy – form a pattern that spans the last three decades and possibly longer.“

⁴³⁷

Hinzu kommt, dass sich das damalige Management der Einrichtung zwar nach eigenen Auskünften für eine Besserung der Umstände eingesetzt hat, das Problem hingegen war zunächst die Änderung lange eingeübter Verhaltensweisen in den Köpfen der Klinikmitarbeiter. Besonders delikant an der Sache ist: „State law-enforcement authorities have long known about the abuses at Farview. Their files include strong evidence of crimes, including murder, and yet nothing has been done.“⁴³⁸

Im Folgenden schildern die Autoren einen Vorfall, bei dem ein Insasse der Anstalt ums Leben kam. Offiziell starb er an einem Herzinfarkt, nach Aussage mehrerer Zeugen wurde er hingegen von Aufsehern umgebracht. Weitere ähnlich gelagerte Fälle folgten, wobei es immer danach aussah, dass Aufseher die Betroffenen in eine Situation zwangen, in der sie deren Tod zumindest billigend in Kauf genommen haben.⁴³⁹ Der „Inquirer“ hat im Zuge der Recherche von Morden erfahren, die sich in den Jahren 1946, 1950, 1954, 1958, 1960, 1962, 1963, 1967, 1968 und 1972 zugetragen haben, wobei der Ablauf stets einem gleichen Muster folgte: „The victim, sometimes baited, gets into a fight with a guard or another patient. The guards respond by forcibly subduing the patient. A short time later the patient is pronounced dead. Usually the cause is listed as a heart attack.“ Das Problem: Selbst früheren Patienten, die sich an die Behörden wandten, schenkte niemand Glauben, eben weil sie in Farview eingewiesen hatten, was bedeutete, dass sie in den Augen der Behörden als kriminell und geisteskrank galten. Die Autoren zitieren einige Aussagen von früheren Insassen der Anstalt, die von ihren Erfahrungen in Farview berichteten: „It’s a butcher house – a house of no return, [. . .] Sadistic guards terrorizing and beating up on patients.“⁴⁴⁰ In mehreren vertiefenden Beiträgen gehen die Autoren näher auf die Bedingungen, die in der Einrichtung in Farview herrschten, ein. Darin stellen sie fest, dass die gesamte Einrichtung praktisch von den Aufsehern geführt wurde (nicht von medizinischem Personal), die auch das Verabreichen von Medizin überwachten und sich ansonsten als Sadisten gerierten, die die Patienten nach Gutdünken schickanierten.

Dadurch war auch folgender Fall möglich: „One such review, made in 1974 by a ‚Utilization Review Committee‘ of Farview staff members, discovered, among other things, that a patient who had been admitted to the hospital in 1930 had waited 26 years for his first psy-

⁴³⁷ Moore. „The Farview Findings: Part I.

⁴³⁸ Moore. „The Farview Findings: Part I.

⁴³⁹ Moore. „The Farview Findings: Part I.

⁴⁴⁰ Moore. „The Farview Findings: Part I.

chological interview and test. It was another 13 years, for a total of 39 years, before he was given a diagnostic staff evaluation.“⁴⁴¹

Während dieser langen Jahre der „Behandlung“ erlebten mehrere Insassen, dass sie über viele Jahre hinweg nackt in einer kalten Betonzelle gehalten wurden, oder dass ihnen wahllos Sedativa verabreicht wurden, die in anderen Krankenhäusern wegen ihrer Nebenwirkungen längst nicht mehr eingesetzt wurden. Auch sexuelle Übergriffe waren an der Tagesordnung.⁴⁴² Zudem dienten die Patienten den Aufsehern auch als willige Gehilfen für private Geschäfte, etwa bei Wetten oder wenn es darum ging, sie als billige Arbeitskräfte einzusetzen. Der Lohn für die Patienten: Ruhe vor Schikane.⁴⁴³

Darüber hinaus waren die Patienten in Farview nicht allein Insassen einer psychiatrischen Klinik. Auch politische und wirtschaftliche Aspekte trugen dazu bei, dass die Einrichtung zu dem werden konnte, was sie angesichts der Enthüllungen war. Aufseher konnten sich bereichern, Patienten dienten als billige Arbeitskräfte und in jedem Fall – so der politische Wille – galt es zu verhindern, dass als geheilt eingestufte Patienten nach ihrer Freilassung Probleme für die politisch Verantwortlichen von Wayne County verursachten, wo die Einrichtung ihren Sitz hatte.⁴⁴⁴

Eine besondere Note erhält die Darstellung der Verhältnisse in Farview dadurch, dass Tonbänder aufgetaucht waren, auf denen Aufseher über die Tötung und Misshandlung von Patienten redeten. Auch dadurch erhält die Geschichte ihre tiefgehende Eindringlichkeit, da angesichts der Masse von Ereignissen über einen Zeitraum von mehreren Jahren nur die Darstellung von Einzelschicksalen dem Leser dabei hilft, das Dargestellte zu verstehen.

Um Tötungsdelikte ging es in einer Enthüllung der „Daily News“ aus New York nicht. Im Gesundheitssystem spielt immer wieder Geld eine Rolle und der damit verbundene mögliche Missbrauch des Systems eine Rolle. Im Rahmen eines Selbstversuchs begab sich ein Reporterteam auf die Suche nach den schwarzen Schafen innerhalb des Systems.

⁴⁴¹ Moore. „The Farview Findings: Part II.

⁴⁴² Moore. „The Farview Findings: Part II.

⁴⁴³ Moore. „The Farview Findings: Part III: Crime: A way of life.“ *The Philadelphia Inquirer*, 29. Juni 1976.

⁴⁴⁴ Moore. „The Farview Findings: Part IV: Close it? Politics and jobs say no.“ *The Philadelphia Inquirer*, 30. Juni 1976.

3.6.2. Fall Gesundheitssystem New York

Geldverschwendung und Missbrauch im Bereich des Gesundheitswesens war die „Daily News“ im Jahr 1973 auf der Spur. Damals wollte die Zeitung überprüfen, was aus einem Untersuchungsbericht geworden war, wonach 50 Prozent der Gelder, die in die Gesundheitsbeihilfe in New York flossen, etwa eine Milliarde Dollar, verschwendet wurden. Ein halbes Jahr nach Veröffentlichung dieses Berichts setzte die „Daily News“ ein Undercover-Team, bestehend aus einem Reporter und einem Fotografen, an, um zu überprüfen, wie es um die Verschwendung im Gesundheitssystem wirklich stand und welche Maßnahmen die Behörden angesichts des Berichts ergriffen hatten, beziehungsweise später noch ergreifen sollten.

Im Zuge der Recherche verließen sich die Journalisten nicht nur auf die Ergebnisse ihres Undercover-Einsatzes, sie zogen auch Akten der Stadt hinzu und führten zahlreiche Interviews. Bereits vorab in einem Artikel, der die folgende Serie zum Thema vorstellen soll, stellt der Autor William Sherman in zehn Punkten seine Rechercheergebnisse vor. Im Zuge der Recherche stieß das Team auf große Verschwendung innerhalb des Gesundheitswesens, etwa dadurch, dass vollkommen unsinnige und unnötige Untersuchungen durchgeführt wurden, die von der Allgemeinheit bezahlt werden mussten. Die Reporter stießen auf ein Krankenhaus, das nicht zugelassene Medikamente einsetzte, Ärzte, die nicht erfolgte Behandlungen in Rechnung stellten, indem sie etwa in ihrer Abrechnung an einem Tag 35 Behandlungsstunden ansetzten, Übereinkünfte zwischen Apotheken und Ärzten, wonach Patienten zu bestimmten Apotheken geschickt wurden, wovon wiederum die Ärzte durch Zahlungen profitierten, was soweit ging, dass die Apotheken die vorbereiteten Rezepte selbst ausfüllten und den Ärzten später zur Unterschrift vorlegten. Zudem stießen sie auf Ärzte, die bei Untersuchungen die bisherige Krankheitsgeschichte ihrer Patienten ignorierten.

Durch diese Anklage schon im Vorfeld der eigentlichen Darstellung der Rechercheergebnisse in einem kurzen Beitrag, der übertitelt ist mit: „The City’s Medical System: Still Sick, Sick, Sick“, führt Sherman die Leserschaft an die folgende Artikelserie heran. Mit dieser konzentrierten Form der Anklage ruft er die Empörung des Leserpublikums hervor, das natürlich nun genauer wissen will, wie mit ihren Steuern und Beiträgen umgegangen wird.⁴⁴⁵

⁴⁴⁵ William Sherman. „The City’s Medical System: Still Sick, Sick, Sick.“ *Daily News*, 23. Januar 1973.

Fortgesetzt wird das Heranführen des Lesers dadurch, dass unmittelbar unter dieser ersten Zusammenfassung der erste Beitrag der Enthüllungsserie folgt, in dessen Titel es in dicken Lettern provokant heißt: „A Cold? Take 3 Doctors Every Hour.“

Wie für das Boulevard-Blatt „Daily News“ typisch, wird der Beitrag reich bebildert. Die Bildberichterstattung ist Programm der Zeitung, deren Logo seit jeher eine stilisierte Kamera ist. Sherman schildert nun, wie er behandelt wurde, nachdem er sich mit einer Erkältung in einem Medical Center in Queens gemeldet hatte, wo er von einem Fußspezialisten, einem Internisten, einem Psychiater und weiteren Spezialisten in Augenschein genommen worden war, um schließlich mit Fußpuder, Penicillin und Hustensaft das Center wieder zu verlassen. Diesen Selbstversuch begleiteten mehrere New Yorker Behörden, die im Hintergrund jeden Schritt der erfolgten Behandlungen auf ihre Notwendigkeit und Wirksamkeit hin untersuchten.⁴⁴⁶

Als Beiprodukt der Recherche präsentiert die „Daily News“ einen Beitrag über einen Arzt namens Emanuel Revici, der mit nicht zugelassenen experimentellen Medikamenten insgesamt 457.000 Dollar aus dem Medicaid-Programm der Kommune bekommen hat. In erster Linie behandelte er mit seinen Produkten Drogen- und Alkoholabhängige und behauptete, mit seinen Entwicklungen ungeahnte Erfolge bei der Behandlung der Abhängigkeit erzielt zu haben. Worum es sich bei den verschiedenen Medikamenten handelte, war indes unklar; außer, dass mehrere davon schlichtes Sesamöl als Grundbestandteil aufwiesen. Das entsprechende Krankenhaus, wo Revici seine nicht autorisierten Behandlungen durchführte, wurde später von der Stadt von der Liste der Kooperationskrankenhäuser gestrichen.⁴⁴⁷ Kurz nach Veröffentlichung dieses Beitrags hatte sich sogar der Bezirksstaatsanwalt von Manhattan des Falles angenommen, um zu prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, die gezahlten Gelder von dem Arzt zurückzufordern.⁴⁴⁸

Wie sich in einer weiteren Recherche herausstellte, war der Missbrauch des Medicaid-Programms der Stadt New York auch unter Augenärzten weit verbreitet. Wiederum im Selbstversuch suchte Sherman, der perfekt sah und keine Brille benötigte, einen Augenarzt auf, der mit dem Medicaid- Programm zusammenarbeitete. Nach kurzen und unzureichenden Tests wurde ihm eine Brille verschrieben, die er nicht brauchte. Das Health- Department der Stadt, das die Selbstversuche des Reporters begleitete, stellte im Nachhinein fest, dass der Test nicht ausreichend war – darauf eine Diagnose zu gründen, sahen die Experten als gewagt an. Eine Untersuchung des Health- Departments selbst zeigte, dass bei über 50 Prozent aller

⁴⁴⁶ Sherman. „A Cold? Take 3 Doctors Every Hour.“ *Daily News*, 23. Januar 1973.

⁴⁴⁷ Sherman. „How Medicaid Paid \$457,000 for Sesame Oil.“ *Daily News*, 25. Januar 1973.

⁴⁴⁸ Sherman. „DA’s Office Looking Into That 457G Medicaid Bill.“ *Daily News*, 26. Januar 1973.

Ausgaben für Brillen im Rahmen des Medicaid- Programms fehlerhafte und fragwürdige Diagnosen vorausgegangen waren. In diesem Fall, wie auch bei allen anderen Untersuchungen, betont Sherman, dass die „Daily News“ alle Ausgaben für Untersuchungen des Reporters erstatten werde, sofern sie sich als korrekt und gerechtfertigt erweisen würden.

Bei einem der hier besuchten Augenärzte stellte sich zudem heraus, dass er über ein Firmengeflecht mit einem Glashersteller verbunden war, wodurch sowohl er als auch die Firma selbst durch die vielen Verschreibungen von (nicht benötigten) Brillen profitierten. Weiterhin zählt Sherman, wie auch in den bereits vorangegangenen Beiträgen auf, wie hoch der jeweilige Schaden im Einzelfall für das Medicaid- Programm war.⁴⁴⁹

In mehreren weiteren Beiträgen in einer Serie von 13 Artikeln sowie mehreren Ergänzungen legt Sherman dar, wie ausgeklügelt das System war, mit dem Ärzte und Apotheker das Medicaid- System zum eigenen Vorteil auszunutzen verstanden. Dabei hatten sie sich auf das Medicaid- Programm spezialisiert, weil sie dabei mit den Schwächsten der Gesellschaft arbeiteten, die auf diese öffentliche Hilfe angewiesen waren. Entsprechend unwahrscheinlich schien es daher, dass dieses System der organisierten Selbstbedienung aufflog.⁴⁵⁰

Über einen besonderen Fall der organisierten Ausnutzung des Medicaid-Programms berichtet Sherman am 1. Februar 1973 in einem Beitrag über Benjamin Schneider und dessen Schwager Victor Marcus. In Harlem hatten die beiden ein typisches All-Inclusive-Medizincenter errichtet, dessen Zahnarztpraxis allein pro Jahr 400.000 Dollar abwarf. Durch Vermietungen anderer Praxisräume an weitere Ärzte kam weiteres Geld in die Kasse, wobei die Patienten im Schnellverfahren abgefertigt wurden und sich die beteiligten Ärzte die Patienten gegenseitig zuschanzten, ohne Rücksicht auf das medizinisch Notwendige. Hinzu kamen eine Apotheke und ein Labor, die, entgegen gesetzlicher Bestimmungen, praktisch das Monopol auf entsprechende Aufträge hatten.⁴⁵¹

3.6.3. Fall psychisch krankes Mädchen

Von der moralischen Verpflichtung einer Gesellschaft, sich um psychisch kranke Menschen zu kümmern, handelt der deutsche Beitrag in diesem Vergleich und eröffnet damit eine weitere Dimension im Umfeld des Gesundheitswesens, nämlich die mangelhafte Ausstattung mit geeigneten Einrichtungen.

⁴⁴⁹ Sherman. „You Don’t Need Glasses to See Thru This.“ *Daily News*, 29. Januar 1973.

⁴⁵⁰ Sherman. „Medicaid Loses as Docs Play Beat the Clock.“ *Daily News*, 2. Februar 1973.

⁴⁵¹ Sherman. „Pair of Medicaid Kings With a Midas Touch.“ *Daily News*, 1. Februar 1973.

In zwei Beiträgen arbeitet Renate Holbach in der „Nahe-Zeitung“, einer Heimatausgabe der „Rhein-Zeitung“, das Schicksal eines 16-jährigen Mädchens auf. Mit nur zwei kurzen Beiträgen ist dies bei Weitem die kürzeste der hier untersuchten Artikelserien. Aufgrund einer psychischen Erkrankung hat das Mädchen aus einem inneren Zwang heraus mehrere Brände gelegt und stand deshalb vor Gericht. Diese Ereignisse waren für die Autorin Anlass, die Betreuung psychisch kranker Menschen aufzuarbeiten und auf große Defizite hinzuweisen, da diese auch in der Verhandlung gegen das Mädchen offengelegt wurden.

Bei dem Mädchen hatten bereits kleinere therapeutische Maßnahmen zu einer Verbesserung ihres Zustandes geführt. Dennoch konnte das Gericht nicht klären, welche Einrichtung für die weitere Betreuung zuständig sein sollte, da im Augenblick der Gerichtsentscheidung nur die „geschlossene Abteilung einer Landesnervenklinik“⁴⁵² in Frage gekommen wäre, obwohl das Urteil auf „Einweisung in eine jugendpsychiatrische Einrichtung“ lautete. Eine solche Einrichtung gab es aber offenkundig nicht, weshalb als Ausweg nur die Einweisung in eine Landesnervenklinik übrig geblieben wäre. Dort aber wäre die 16-Jährige nur mit „hochgradig geisteskranken Erwachsenen“ zusammen gewesen und hätte nicht die Behandlung erfahren, die notwendig gewesen wäre, um ihren Zustand nachhaltig zu verbessern.⁴⁵³

Eine Darstellung der Gegebenheiten der Betreuung psychisch Kranker folgt am Tag darauf auf der Meinungsseite. Im Leitartikel schildert Holbach, dass in einer Vielzahl von Fällen psychisch kranke Straftäter in entsprechenden Einrichtungen zwar weggesperrt wurden, die notwendige Behandlung des eigentlichen Leidens bekamen sie dort allerdings nicht. Ihr Fazit lautet dazu: „Einschluß ohne Therapie aber bedeutet für psychisch kranke Täter Aussichtslosigkeit.“⁴⁵⁴ Sie betont damit, dass auch kranke Straftäter Rechte haben, insbesondere auf Therapie unter fachgerechter Anleitung und Überwachung, doch genau diese erhielten sie vielfach nicht.

Ähnlich sei es dem 16-jährigen Mädchen ergangen. Denn obwohl bei ihr nach Expertenansicht sogar eine Aussicht auf Heilung ihres Leidens bestanden hatte, sei sie zusammen mit schwer geistesgestörten Erwachsenen untergebracht worden. Diesen Zustand bezeichneten sogar Staatsanwalt und Richter als „Skandal“, da an eine gezielte Therapie nicht zu denken war. Doch genau diese gezielte Therapie, verbunden mit Bezugspersonen, die sich Zeit nahmen und denen sie sich anvertrauen hätte können, hätte laut Holbach neben gezielter Me-

⁴⁵² Renate Holbach. „Noch zu krank für die Freiheit: Es bleibt die Anstalt.“ *Rhein-Zeitung*. (Heimatausgabe *Nahe-Zeitung*), 17. Januar 1978, Panorama.

⁴⁵³ Holbach. „Noch zu krank für die Freiheit: Es bleibt die Anstalt.“

⁴⁵⁴ Holbach. „Weg ohne Hoffnung.“ *Rhein-Zeitung*. (Heimatausgabe *Nahe-Zeitung*), 18. Januar 1978, Meinung.

dikation Aussicht auf Heilung eröffnet; sowohl von ihrer schweren Epilepsie als auch von ihren Wahnvorstellungen.

So kommt die Autorin aufgrund ihrer Recherchen zu dem Schluss, dass es in der Bundesrepublik kaum geeignete Einrichtungen gab, in denen psychisch kranke Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche, individuell hätten betreut werden können. Für ein Land, das gerne bereit sei, in aller Welt schnell zu helfen, sei es ein Skandal,⁴⁵⁵ dass die schwächsten Glieder im eigenen Land so vernachlässigt würden, zumal bei Ausgaben für die Betreuung psychisch Kranker gerne gespart werde. Jedes Gesetz, das die gezielte Betreuung von Straftätern vorschreibe, die aufgrund einer psychischen Erkrankung nicht schuldfähig sind, gerate unter diesen Umständen zur „Farce“.⁴⁵⁶

3.6.4. Analyse

In zwei der hier untersuchten Beiträge beschäftigen sich die Autoren mit einer in der Regel ignorierten Randgruppe der Gesellschaft, in diesen Fällen psychisch kranken Menschen. Bei zwei der Beiträge überschneidet sich zudem die Verquickung von Kriminalität, Geld und erheblichen wirtschaftlichen Vorteilen.

Ihre Wirkung erreicht die Artikelserie über die Verhältnisse in der Einrichtung mit dem lyrischen Namen Farview dadurch, dass hier seitenweise an mehreren aufeinander folgenden Tagen in Serie die brutalen Umstände aufgezählt werden, die in dieser Anstalt für psychisch Kranke herrschten. Selbst die unglaublichsten Vorfälle waren hier offenbar Alltag, wobei von einer medizinischen Behandlung von psychischen Leiden keine Rede sein konnte. Stattdessen herrschten Gewalt, Willkür, Schikane, Erniedrigung sowie tätliche Übergriffe auf Patienten. Der Leser wird hier seitenweise und dennoch in konzentrierter Form mit Abgründen der menschlichen Existenz konfrontiert. Stets schon zu Beginn fassen die Autoren die wesentlichen Inhalte der Texte zusammen und belegen diese dann im Nachhinein mit Beispielen, wobei sie häufig auf Interviews mit ehemaligen Insassen der Anstalt zurückgreifen. Sie schrecken dabei auch vor drastischen bildhaften Darstellungen nicht zurück. Sehr schnell kommt der Leser zu der Überzeugung, dass es weniger die Insassen waren, die der Behandlung bedurft hätten, als vielmehr jene, die ihnen die Behandlung hätten angedeihen lassen müssen. In ähnlicher Weise äußerten sich auch einige der interviewten Ex-Insassen.

⁴⁵⁵ Sowohl in dem Zitat des Richters als auch in den Artikeln selbst wird der Begriff „Skandal“ eher in seiner umgangssprachlichen Bedeutung gebraucht und beschreibt einen unhaltbaren, unvorstellbaren Zustand und hält sich weniger an die Bedeutung des Begriffs wie er oben in der Definition des Begriffs dargestellt ist.

⁴⁵⁶ Holbach. „Weg ohne Hoffnung.“

Ihren wesentlichen Ausdruck und ihre Zusammenfassung findet die Vorgehensweise in der Anstalt in einer Karikatur zur Berichterstattung vom 30. Juni 1976. Darin sind in einer nackten Kerkerzelle zwei Gefangene zu sehen, die mit ihren Armen an die Wand gefesselt sind und durch die Tür kommt ein Aufseher in die Zelle, der offenbar der einzig wirklich Verrückte in dieser Szene ist. Auf dem Hemd eines der Angeketteten steht „Property of Farview Hospital“⁴⁵⁷ und in der Bildunterschrift steht „Oh God ... Here comes my therapist.“⁴⁵⁷ Zusätzlich erschreckend an der Berichterstattung ist, dass das Verhalten und die Art der sogenannten Behandlung Methode hatte. Das völlige Fehlen qualifizierten Personals tat sein Übriges dazu. Und eine eng verschworene Aufsehergemeinschaft konnte sich unbehelligt so gut wie ohne Aufsicht austoben.

Ihre Wirkung erzielt die Darstellung durch die Schonungslosigkeit, mit der die Vorkommnisse in der Einrichtung dargestellt werden. Zudem erreichen die Autoren die Hinführung der Leser zu den Beiträgen durch die Personalisierung, indem sie stets Menschen zu Wort kommen lassen, die selbst Erfahrungen mit den Methoden in Farview gemacht haben. Durch Interviews mit ehemaligen Insassen der Einrichtung bewirken sie eine hohe Identifikation der Leser mit dem Leid der Betroffenen.

In dem Beitrag vom 27. Juni 1976 etwa begeben sich die Redakteure auf die Spur der Todesumstände von sechs Insassen der Einrichtung, die sie minutiös nachzeichnen. Dabei stellen sie der offiziellen Version der Todesumstände Aussagen von Mitinsassen gegenüber. Die jeweiligen Versionen unterscheiden sich zumeist völlig voneinander.⁴⁵⁸

So berichten die Autoren vom Tod von Thomas Garrett. Die Schilderung beschäftigt sich etwa mit dem widersprüchlichen Bericht über eine angebliche Autopsie:

„Hospital records say that Garrett [Thomas Garrett, ein 37-jähriger Patient von Farview, verstorben am 19. März 1960] was confined to the maximum-security ward in February after ‚attacking guards,‘ and was transferred to the medical ward on March 2 after he came down with fever.

Hospital records, however, are contradictory on the subject, and an autopsy said to confirm the cause of death cannot be found.

Ward notes for the day in question say that an autopsy was performed by Dr. Harry Probst of nearby Wayne County Memorial Hospital. Dr. Willis, clinical director at Farview, also told State Police who investigated the incident in 1975 that Dr. Probst performed the autopsy determining the cause of death.

Dr. Probst, however, told police that he could not recall any such autopsy.⁴⁵⁹

⁴⁵⁷ Moore. „The Farview Findings: Part IV.

⁴⁵⁸ Moore. „The Farview Findings: Part I.

⁴⁵⁹ Moore. „The Farview Findings: Part I.

Weiter geht die Schilderung mit der Aussage des klinischen Direktors von Farview, der angab, Garrett sei wegen Fieber behandelt worden und überraschend verstorben. Aber: „Patients who were there remember it differently. They say that they believe Thomas Garrett died because he was brutally beaten by guards.“ Nach einer negativen Antwort auf die Frage nach einer Beschäftigung im Speisesaal soll Garrett demnach einem Aufseher eine Ohrfeige verpasst haben. Daraufhin seien mehrere Aufseher über Garrett hergefallen. Nach Aussage des Mitinsassen Heywar Speaks „They stomped and kicked him [Garrett] in the side of the head. Broke him up real good.“ Später sollte Speaks, der offenbar in der Einrichtung als Friseur arbeitete, Garrett in dessen Zelle im Hochsicherheitstrakt im Gesicht rasieren, konnte dies aber nicht tun, weil Garrett so schwer verletzt war. So seien sein Kiefer und mehrere Rippen gebrochen gewesen. Kurze Zeit darauf sei Garrett gestorben. Hinzu kommt, dass Speaks auch mehrere Behörden über seine Beobachtungen informiert hatte, ohne Ergebnis.⁴⁶⁰

Die Autoren gehen auch auf die Einstellung des Klinikpersonals zu ihrer Arbeit und den ihnen anvertrauten Patienten ein. Selbst wenn Insassen Briefe aus der Anstalt schmuggeln konnten, so schlussfolgern die Autoren, glaubte niemand ihren Schilderungen. Die Berichte waren zu drastisch und unvorstellbar. Zudem galten die Absender ohnehin als geisteskrank, sonst wären sie schließlich keine Patienten in Farview – so die fatale Logik.⁴⁶¹ Darauf verließen sich offenbar auch die Aufseher von Farview, da sie davon ausgingen, ihnen würde im Zweifel mehr Glauben geschenkt als den Insassen der Nervenklinik. Der Aufseher „Guard D“ sagt dazu: „They [die Patienten] can write all the letters they want. I don’t know how they’re supposed to prove it. And their words are no good.“⁴⁶²

Ergänzt wird die Aussage des Aufsehers durch die Selbsteinschätzung von früheren Patienten: „Farview alumni have had a hard time persuading those in position of authority to take them seriously. The very fact that they have been at Farview means that, whether they are or not, at one time they were branded as both criminal and insane.“⁴⁶³

Dr. Michael McGuire, für sieben Monate Superintendent in Farview, stellt resigniert fest: „The guards simply could not visualize the patients as human beings. [. . .] They insisted, by their words, attitude, and actions, that the patients were animals – dogs, not people.“⁴⁶⁴ Diese Aussage wiederum fasst die offenkundige Haltung des Anstaltspersonals zusammen.

⁴⁶⁰ Moore. „The Farview Findings: Part I.

⁴⁶¹ Moore. „The Farview Findings: Part I.

⁴⁶² Moore. „More Farview Findings: Tapes, photos depict horrors at Farview.“ *The Philadelphia Inquirer*, 11. Juli 1976.

⁴⁶³ Moore. „The Farview Findings: Part I.

⁴⁶⁴ Moore. „The Farview Findings: Part II.

Die mangelnde Kontrolle über die Verhältnisse in Farview und damit in erster Linie über das Aufsichtspersonal prangert ein dritter Beitrag an. Aufseher investierten Geld in Werten und Glücksspielen, sie eigneten sich Geld und Wertgegenstände von Insassen an und Insassen mussten für Aufseher Arbeiten verrichten, zumal die Autoren bereits zu Beginn des Beitrags eine Frage aufwerfen: „There is considerable question whether many of the patients who are confined at Farview State Hospital – Pennsylvania’s hospital for the criminally insane – are either criminal or insane.“ Doch als inoffizielle Geldquelle waren die Patienten höchst willkommen. „Cash and special favors for guards seem to be a patient’s only avenue to a livable existence and privileges at Farview.“⁴⁶⁵ Nur so war es offenbar möglich, der willkürlichen Schikane zu entgehen, wie sie etwa der ehemalige Farview-Patient William Ash erleben musste.

„I was stripped naked and had my hands and feet cuffed. [. . .] Then they placed me in a cell that had no sink, no commode, no bed, no blanket, no sheet, no nothing. Just four concrete walls, a concrete floor and a ceiling. [. . .] They [die Aufseher] would throw all the food together in a small metal bowl,’ Ash recalls, ‘but they would not give you utensils to eat with. You just held the bowl in your cuffed hands and put your mouth down into the food’. [. . .] In the winter [. . .] the guards often would open the window during a snowstorm, allowing the snow to melt on the floor. Then at night, the cell would get cold enough to freeze the water to a light glaze in which Ash had to sleep – naked.“⁴⁶⁶

Acht Jahre verbrachte er so.

Das Ausmaß der menschenverachtenden Zustände wird besonders deutlich in einem Beitrag, in dem Bandaufnahmen von Gesprächen mit Aufsehern zitiert werden. Ein Insasse hatte diese heimlich gemacht und aus der Anstalt geschmuggelt.

Ein Aufseher, bezeichnet als „Guard A“ räumt dabei ein, dass Insassen durch die ständige Gewalt umgekommen sind. „A – Well, it builds up on you. You take a beating today and you get one tomorrow and you get one the next day. Eventually they take their toll. You can’t trace it [die Todesursache] down to just one beating.“ Zudem berichtet er, dass Aufseher Insassen mit ihren Stiefeln getreten haben, um nicht Gefahr zu laufen, sich an der Hand zu verletzen: „It doesn’t pay to hurt your hand. [. . .] You can always buy a new pair of shoes. You can’t buy another knuckle.“ Ein weiterer, als „Guard C“ bezeichneter Aufseher erläutert seine Meinung über die Einrichtung in Farview:

„This is pure sadism, has been, was, and still goes on. Let me put it this way. This is a farce, this hospital. It is an absolute farce. They bring

⁴⁶⁵ Moore. „The Farview Findings: Part III.

⁴⁶⁶ Moore. „The Farview Findings: Part II.

men here to rehabilitate them. As far as hospital care is concerned, that's nil. They're bringing men in here as prisoners. This is just a place to lock men up. There's no rehabilitation. There's no therapy. There's no nothing."⁴⁶⁷

Die Ursache, warum Patienten so ungewöhnlich lang in Farview zubringen mussten, erläutern die Autoren im vierten Beitrag. In der strukturschwachen Region war die Einrichtung mit 509 Arbeitsplätzen einer der größten Arbeitgeber und ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. So ist es auch zu erklären, dass die Zahl der Angestellten nicht mit der abnehmenden Zahl der Patienten Schritt gehalten hat. Denn statt einst 1.400 Patienten wurden zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nur etwa 354 Patienten betreut, ohne dass die Zahl der Beschäftigten im gleichen Maße abgenommen hätte. Dafür habe, so der Beitrag, eine starke Gewerkschaft gesorgt, so dass, „today Farview has almost one guard for every patient.“⁴⁶⁸ Aus dieser Situation heraus ergibt sich die verblüffende Feststellung: „Thus to some extent, those who are committed to Farview are not only prisoners of the state; they are also prisoners of the Wayne County economy.“ Entsprechend unwillig waren die Leiter der Einrichtung, Patienten zu entlassen. Hinzu kam offenbar das Unvermögen des zahlenmäßig ohnehin schlecht besetzte medizinische Personal, Prognosen über die künftige Entwicklung und Gefährlichkeit von Patienten abzugeben. „There is a high degree of self-preservation there. The state entrusted those people (hospital staff) with self-guarding society against potentially dangerous people. In essence, the state said, ‘Make sure these people never bother us.’“⁴⁶⁹

Durch die Aufarbeitung der Hintergründe der Anstalt Farview zeigen die Autoren die enge Verbindung der Einrichtung mit den wirtschaftlichen Interessen einer Region auf. Dadurch erhält die Serie eine weitere Dimension, da sich die Vorkommnisse in einem System, ausgerichtet auf Selbsterhalt der Anstalt, ereignet haben. Schließlich war die Einrichtung ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor, den es zu erhalten galt.

Die Autoren gehen damit über die reine Schilderung der Haftbedingungen hinaus und erfassen das gesellschaftliche Umfeld, das die beschriebenen Vorfälle erst ermöglichte. So richten sich die erhobenen Anschuldigungen nicht allein gegen die in der geschlossenen Anstalt Tätigen, sondern ebenso an die Einwohner einer ganzen Region, die entweder rücksichtslos von der Einrichtung profitierten, indem sie etwa Lebensmittel zum Eigenbedarf aus der Anstaltsküche abzweigten, oder Insassen als billige Arbeitskräfte nutzten.⁴⁷⁰ Damit duldeten sie die beschriebene Praxis der Gefangenenbetreuung innerhalb der Anstaltsmauern.

⁴⁶⁷ Moore. „More Farview Findings: Tapes, photos depict horrors at Farview.“

⁴⁶⁸ Moore. „The Farview Findings: Part IV.“

⁴⁶⁹ Moore. „The Farview Findings: Part IV.“

⁴⁷⁰ Moore. „The Farview Findings: Part III.“

Durch diese Ausweitung auf das gesellschaftliche Umfeld richtet sich die Berichterstattung gleichzeitig an ein breites Publikum, das weit über die Region um Farview hinausreichte, da entsprechend der Theorie über Skandale erst eine Öffentlichkeit hergestellt werden muss, um Vorfälle zu einem Skandal werden zu lassen. Das Umfeld der Betroffenen reicht dazu nicht aus, wodurch das Thema zu seiner Aufarbeitung ein Medium erforderlich gemacht hat, das weit über die Grenzen der Umgebung von Farview hinaus erschienen ist, wie eben der „Philadelphia Inquirer“. Eine kleine Regionalzeitung wäre hier Gefahr gelaufen, zu sehr allein das Umfeld der Betroffenen anzusprechen und damit in ihrer Wirkung zu verpuffen. Die Berichterstattung über die Horror-Einrichtung ist indes nicht folgenlos geblieben:

Die Berichterstattung des „Philadelphia Inquirer“ führte dazu, dass sich der State Senate mit den Ereignissen in Farview beschäftigte. In einem Beitrag am Erscheinungstag des dritten Teils der Serie, der in den Unterlagen der Pulitzer-Jury als „Background Material“ bezeichnet ist, berichtet Thomas Ferrick Jr., dass der Senator Henry Cianfrani aufgrund der Berichterstattung des Inquirer einen speziellen Ausschuss mit Vorladungsrecht einrichten wolle, um die Ereignisse eingehender zu untersuchen.

„If one-tenth of what they [der Inquirer] said was true, that place is like a concentration camp“, wird der Senator zitiert. Gemäß der Resolution des Senators soll es Aufgabe des Komitees sein, „to recommend ‘appropriate legislation’ to correct abuses at Farview.“⁴⁷¹ Nicht nur der Missbrauch von Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, spielt bei der Betrachtung des Gesundheitssektors eine wichtige Rolle, auch der Umgang mit den Finanzmitteln ist ein wesentlicher Rechercheansatz. Diesem Aspekt war die „Daily News“ auf der Spur.

Das Gesundheitswesen steht in jedem modernen Industriestaat immer wieder ganz oben auf der politischen Agenda. Die Allgemeinheit ist von Entwicklungen auf diesem Sektor besonders betroffen, da sie wesentlich zur Finanzierung des Gesundheitswesens beiträgt. Jeder Missbrauch bedeutet daher für die Allgemeinheit schwere zusätzliche finanzielle Belastungen. Dazu hatten Vertreter der Gesundheitsverwaltung festgestellt: „[O]verutilization of the program [is] a major factor behind the city’s skyrocketing medicaid costs.“⁴⁷² Das sich gegenseitige Zuschancen von Patienten, das als „Ping-Ponging“ bezeichnet wird, zwischen Ärzten, Therapeuten und Apotheken war – wie sich herausstellen sollte – weit verbreitet, insbesondere in Form von „Group-Practitioners“ – also Praxisgebäuden, in denen mehrere medizinische Versorgungseinrichtungen nebeneinander untergebracht waren.⁴⁷³ Dieses System hat Sherman auch in einigen weiteren Veröffentlichungen im Rahmen der Serie beschrieben.

⁴⁷¹ Thomas Ferrick Jr. „Senate panel approves probe.“ *The Philadelphia Inquirer*, 29. Juni 1976.

⁴⁷² Sherman. „Our ‚Patient‘ Gets Lotsa Tests on Second Visit.“ *Daily News*, 24. Januar 1973.

⁴⁷³ Sherman. „Our ‚Patient‘ Gets Lotsa Tests on Second Visit.“

Die Beiträge der „Daily News“ beruhen auf einem klassischen Mittel des investigativen Journalismus, einem Selbstversuch. Der Reporter setzt sich selbst „Under Cover“ dem Recherchegegenstand aus und schildert seine Erfahrungen. Ebenso typisch ist die Begleitung durch Profis, die die jeweiligen Rechercheergebnisse analysieren und bewerten. Somit sind das Verhalten und die Erfahrungen des Reporters selbst der Berichtsgegenstand. Typischerweise wird diese Methode auch bei tatsächlichen oder vermeintlichen Enthüllungsbeiträgen in beliebten Fernsehsendungen angewendet, wenn etwa in einem technischen Gerät ein einfacher Fehler eingebaut wird und ein Reparaturbetrieb bestellt wird, der das Gerät in Augenschein nehmen soll, um dadurch herauszufinden, ob die Reparaturfirma rechtschaffen arbeitet oder nur Geschäfte mit der Ahnungslosigkeit und Arglosigkeit der Hilfesuchenden machen will. Doch im Unterschied zu solch fingierten Bloßstellungen, die bestenfalls Service-Charakter haben, begibt sich der „Daily-News“-Reporter in eine aufwendige Rechercesituation, zumal er auch auf umfangreiches Datenmaterial zurückgreift.⁴⁷⁴

Die Anschuldigungen in den Beiträgen beziehen sich auf die Verhaltensweisen der handelnden Personen, die sich durch ihr schamloses Ausnutzen des Gesundheitssystems selbst diskreditieren. Ähnlich verhält es sich in dem Fall des Arztes, der mit „Wundermitteln“ Suchtkranke behandelt. In der Darstellung seiner Rechercheergebnisse überführt Sherman den Arzt der Scharlatanerie.

Durch diese Enthüllung und die Art der Ermittlung stellt der Autor die notwendige Öffentlichkeit her, um beim Leserpublikum Empörung auszulösen, die unabdingbar ist, um einen Skandal über einen aktuellen Missstand überhaupt entstehen zu lassen. Doch hat es der Autor kaum nötig, die Schilderung seiner Erfahrungen, unterfüttert mit einschlägigem Datenmaterial, weiter in einen größeren Rahmen von Rechtsbruch zu stellen, oder gar moralische Erwägungen zu treffen. Das Verhalten der beteiligten Personen spricht in ausreichendem Maße für sich selbst.

In seinen Beiträgen nennt der Autor, analog zu anderen Veröffentlichungen, stets die Namen der angeschuldigten Personen und den Standort der Einrichtung, in der sie tätig waren. Die von ihm im Zuge des Selbstversuchs zusammengetragenen Erkenntnisse setzt Sher-

⁴⁷⁴ Unumstritten ist eine solche Recherchemethode nicht. Der SPJ-Kodex (siehe Kapitel zu Organisationen für investigative Journalisten) schränkt die Anwendung von „Undercover-Recherchen“ deutlich ein, da Journalisten aus ihrem eigenen Selbstverständnis heraus stets mit „offenem Visier“ antreten sollten. Nur in Fällen, in denen ansonsten, also mit anderen Recherchemethoden, keine Ergebnisse erbracht werden könnten, eröffnet der SPJ-Kodex die Möglichkeit einer „Undercover-Recherche“.

Diese Voraussetzungen erfüllt die hier vorliegende Recherche der „Daily News“, da der Missbrauch des Medicaid-Programms in New York – so offen dieser von den Beteiligten ihrem Klientel gegenüber auch praktiziert worden war – anderen gegenüber verborgen geblieben ist. Das Rechercheziel, nämlich das Aufdecken eines organisierten Missbrauchs des sozialen Gesundheitswesens, wäre auf einem anderen Weg kaum zu erreichen gewesen. Damit legitimiert sich das Vorgehen der „Daily News“.

man in Beziehung zu den bereits vorliegenden Erhebungen der Gesundheitsbehörde, aus deren Akten er immer wieder zitiert. Außerdem lässt er Behördenvertreter zu Wort kommen. Darin zeigt sich die Unfähigkeit der Behörden, die ihnen bereits bekannten Verhältnisse innerhalb des Medicaid-Programms zu ändern. Außerdem verdeutlicht der Autor, wie leicht dreistes Abkassieren innerhalb dieses Programms möglich war. Datenmaterial über das vergangene und gegenwärtige Abrechnungsgebaren der von dem Reporter aufgesuchten Gesundheitseinrichtungen ergänzt die eigenen Rechercheergebnisse.

Eine Folge der Enthüllungen war, dass sich einzelne Mediziner freiwillig von dem Medicaid-Programm zurückzogen und keine entsprechenden Patienten mehr behandelten.⁴⁷⁵ Somit hatte die Veröffentlichung auch unmittelbare Folgen und hat zu einer – wenn auch kleinen – Verbesserung der Umstände beigetragen.

„Einschluß ohne Therapie bedeutet für psychisch kranke Täter Aussichtslosigkeit“ – so lautet Holbachs Resümee der von ihr geschilderten Ereignisse. Für ein Land wie Deutschland sei dies ein skandalöser Zustand, daran ändere auch die Hilflosigkeit der Justiz nichts.

Zudem hat Holbach den konkreten Fall zum Anlass genommen, die Situation für die Betreuung psychisch Kranker in der gesamten Bundesrepublik schlaglichtartig zu beleuchten, mit dem ernüchternden Ergebnis, dass die nötige Betreuung nicht im notwendigen Maße gewährleistet gewesen ist. Die Autorin tut dies dadurch, indem sie aufzeigt, dass das Mädchen im vorliegenden Fall zu einem tragischen Opfer der unzureichenden Umstände geworden ist. Auch hier arbeitet die Autorin mit dem Hilfsmittel der Identifizierung der Leserschaft mit dem Schicksal des Mädchens. Dadurch holt sie diesen konkreten Vorgang in der Region, in der die Zeitung erscheint, aus der Anonymität heraus und weist gleichzeitig auf ein grundlegendes gesellschaftliches Problem hin. Holbach verzichtet auf eine reißerische Schilderung der Umstände, macht aber deutlich, wie aussichtslos die Situation des betroffenen Mädchens war, das in seinen „wenigen Lebensjahren schon mehr Angst durchlebt und durchlitten hat als mancher in einem ganzen Menschenalter.“⁴⁷⁶ Diese Vermittlung schafft sie besonders dadurch, die moralische Pflicht des Staates zu betonen, für Menschen in psychischen Problemsituationen zu sorgen. Das Argument, dass eines der Länder mit dem größten Entwicklungshilfeetat doch in der Lage sein müsse, für die eigenen Bürger zu sorgen, auch jene am Rande der Gesellschaft, wiegt als Vorhaltung schwer. Konkrete weitere Darstellungen über den Betreuungs- und Behandlungszustand psychisch kranker Menschen scheinen angesichts dieser hoch angesiedelten moralischen Verpflichtung, die nicht eingehalten wurde, kaum mehr nötig.

⁴⁷⁵ Sherman. „You Don't Need Glasses to See Thru This.“

⁴⁷⁶ Holbach. „Noch zu krank für die Freiheit: Es bleibt die Anstalt.“

Die Autorin nimmt die Verantwortlichen in die Pflicht, indem sie auf unhaltbare Zustände aufmerksam macht, ohne die Verantwortlichen jedoch direkt beim Namen zu nennen. Lediglich im letzten Absatz des Leitartikels deutet Holbach die Adressaten ihrer Kritik an, wenn sie sagt, „der Verweis auf leere Geldbeutel bei Bund und Ländern“ taue nicht als Entschuldigung für die Zustände.⁴⁷⁷

Trotz der knappen Schilderungen ist eine aufwendige Recherchearbeit zu vermuten. Wie, insbesondere bei derart sensiblen Themen, üblich, scheint die Autorin Informationen aus vertraulich geführten Hintergrundgesprächen zu nutzen, um diese Informationen dann im Rahmen eines Kommentars, beziehungsweise Leitartikels, aufzugreifen und in der entsprechenden Form eines meinungsorientierten Artikels abzuhandeln. Auf diese Art ist es Journalisten grundsätzlich möglich, auch Informationen zu publizieren, die in vertraulichen Gesprächen weitergegeben wurden, da auf diese Weise die eigene Meinung der Autorin zum Tragen kommt und nicht der Hinweis auf die Quellen der Informationen.

Deutliche Unterschiede ergeben sich in diesem Vergleich bei der Verwendung von Illustrationen. Während im deutschen Beitrag keinerlei Abbildungen zu finden sind, sind die US-Beiträge reich illustriert. Bei der „Daily News“ sind die Bilder Programm. So lautete zwischen 1920 und 1991 der Slogan des Blattes „New York’s Picture Newspaper“ und bis heute ist eine stilisierte Kamera das Logo der Zeitung. Entsprechend umfangreich fällt auch in diesem Fall die Bebilderung aus. So sind mehrere Fotos von den Behandlungen und Untersuchungen zu sehen sowie ein Foto des Reporters mit einer Fülle von Verschreibungen in der Hand. Zudem zeigt die „Daily News“ Bilder der Einrichtungen, die das Undercover-Team im Laufe der Recherche aufgesucht hat. Hinzu kommen Abbildungen von Personen, mit denen der Reporter während seiner Recherche konfrontiert war; also Abbildungen der wegen des Missbrauchs des Systems Angeschuldigten. Zu sehen ist auch das Logo der Enthüllungsserie (Abb. 15, 16, 17 und 18). In einem Kasten ist ein Stethoskop als Symbol für das Gesundheitswesen abgebildet, darunter steht in dicken Lettern der Name der Artikelserie: „Medicaid Probe“. Durch diese Bebilderung nimmt die „Daily News“ die Leser sozusagen mit in das Behandlungszimmer (Abb. 14). Dadurch werden die im Text beschriebenen Sachverhalte plastischer. Die Alltagssituation eines Arztbesuchs wird somit in das Umfeld von Betrug und Untreue gerückt, zumal es eben im Besonderen die New Yorker Leserschaft war, die maßgeblich zur Finanzierung des Medicaid-Programms in ihrer Stadt beigetragen hat.

Die Bilder ergänzen die Texte, indem sie verdeutlichen, welche Geldverschwendung im alltäglichen Gesundheitssystem stattfinden konnte. Ebenso zeigen die Bilder das Ergebnis

⁴⁷⁷ Holbach. „Weg ohne Hoffnung.“

der sinnlosen Behandlungen und Verschreibungen. Abb. 15 zeigt etwa den Reporter einmal mit, einmal ohne Brille, wobei ihm die Brille verschrieben worden ist, ohne dass dies medizinisch notwendig gewesen wäre. Die Bilder dienen als reine Illustration und als Beleg für die dargestellten Sachverhalte. So liegt die Besonderheit der Enthüllungsgeschichten sowie der Fotos in der Alltäglichkeit des Dargestellten. Ähnliches trifft auf Abb. 16 zu, wo auf einem Bild eine Frau zu sehen ist, die sich in einer Apotheke mit Medikamenten versorgt, wobei es sich hier um ein optimiertes System gehandelt hat, bei dem Ärzte und Apotheken zum Ziel des gemeinsamen Vorteils zulasten des Gesundheitssystems kooperiert haben. Ähnlich wie bei anderen US-Beiträgen, zeigt auch die „Daily News“ Verantwortliche, denen die Zeitung die Ausnutzung des Medicaid-Systems vorwirft. Beispielsweise zeigt Abb. 17 einen Zahnarzt, dem Abrechnungsbetrug zur Last gelegt wird. Abb. 18 wiederum zeigt einen Arzt, der mit offenbar wirkungslosen Medikamenten das Gesundheitssystem ausgenutzt haben soll. In beiden Fällen sollen die Verantwortlichen für den Missbrauch gezeigt werden, wodurch diese aus ihrer Anonymität geholt und dem breiten Leserpublikum präsentiert werden.

Im Gegensatz zu den Enthüllungen über Farview, die von Ereignissen hinter hohen Zäunen und Mauern berichten, behandelt die „Daily News“ ein Thema, mit dem die Menschen ständig konfrontiert sind – den Missbrauch des öffentlichen Gesundheitssystems vor ihren Augen vermögen sie jedoch nicht zu erkennen. Umso eindringlicher ist es daher, Bilder von Gesundheitseinrichtungen in der eigenen Nachbarschaft im Zusammenhang mit Enthüllungen über den Missbrauch des Gesundheitssystems zu sehen. Der Nachrichtenwert der hier abgedruckten Bilder liegt also in der Normalität des Dargestellten.

Ganz anders verhält es sich dagegen im Falle der Enthüllungen von Farview, in denen die Leser mitgenommen werden in eine abgeschlossene und vor den Blicken der Öffentlichkeit ohnehin verborgene forensische Klinik. Entsprechend ungewöhnlich für die Sehgewohnheiten vieler Leser mögen daher die Illustrationen zu dieser Artikelserie wirken, mit Bildern aus der Anstalt, die das Leben der dort behandelten Patienten zeigen, eines der berüchtigten Zimmer, in dem sowohl Wettgeschäfte abgeschlossen wurden als auch Patienten Gewalt angetan wurde (Abb. 13), oder mit Bildern von früheren Aufsehern der Einrichtung, die also zu den hier Beschuldigten zählen. Hinzu kommen Bilder, die die Haftbedingungen illustrieren, eine Außenansicht der Klinik, Abbildungen von Dokumenten sowie eine Landkarte, die den Standort von Farview zeigt.

Als einzige der hier ausgewählten Zeitungen illustriert der „Philadelphia Inquirer“ seine Berichterstattung mit einer Karikatur (Abb. 12). Mit dieser fasst die Zeitung die Grausamkeiten und Willkür zusammen, denen die Insassen ausgesetzt waren.

3.7. Einzelschicksale und ihre Umwelt

3.7.1. Fall Gedern

Insbesondere der letzte dargestellte Fall über die mangelnde Ausstattung von psychiatrischen Kliniken überschreitet bereits deutlich die Grenze der an der puren Faktenlage orientierten Darstellung, hin zur Betonung des individuellen Schicksals.

Im Folgenden wird das Schicksal des Einzelnen noch mehr im Fokus stehen. Das Leben anderer Menschen prägt weite Teile der medialen Berichterstattung und ganze Medienkonzerne leben davon, bunte Blätter zu vertreiben, in denen es nur um das eine geht: Das Leben oder Schicksal anderer (mehr oder weniger berühmter) Menschen. Human Interest spielt auch im Bereich des investigativen Journalismus eine große Rolle, zumal Einzelschicksale (abseits der Sensationsgier des Boulevards und der fortschreitenden Personalisierung politischer Auseinandersetzungen und deren medialer Aufarbeitung) oftmals Grenzbereiche des gesellschaftlichen Lebens betreffen.

Das Schicksal eines jüdischen Arztes, der von seinen Mitmenschen drangsaliert wurde, macht dies ebenso deutlich wie die Geschichte von Steve Titus, der zu Unrecht wegen des Vorwurfs der Vergewaltigung in die Mühlen der Justiz geraten war und nach dem Beweis seiner Unschuld vor dem Scherbenhaufen seines Lebens stand. Beide Akteure sind unverschuldet in eine prekäre Situation geraten – und jeweils nimmt sich ein Journalist der Person an, wobei im Fall von Steve Titus die Ermittlungen der Zeitung sogar zur Klärung des Sachverhaltes geführt haben.

Die moralische Verantwortung angesichts der Geschichte stellt Michael Emmrich ins Zentrum seiner Beiträge in der „Frankfurter Rundschau“, in denen er darstellt, wie ein jüdischer Arzt in einer kleinen Gemeinde im Wetterau-Kreis diskriminiert wurde. Auch ihm geht es nicht darum, einzelne politisch verantwortliche Akteure bloßzustellen. Vielmehr schildert er das Leid und die Ängste eines Juden im Jahr 1987 in Deutschland und hält der Gesellschaft den Spiegel vor. Dabei appelliert er an die moralische Verpflichtung der Bürger der Gemeinde Gedern, Solidarität mit einem Mitbürger zu zeigen, der aufgrund seines Glaubens angegriffen, bedroht und ausgegrenzt wurde.

In dem ersten Beitrag schildert Emmrich die Situation, in der der Arzt Dan Kiesel und seine Lebensgefährtin Monika Schäfer lebten – zwischen Bedrohungen, Telefonterror, Einbrüchen und Vandalismus. Dabei fühlten sie sich von Politik und Polizei allein gelassen und

auch von den Mitbürgern erfahren sie keine Solidarität. Emmrich geht soweit, diese Bedingungen mit den Anfängen der Judenverfolgung im Dritten Reich zu vergleichen.⁴⁷⁸

Emmrich sieht die Begebenheiten und das Verhalten der Umwelt als Symptome einer Grundhaltung. Angesichts der Empfindsamkeit bezüglich des Themas ist dies ein schwerwiegender Vorwurf, insbesondere gegen die Stadtverwaltung. Damit nimmt der Autor die politische Führung des Ortes in die moralische Verantwortung. Er zählt danach weitere Versäumnisse der Stadtverwaltung auf, die er mit den Ereignissen um den jüdischen Arzt verbindet, so die Ablehnung gegen den Vorschlag, eine Gedenktafel an der ehemaligen Synagoge anzubringen, oder sich klar zur früheren Ehrenbürgerschaft von Adolf Hitler zu äußern. Einige politische Gruppen hatten für eine anstehende Bürgerversammlung angekündigt, sich mit dem Thema befassen zu wollen.⁴⁷⁹

In seinem Bericht über die Ereignisse während einer Bürgerversammlung, auf der die Ereignisse um den jüdischen Arzt Dan Kiesel thematisiert wurden, attestiert Emmrich den politisch Verantwortlichen, nicht ihr eigenes Verhalten zu hinterfragen, sondern stattdessen den Medien die Schuld zu geben, die einen Vorfall hochgekocht hätten und somit den Boten einer schlechten Nachricht zum Schuldigen zu stempeln. Den Bürgern hält Emmrich vor, eher aus Sensationsgier die Veranstaltung besucht zu haben, aber nicht, um als Gesellschaft jene auszuschließen, die die Spielregeln des Miteinanders schwer verletzt. „An diesem Abend wurde eine Chance vertan. Vor den Augen der Fernsehkameras brachte es bis auf den Theologiestudenten kein Zuhörer, geschweige denn ein politisch Verantwortlicher, fertig, sich vorbehaltlos vor Dan Kiesel zu stellen und ihm Unterstützung zu versichern.“ Zudem wirft Emmrich den Bürgern vor, an die Vergangenheit der Gemeinde anzuknüpfen. „Die Gederner tun sich schwer mit ihrer Geschichte, dafür lieferte die Bürgerversammlung den Beweis. In der Stadt, in der es bereits zu Beginn des Jahres 1933 schwere Ausschreitungen gegen Juden gab, spricht man über dieses Kapitel nicht gerne.“ Solidarität mit Kiesel kam nur von außerhalb der Gemeinde Gedern, aber nicht aus der Mitte der Gesellschaft, in der der betroffene Arzt lebte.⁴⁸⁰

⁴⁷⁸ Michael Emmrich. „Jüdischer Landarzt: Bedroht und beschimpft.“ *FR*, 18. Februar 1987, 17.

⁴⁷⁹ Emmrich. „Jüdischer Landarzt: Bedroht und beschimpft.“

⁴⁸⁰ Emmrich. „Gedern hat eine große Chance vertan: Bürger versäumen es, sich von den Angriffen auf jüdischen Arzt Kiesel zu distanzieren.“ *FR*, 28. Februar 1987, 13.

3.7.2. Fall Titus

„Mehrjährige Haftstrafe gegen Steve Titus wegen der Vergewaltigung einer 17-jährigen Tramperin auf einer staubigen Nebenstraße in der Nähe des Tacoma-Airports“: So hätte das Urteil des Gerichts in Seattle ohne die Enthüllung der „Seattle Times“ lauten können. Der „Seattle-Times“-Reporter Paul Henderson arbeitete den Fall auf und fand dabei heraus, dass Steve Titus zu Unrecht beschuldigt worden war, ein junges Mädchen vergewaltigt zu haben.⁴⁸¹ Erst nach der Enthüllung durch die Zeitung wurden neue Ermittlungen angestellt, die schließlich Titus' Unschuld belegten. Der Reporter war im Zuge seiner Recherche auf schlampige Ermittlungsarbeit gestoßen und offenbar den absoluten Willen der ermittelnden Behörden, schnell einen Täter präsentieren zu können.

Eine Zusammenfassung der Vorwürfe und Verfehlungen sowie der Faktenlage in dem Fall bietet ein kurzer Beitrag vom 26. September 1981, in dem Henderson über die Klage von Steve Titus gegen die Ermittlungsbehörde berichtet.

„Steve Titus, the Kent man wrongly convicted of rape last spring, has filed a \$20 million lawsuit against the Port of Seattle, charging his civil rights were violated. The lawsuit, [. . .] accuses the officer in charge of the case, Ronald Parker, of lying on the witness stand and persuading other witnesses to change their testimony. [. . .]“

A jury in March found Titus guilty of raping a 17 year-old-girl on a secluded road south of Seattle-Tacoma Airport October 12. Facing a prison term of three years to life, Titus was only a few days away from sentencing when his conviction was overturned in Superior Court because of new evidence uncovered by the Times.

The first-degree-rape charge against Titus later was dismissed when county police arrested a new suspect, Edward Lee King, who is awaiting trial for the October 12 rape and three other rapes. [. . .]

The lawsuit contends that both Parker and the Port of Seattle were ‘negligent and reckless’ in failing to consult with the county-police-sex-crimes unit.

The Times investigation revealed that another rape had occurred in the same location just six days earlier and that extraordinary similarities in the two assaults clearly indicated that both crimes were committed by the same man.

The suit contends that a comparison of the October 12 rape with similar crimes investigated by county police in the same area would ‘quickly have eliminated Titus as a suspect.’⁴⁸²

Den angeschuldigten Titus und den wahren Täter, der später auch ermittelt wurde, verbanden mehrere Ähnlichkeiten, sowohl was das Aussehen angeht als auch eine der Hauptspu-

⁴⁸¹ Paul Henderson. „One man’s battle to clear his name.“ *Seattle Times*, 15. Mai 1981.

⁴⁸² Henderson. „Titus files lawsuit over rape charges.“ *Seattle Times*, 26. September 1981. Hervorhebung durch den Autor.

ren in dem Fall, nämlich das Fahrzeug betraf. Völlig unter den Tisch gefallen waren jedoch das Alibi des Beschuldigten sowie der Beweis, dass Titus zur Tatzeit in seinem Appartement telefoniert hatte, wie die Rechnungen und Nachweise der Telefongesellschaft belegten. Anstatt hier genauer zu ermitteln, wurde hingegen die tatsächliche Tatzeit um die entscheidenden Minuten nach vorne verlegt, so dass dieses Alibi hinfällig wurde. Auch einem Bekannten von Titus, der mit ihm am Abend der Tat zusammen gewesen war, glaubten die Behörden nicht.

Hinzu kam, dass kurze Zeit vorher eine weitere Tramperin vergewaltigt worden war, die ausgesagt hatte, das Opfer eines Mannes gewesen zu sein, auf den die gleiche Beschreibung passte wie im Falle Titus. Doch in diesem Fall ermittelte eine andere Polizeieinheit, die sich mit der Port of Seattle Police das Revier teilte und durch diese Mischzuständigkeit wurde es versäumt, die beiden Ermittlungen zusammenzuführen. Erst durch die Recherchen und Veröffentlichungen in der „Seattle Times“ wurden weitere Ermittlungen angestoßen und die beiden Fälle auch ermittlungstaktisch zusammengelegt.⁴⁸³ Das Ergebnis: Der wirkliche Täter, der die beiden Vergewaltigungen beging, wurde gefasst und gestand seine Taten. Steve Titus, dessen Ruf aufgrund der Anschuldigung inzwischen absolut ruiniert war und der fast sein gesamtes Vermögen aufwenden musste, um die Ermittlungsarbeit zu leisten, die eigentlich Aufgabe der Behörden gewesen wäre, bekam ein neues Verfahren, um seine Unschuld beweisen zu können.⁴⁸⁴ Schließlich wurde er vom Vorwurf der Vergewaltigung freigesprochen.⁴⁸⁵

3.7.3. Analyse

Kaum etwas in der Bundesrepublik wirkt so schwer wie ein Vorwurf, der auf einem Vergleich mit dem Nationalsozialismus gründet oder Parallelen zu den Belastungen aus dieser Zeit herstellt. Entsprechend vorsichtig wird mit derartigen Vergleichen umgegangen. Ablehnendes Verhalten gegenüber einem jüdischen Arzt, der sich in seinem Wohnort aufgrund seiner Religion mit Anfeindungen und Bedrohungen konfrontiert sah, drängte einen solchen Gedanken jedoch auf. Eine Stadt mit ohnehin belasteter Vergangenheit, in der ein Jude im Jahr 1987 nicht unbehelligt leben konnte, muss sich derartige Vorwürfe gefallen lassen. Durch diese Bloßstellung nimmt Emmrich Politiker und Einwohner der Gemeinde Gedern in die moralische Verantwortung, sowohl im aktuellen Fall als auch vor dem Spiegel der Geschichte.⁴⁸⁶

⁴⁸³ Henderson. „Titus Case: Another Sea-Tac assault: Did Titus take the rap for a well-dressed rapist who struck twice?“ *Seattle Times*, 5. Juni 1981.

⁴⁸⁴ Henderson. „Steve Titus wins new trial on rape charges.“ *Seattle Times*, 8. Juni 1981.

⁴⁸⁵ Henderson. „Rape charges against Titus dismissed.“ *Seattle Times*, 30. Juni 1981.

⁴⁸⁶ Emmrich. „Gedern hat eine große Chance vertan.“

Die Instanzen der politischen Macht, in diesem Fall Stadtverwaltung und Bürgermeister, beschuldigt Emmrich nicht direkt, er lenkt stattdessen die Aufmerksamkeit auf die Ereignisse um den jüdischen Arzt Dan Kiesel und klagt die politisch Verantwortlichen durch die Human- Interest- Geschichte über das Leiden des Arztes an, indem er dessen Schicksal in seinem normalen Lebensumfeld in das Zentrum seiner Artikelserie rückt.

Die Empathie des Lesepublikums erreicht Emmrich durch die Darstellung der Ereignisse über 40 Jahre nach Ende des Nazi-Regimes und damit schafft er ein Anklagegerüst, ohne die Anschuldigungen in aller Direktheit aussprechen zu müssen – zumal der Ruf einer Gemeinde, die unter Verdacht steht, Nazi- Gedankengut zu pflegen, oder dies zumindest stillschweigend duldet, ruiniert ist. Damit zieht der Autor über die politisch Verantwortlichen auch die Bürgerschaft mit in den Komplex seiner Darstellung hinein.

Die Anklage gegen die gesamte Gesellschaft des Ortes Gedern erhebt er bereits durch den Titel des Textes vom 28. Februar 1987: „Gedern hat eine große Chance vertan: Bürger versäumen es, sich von den Angriffen auf jüdischen Arzt Kiesel zu distanzieren.“ Das Verhalten der politisch Verantwortlichen der Gemeinde prangert Emmrich an, indem er ihnen vorwirft: „Sie halten sich bedeckt, stehlen sich aus der Verantwortung.“ Ihre Distanzierung von Gewalt sei halbherzig und das Hauptaugenmerk liege darauf, „nicht den Eindruck einer judenfeindlichen Stadt aufkommen zu lassen.“⁴⁸⁷ Die Ereignisse in der Kleinstadt im Wetteraukreis hatten politische Folgen. Der hessische Landtag setzte sich mit den Vorkommnissen auseinander. Allein das kann als Indiz dafür verstanden werden, dass die Verharmlosungstaktik der lokalen politischen Verantwortungsträger nicht gerechtfertigt war.

Der Beitrag über die Landtagsdebatte in Wiesbaden zum Fall Kiesel ist in zwei Teile gegliedert. Während Stephan Börnecke die politische Debatte beschreibt, schildert Michael Emmrich den Auftritt Kiesels im hessischen Landtag und berichtet von dessen Entscheidung, Gedern verlassen zu wollen, womit wieder der Bogen vom Allgemeinen zum individuellen Schicksal geschlagen wird.

Der darstellende Teil über die Landtagsdebatte illustriert die weitreichende Hilflosigkeit der Abgeordneten. Solidarität sowie die Verurteilung der Übergriffe sind weitgehend die einzigen Reaktionen, verbunden mit der Warnung davor, zu übertreiben und verallgemeinernde Anklagen zu erheben. Eine schlüssige Antwort, wie mit den Ereignissen umzugehen sei, hat auch der Landtag nicht.

Emmrich wiederholt kurz die Vorfälle von Gedern, die dem Arzt und dessen Lebensgefährtin widerfahren sind. Damit nimmt der Autor erneut vor allem die Lokalpolitiker von

⁴⁸⁷ Emmrich. „Gedern hat eine große Chance vertan.“

Gedern in die Pflicht, die stets darauf bedacht gewesen waren, den Vorwurf des Antisemitismus gegenüber ihrer Gemeinde zu entkräften, anstatt auf das Opfer einzugehen.⁴⁸⁸

Zudem erwähnt Emmrich, dass selbst Abgeordneten, die an einer Solidaritätsdemonstration für Kiesel in Gedern teilgenommen haben, offene Ablehnung entgegengeschlagen war. Emmrich wiederholt zudem die erneute Erklärung von Bürgermeister Rainer Schwarz und Stadtverordnetenvorsteher Erhard Müth, dass es „in Gedern keinen Antisemitismus und keinen Fremdenhaß gibt.“ Durch die tatsächlichen Vorfälle gibt Emmrich diese Aussagen der Lächerlichkeit preis, zumal Müth zugleich sagt, er könne die Entscheidung Kiesels, Gedern verlassen zu wollen, nicht ändern, zumal, „weil ich einen weiteren Anschlag auf ihn [Kiesel] nicht ausschließen kann.“ Hinzu kommt, dass der Pfarrer von Gedern der „Frankfurter Rundschau“ vorgeworfen hat, mit ihren Berichten über den „Klamauk“ – also Telefonterror, Drohungen, Übergriffe, Einbrüche, Vandalismus – dem Arzt „keinen Gefallen getan zu haben.“⁴⁸⁹ Erneut erhebt Emmrich keine direkten Vorwürfe gegen die politische Führung, doch zitiert er Müth, der entlarvend einräumt, „die Betroffenheit eines Juden über einen Davidstern aus NPD-Aufklebern auf dessen Praxisscheibe falsch eingeschätzt zu haben.“⁴⁸⁹

Mit seiner Serie zum Fall Steve Titus behandelt Paul Henderson ein Thema aus dem Bereich Justiz und Strafverfolgung, bei dem deutlich wird, wie einfach unbescholtene Bürger in den Mühlen von Polizei und Justiz zermahlen werden können, weil die verantwortlichen Behörden bei der Ermittlungsarbeit essenzielle Fehler machen. Wie der Reporter selbst darstellt, hat erst seine Recherche und Berichterstattung über den Fall die Behörden auf die richtige Spur geführt und sie dazu veranlasst, die bisher versäumte Ermittlungsarbeit nachzuholen.

Henderson stellt Steve Titus, dessen Leben und die vergeblichen Versuche, seine Unschuld zu beweisen, ins Zentrum der Berichterstattung. Dadurch erreicht er bei den Lesern einen hohen Identifikationsgrad mit dem Justizopfer Titus, das aus der üblichen Gerichtsberichterstattung herausgehoben wird, in der in der Regel das Vergehen selbst im Zentrum steht, da Opfer wie Täter (je nach Umfang des Falles, Prominenz und Schwere der Anklage) häufig anonymisiert werden.

Hier hingegen steht das Opfer Steve Titus im Mittelpunkt und der Fall wird sogar zum „Titus Case“ wie Henderson im Titel des Beitrags vom 5. Juni 1981 feststellt. Denn es geht nicht um eine Verhandlung, die ein schreckliches Verbrechen aufklären soll, sondern um die Verhinderung eben dieser notwendigen Aufklärung. Im gleichen Beitrag schildert Henderson

⁴⁸⁸ Stephan Börnecke und Michael Emmrich. „Solidarität mit Kiesel, aber auch Mißtöne.“ *FR*, 2. Mai 1987, 15.

⁴⁸⁹ Börnecke. „Solidarität mit Kiesel, aber auch Mißtöne.“

sogar, wie seine Arbeit die Behörden erst auf die richtige Spur führte. „Detectives of the county sex-crimes unit had followed Titus’ case in *The Times*. But a possible connection between the Titus case and the county-investigated rape on October 6 did not emerge until a *Times* reporter asked detectives to conduct a case-by-case review of their files.“⁴⁹⁰

Das Hauptproblem des Falles war aus Hendersons Sicht neben der schlampigen Ermittlungsarbeit auch der Umstand, dass Titus vorab als schuldig galt. „A month ago, few people were listening to what Titus had to say. Now, [nachdem der wahre Schuldige gefunden worden und Titus freigesprochen war] he has an audience. And Titus has lots more to say.“⁴⁹¹ Daher gewährt die „*Seattle Times*“ Titus die Chance, nach Ende seines Verfahrens den Fall aus seiner Sicht erneut zu schildern, auch als Gelegenheit, seinen Ruf, der allein durch die Anklage bereits gelitten hatte, wieder rein zu waschen. Schließlich hatte Titus im Zuge des Verfahrens nicht nur Schulden in Höhe von 10.000 Dollar angehäuft, er hatte auch seinen Arbeitsplatz verloren, eine Position, auf die er fünf Jahre lang hingearbeitet hatte.⁴⁹²

Indem Henderson bereits am Anfang der Berichterstattung immer wieder Titus zu Wort kommen lässt, dessen Aussagen er zudem immer wieder mit den Gegenaussagen und Darstellungen aus dem Kreise der ermittelnden Behörden kontrastiert, wird die Verfehlung beziehungsweise das Unrecht, das Titus erlitten hatte, umso deutlicher. Somit schlägt Henderson durch akribische eigene Ermittlungsarbeit den Justizapparat mit dessen eigenen Mitteln, da Justiz und Polizei schließlich vor den Rechercheergebnissen der „*Times*“ nicht die Augen verschließen konnten. Der Reporter hat sich seit Beginn der Berichterstattung zum Anwalt eines Einzelnen, zu Unrecht Beschuldigten gemacht. „After listening to a *Times* reporter detail discrepancies in the Titus investigation, Neil Moloney, the chief of Port of Seattle police agreed to have senior officers reopen the case.“⁴⁹³ Jenen ohne Stimme eine Stimme zu geben ist eben eine der originärsten Aufgaben der (engagierten) Presse.

Auch bei diesem Vergleich lohnt sich ein Blick auf den Umgang mit Illustrationen. Die „*Seattle Times*“ verwendet in ihrer Berichterstattung eine Vielzahl von Bildern und Dokumenten. Sie stellt den Hauptakteur, Steve Titus (Abb. 8 und 9), den Lesern vor und stellt ihn dem später ermittelten wahren Täter gegenüber. Anhand dessen wird das Berichtete fassbarer, zumal einige der Ermittlungsspannen auf die Ähnlichkeiten des vermeintlichen und des wirklichen Täters zurückzuführen waren. Das Opfer schlampiger Ermittlungen erhält damit

⁴⁹⁰ Henderson. „Titus Case: Another Sea-Tac assault.“

⁴⁹¹ Henderson. „Looking back at Titus case.“ *Seattle Times*. 2. Juli 1981.

⁴⁹² Henderson. „Looking back at Titus case.“

⁴⁹³ Henderson. „Looking back at Titus case.“

ein Gesicht und verdeutlicht die Verzweiflung, in der der zu unrecht Verdächtige gesteckt hat.

Besonders auf dem Foto auf Abb. 8 wird dem Leser die emotionale Belastung von Titus offenbar, der nach gewonnenem Gerichtsverfahren seine Verlobte in die Arme schließt. Deutlich wird dadurch, dass hier das Opfer zum Hauptakteur der Darstellung wird und nicht die Begleitumstände oder die Beschuldigten. Zudem sind in der „Seattle Times“ Skizzen abgebildet (Abb. 11), die es dem Leser erleichtern, die Schilderung der Abläufe am Tag nachzuvollziehen. Sie sind eine wesentliche Hilfe zum Verständnis des Textes und führen den Leser unmittelbar in die Geschehnisabläufe hinein. Die Lenkung der Leser innerhalb des Textes wird dadurch einfacher und der Bericht eindringlicher. Auch weitere Ergebnisse der Recherchearbeit sind abgeleitet, die den Leser in die Darstellung einbeziehen, wie etwa ein Polizeireport (Abb. 10) mit Hilfe dessen der Reporter eine Spur aufgenommen hat, die wiederum zunächst Zweifel an Titus' Täterschaft streute und schließlich auf die Fährte des wahren Täters führte. In einem letzten Bericht sind sogar die vier vorangegangenen Seiten über die bisherige Berichterstattung in verkleinerter Form abgebildet (Abb. 9), die zeigen, dass insbesondere die eigene Ermittlungsarbeit der Zeitung zur Klärung des Falles beigetragen hat.

Einen Eindruck von den Ereignissen liefert auch die „Frankfurter Rundschau“. Mit insgesamt drei Fotos stattet die Zeitung die Beiträge zu den Vorfällen in Gedern aus (Abb. 19 und 20). Ein Bild von dem betroffenen Arzt in seiner Praxis am 18. Februar zeigt, welcher Mensch hier offenbar von seiner Umwelt drangsaliert wurde (Abb. 19). Die FR stellt somit den Lesern das Opfer der Ereignisse vor und schafft damit eine engere Beziehung.

Die Berichterstattung über die misslungene Aufarbeitung der Vorfälle am 28. Februar ist mit zwei Fotos versehen (Abb. 20). Eines zeigt den früheren Bürgermeister eines Nachbarortes, der sich bei dem Arzt entschuldigt und ihm einen Strauß Blumen überreicht. Dieses Bild zeigt die hohe Emotionalität der Veranstaltung und ergänzt damit den Inhalt des Berichts. Es illustriert zudem das Versagen der betroffenen Gemeinde, sich den Vorfällen in ihrem Ort zu stellen.

Das zweite Bild darunter zeigt eine Vielzahl von Medienvertretern, die zu der Bürgerversammlung gekommen waren. Mit diesem Bild werden die Bürger der Gemeinde mit in Verantwortung genommen, zeigt es doch, welche große Resonanz die Vorfälle in ihrem Ort auch überregional hervorgerufen haben.

Alle drei Bilder unterstützen damit die hochgradig moralisch gefärbte Anklage gegenüber der Gemeinde und ihren Einwohnern. Zumal aus Sicht des Autors die Einwohner Ge-

derns (wie der Titel des Artikels besagt) eine Chance „vertan“ haben und lediglich der Bürgermeister der Nachbargemeinde Worte des Bedauerns gefunden habe.⁴⁹⁴

⁴⁹⁴ Emmrich. „Gedern hat eine große Chance vertan.“

3.8. DDR-Justiz

3.8.1. Darstellung

In der Zeitung „Der Morgen“⁴⁹⁵ waren um die Zeit der Wende zahlreiche Artikel zum Thema DDR zu lesen. Eine Artikelserie von Jan von Flocken, Erwin Jurtschitsch und Michael Klonovsky gewann dafür 1990 den Wächterpreis.

„[E]s handelte sich um einen Artikel über Stasi-Internierungslager für Oppositionelle, die seit den späten 70ern detailliert für den Krisenfall geplant wurden, sodann um einen Artikel über die MfS-, Offiziere im besonderen Einsatz’, sogen. OibE, die damals einen legendären Ruf als eine Art überlebende Stasi-Untergrundorganisation bekamen (erste Meldung der ‚Tagesschau’), der sich aber später als übertrieben entpuppte. Sowie eine 7-teilige Serie unter dem Titel ‚Im Namen des Volkes. Präzedenzfälle der DDR-Justiz’, in welcher die Schicksale von sieben Personen, die durch politische Urteile im Gefängnis gelandet waren, beschrieben wurden (Fälle von versuchter ‚Republikflucht’ und ‚staatsfeindlicher Hetze’).“⁴⁹⁶

In einem Aufmacher-Beitrag der Titelseite berichtet „Der Morgen“ am 12. Juni 1990 über eine Versammlung der „Interessengemeinschaft zur Wahrung der Rechte ehemaliger Internierter in der Sowjetunion.“ So seien zwischen den Jahren 1945 und 1953 rund 30.000 Deutsche in Straflager in der UdSSR deportiert worden, nur 15.536 seien „Ende 1955 als ‚Spätheimkehrer entlassen worden.“ „Der Morgen“ greift damit die Forderung dieser Gruppe auf, nicht in Vergessenheit zu geraten und den Betroffenen für das erlittene Unrecht Entschädigungen zukommen zu lassen. Wiederum macht sich eine Zeitung zum Sprachrohr von Menschen und Gruppen, die sonst (insbesondere in den turbulenten Zeiten der Wende) kaum Gehör fanden.⁴⁹⁷

Entsprechend skandalös muss es wirken, dass „die SED-Führung spätestens ab Ende der siebziger Jahre Lager zur Internierung oppositioneller Kräfte betrieb.“ Ebenso angespro-

⁴⁹⁵ Die Zeitung „Der Morgen“ war in der DDR seit dem 3. August 1945 das Zentralorgan der Liberal-Demokratischen Partei. Zur Wende sagte sich die Zeitung als erste vom Führungsanspruch der SED los und beschäftigte sich „als erstes DDR-Blatt mit den stalinistischen Verbrechen in Deutschland.“ 1990 übernahm der Springer-Verlag den „Morgen“. Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit war ein wesentliches Betätigungsfeld der Zeitung. Auch der Wächterpreis ist in dem Wikipedia-Artikel erwähnt. 1990 fusionierte „Der Morgen“ mit der „Berliner Allgemeinen“, doch der Springer-Verlag stellte 1991 die Zeitung ein.

Wikipedia. Der Morgen. 11. Januar 2007. <http://de.wikipedia.org/wiki/Der_Morgen>.

⁴⁹⁶ Michael Klonovsky. E-Mail an den Autor. 5. Dezember 2006.

⁴⁹⁷ Jan von Flocken und Erwin Jurtschitsch. „30.000 verschwanden in Stalins Lagern.“ *Der Morgen*, 12. Juni 1990.

chen wird ein Lager im Kreis Gotha „mit einer Aufnahmekapazität ‚bis max. 1.500 Personen.‘“⁴⁹⁸

„Der Morgen“ hatte geheime Informationen zur Verfügung, aus denen hervorging, dass die DDR-Führung dieses Lager bereit hielt und ausbaute, denn: „Geplant war die jederzeit mögliche Verhaftung der gesamten autonomen Friedens-, Menschenrechts- und Ökologiebewegung sowie aller sonstigen in irgendeiner Form der Opposition verdächtigten Bürger. Im Grunde hätte nahezu jeder DDR-Bewohner in ein solches Lager eingeliefert werden können.“ Inwieweit dieses Lager, das laut Befehl zum Internierungslager ausgebaut werden sollte, auch dafür genutzt wurde, konnte „Der Morgen“ nicht abschließend klären, doch bereits die Planungen und Vorbereitungen alleine sagten viel über das DDR-System aus.⁴⁹⁹

Wie einem James-Bond-Film entsprungen – so beschreiben die Autoren eine Gruppe von Stasi-Offizieren in besonderem Einsatz (OibE), die im Falle eines Zusammenbruchs des SED-Regimes das Vermögen der Partei retten sollten und an Schlüsselpositionen des Staates positioniert waren, da die SED-Elite im Rahmen der Umbrüche in der Sowjetunion mit einem möglichen Machtverlust rechnete. Daher wollte die Staatsführung, unterstützt durch die OibE bis zur neuen Übernahme der Macht „überwintern“. Die OibEs zeichneten sich durch ihre besondere Regimetreue aus und durften weitgehend selbstständig operieren.⁵⁰⁰

In einer Serie von sieben weiteren Beiträgen arbeitet „Der Morgen“ Aspekte der Geschichte der DDR-Justiz auf, indem er einige besonders frappierende, wenngleich auch repräsentative Fälle exemplarisch darstellt. Eine Auswahl davon wird hier nun näher vorgestellt. Besonders geht es dem „Morgen“ darum, darauf hinzuweisen, dass viele der Juristen, die in die Fälle involviert gewesen waren, noch zu Zeiten der Wende ihren Beruf ausüben konnten, obwohl sie vorher Recht für ein Unrechtsregime gesprochen hatten.

Ein Beitrag behandelt den Fall von Brigitte Bielke und ihrem Sohn Ralf. Seinen Ausgang nahm dieser Fall, als Bielke, die Lehrerin einer Betriebsberufsschule war, sich weigerte, an einer Wahl teilzunehmen, da es nur um das Absegnen einer Einheitsliste ging. Alleine diese Nicht-Teilnahme an der Wahl reichte aus, um die Lehrerin von ihrem Posten zu entfernen, da sie „‚der Forderung an einem [sic] sozialistischen Lehrer bei der bewußtseinsmäßigen Erziehung der ihr anvertrauten Lehrlinge nicht mehr gerecht wurde.‘“⁵⁰¹

⁴⁹⁸ Jan von Flocken, Erwin Jurtschitsch und Michael Klonovsky. „‚Bekannte Personen in Isolierungsobjekte überführen‘: SED ließ spätestens seit 1979 Stasi-Internierungslager für Oppositionelle einrichten.“ In: *Der Morgen*, 19./20. Mai 1990.

⁴⁹⁹ Flocken. „‚Bekannte Personen in Isolierungsobjekte überführen.‘“

⁵⁰⁰ Flocken und Jurtschitsch. „Die Geheimsten der Geheimen.“ *Der Morgen*, 27. Juni 1990, 3.

⁵⁰¹ Klonovsky. „Sippenhaft für ‚Landesverrat‘ und Kontaktaufnahme zum ‚Klassenfeind‘.“ *Der Morgen*, 3. August 1990, 3.

Bielke versuchte sich nun zu wehren und verklagte ihren Betrieb, was allerdings ergebnislos blieb. Sie wandte sich daraufhin an weitere Staatsorgane sowie einige Zeitungen und Zeitschriften in der DDR. Außerdem stellte sie fünfmal einen Antrag auf Ausreise in die Bundesrepublik für sich und ihre beiden Söhne.

Da sich nichts tat, wandte sie sich an eine Hilfsorganisation in der Bundesrepublik. Infolge dessen wurden Bielke und ihr Sohn Ralf zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, wegen der „versuchten landesverräterischen Nachrichtenübermittlung“, weil sie versucht hatten, entsprechende Akten in die Bundesrepublik auszuschleusen. Des Weiteren wurde ihnen zur Last gelegt, an der „Wühl- und Zersetzungstätigkeit“ anderer Staaten mitgewirkt zu haben. Dem Sohn Ralf attestierte das Gericht zudem, eine ablehnende Einstellung gegenüber der DDR eingenommen zu haben. Bielke und ihr Sohn wurden schließlich von der Bundesrepublik freigekauft und von dort aus reichte Bielke Klagen gegen die involvierten Stellen ein.⁵⁰²

Ein Fall von Republikflucht erregte auch im damaligen Westdeutschland Aufsehen. Die beiden Töchter der Regieassistentin Jutta Gallus⁵⁰³ wirkten in der DDR-Fernsehserie „Geschichten überm Gartenzaun“ mit, die später in der Neuauflage unter dem Titel „Neues überm Gartenzaun“ über die Bildschirme flimmerte. Zusammen mit ihren beiden kleinen Töchtern wurde Gallus von Stasi-Mitarbeitern festgenommen, als sie die Deutsche Botschaft in Bukarest verließ. Sie hatte sich Passersatzdokumente geben lassen, um mit ihren Töchtern in die Bundesrepublik auszureisen. Mutter und Töchter wurden getrennt. Gallus saß zunächst in Haft und wurde später von der Bundesrepublik freigekauft. Im Nachspann der Fernsehserie wurde dann der Nachname der Töchter getilgt, die immer noch mitwirkten. Mit Demonstrationen, Petitionen, Interviews und öffentlichen Auftritten begann Gallus den Kampf um ihre Kinder, die inzwischen bei ihrem geschiedenen Mann lebten. Über verschiedene Anwälte in Ostberlin nahm sie Kontakt zu ihren Töchtern auf, bis die DDR schließlich nachgab und die Ausreise der Töchter in den Westen bewilligte.

Der Richter, der Gallus wegen „Republikflucht im schweren Fall“ zu drei Jahren Haft verurteilt hatte, befand sich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Artikels noch im Amt.⁵⁰⁴

⁵⁰² Klonovsky. „Sippenhaft für ‚Landesverrat‘ und Kontaktaufnahme zum ‚Klassenfeind‘.“

⁵⁰³ Das Schicksal von Jutta Gallus im Kampf für ihre Töchter gegen das SED-Regime hat zuletzt durch den zweiteiligen Fernsehfilm „Die Frau vom Checkpoint Charlie“ für Aufsehen gesorgt. Dieser Film gründet auf dem gleichnamigen Buch von Ines Veith. Auswirkungen auf den Beitrag im „Morgen“ hatte dies allerdings nicht und kann daher für die hier getroffenen Aussagen unberücksichtigt bleiben.

Die Frau vom Checkpoint Charlie. Zweiteiliger Fernsehfilm. Dir.: Miguel Alexandre. UFA, 2006

Ines Veith. *Die Frau vom Checkpoint Charlie: Der verzweifelte Kampf einer Mutter um ihre Töchter*. Knauer, 2006.

⁵⁰⁴ Klonovsky. „Eine Mutter kämpft um ihre Kinder.“ *Der Morgen*, 27. Juli 1990, 3.

3.8.2. Analyse

In dem Kapitel über das Wesen des Skandals ist dargelegt, dass in totalitären Staaten wie der DDR Skandale gemäß der Definition nicht existiert haben. Die Berichterstattung in der Zeitung „Der Morgen“ beweist dies, schließlich deckt die Zeitung Aktionen der Stasi und der DDR-Justiz erst nach dem Zusammenbruch des Regimes auf. Die Berichterstattung ist damit ein Stück Zeitgeschichte und stellt eine Ausnahme in dem Korpus dieser Arbeit dar, da die verantwortlichen Strukturen nicht mehr existierten.

Ausgehend von der Feststellung, dass in der DDR keine Skandale existierten, sondern vielmehr der Staat selbst ein Skandal war, der erst durch das Öffentlichwerden des Skandalösen wirksam wird, trägt „Der Morgen“ mit seiner Berichterstattung nach dem Zusammenbruch des Systems eben dazu bei, diese Öffentlichkeit zu schaffen. Schließlich war das Regime darum bemüht, die Realität über die Verhältnisse im Lande so weit wie möglich unter der Decke zu halten. Wenn auch die politisch verantwortlichen Personen in der Regel zum Zeitpunkt der Publikation ihr Amt nicht mehr innehatten, nicht mehr mit Rücktritt oder Ähnlichem reagieren konnten, so trägt die Veröffentlichung doch zur Aufarbeitung von Zeitgeschichte bei und illustriert das „skandalöse“ Staatssystem der DDR.

„Der Morgen“ greift einige der Sachverhalte nicht zum ersten Mal in den Medien auf, insbesondere der „Fall Gallus“ hat im Westen über mehrere Jahre hinweg immer wieder mediales Aufsehen erregt. Aus einem Medium innerhalb der DDR waren diese Ereignisse jedoch nicht bekannt, wodurch „Der Morgen“ die notwendige Öffentlichkeit nun auch im ehemaligen „Täterstaat“ schafft und den Menschen vor Augen führt, mit welchen Methoden das DDR-Regime gegenüber den eigenen Bürgern vorgegangen ist und die SED ihre Macht gesichert hat.

Somit dient die Beitragsserie nicht nur als historische Aufarbeitung von Vorgängen innerhalb der DDR, sie ist zugleich ein bedeutender Schritt der Medien in der ehemaligen DDR hin zu ihrer Aufgabenstellung in einem demokratischen Rechtsstaat.

So zeigt sich, dass „Der Morgen“ Enthüllungstechniken westlicher Medien aus rechtsstaatlichen Demokratien, in denen die Presse eine wesentliche gesellschaftliche Kontrollfunktion ausübt, schon im Prozess des System-Kollapses übernommen hat. Dazu mag der Umstand beigetragen haben, dass das Blatt während der Existenz der DDR eben eine Zeitung der LDPD gewesen ist, also – obwohl unter strenger Kontrolle durch das Politbüro – kein Verlautbarungsorgan der SED. Auf die Kontrollfunktion und die Rolle der Presse als vierte Gewalt hat sich „Der Morgen“ schnell besonnen.

Allerdings erhebt „Der Morgen“ Anschuldigungen gegen Juristen der DDR, die, wie bereits dargestellt, ihr Amt noch zu Zeiten der Publikation innehatten. Welche weiteren Folgen die Publikation für diese Menschen haben sollte, ist in den vorliegenden Beiträgen nicht überliefert.

Dennoch appellieren die Autoren mit ihren Beiträgen an die betroffenen Personen in Politik und Justiz, sich ihrer Vergangenheit zu stellen und die Verantwortung für die Vorkommnisse in der DDR zu übernehmen. Diesem Appell wohnt durchaus eine moralische Dimension inne, denn einen Rechtsanspruch von Opfern des DDR-Regimes gegenüber den Verantwortlichen, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, gibt es nicht. Diese Dimension wird in der Auseinandersetzung mit dem berüchtigten Stasi-Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen sowie in der Schilderung individueller Schicksale besonders deutlich.

„Der Morgen“ liefert auch zahlreiche Fotos, Dokumente sowie Skizzen. So steht bei den Beiträgen zur Serie über die DDR-Justiz ein entsprechendes Logo (Abb. 22). Dieses zeigt eine Waage als Symbol für die Justiz. Darüber steht der Schriftzug „Im Namen des Volkes“ und unterhalb der Waage das Motto der Serie: „Präzedenzfälle der DDR-Justiz“. In einer Waagschale steht das Wort „Recht“ geschrieben, diese wird aber von der anderen, schwereren Waagschale nach oben gezogen, in der das Parteisymbol der SED liegt. Damit verweist das Logo auf die Essenz der hier zusammengetragenen Berichte, die besagen, dass der Schutz und das Eigeninteresse der Partei größere Bedeutung hatten als die von der Partei gesteuerte Justiz, die eigentlich unabhängig ihre Arbeit verrichten sollte.

Zudem sind auch bei zahlreichen Berichten Bilder derer zu sehen, deren Schicksal im Artikel behandelt wird. So ist über dem Beitrag über eine spektakuläre Flucht mit einem Minensuchboot der DDR ein Bild von Bodo Strehlow zu sehen, der diesen Fluchtversuch unternommen hatte (Abb. 22). Dadurch entsteht ein höherer Grad an Identifikation der Leser mit den Personen, die unter dem System der DDR zu leiden hatten.

Um es den Lesern außerdem zu erlauben, den Gang der Recherche nachvollziehen zu können und als Belege für die Rechercheergebnisse hat „Der Morgen“ auch zahlreiche Dokumente abgelichtet, so beispielsweise das Deckblatt eines Urteils (Abb. 23).

Zahlreiche abgebildete Dokumente belegen die getroffenen Aussagen und unterstreichen die Sorgfalt der Recherche. Skizzen, etwa von den Foltermethoden, die in Hohenschönhausen zur Anwendung gekommen sind, machen das Ausmaß der Unterdrückung durch den DDR-Staat deutlich, zumal offenbar nach eigener Darstellung die Art der Folterpraxis erstmals belegt ist.⁵⁰⁵ In Abb. 24 ist die entsprechende Skizze zu sehen.

⁵⁰⁵ Jan von Flocken. „Folterzellen am Rande von Berlin.“ *Der Morgen*, 7./8. Juli 1990, XI.

Darüber hinaus sind insbesondere bei den Berichten über Urteile der DDR-Justiz Abbildungen von Betroffenen zu sehen, die deutlich machen, welche „Normalbürger“ zwischen die Mühlsteine des Staatsapparates und dessen Justiz kommen konnten.

Das Schicksal von Jutta Gallus und der Kampf um ihre Kinder, die nach ihrer Ausreise in die Bundesrepublik in der DDR zurückbleiben mussten, wurden bereits vor der Veröffentlichung im „Morgen“ breit in den Medien im In- und Ausland dargestellt, allerdings nicht innerhalb der DDR. Daher findet dieses Schicksal seinen Platz in der Serie des „Morgen“, da es besonders gut das wahre Gesicht des DDR-Regimes zeigt, wo Kinder als Faustpfand und Druckmittel gegenüber ihrer Mutter missbraucht worden sind.⁵⁰⁶

⁵⁰⁶ International, allerdings außerhalb der DDR und des Ostblocks, sorgte in den Jahren 1982 bis 1992 das Schicksal von Jutta Gallus für Schlagzeilen. 1984 durften sie nach einem fehlgeschlagenen Fluchtversuch und zweijähriger Haft ohne ihre beiden Töchter Claudia und Beate in die Bundesrepublik ausreisen. Erst vier Jahre später durften ihr die Töchter folgen, nachdem die Mutter am Checkpoint Charlie in Berlin in der Zwischenzeit öffentlich gegen das Verhalten der DDR demonstriert hatte und die Medien aus aller Welt auf Gallus aufmerksam geworden waren.

Veith. *Die Frau vom Checkpoint Charlie*.

4. Fazit: Unterschiedliche Formen des enthüllenden Journalismus

4.1. Recherchejournalismus

„Obwohl Deutschland und die USA moderne westliche Demokratien sind, hat sich die soziale Praxis des investigativen Journalismus in beiden Nationen sehr unterschiedlich entwickelt.“⁵⁰⁷

Angesichts der vorliegenden Befunde drängt sich eine Differenzierung der bereits erfolgten Definition der journalistischen Herangehensweise auf. In der Literatur wird investigativer Journalismus häufig mit Recherchejournalismus gleichgesetzt. Doch erscheint es sinnvoll, eine Unterscheidung vorzunehmen.

Im Folgenden soll es nicht um die Darstellung von ausschließlich bei deutschen beziehungsweise amerikanischen Medien vorkommenden Sachverhalten gehen. Vielmehr handelt es sich um eine Aufstellung von tendenziell häufiger zu Tage tretenden Arten der Vermittlung von Rechercheergebnissen.

Trotz desselben Mediums und trotz desselben Ansatzes zum Aufdecken von Missständen lassen sich unterschiedliche Herangehensweisen der Presse in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik Deutschland nachweisen. Die historische Entwicklung der Presse in Deutschland ist in hohem Maße von den Vereinigten Staaten beeinflusst. Unter US-Kontrolle entwickelten sich nach Ende des Zweiten Weltkriegs die ersten freien Medien, die anfänglich der Verbreitung von Anweisungen der Besatzungstruppen an die deutsche Bevölkerung und deren Umerziehung dienten.

Schnell, insbesondere nach dem Ende der Lizenzpolitik, entstand ein eigener Zeitungsmarkt. Dennoch unterscheidet sich die Basis von Presse und Pressefreiheit und damit die Grundlage der Arbeit und der Selbstauffassung an entscheidenden Stellen. So steht die langjährige Tradition einer erkämpften Pressefreiheit in den Vereinigten Staaten einer verliehenen Pressefreiheit (im modernen Sinne) in der Bundesrepublik (seit 1949 im Grundgesetz verankert) gegenüber. Dies ist eine wesentliche Bedingung für das unterschiedliche Selbstverständnis der Presse sowie deren Rolle im Staat. So verwundert es kaum, dass auch im Bereich des investigativen Journalismus deutliche Unterschiede festzustellen sind.

Die ausgewählten Beispiele zeigen, dass die Arbeitsweise investigativ arbeitender Journalisten in der Bundesrepublik nicht einfach das US-Vorbild kopiert. Stattdessen haben

⁵⁰⁷ Nagel, XI.

sie eigene Wege gefunden, um ihre Enthüllungen publik zu machen. Während bei den deutschen Darstellungen von Verfehlungen Zurückhaltung sowie die offenkundige Chance für den jeweils Betroffenen zur Reaktion überwiegen, wählen amerikanische Journalisten den Weg einer heftigen Anklage. Dabei greifen sie auf eine Vielzahl von Belegen zurück, die sie ausgiebig schildern.

Bei der Praxis des Recherchejournalismus werden Rechercheergebnisse dargestellt, wobei die Reaktion der Beschuldigten zum Teil der folgenden Berichterstattung wird. Anschuldigungen werden zu Beginn der Berichterstattung nicht in voller Härte erhoben, sondern zunächst in einen Rahmen gestellt, um sich durch Rede und gegebenenfalls Gegenrede erst zur „Geschichte“, beziehungsweise zum „Skandal“ zu entwickeln. Daher ist die Recherche mit der Erstveröffentlichung nicht abgeschlossen, sondern schließt den medialen Prozess mit ein, in dessen Verlauf die Reaktionen Betroffener und anderer mit einfließen. So gesehen ist die Erstveröffentlichung deutscher Journalisten nur ein Anstoß, in dem angedeutet wird, dass dem Journalisten aufgrund seiner umfangreichen Recherche weitere Fakten vorliegen.

Eine Einflussnahme, beziehungsweise Richtigstellung des bisherigen Verhaltens, wäre auch im Fall der Kießling-Affäre möglich gewesen. Dieses zu Beginn behandelte Beispiel verdeutlicht grundlegende Mechanismen im Zusammenspiel zwischen Politik und Öffentlichkeit. Anhand dieser Ereignisse zeigt sich die Bedeutung der Presse als demokratische Kontrollinstanz, die noch während des Gangs der Dinge Einfluss genommen und Sachverhalte öffentlich gemacht hat. Grundlage für das letztlich entscheidende Wirken der Presse war die eigene Recherche und das Anzweifeln öffentlicher Verlautbarungen aus den Machtzentralen.

Auch im Fall Pauli wird immer wieder Gelegenheit gegeben, die erhobenen (recherchierten) Vorwürfe zu entkräften oder darauf in irgendeiner Form zu reagieren. Das Ergebnis der Rechercharbeit wird erst nach und nach preisgegeben. Die Beispiele der Abgeordneten Pauli und Mechttersheimer zeigen diese Herangehensweise. Wie die Berichterstattung über das psychisch kranke Mädchen von Renate Holbach verdeutlicht, öffnet sich so auch der Weg zur Aufarbeitung der Rechercheergebnisse im Rahmen eines Meinungsartikels – der einzige im gesamten Korpus.

Damit hat sich in Deutschland eine Variante des Journalismus in das Arbeitsfeld des investigativen Journalismus eingefügt, die sich – zumindest im Kontext des investigativen Journalismus – in den hier untersuchten Texten aus den Vereinigten Staaten so nicht findet. Dies verdeutlicht die Tendenz zu höherer Zurückhaltung deutscher Pressevertreter, Verfehlungen vorbehaltlos anzuprangern. Somit haben deutsche Medien einen weiteren Weg be-

schritten, um, in Anlehnung an das US-Vorbild des investigativen Journalismus, ihre gesellschaftliche Kontrollfunktion wahrzunehmen.

Deutsche Zeitungen verstehen sich eher als ergänzendes Element im „Kontrollsystem“ des Staates. Die Anklage ist ihre Sache nicht, sondern vielmehr das Den-Finger-in-die-Wunde-legen, wobei das Augenmerk auf grundsätzliche Schwachstellen gerichtet ist – ein Faktor, der bei den US-amerikanischen Beiträgen in vergleichbarer Form kaum zum Tragen kommt.

Bei den deutschen Zeitungstexten offenbart sich eine Art Sowas-tut-man-nicht-Einstellung, zumal sich fast alle Artikelserien mit Sachverhalten befassen, die juristisch kaum zu beanstanden sind, aber dennoch eine Verfehlung darstellen. Sie folgen damit der Überzeugung, dass nicht alles, was rechtlich erlaubt ist, auch rechtens ist. Insbesondere Mandatsträger oder Personen in Vorbildfunktionen sollten – so die Logik der Argumentation – mögliche rechtliche Spielräume nicht bis an deren Grenzen ausreizen. Daher verwundert es nicht weiter, dass sich das Beschuldigungsgerüst zumeist an moralischen Fragestellungen orientiert, bei denen eher das Gefühl einer Verfehlung vorliegt.

Die deutschen Presseberichte gehen in hohem Maße auf die ethische Komponente des Verhaltens von Protagonisten der Enthüllungen ein. Das Einzelbeispiel dient dabei als Beleg für grundlegende Fehlentwicklungen. Dies zeigt sich insbesondere an den Beiträgen von Renate Holbach. Sie greift das Einzelschicksal eines Mädchens auf, das keine angemessene Betreuung angesichts ihrer psychischen Störung erhält und beleuchtet davon ausgehend die allgemeine Betreuungssituation jugendlicher Straftäter in der Bundesrepublik.

Auch Kurt Kister geht bei seiner Schilderung der Ereignisse um Alfred Mechttersheimer grundsätzlich auf das angemessene Verhalten für Bundestagsabgeordnete ein und nutzt die Verwicklungen Mechttersheimers in die Gaddafi-Stiftung als Einzelbeispiel.

Ähnlich geht Klaus Fischer bei seiner Schilderung der Rechercheergebnisse im Fall Pauli vor. Er legt ausführlich dar, welche Verfehlungen er dem Landtagsabgeordneten zur Last legt, um danach die Diskussion darüber anzustoßen, wie sich Abgeordnete verhalten sollten und wie der Landtag derartigen Diätenmissbrauch künftig ausschließen kann – auch wenn im konkreten Fall die Zeitungsbeiträge zum Rücktritt des Abgeordneten geführt haben. Des Weiteren waren die Berichte in der „Schwäbischen Zeitung“ Auslöser für eine Landtagsdebatte zu eben diesem Thema, in der die grundsätzliche Pflicht betont wurde, die Geschäftsbeziehungsweise Diätenordnung des Landtags so abzuändern, dass derartige Fälle für die Zukunft ausgeschlossen sein würden.

Der gleiche Ansatz findet sich bei Michael Emmrich, der das Schicksal des Arztes Dan Kiesel ins Zentrum stellt, die Abhandlung jedoch ebenfalls über den konkreten Fall hin-

aus öffnet und die Frage des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit des Ortes, in dem die Vorfälle passiert sind, stellt. Zudem verschiebt er die Perspektive von der Darstellung der schlechten Erfahrungen des Arztes hin zur Beobachtung der ihn umgebenden Gesellschaft mit den erhobenen Vorwürfen, was die Grundsätzlichkeit seiner Abhandlung unter Beweis stellt. Jedoch lässt sich im konkreten Fall kein einzelner Täter identifizieren, sodass die Erörterung der öffentlichen Debatte in dem betroffenen Ort an die Stelle der Auseinandersetzung mit einem einzelnen Täter rückt.

Die Beiträge aus der Zeitung „Der Morgen“ haben unter den deutschen Beiträgen eine Ausnahmestellung von dieser Verfahrensweise inne. Die Zeitungsbeiträge stehen auch zeitlich am Ende des hier untersuchten Korpus. „Der Morgen“ bedient sich bei der Untersuchung wesentlicher Aspekte der SED-Diktatur in seiner Darstellung Konzepten, die sich ansonsten nur bei den amerikanischen Beispielen im Korpus nachweisen lassen. So werden Opfer des SED-Regimes ins Zentrum der Darstellung gestellt, gleichzeitig aber auch die verantwortlichen Personen benannt und entsprechende Anschuldigungen gegen sie erhoben. Begleitet werden die jeweiligen Artikel von umfangreicher Illustrierung. Zu berücksichtigen ist hierbei jedoch die Sondersituation, in der die Artikelserie entstanden ist. Handelt es sich doch gewissermaßen um die journalistisch- historische Rückabwicklung eines gescheiterten Staatssystems (siehe dazu das Kapitel zur Analyse der Artikelserie in „Der Morgen“).

In jeder Form, die die modernen Medien heutzutage bieten, wirkt Journalismus auf alle gesellschaftlichen Bereiche ein, informiert, trägt zur Meinungsbildung bei, erklärt, stellt Zusammenhänge her, verfolgt Entwicklungen und bietet nicht zuletzt Unterhaltung. Aufgrund dieses umfangreichen Aufgabenportfolios trägt die Presse auch große Verantwortung für ihre eigene Arbeit, schließlich gilt sie, neben den staatlichen Organen Exekutive, Legislative und Judikative, als vierte Gewalt im Staat. Dies gilt zumindest für freie, rechtsstaatliche Demokratien, also auch für die Bundesrepublik und die Vereinigten Staaten.

Angesichts dieser der Presse zugewachsenen und obliegenden Aufgabe nimmt sie eine demokratische Pflicht wahr und gewährleistet durch ihre Kontrollfunktion die Überwachung des Staates. Doch diese Kontrollpflicht kann die Presse nur dann wahrnehmen, wenn sie eigenständige Recherche betreibt und überall da besonders genau hinsieht, wo sich Möglichkeiten für Missbrauch ergeben. So hat die Presse nicht nur eine Chronistenpflicht in der Übermittlung von Nachrichten, sondern trägt auch Sorge für das Funktionieren der Gesellschaft.

4.2. Investigativer Journalismus

„Schließlich begrenzen heute die Medien die Macht des Präsidenten wie nie zuvor in der amerikanischen Geschichte. In den USA gibt es die Tradition des investigativen Journalismus, der systematisch politischen und anderen Skandalen auf der Spur ist. Es waren letztendlich Journalisten der „Washington Post“⁵⁰⁸ und auch der „New York Times“, die die Watergate-Affäre aufgedeckt und Nixons Rücktritt erzwungen haben. Alle Nachfolger dieses Präsidenten wissen seitdem um die Folgewirkungen derartiger politischer Skandale und Tricks, wenn diese in den Medien aufgedeckt werden.“

⁵⁰⁸

Investigativer Journalismus gilt als Ausdruck der Vorbehalte der Bevölkerung der Vereinigten Staaten gegenüber Machtinstanzen schlechthin, die es zu kontrollieren gilt; wobei diese Kontrollaufgabe den Medien übertragen worden ist. Dabei geht es nicht darum, viel zitierte Klischees über die Vereinigten Staaten zu forcieren. Vielmehr geht es um die tief gefühlte Überzeugung, die sich in dieser journalistischen Spielart Bahn bricht.

Im investigativen Journalismus werden ausrecherchierte Vorfälle schonungslos aufgedeckt, wobei der Widerstand, den es bei der Recherche und damit dem Aufdecken von Missständen zu überwinden gilt, als besonders hoch anzusetzen ist. Diese Variante kommt in den gewählten Beiträgen aus den Vereinigten Staaten deutlich zum Tragen. Hier wird sofort der volle Umfang der Recherche schonungslos dargelegt, was den Grad der Beschuldigung deutlich erhöht. Anstatt wie ihre deutschen Kollegen in erster Linie die moralische Komponente zu betonen, formulieren die US-Journalisten harte Anschuldigungen, basierend auf nachprüfbaren Fakten wie Dokumenten, Zeugenaussagen, Beobachtungen und Interviews sowie in einem hier untersuchten Fall der Schilderung eines Selbstversuchs.

Diese Andersartigkeit in der Herangehensweise hängt auch mit der Unterschiedlichkeit der Rolle zusammen, die der Presse, insbesondere Zeitungen, in ihrer Kontrollfunktion zugemessen wird. Die Presse in den Vereinigten Staaten hat ihren festen Platz im System der Checks and Balances als Ur-amerikanisches System der Machtbegrenzung eingenommen und stellt als vierte Gewalt eine wichtige Kontrollinstanz dar. Davon ausgehend begründet sich der Anklagecharakter, den die hier untersuchten Serien und Beiträge aufweisen.

Im Fall der Enthüllungen der „Seattle Times“ ist die Zeitung sogar zu einer Ermittlungsinstanz geworden (wobei grundlegende Systemfehler der Ermittlungsbehörden zutage getreten sind), denn der Reporter hat Aufklärungsarbeit geleistet, die eigentlich Polizei und

⁵⁰⁸ Lösche. „Macht und Ohnmacht der Exekutive.“ *Informationen zur politischen Bildung* 283 (2. Quartal 2004): 13-28, 22.

Staatsanwaltschaft hätten erbringen müssen. So wurde das Systemversagen der staatlichen Instanzen umso offenkundiger.

Damit deckt sich die Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber dem Journalismus und den ihm zugebilligten Aufgaben mit dem gesamten Staatssystem, in dem der Journalismus als vierte Gewalt im Staate etabliert ist. Somit ist der Journalismus, insbesondere der investigative Journalismus, eine aus dem verfassungsmäßig vorgegebenen System ausgelagerte Instanz im US-amerikanischen System der Checks and Balances.

An den Beispielen der Enthüllungen um die Ereignisse in Farview beziehungsweise Somerville zeigt sich dagegen, dass die Autoren die jeweiligen Einzelverfehlungen im Blick haben, ohne die Vorkommnisse auf eine allgemeine Ebene zu ziehen. Beide Beiträge klagen die Verantwortlichen an: Behörden, Aufseher und Aufsichtsinstanzen im einen, Bürgermeister, Abgeordnete oder öffentliche Angestellte im anderen Fall. Von den Autoren werden konkret die verantwortlichen Personen benannt, ohne dabei die Verantwortung von den Individuen auf übergeordnete Instanzen oder Systeme zu schieben. Ausführlich legen die Autoren ihre Rechercheergebnisse vor und untermauern diese mit Dokumenten, Interviewbeiträgen und Illustrationen. Im Fall der Ereignisse in Somerville gehen die Autoren so weit, mittels seitenlangen listenartigen Aufstellungen vorzurechnen, welche Geschäfte die beschuldigten Personen auf Kosten der Allgemeinheit getätigt haben.

Paul Henderson, der für die „Seattle Times“ als Ermittler tätig geworden ist, hat dagegen Fehler im System aufgedeckt und er stellt als einziger US-Journalist das Opfer in das Zentrum seiner Erörterung. Davon ausgehend legt Henderson dar, welche Ermittlungsspannen zu der Verurteilung von Steve Titus geführt haben. Dennoch klagt auch er konkret an und sorgt durch seine Darstellung des Schicksals des zu unrecht Beschuldigten für Empörung über die zuständigen Ermittler bei den involvierten Polizeibehörden.

Obwohl der Selbstversuch von William Sherman eine Ausnahme im untersuchten Korpus darstellt, bleibt auch er der US-Praxis treu, die Verantwortlichen für die geschilderten Verfehlungen, die enormen Verschwendungen im öffentlichen Gesundheitssystem, genau zu benennen. Ebenso wie seine anderen US-Kollegen holt auch er weit aus, um nahezu protokollhaft seine Erlebnisse zu schildern und ausführlich darzulegen, mit welchen Methoden und welcher Systematik Mediziner das öffentliche Gesundheitssystem finanziell ausnutzen, ohne eine entsprechende Gegenleistung zu erbringen.

Anhand dessen zeigt sich die grundlegende Einstellung von investigativ arbeitenden amerikanischen Journalisten, Verfehlungen rückhaltlos zu ermitteln, aufzudecken und an die

Öffentlichkeit zu bringen. Die mögliche Reaktion von Beschuldigten spielt im Gegensatz zu den deutschen Beispielsbeiträgen keine Rolle.

4.3. Illustrationen

Der Umgang mit Illustrationen steht nicht im Zentrum dieser Arbeit. Auch lassen sich vom Gebrauch von Illustrationen keine Rückschlüsse auf investigative Arbeitsweisen ziehen. Dennoch ergeben sich bei den im Korpus untersuchten Beispielen deutliche Unterschiede im Gebrauch von und im Umgang mit Illustrationen, die hier in der gebotenen Kürze angesprochen sein sollen. Abbildungen haben im Kontext einer Zeitung mehrere Funktionen. Sie machen also im Text geschilderte Sachverhalte deutlich und dienen als Belege, sie zeigen betroffene Personen oder Schauplätze von Ereignissen und dienen (wie im Beispiel von Karikaturen) zur Interpretation von Ereignissen. Und nicht zuletzt erfüllen Illustrationen wichtige Aufgaben im Zeitungsdesign.⁵⁰⁹ „Erstes Ziel der Arbeit von Bildjournalisten ist es, Aufmerksamkeit zu erregen. Erst wenn die visuelle Nachricht das Interesse des Betrachters geweckt hat, wird er den Text dazu lesen.“⁵¹⁰ Während letzterer Aspekt bei deutschen Publikationen in hohem Maße zum Tragen kommt, arbeiten amerikanische Journalisten umfänglich mit dem Mittel der Illustration. Sie nutzen diese als Beleg, zeichnen den Gang der Recherche nach, präsentieren ihre Ergebnisse und zeigen verantwortliche Personen.

Ausführlich legen die amerikanischen Autoren ihre Rechercheergebnisse vor und untermauern diese mit Dokumenten, Interviewbeiträgen und Illustrationen. Bei den US-Beiträgen sind Illustrationen insofern Teil der Berichterstattung, als dass sie den Gang der Recherche nachzeichnen (wie im Fall der „Seattle Times“ oder der „Daily News“), beziehungsweise die Verantwortlichen abbilden wie im Fall des „Philadelphia Inquirer“.

Illustrationen dienen neben der Vermittlung von Informationen auch als Gestaltungsmittel beim Seitenbau. Dieser Funktion ist der Inhalt der Bilder bei den deutschen Beiträgen zumeist untergeordnet. Bei den US-Beiträgen haben die Illustrationen ihre eigenständige, erläuternde Funktion. Sie vertiefen die geschilderten Vorgänge und erlauben es dem Leser, den Gang der Recherche nachzuvollziehen und gleichsam aus der Perspektive des Reporters auf die Ereignisse zu blicken. Die Aussage der Texte wird dadurch verstärkt – zumal in der Regel

⁵⁰⁹Claudia Mast. *ABC des Journalismus: Ein Leitfaden für die Arbeit in Redaktionen*. 9. Aufl. Konstanz: UVK Medien, 2000, 299 ff.

⁵¹⁰Sachsse, 17.

Sachsse geht in seinem Lehrbuch ausschließlich auf die Arbeit von Bildjournalisten, also Fotografen, ein. Seine Ausführungen lassen sich (zumindest in Teilen) auch auf andere bildliche Darstellungsformen übertragen.

auch die jeweils angeschuldigten Personen gezeigt werden. Sie werden dadurch aus der Anonymität einer rein textlichen Vermittlung geführt.

Auf den Illustrationen der deutschen Beiträge (sofern vorhanden) sind wie im Falle der Schilderung der Erlebnisse des Arztes Dan Kiesel fast ausschließlich Opfer zu sehen, nicht die Täter. Dies führt zu einem höheren Identifikationsgrad mit dem Opfer, zeigt jedoch nicht, wer für das geschilderte Schicksal mitverantwortlich ist.

Andere deutsche Beiträge gehen mit dem Mittel der Illustration noch sparsamer um. Renate Holbach verzichtet bei ihren Berichten völlig auf Bilder, die „Schwäbische Zeitung“ zeigt nur ein Bild des Nachfolgers des zurückgetretenen Abgeordneten Pauli. Die SZ druckt lediglich ein Porträt von Alfred Mechttersheimer ab. Dies belegt den unterschiedlichen Umgang mit den Möglichkeiten der Illustration bei deutschen Medien.

Eine Ausnahme ist hierbei wie bereits erwähnt „Der Morgen“. Die Beiträge über die Machenschaften der SED, beziehungsweise des Staatssicherheitsdienstes, sind umfangreich illustriert. Neben einem Logo zur Artikelserie finden sich Fotos der Beteiligten, sowie mehrere Skizzen und Pläne, um die im Text geschilderten Vorgänge plastischer werden zu lassen. „Der Morgen“ arbeitet also nach ähnlichen Prinzipien wie die im Korpus untersuchten US-Medien. Wie bereits erwähnt, handeln die Beiträge des „Morgen“ von Vorgängen in einem zusammengebrochenen Staat, dessen politisches, wirtschaftliches und soziales System gescheitert war. Rücksicht brauchten die Autoren also nicht mehr zu nehmen. Vielmehr sind ihre Beiträge Zeugnisse der Zeitgeschichte, die belegen, mit welchen Methoden das SED-Regime in Ost-Berlin die eigene Bevölkerung gänzelte. Die Autoren machen also umfänglichen Gebrauch von den neu erlangten Freiheiten.

Zu berücksichtigen ist bei der Untersuchung der Illustrationen zu den Artikeln beziehungsweise Serien, dass diese nur im Zusammenhang mit den Texten zu verstehen sind. Sie dienen also ausschließlich (abgesehen von der Funktion im Mediendesign) dem Anschaulichmachen der geschilderten Sachverhalte. Das bedeutet auch, dass die Illustrationen nicht für sich alleine stehen können und mit den Texten eine Einheit bilden. Dadurch unterscheiden sich die klassischen Illustrationen in tagesaktuellen Medien von künstlerisch gestalteten Aufnahmen, Dokumentarfotos oder Motiven, die zu Ikonen der (Zeit-) Geschichte geworden sind. Damit entziehen sie sich einer eigenständigen ästhetischen Untersuchung (von Erwägungen wie etwa der fotografischen Praxis abgesehen) und bilden mit den Texten eine untrennbare Einheit.

4.4. Ausblick in die weitere Entwicklung der Presse

„Bis zum nächsten Morgen zu warten, während andere Internetseiten diese Nachrichten bereits im Laufe des Tages veröffentlichen, bedeutet, sich dem Risiko der Belanglosigkeit auszusetzen.

Alan Rusbridger, Chefredakteur des 'Guardian'“. ⁵¹¹

Zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema Medien halten sich längst nicht mehr mit dem derzeitigen Status auf, sondern eröffnen die Perspektive in die Zukunft. Dabei dominieren ernst gemeinte Konzepte und keineswegs Zukunftsphantastereien die Darstellungen. Denn die Autoren orientieren sich eng an Entwicklungssträngen, die sich bereits heute abzeichnen und – weitergedacht – zu einer neuen Realität bezüglich der Mediengestaltung, Übermittlung, Konsum und Verarbeitung von Nachrichten führen können. Tragende Säule der Entwicklung wird nach Ansicht der Experten das Internet sein, verbunden mit weiteren modernen Übertragungsmethoden, die beispielsweise Reporter schon heute in die Lage versetzen, über Ereignisse vom Ort des Geschehens nahezu in Echtzeit zu berichten.

In das Zentrum seiner Betrachtung stellt Dan Gillmor die Rolle des Nachrichtenkonsumenten, der immer aktiver in das Entstehen der Nachrichten mit eingreifen kann. Weblogs und Podcasts beeinflussen bereits heute den Nachrichtenfluss und werden weiter an Bedeutung gewinnen. Teilweise privat, teilweise von den traditionellen Medienunternehmen produzierte Logs sind Nachrichten, die zur individuellen Auswahl durch den Konsumenten zur Information zur Verfügung stehen. Bei Ereignissen wie dem Tsunami Ende 2004, den Bombenanschlägen in London im Juli 2005 oder unmittelbar nach dem Hurrikan Katrina haben Weblogs teilweise die Nachrichtenübermittlung geprägt. Gillmor geht davon aus, dass die „Citizen Media“, also die individuelle Erzeugung, Weitergabe und der Konsum von Nachrichten, außerhalb der klassischen Kanäle der Massenkommunikation wie Radio, Fernsehen und Print-Medien, weiter zunehmen wird.

Die neuen Wege der Weblogs haben inzwischen auch die traditionellen Medien beschritten und zahlreiche Zeitungen haben entsprechende Plattformen bei ihren Internetauftritten geschaffen, um die verschiedenen privaten Informationsquellen zusammenzuführen.

Da die traditionellen Medien auf Werbeeinnahmen angewiesen sind, die aufgrund schwindender Einnahmen zu einer Krise geführt haben, sehen einige Fachzeitschriften die

⁵¹¹ Frank Patalong. „Neue Zeitungsmodelle: Rückkehr der rasenden Reporter.“ In: *Spiegel Online*. 03.Januar 2007. <<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,druck-457357,00.html>>.

Medien mit ihrer Abhängigkeit von dieser Einnahmequelle „in jeopardy because of a swarm of web-based competitors.“⁵¹²

Besondere Konkurrenz für die traditionellen Medien sind eigene Internetplattformen, die Webloggern die Möglichkeit bieten, ihre Informationen anzubieten, zu verbinden, abzugleichen und zusammenzuführen.

Das Thema Blogger hat auch in die Agenturberichterstattung Einzug gehalten, da das Phänomen bereits heute die Medien beeinflusst. Am 27. April 2006 sendete AP beispielsweise einen Korrespondentenbericht über einen 27-jährigen Zahnarzt aus Bagdad, der seit Oktober 2003 seine Eindrücke über die Lage im Irak im Internet als Blog veröffentlicht. Sowohl seine Blogs wie die anderer Blogger haben dem Bericht zufolge die Sicht auf die Verhältnisse im Irak in der Weltöffentlichkeit, insbesondere in den Vereinigten Staaten und Großbritannien, beeinflusst.⁵¹³

Der frühere Weg der Nachrichtenübermittlung, der auch heute noch die Massenkommunikation bestimmt, ist die schnelle und aktuelle Berichterstattung in den elektronischen Medien wie Radio und Fernsehen. Tageszeitungen liefern mit der medienimmanenten Verzögerung mehr Hintergrundinformation und Details und Wochenzeitungen beziehungsweise Nachrichtenmagazine stellen die Ereignisse in einen größeren Zusammenhang. Das Schlüsselereignis, über das auch die weite Verbreitung über „non-standard news sources“ festzustellen war, waren die Anschläge vom 11. September 2001. Möglich gemacht hatte den schnellen, inoffiziellen Informationsaustausch das Internet. „Via emails, mailing lists, chat groups, personal web-journals – all non-standard news sources – we received valuable context that the major American media couldn’t, or wouldn’t, provide.“ Dan Gillmor hält diese Entwicklung hin zum „citizen reporter“⁵¹⁴ für eine Entwicklung hin zu einem höheren Grad an Demokratie im Nachrichtenfluss und reiht sie in die Tradition der Geschichtenweitergabe ein, die menschl-

⁵¹² Gillmor, XV ff.

⁵¹³ Miriam Fam. „Blogs aus dem Irak: 'Ich will doch nur Wodka kaufen können.“ In: *Spiegel Online*. 27. April 2006.

<<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,druck-413329,00.html>>.

⁵¹⁴ Bereits Dan Gillmors Buchtitel „We the Media“ weist auf die nach Gillmors Ansicht wachsende Bedeutung des Publikums hin. Mit zunehmender Medien- und Technikkompetenz werden so die Grenzen zwischen Medienkonsumenten und Journalisten nahezu verschwinden. Insbesondere mit Hilfe des Internets wird es möglich, sich unabhängig von den traditionellen Nachrichtenwegen und Medien selbst die notwendigen Informationen zusammenzusuchen und diese dann weltweit via world wide web auch anderen Nutzern zugänglich zu machen. Daher werden die traditionellen Medien und Medienmacher sich daran gewöhnen müssen, dass sie einer strengeren und kritischeren Kontrolle unterliegen. Zudem hat eine weltweite Nachrichtencommunity auch die Möglichkeit, ungewöhnliche Quellen anzuzapfen. So werden zukünftig nicht mehr einige wenige Journalisten die Berichterstat-terhoheit über zahlreiche Themen und Phänomene haben, sondern sie werden im noch härteren Wettbewerb um Informationen einen weiteren Konkurrenten hinzugewinnen: die bisherigen reinen Medien- und damit Nachrichtenkonsumenten. So wird, angesichts des Buchtitels aus dem bisherigen „The Media and its Consumers“ das von Gillmor vorhergesagte „We the Media“.

che Gesellschaften seit Jahrtausenden prägt und begleitet und sich dabei der Entwicklung der Kommunikationstechnik anpasst. Somit habe jeder die Möglichkeit, zum Journalisten zu werden.⁵¹⁵

Gillmor, selbst Journalist, hält die traditionellen journalistischen Vermittlungswege der „Big Media“ für Fehlentwicklungen, da die Institutionen fortschreitend zum anonymisierten Selbstzweck werden. In Zukunft, so prophezeit Gillmor, werden sich die Grenzen zwischen den Produzenten und Konsumenten verwischen.

Optimistisch angesichts dieser Entwicklung hin zum „grassroot journalism“ auf breiter Front ist Gillmor auch deshalb, weil große Medienkonzerne trotz guter Renditen von Investoren zu immer größeren Profiten gedrängt werden. Daher haben sich einige entschieden oder zumindest überlegt, wenigstens zeitweise die journalistische Qualität der Rendite zu opfern. Citizen Journalism sieht Gillmor dabei als Kontrollinstanz und Korrektiv. Denn die immer weiter steigende Orientierung an Rendite, Auflage und insbesondere Werbeeinnahmen gefährdet die originäre Aufgabe der Presse als gesellschaftliche Kontrollinstanz. Die Bereitschaft, sich mit Machtinstitutionen anzulegen, schwindet. So wird sich nach Gillmors Ansicht ein Parallelsystem von professionellen Medien ausbilden und ein wachsender Anteil an „self-assembling journalism.“⁵¹⁶

Noch revolutionärer für die Massenkommunikation als der Konzentrationstrend hin zu großen Medienkonzernen ist nach Ansicht Gillmors das Internet. Dieses hat das klassische Kommunikationsmodell und die derzeit noch gültige Definition der Massenkommunikation relativiert. „Communication had completed a transformation. The printing press and broadcasting are a one- to- many medium. The telephone is one- to- one. Now we had a medium that was anything we wanted it to be: one- to- one, one- to- many, and many- to- many. Just about anyone could own a digital printing press, and have worldwide distribution.“ Mit dieser Veränderung, der Weiterverbreitung der privaten Aufarbeitung von Nachrichten, werde sich die Medienlandschaft in Zukunft drastisch verändern. Gillmor zitiert Yochai Benkler, Juraprofessor an der Yale University, der den Vorteil der „Big Media“ gegenüber dem „open source journalism“ lediglich noch im Feld des investigativen Journalismus sieht. „This is due to the resources Big Media can throw at an investigation.“⁵¹⁷

Ähnlich wie Gillmor sieht auch Pavlik im Internet die entscheidende Technologie, um die Medien-, Nachrichten- und Presselandschaft in Zukunft maßgeblich zu beeinflussen und zu verändern. „Authenticity of content, source verification, accuracy, and truth are all suspect

⁵¹⁵ Gillmor, XVII ff.

⁵¹⁶ Gillmor, XXIV ff.

⁵¹⁷ Gillmor, 13, 17.

in a medium where anyone with a computer and a modem can become a global publisher.“⁵¹⁸
 Dabei wird nach Ansicht John Pavliks der technische Fortschritt die Medien nachhaltig verändern:

„First, the nature of news content is inexorably changing as a result of emerging new media technology. Second, the way journalists do their work is being retooled in the digital age. Third, the structure of the newsroom and news industry is undergoing a fundamental transformation. And, fourth, new media are bringing about a realignment of the relationship between and among news organizations, journalists, and their many publics, including audiences, sources, competitors, advertisers, and government.“

Dadurch ergeben sich gemäß Pavlik auch neue Formen der Vermittlung sowie neue Formen der Interaktion im Kommunikationsprozess, verbunden mit neuen Vehikeln der Kommunikation. Auch die verfügbare Aktualität von Nachrichten verändert sich, von einer feststehenden Informationseinheit hin zu einem konstanten Entstehungsprozess, da die Übermittlungsgeschwindigkeit von Nachrichten entsprechend zugenommen hat.⁵¹⁹

Notwendig scheinen diese Veränderungen zu sein, zumal weitere Trends wie die fortschreitende Ökonomisierung der Medienbranche Gefahren bergen. Nicht mehr nur Nachrichten sind inzwischen eine Handelsware, auch deren Verbreiter, die Medienkonzerne selbst, stehen im harten wirtschaftlichen Wettbewerb zueinander und unterliegen damit auch Interessen wie Shareholder- Value oder wirtschaftlichen Abhängigkeiten, die die Nachrichtenkommunikation beeinflussen.

Foerstel beklagt in seinen einführenden Worten den Werteverfall in den US-Nachrichtenmedien. Getrieben von Profitgier oder wirtschaftlicher Notwendigkeit sind die traditionellen Barrieren zwischen Anzeigenabteilungen und Redaktionen gefallen. „Harried editors have adopted the journalistic values of the tabloid press as reporters concentrate on crime, scandal, and ‚puff pieces‘“. Dies hat laut Foerstel zu einer fortschreitenden Vertrauenskrise in der Öffentlichkeit geführt. Außerdem beklagt Foerstel einen immer enger werdenden Raum für Recherche, da Gerichtsentscheidungen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten den Spielraum der Presse deutlich eingeengt haben, weshalb viele Medien nun dazu tendieren, einen Sachverhalt aus Angst vor teuren Gerichtsverfahren und damit in Zusammenhang stehenden Strafzahlungen, nicht zu veröffentlichen.⁵²⁰

⁵¹⁸ John Pavlik. *Journalism and New Media*. Columbia UP: New York, 2001, XI ff.

⁵¹⁹ Pavlik, XI ff.

⁵²⁰ Herbert Foerstel. *From Watergate to Monicagate: Ten Controversaries in Modern Journalism and Media*. Westport, CT: Greenwood, 2001, 1 ff.

Weiterhin sieht Foerstel im zunehmenden Konzentrationsprozess auf dem Medienmarkt in den Vereinigten Staaten eine Gefahr für Glaubwürdigkeit und Wahrhaftigkeit der Presse. So bestimmten noch um 1983 50 Konzerne den Markt, 1999 waren es noch neun, die durch Absprachen und Marktaufteilung ein Meinungsmonopol und damit eine Zensur ausübten. „In today’s brave new world, a few conglomerates make maximum profits through their closely held control of the world’s cultural and informational systems.“ Der Telecommunication Act von 1996 ist für Foerstel nur ein Instrument, diese Macht weiter auszubauen. Denn seither ist die Anzahl an Medien, die in einer Hand liegen dürfen, unbegrenzt. Somit kann ein Konzern Printmedien, Radiosender und Fernsehstationen im gleichen Verbreitungsgebiet halten. Laut dem Gesetz darf zwar niemand mehr als 35 Prozent der Medien kontrollieren, rechnerisch ließe sich der Markt jedoch damit unter drei Konzernen aufteilen.⁵²¹

Die Folge des Telecommunication Act war nach der Darstellung von Foerstel eine Welle von Firmenübernahmen in den Vereinigten Staaten. So verschmolzen etwa mit Westinghouse und Infinity Broadcasting die beiden größten Radiobetreiber zu einer unanfechtbaren Marktdominanz.⁵²²

Aufgrund dieser Entwicklung sieht Foerstel die journalistische Unabhängigkeit in Gefahr. Zumal der CBS-Anchorman Walter Cronkite, der einst „most trusted man“ in den Vereinigten Staaten war, beklagt, dass „[there is] virtually none whom I can cite on any network, that have any background of journalistic ethics or journalistic principles or journalistic responsibility.“ Zwar bezieht sich Foerstel in erster Linie auf die Verhältnisse bei Radio und Fernsehen, doch lassen sich die aufgezeigten Trends hin zu immer weniger, dafür immer größeren Medienkonzernen auch im Bereich Print feststellen. Einige dieser Unternehmen sind bei Weitem keine reinen Medienkonzerne, wie General Electrics, AOL, Disney und Viacom. Wie auch andere Autoren hofft Foerstel auf das Internet, um die Spirale immer weniger, immer größerer Medienkonzerne zu durchbrechen.⁵²³

Zudem hofft Foerstel, dass auch durch die Berichterstattung über die Beteiligungsverhältnisse und damit das geschärfte öffentliche Bewusstsein die journalistische Freiheit gewahrt bleiben könne. Weiter jedoch beklagt er den Einfluss von PR-Firmen und -Abteilungen, die inzwischen „getarnte“ Informationen als Nachrichten in den Medien platzieren. Erleichtert wird dieser Trend dadurch, dass immer mehr Journalisten in der PR-Branche angestellt sind,

⁵²¹ Foerstel, 11 ff.

⁵²² Foerstel, 14 f.

⁵²³ Foerstel, 22 f, 28, 32 f.

die wissen, wie Nachrichten „verpackt“ werden müssen, um ihren Weg in die Medien zu finden.⁵²⁴

Mit der zunehmenden Möglichkeit für jedermann, sich via Internet über alles selbst zu informieren und den Informationsaustausch mit anderen Internetnutzern zu intensivieren, werden es Journalisten und die klassischen Medien mit einem immer kritischeren Publikum zu tun bekommen. Als Möglichkeit, die Glaubwürdigkeit im professionellen Journalismus zu erhalten, empfiehlt Gillmor, die Kompetenz des Medienpublikums zu nutzen und diese in die eigene Arbeit und damit in das eigene Produkt einfließen zu lassen: „We [die Medienmacher] need to recognize and, in the best sense of the word, use their knowledge. If we don't have to settle for half-baked coverage; they can come into the kitchen themselves.“⁵²⁵ Gillmors Vermutung geht bis dahin, dass der professionelle Journalismus in die Krise geraten könne. Dennoch ist er der Ansicht, dass nur professioneller Journalismus mit seinen Strukturen in der Lage sei, investigativen Journalismus zu realisieren.

Auch in Deutschland gehen Experten von dramatischen Veränderungen auf dem Mediensektor aus. Für die Zukunft der Medien weisen alle Indikatoren wie Prognosen darauf hin, dass sich elektronische Medien wie Radio und Fernsehen behaupten werden (auch als klassische „nebenbei-Medien“), Tageszeitungen hingegen werden an Marktanteil einbüßen. Zwar werde die Kernkompetenz der klassischen Medien wie Presse, Radio und Fernsehen grundsätzlich erhalten bleiben, doch wird sich das Internet als Informationsmedium etablieren.⁵²⁶

So liegt die Vermutung nahe, dass der Rückgang an Nutzern der klassischen Medien, allen voran der Zeitungen, parallel zum Zugewinn der Internetnutzung verläuft. Neben den Veränderungen durch neue Medien und den damit verbundenen Nutzungsänderungen sieht Wolfgang Stöckel auch in den Strukturen der Medien selbst Gefahren für die Medien, die dadurch zu Problemen führen können. Insbesondere die Beeinflussung durch Werbung verwässert schon heute die Nachrichten, was zu einer zunehmenden Glaubwürdigkeitskrise führt. Dabei appelliert Wolfgang Stöckel an Werte, die eben auch investigativen Journalismus begünstigen:

„Die Stellung [der Presse] als vierte Gewalt im Staate wird in Zukunft nicht mehr zu halten sein, wenn sich der Journalismus nicht wieder auf seine ethischen Werte besinnt, wieder gründliche Recherche betreibt, sein Wächteramt im Dienst der Gesellschaft ernst nimmt,

⁵²⁴ Foerstel, 33, 37 f.

⁵²⁵ Gillmor, 111.

⁵²⁶ Michael Schröder und Axel Schwanebeck. „'Es war einmal...': Die Zeitungslandschaft verändert sich.“ Michael Schröder und Axel Schwanebeck. *Zeitungszukunft – Zukunftszeitung: Der schwierige Gang der Tagespresse in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts*. 2. Aufl., München: Reinhard Fischer, 2005, 9-22, 21f.

seiner Verpflichtung zur wahrheitsgetreuen und ausgewogenen Berichterstattung nachkommt und sich sein Privileg, Informanten schützen zu dürfen, jeden Tag wieder neu verdient.“ Besonders der Druck seitens der Anzeigenabteilung beziehungsweise der Anzeigenkunden stellt jedoch eine Gefahr für die oben formulierten Ziele dar. Davon sind vor allem kleinere Verlage betroffen, während größere Verlage zusätzlich von Politik und Interessensverbänden beeinflusst werden.⁵²⁷

Dabei kritisiert Stöckel auch die Verlagsleitungen, die mehr Qualität und Leistung bei zugleich weniger Geld fordern. Versuche, den Redaktionen selbst das Erwirtschaften von Profiten aufzuerlegen, weist Stöckel als unsinnig zurück, da Redaktionen per se Kostenfaktoren darstellen, die im Gegenzug journalistische Qualität in der Informationsvermittlung zu liefern haben. Diese Qualität, insbesondere die Unabhängigkeit in der Berichterstattung, sei vor allem dann in Gefahr, wenn die Redaktionen den Anzeigenabteilungen unterstellt werden.⁵²⁸

Das Internet und die „private Recherche“ sieht Johannes Ludwig kaum als Konkurrenz oder Gefahr für investigativen Journalismus. Er zeichnet insbesondere für investigativen Journalismus ein weniger düsteres Zukunftsbild als etwa Dan Gillmor. Problematischer sieht er die mangelnde Bereitschaft der Medienhäuser oder Medienkonzerne, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Denn: „klassische und ‚harte‘ Recherche läuft nur sehr begrenzt über das Internet, weil dort nur das zu finden ist, was irgendjemand hineingestellt hat. Was an Infos nicht das Licht der Welt erblicken soll, findet man so gut wie nie im Internet. Hartes Recherchieren setzt auch gewisse handwerkliche Fertigkeiten voraus, die dem normalen User – schon aus Zeitgründen – fehlen. Zum Wettbewerb – intra- und/oder intermedial – würde ich sagen: gut recherchierte und spannende, weil interessierende Informationen werden immer nachgefragt. Das haben viele Medienmacher nur nicht begriffen. Bzw. nicht begriffen, dass man – um es ökonomisch besser rechnen zu können – erst einmal investieren muss (z.B. in Redaktionen, Rechercheure etc), bevor man daraus Rückflüsse, sprich Erlöse einfahren kann. Jene, die das machen (z.B. SZ in München, Tagesspiegel in Berlin) demonstrieren mit Erfolg, dass sich solche Investitionen auszahlen.“⁵²⁹

Trotz unwägbarer Risiken des investigativen Journalismus, ob die aufwendige und teure Recherche zu Erfolgen führt, bietet diese Recherchearbeit die Chance, exklusive Geschichten hervorzubringen und sich somit im harten Wettbewerb zu behaupten.⁵³⁰

⁵²⁷ Wolfgang Stöckel. „Journalisten als Verlierer der Zeitungskrise.“ In: Michael Schröder und Axel Schwanebeck. *Zeitungszukunft – Zukunftszeitung: Der schwierige Gang der Tagespresse in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts*. 2. Aufl., München: Reinhard Fischer, 2005, 75-80, 78.

⁵²⁸ Stöckel, 77 ff.

⁵²⁹ Ludwig, E-Mail an den Autor. 23. Mai 2006.

⁵³⁰ Redelfs, „Investigative Reporting in den USA“.

Ähnlich beurteilt für die Vereinigten Staaten Jonathan Alter, Senior Editor Newsweek, die Zukunft der Medien. Zwar leisteten sich nur ein halbes Dutzend Redaktionen in den Vereinigten Staaten Investitionen in investigativen Journalismus. Doch werde diese Art der Recherche immer ihren Platz haben, da Blogger die klassischen Medien nie ersetzen können werden, da sie eben nicht in investigativen Journalismus investieren können.⁵³¹

In seiner bereits oben erwähnten Ansprache zum 100-jährigen Jubiläum des Vereins der ausländischen Presse am 24. Oktober 2006 stellte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier fest, dass die Aufgabe des Auslandskorrespondenten auch im Zeitalter des Internets seine Bedeutung nicht verloren hätten. Die Schnelligkeit in der Nachrichtenübermittlung sei nicht das wichtigste Kriterium und könne die Beurteilung von Korrespondenten nicht ersetzen.⁵³² Diese Aussage ließe sich dabei ohne Weiteres auf die Presse mit ihrer Mittlerfunktion insgesamt übertragen.

Wie die Weiterentwicklung der Medien und insbesondere das künftige Verhältnis zwischen Online- und Printangeboten aussehen könnte, beschreibt Frank Patalong in seinem Beitrag für „Spiegel Online“. Nach dem Vorbild der „Washington Post“ den Online-Angeboten oberste Priorität zu geben nach dem Leitspruch „Web first“, könnten Zeitungen künftig verstärkt das Ziel verfolgen, die bisherige Abgrenzung der verschiedenen Medien aufzuheben. „Man kann es aber auch pragmatisch übersetzen: Wer als Zeitungsmacher das Onlinen heute nicht lernt, ist morgen überflüssig.“⁵³³

Ebenfalls aus den Vereinigten Staaten stammt der Trend, bei Zeitungen die Lokalberichterstattung zu stärken. Doch auch da vollzieht sich derzeit offenbar ein Wandel dahin, Inhalte schneller zu übertragen und die Vernetzung zu anderen Mitspielern auf dem Nachrichtensektor zu intensivieren. Dieser Wandel „stützt sich zunehmend auf Citizen Reporters, engagierte Leser-Schreiber, respektive endlich wieder mobile Außenreporter.“ Dadurch sollen die festzustellenden Defizite des Printmediums ausgeglichen werden, denn: „Die einst schnelle Tageszeitung hat Radio und Fernsehen überlebt, weil die ihr inhaltlich keine Konkurrenz machen konnten. Das Netz aber kann das – und mehr: Im Vergleich zu den Recherche-, Update- und Vertiefungsmöglichkeiten des Internets sieht die Zeitung sehr, sehr alt aus.“⁵³⁴

⁵³¹ „Woodward and Bernstein: Pioniere des Investigativen Journalismus.“

⁵³² „Rede von Bundesaußenminister Steinmeier anlässlich der 100-Jahr-Feier des Vereins der ausländischen Presse (VAP) in Berlin“. In: Auswärtiges Amt. 24.10.2006. <<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2006/061024-VAP.html>>.

⁵³³ Patalong. „Neue Zeitungsmodelle: Rückkehr der rasenden Reporter.“

⁵³⁴ Patalong. „Neue Zeitungsmodelle: Rückkehr der rasenden Reporter.“

Diese Entwicklung wird nach Überzeugung des „Spiegel-Online“-Autors dazu führen, dass das „Haupt-Nachrichtengeschäft der Zeitung [. . .] künftig im Netz [stattfinden wird]. Eine Tatsache, die in den USA alle führenden Verlagshäuser längst akzeptieren.“⁵³⁵

Insbesondere der US-Verlag Gannett setzt angesichts dieser Entwicklungen auf eine neue Art des Lokalreporters, der „nun mit Laptop und WLAN-Equipment, Digitalkamera und 3G-Karte zur Datenübertragung“ unterwegs ist, auf der Suche nach Nachrichten. „’Mojos’ – mobile Journalisten“, nennt Gannett diese neue Gattung von Mitarbeitern, die häufig noch am Ort eines Ereignisses Berichte mit Hilfe eines Laptops tippen und zusammen mit Fotos unmittelbar in die Print- und Online-Redaktionen übermitteln.⁵³⁶

Dabei stellen sich jedoch zwei wesentliche Probleme. „Was kommt dann überhaupt noch in die gedruckte Zeitung? Berichte, die am folgenden Morgen noch Wert haben und nicht von der Zeit überholt sind.“ Und wie lässt sich die Qualität nachhaltig sichern?⁵³⁷

„Der New Yorker Journalismus-Professor Jay Rosen geht noch weiter als Gannett. Je mehr Nähe in der Berichterstattung, umso erfolgreicher das Medium, das ist sein Credo. Professionelle Schreiber und Rechercheure sollen im Netz mit engagierten Bloggern zusammengebracht werden und gemeinsam an Aufgaben arbeiten. Das fordert Rosen und versucht, ein solches Projekt aufzubauen: NewAssignment.net. Professionelle Redakteure sollen das vernetzte Arbeiten koordinieren und Texte redigieren – und so die Qualität wahren.“ Somit sollen sich die künftigen Print- Inhalte herauskristallisieren und die Qualität soll nachhaltig gesichert werden.⁵³⁸

„Irgendwo da mag die Zukunft der Zeitung liegen: zwischen dem beschleunigten Newsbeat der Webfirst-Zeitungen, [Springer-Chef Mathias] Döpfners horizontalem Zeitungsmo⁵³⁹, der kostengünstigen Idee ‚Redakteur steuert Blogger‘ und Gannetts Mojos. Wahrscheinlich muss man all diese Ansätze zusammenbringen, um zu einem Konzept mit Zukunftschancen zu kommen.

- Weil das Netz zur Hauptquelle für aktuelle Nachrichten wird, gilt Web first.

- Weil das gedruckte Wort da nicht konkurrieren kann, muss die Druckausgabe horizontal im Sinne Döpfners sein.

- Lokal- und Regionaltitel brauchen intime Nähe zu den Lesern, weil sie das unterscheidbar macht - mit professionellen Mojos und betreuten (hoffentlich bezahlten!) Bloggern.

⁵³⁵ Patalong. „Neue Zeitungsmodelle: Rückkehr der rasenden Reporter.“

⁵³⁶ Patalong. „Neue Zeitungsmodelle: Rückkehr der rasenden Reporter.“

⁵³⁷ Patalong. „Neue Zeitungsmodelle: Rückkehr der rasenden Reporter.“

⁵³⁸ Patalong. „Neue Zeitungsmodelle: Rückkehr der rasenden Reporter.“

⁵³⁹ Patalong stellt dieses Konzept Döpfners dar, der feststellte: „Leser suchen im Netz die aktuelle, schnelle Nachricht und gezielt nach Informationen. Darum muss die Zeitung als „Horizont-Medium Wünsche und Interessen schaffen und befriedigen, von denen der Leser noch gar nicht wusste, daß er sie haben könnte“.

• Weil nicht zuletzt auch für Lokalmedien eine Konkurrenz im Web erwächst, ist *Web first* auch dort wichtig. Siehe die Zeitungs-Konkurrenz onruhr.de. Siehe das Projekt Placeblogger.com, bei dem einmal mehr Online-Journalismus-Vordenker Rosen seine Finger im Spiel hat.⁵⁴⁰

Damit steckt Patalong den möglichen Rahmen für die Zukunft der Medien insgesamt und für das Verhältnis Print-Online im Besonderen ab. Wohin die Entwicklung führen wird, ist noch schwer absehbar, doch einige zentrale Weichen sind gestellt. Mit der neuen Betonung des Lokaljournalismus und der Wiederentdeckung des Reporters, in enger Verknüpfung mit dem engagierten Blogger, ergeben sich zudem neue Entwicklungsmöglichkeiten für den investigativen- beziehungsweise Recherchejournalismus, da, wie bereits ausgeführt, die lokale Ebene der Recherche ein wesentlicher Ansatzpunkt und lohnendes Ziel für diese Art des Journalismus darstellt.

So öffnen sich neue Chancen für die Positionierung von Medien in einer engen Verzahnung heute noch getrennter Mediensparten durch schnelle Übermittlung exklusiver Informationen, die sich im heutigen Betrieb von Politik und Wirtschaft am einfachsten im lokalen Bereich umsetzen lassen. Medienhäuser wie die WAZ-Gruppe in der Bundesrepublik, Gannett und die Washington Post in den Vereinigten Staaten bereiten sich auf diese Zukunft derzeit intensiv vor.⁵⁴¹ Wie sich die Medienhäuser im heutigen Wettbewerb auf Veränderungen einstellen müssen, zeigt das abschließende Zitat, das illustriert, dass Abwarten und Hoffen der falsche Weg sind. Mit althergebrachten Positionen im Medienmarkt wird künftig nichts mehr zu holen sein:

„Wie Zeitung in Zukunft genau aussieht, ist wahren Profis im Übrigen einerlei. Schon vor fast zehn Jahren sagte Arthur Sulzberger jr., Chef der ‚New York Times‘, das Wort Zeitung bezeichne kein Papier-Medium. Es bedeute die Lieferung aufbereiteter, verlässlicher Informationen in jeder gewünschten Weise. ‚Wenn die Konsumenten danach verlangen, ihre Zeitung telepathisch geliefert zu bekommen, werden wir auch das versuchen.‘“

⁵⁴²

⁵⁴⁰ Patalong. „Neue Zeitungsmodelle: Rückkehr der rasenden Reporter.“ S

⁵⁴¹ Patalong. „Neue Zeitungsmodelle: Rückkehr der rasenden Reporter.“

⁵⁴² Patalong. „Neue Zeitungsmodelle: Rückkehr der rasenden Reporter.“

5. Abbildungen

Die folgenden Illustrationen entstammen den Zeitungsberichten der im Korpus untersuchten Berichte. Sie wurden gescannt oder aus pdf-Dateien kopiert. Bei den hier angefügten Abbildungen handelt es sich zumeist um Ausschnitte, die nicht der Originalgröße entsprechen. Aufgrund der mitunter schlechten Qualität der zur Verfügung stehenden Dokumente wurden Ausschnitte teilweise vergrößert oder aus technischen Gründen verkleinert.

Die hier ausgewählten Illustrationen sind als repräsentative Beispiele zu verstehen, es handelt sich nicht um eine vollständige Auflistung aller Illustrationen, die im Zusammenhang mit den Berichten des Korpus erschienen sind.



Abb. 1:

Logo der Serie des Boston Globe über die Ereignisse in der Stadt Somerville. Dieses Logo erscheint bei allen Haupttexten zum Thema.

The Boston Globe, 20. Februar 1971.



Abb. 2:

Der „Boston Globe“ stellt das „Spotlight Team“ seinen Lesern vor. Im angehängten Text liefert die Zeitung eine Kurzbiografie der Reporter.

The Boston Globe, „Globe Team documented city ills“, 31. Januar 1972.

Guide to features
 BRIDGE15 FINANCIAL15-16
 CLASSIFIED20-22 LIVING12-14
 COMICS21 CELEBRITIES32, 38
 CROSSWORD21 SPORTS17-18
 DEATHS17 TV-RADIO23
 EDITORIALS14 THEATERS8,11

The Boston Globe

Rainy day
 WEDNESDAY — THUNDERSTORMS LIKELY, 65°
 THURSDAY — FAIR, COOLER, 63°
 HIGH TIDE — 3:05 A.M., 5:35 P.M.
 FULL REPORT — PAGE 17

Vol. 206, No. 42, © 1971, Globe Newspaper Co. WEDNESDAY MORNING, AUGUST 11, 1971 Telephone 283-8000 76 Pages — 13c

Grand jury issues 119 conspiracy counts

Auditor, former DPW head also cited

3 former Somerville mayors indicted

By Dexter Brice and Stephen Wermiel
 Globe Staff

Three former Somerville mayors, the present City Auditor, and a former superintendent of Public Works were among 19 persons and four companies indicted yesterday by a Middlesex County Grand Jury.

The three-week grand jury probe, which has not been completed, resulted in 119 indictments of conspiracy to violate the Somerville public bidding ordinance and three counts of larceny.

Among those indicted were former Mayor Lawrence F. Bretta, three counts of conspiracy; former Mayor James F. Brennan, 12 counts of conspiracy; former acting Mayor John F. Havican, 16 counts of conspiracy; current City Auditor Robert Bowdring, 27 counts of conspiracy; and former commissioner of the Department of Public Works Anthony Russell, 19 counts of conspiracy.

The three counts of larceny were returned against Simon Lamkin of the Kirkland Paving Co., 264 Beacon st., Somerville.

The findings were presented to Middlesex County Superior Court Judge Levin H. Campbell at 2:30 p.m. yesterday at the direction of assistant Attorney General John J. Irwin.

The investigation was initiated by the Attorney General's office to determine if violations of the public bidding law had occurred. Sections 46A, B, and C of the Somerville City Charter state that all contracts in excess of \$1000 must be placed out on public bids except in cases of emergency.

In February, the Globe Spotlight Team disclosed that Somerville administrations had allegedly channeled \$4.3 million in no-bid and split contracts to five favored contractors between 1960 and 1970.

Following the Spotlight articles on Somerville, Attorney General Robert Quinn announced that an investigation into alleged irregularities in Somerville had been under way for several months. Quinn said on February 23 that the probe was initiated on "a complaint by a private citizen."

LAWRENCE F. BRETTA
 ... mayor, 1961-67

JOHN R. HAVICAN
 ... interim mayor, 1967

JAMES F. BRENNAN
 ... mayor, 1968-69

ROBERT BOWDRING
 ... present auditor

SOMERVILLE, Page 4

Abb. 3:

Auf der Titelseite des „Boston Globe“ zeigt die Zeitung neben einem Artikel über die Anklage mehrerer hoher Offizieller der Stadt die Bilder der Beschuldigten.

The Boston Globe, „3 former Somerville mayors indicted“, 11. August 1971.

Connors denies association with Bretta & Bennett Ins. Agency

The Commonwealth of Massachusetts
 KEVIN H. WHITE
 Secretary of the Commonwealth
 State House, Boston, Mass.

**CERTIFICATE OF CHANGE OF DIRECTORS OR OFFICERS
 OF DOMESTIC BUSINESS CORPORATIONS**
 General Laws, Chapter 160B, Section 65

I, Frederick J. Connors, Clerk or Assistant-Clerk of the Bretta and Bennett, Insurance Agency, Inc.
 (Name of Corporation)
 located at 38 Union Square, Somerville
 (Business Address of Corporation: Number and Street, City or Town)

hereby certify in compliance with the provisions of law, that a change in the officers of said corporation has been made, and that the names of the present officers are as follows:

| Title | Name | Address One Number and Street or District | Expiration of Term of Office |
|-----------|----------------------|--|------------------------------|
| President | Lawrence P. Bretta | 19 Brantow Avenue Somerville, Massachusetts | 9-13-67 |
| Treasurer | Benedict H. Viola | 17 Somner Avenue Somerville, Massachusetts | 9-13-67 |
| Clerk | Frederick J. Connors | 88 Fender House Blvd. Somerville, Massachusetts | 9-13-67 |
| Directors | Lawrence P. Bretta | 19 Brantow Avenue Somerville, Massachusetts | 9-13-67 |
| | Benedict H. Viola | 17 Somner Avenue Somerville, Massachusetts | 9-13-67 |
| | Frederick J. Connors | 88 Fender House Blvd. Somerville, Massachusetts | 9-13-67 |

SUBSCRIBED THIS 21 day of October, 1966, UNDER THE SEAL AND IN THE PRESENCE OF TWO OTHER MEMBERS OF THE BOARD OF DIRECTORS:

SIGNATURE: Frederick J. Connors Clerk or Assistant-Clerk

Middlesex County Commissioner Frederick J. Connors, in an interview with The Globe, denied that he was ever associated with Bretta & Bennett Insurance Agency Inc., which received a county insurance policy in 1968 while Connors was chairman of the Commissioners.

However, the Spotlight team has in its files copies of corporation documents from the Secretary of State's office which attest to Comr. Connors' positions as clerk and director of the firm.

The interview with Comr. Connors follows in substance:

Q — It's come to our attention that you had been associated with the firm Bretta & Bennett during the years it received the county insurance policy.

A — That I was associated with the business? That's an out and out lie. There's no such fact in reality.

Q — You never were?

A — Absolutely not.

Q — Not Bretta & Bennett?

A — Absolutely not. Their offices were in the same building as my law office (38 Union Square, Somerville).

Q — But were you connected with the firm?

A — Absolutely in no way at all.

ATTY. CONNORS, as clerk, informs Secretary of State of the change of officers in Bretta & Bennett Insurance Agency on Oct. 21, 1966, four months after the firm had received the policy to insure county boiler equipment.

ONE OF ATTY. CONNORS' final acts as clerk of Bretta & Viola's Insurance Agency was to inform the Secretary of State of a change in the officers on Aug. 1, 1968. The new firm—Bretta & Sillari Insurance Agency, Inc.—occupies a new building, 310 Highland av., Somerville.

The Commonwealth of Massachusetts
 KEVIN H. WHITE
 Secretary of the Commonwealth
 State House, Boston, Mass.

**CERTIFICATE OF CHANGE OF DIRECTORS OR OFFICERS OF
 OF DOMESTIC BUSINESS CORPORATIONS**
 General Laws, Chapter 160B, Section 65

I, Frederick J. Connors, Clerk or Assistant-Clerk of the BRETTA & VIOLA INSURANCE AGENCY, INC. (formerly Bretta & Bennett Insurance Agency, Inc.)
 (Name of Corporation)
 located at 38 Union Square, Somerville, Massachusetts 02143
 (Business Address of Corporation: Number and Street, City or Town)

hereby certify in compliance with the provisions of law, that a change in the officers of said corporation has been made, and that the names of the present officers are as follows:

| Title | Name | Address One Number and Street or District | Expiration of Term of Office |
|-----------|---------------------|--|------------------------------|
| President | Lawrence P. Bretta | 19 Brantow Avenue Somerville, Massachusetts | ANNUAL |
| Treasurer | Salvatore Sillari | 13 Francesca Avenue Somerville, Massachusetts | MEETING |
| Clerk | Salvatore Sillari | 13 Francesca Avenue Somerville, Massachusetts | MEETING |
| Directors | Lawrence P. Bretta | 19 Brantow Avenue Somerville, Massachusetts | MEETING |
| | Josephine L. Bretta | 19 Brantow Avenue Somerville, Massachusetts | MEETING |
| | Salvatore Sillari | 13 Francesca Avenue Somerville, Massachusetts | MEETING |
| | Mary Sillari | 13 Francesca Avenue Somerville, Massachusetts | MEETING |

SUBSCRIBED THIS first day of August, 1966, UNDER THE SEAL AND IN THE PRESENCE OF TWO OTHER MEMBERS OF THE BOARD OF DIRECTORS:

SIGNATURE: Frederick J. Connors Clerk or Assistant-Clerk

Abb. 4:

Der „Boston Globe“ bildet im Zuge seiner Berichterstattung über die Vorgänge in Somerville zwei Dokumente ab, die die enge Verbindung zwischen den Firmen mehrerer Hochgestellter Repräsentanten der Stadt belegen sollen. In der Mitte zwischen den beiden Dokumenten findet sich der Ausschnitt eines Interviews des „Boston Globe“ mit dem County Commissioner Frederick J. Connors, in dem er eben diese Verbindung verneint. Anhand der Dokumente überführt der „Boston Globe“ ihn damit der Lüge.

The Boston Globe. Weitere Angaben über den Tag der Publikation finden sich in den übermittelten Dokumenten nicht.

10 THE BOSTON GLOBE Saturday, February 13, 1971



**SPOTLIGHT...
on Somerville**



"If there is any more of that work to be done in this city, I want some of the ice cream."

—A SOMERVILLE ALDERMAN

\$481,063 no-bid business to ex-DPW Commissioner

*** SPOTLIGHT**
Continued from Page 1

The story of these four companies during the 1960s is a classic story of political favoritism in a city where the furnishing of public work to the favored few has become a way of life.

A city alderman whose family firm has done a considerable amount of municipal business over recent years expressed this tradition in a recent conversation with the present mayor: "You know I do that kind of work for a living," he said. "If there is anymore of that work to be done in this city, I want some of the ice cream."

Middlesex Equipment Co.

In 1969, when his six-year term as Somerville DPW commissioner ended, Walter J. Manning knew the department inside-out. He also knew how much no-bid work it could dispense—and how to secure it.

For the next 10 years, Manning's firm got the lion's share of one major category of DPW business.

Manning is the president and treasurer of W. J. Manning Inc., a firm located at 371 Newbury St., Peabody, which was paid a total of \$33,180 by the city of Somerville in the 1960s, almost all of it for no-contrast snow removal work. (It was also paid \$189,838 in bid contracts.)

He is also the president of Middlesex Equipment Co.

Brestman related: "I don't climb up on every roof every time somebody fixes a roof and I don't go into a room every time it's painted."

Lexington Loan Co.

Former Somerville Alderman Walter Steeves, president of the Lexington Loan Co., is a great friend of Walter W. Whitney, another former Somerville alderman and presently a member of the city's assessing board. So great, in fact, that according to records on file at Middlesex Registry of Deeds, Steeves sold Whitney a half interest in roughly 20 acres of Lexington land on June 1, 1968, "for under \$100 consideration," as well as another adjacent piece of property for the same amount on June 3, 1969.

"They sold the land to the town of Lexington in 1970 for \$112,800.

Whitney, who has granted several abatements to Somerville property owned by Steeves over the years, declined to answer questions about the Lexington purchase, as did Steeves. "That's personal business," said Steeves. "I'm sorry but I can't discuss it with you."

Lexington Loan Co. received about \$180,000 from the city of Somerville during the past decade for both bid and no-bid work. Much of the no-bid business was for delivering loans to various city playgrounds and parks.

In 1963, for example, the company unloaded 381 cubic yards at Somerville's Lexington Avenue Playground for which the city paid \$260. The playground is

From left,
Walter Manning,
John Havican,
Anthony Rosselli,
Walter Whitney,
Walter Steeves,
Thomas Burns . . .

. . . and some of the city's favored businesses

LEXINGTON LOAN CO.
OFFICE & CHANCE
12 Newbury St., Somerville, Mass.
Telephone 6-3723 PB: Lexington, Mass. PD: 2-104

MIDDLESEX EQUIPMENT CO.
DIV OF
W. J. MANNING, INC.

UNITED CONSTRUCTION CO.
BUILDING-REMODELING-REPAIRING
CABINETS-COUNTERS-DETAIL WORK
7 or 506-6266

HIGHLAND AUTO PARTS INC.
ENGINE REBUILDING
PARTS

Irene Legere, who was the daughter of Peter Legere and Minnie (Casson) Legere. Peter and Minnie Legere also had a son, Thomas J. The founder and president of United Construction

Abb. 6:

Ebenfalls versehen mit dem „Spotlight-Team-Logo“, bildet der „Boston Globe“ wiederum die Beschuldigten ab, ebenso Firmenschilder jener Unternehmen, mit denen die Stadt Somerville bevorzugt Geschäfte abgewickelt hat.

The Boston Globe, „\$481,063 no-bid business to ex-DPW Commissioner“, 13. Februar 1971, 10.

Ralph asks impounding of no-bid work records

...investigation has not yet been made. ... Ralph asks impounding of no-bid work records.

Year-by-year breakdown of no-bid business in Somerville

| YEAR | 1960 | 1961 | 1962 | 1963 | 1964 | 1965 | 1966 | 1967 | 1968 | 1969 | 1970 |
|-----------------|-------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| NO-BID BUSINESS | \$26,951.31 | \$82,783.37 | \$94,806.47 | \$26,461.86 | \$12,954.22 | \$1,881.52 | \$11,677.16 | \$79,399.43 | \$26,645.06 | \$16,674.10 | \$29,814.04 |
| TOTAL | \$27,426.00 | \$131,714.00 | \$131,714.00 | \$131,714.00 | \$131,714.00 | \$131,714.00 | \$131,714.00 | \$131,714.00 | \$131,714.00 | \$131,714.00 | \$131,714.00 |

Spotlight on four mayors of Somerville

Harold W. Wells, 1960-61



...I don't go down to Adams. That's for those who... Harold W. Wells, 1960-61.

...in a series of articles... Harold W. Wells, 1960-61.

Lawrence F. Bretta, 1962-67



...I don't go down to Adams... Lawrence F. Bretta, 1962-67.

...in a series of articles... Lawrence F. Bretta, 1962-67.

James F. Brennan, 1968-69



...I don't go down to Adams... James F. Brennan, 1968-69.

...in a series of articles... James F. Brennan, 1968-69.

S. Lester Ralph, 1970-72



...I don't go down to Adams... S. Lester Ralph, 1970-72.

...in a series of articles... S. Lester Ralph, 1970-72.

Abb. 7:

Der „Boston Globe“ liefert eine kurze Zusammenstellung über das Verhalten der Bürgermeister von Somerville während der Zeit, in der die in den Artikeln beschriebenen Machenschaften innerhalb der Stadt stattgefunden haben. Versehen sind diese jeweils mit Porträts der Personen.

The Boston Globe, „Spotlight on four mayors of Somerville“, 14. Februar 1971, 67.

Steve Titus wins new trial on rape charge

Judge points to new evidence

By Janet Morris
Times staff reporter



A legal nightmare that began eight months ago for Steve Gary Titus ended in jubilation today when a judge threw out his rape conviction and granted him a new trial.

King County Superior Court Judge Charles V. Johnson said the 21-year-old Kent man deserves a second chance to prove his innocence because new evidence has surfaced since a jury convicted him of first-degree rape March 4.

Judge Johnson also ruled that Titus unfairly had been placed at a disadvantage by the prosecution on two critical points during the trial.

Titus, who says he has been devastated financially and emotionally by the ordeal, dropped his head in his hands and wept when the judge granted him a new trial.

Titus could have been sentenced today to serve a minimum prison term of three years. The sentence could have ranged up to life in prison.

The judge acknowledged that his action today was extraordinary but was justified because:

- The Seattle Times has uncovered new evidence concerning a second rape that was markedly similar to the October 12, 1980, rape for which Titus was convicted. The Times reported Friday that the rape of a 15-year-old girl on October 8 occurred on the same secluded road north of Seattle-Tacoma Airport.
- Striking similarities in the description of the rapists and the way the crimes were carried out indicate a strong possibility that both were committed by the same man.
- Last Thursday the victim in the October 8 case was shown a police montage that included a picture of Titus. She did not recognize his photograph.
- Titus was placed at a disadvantage during his trial because prosecutors failed to disclose until the last minute that one track found at the scene of the crime did not match Titus' car.
- Critical in-court statements by prosecution witnesses concerning the time of the crime came as a surprise to Titus' defense attorney Ed

Steve Titus embraces his fiance, Mavis Inghel, outside the courtroom today after he was granted a new trial in a rape case.

Staff photo by Richard S. Wright

Abb. 8:

Die „Seattle Times“ berichtet über den positiven Ausgang des Prozesses gegen Steve Titus. Die Abbildung zeigt Titus, wie er nach dem Ende der Gerichtsverhandlung seine Verlobte in den Arm nimmt. Die Zeitung zeigt also, dass hier eine hoch emotionale Situation ein gutes Ende genommen hat.

The Seattle Times, „Steve Titus wins new trial on rape charge“, 8. Juni 1981.



Abb. 9:

Auf dieser Seite bietet die „Seattle Times“ einen Rückblick auf die bereits erfolgte Berichterstattung. Unterhalb der Seiten-Pagina finden sich Abbildungen der vier maßgeblichen Zeitungsseiten, auf denen die „Seattle Times“ bisher über den Fall berichtet hat. Damit ruft die Zeitung den Lesern die gesamte Berichterstattung ins Gedächtnis. Einen Bezug zu den emotionalen Belastungen, die Titus zu überstehen hatte, liefert die Abbildung im rechten Teil der Seite, die Titus mit seiner Verlobten zeigt.

The Seattle Times, „Looking back at Titus Case: ‘They can’t just give me a cookie and say good-bye’“, 2. Juli 1981, E.

Scene

The Seattle Times Friday, June 5, 1981

INSIDE: Dear Abby C 3 Gardening C 6-8
Radio C 6 TV C 7 Comics C 8-9
Troubleshooter C 8 Bridge C 9



TITUS CASE

Another Sea-Tac assault: Did Titus take the rap for a well-dressed rapist who struck twice?

By Paul Henderson
Times staff reporter

Undoubtedly the Seattle Times' most famous headline was "Did Titus take the rap for a well-dressed rapist who struck twice?"

The victim in this case was a 15-year-old Tacoma runaway who told police she was hitchhiking on Pacific Highway South at 3:45 p.m. last October 6 when a well-dressed man in a light-blue sports car stopped and offered her a ride to Tacoma.

When county police saw evidence she was being driven to Tacoma, it could have a significant impact on the future of Steven Gary Titus, who has been convicted of first-degree rape in another case involving a 11-year-old girl last October 12.

That is because the rape in both cases appears to be the same case. And although it may sound like a double rape, it is not. It is one rape in two different places.

Consider similarities in the reported rapes occurring only one day apart:

Both victims were taken to a secluded dirt lane on Third Avenue South, near Seattle-Tacoma International Airport.

The rapist in both cases was described as being a blond and brown hair.

The 17-year-old victim described the incident on 33 to 35. The 15-year-old victim's age was given as 35 or 36.

In the October 12 case, the rapist was wearing a custom

colored suit and matching vest. The October 6 incident was similarly well-dressed in a tan sports coat, a brown tie and blue dress shirt.

And he traveled independently from Pacific Highway South to South 35th Street on the evening of October 11, the night that the victim, "I have to stop and see my sister."

On October 6, the rapist said he was taking her South 35th Street to see his brother.

A police officer was deployed on October 6, the October 12, the rapist warned that he had a knife and pressed what appeared to be a screwdriver against the victim's neck.

The October 6, the 15-year-old victim was taken, "I wasn't hurt you or anything, do you know I say." On October 12, the 11-year-old girl was warned, "Do as I say or I'll hurt you."

The 15-year-old told police she was raped in a light-blue or silver sports car. The older victim described a blue, compact car.

Although both of Seattle police and county police share jurisdiction in the areas where the rapes occurred, detectives in the county's jurisdiction will work out the details of the rape on October 11.

The October 6 rape case as a suspect or Port of Seattle police, who had arrested Titus, Lt. Tom Kinsey said that joint detectives will contact county police to "look over the video and computer tapes."

Retirees in the county correction unit had believed Titus' case in the Titus. But a possible connection between the Titus case



Six days before the rape for which Steven Titus was convicted, another case appeared (allegedly in the same place). The report describes a suspect remarkably similar to the man described less than a week later, "Was a blonde Titus?" The victim in the first case did not give, but not of a photo montage. At last, Judge Erickson, the one who performed sperm tests.

for Hollinger said the victim did not give Titus' picture a second glance.

"There is no evidence pointing to Titus at all," Hollinger told The Times after leaving. But Titus was not picked out.

Where was Steven Titus on the afternoon of October 6? The question appeared on the evidence sheet at Yagga Seabold Corp., where Titus formerly worked. Yagga is a model for Titus' doublet suit. As a district manager for the company, Titus supervised some 100 employees at various outdoor outlets in the Seattle area.

Digging into the personnel files at the request of The Times, Bob Deems, Titus' former supervisor, produced an employee record.

(Continued on page C 1)

Point/Counterpoint: the Titus case

The following is a summary of key pieces of disputed evidence in the Steve Titus case, as pointed up by Titus, his attorneys, the prosecutor and The Times' own study of the case.

Point: Titus' 1981 Chevrolet similar to compact car described by the rape victim. Victim later identified Titus' car as the vehicle she was raped in.

Counterpoint: Sixty per cent of new cars on the road are compact. Instead of showing her several cars, police took victims directly to Titus' Chevrolet.

Point: Numbers on Titus' allegedly license sticker (NE 077) similar to numbers seen by victim in rape vehicle (NE - or TTS -).

Counterpoint: Temporary license are issued from Olympia in chronological blocks. The first three numbers are likely to be similar for all new cars purchased in an area at about the same time.

Point: Titus picked by victim from a police montage of six suspects.

Counterpoint: Defense argued that montage was "suggestive."

Point: Titus failed a polygraph test prior to trial.

Counterpoint: Polygraph is disputed as an accurate instrument of truth, and not accepted as evidence in court in many states. It was not used as prosecutive evidence against Titus in court. A Grand jury named a five-member jury that established an alibi for Titus.

Point: Titus identified by the victim in court.

Counterpoint: Victim earlier had seen Titus' photograph in the police montage. He was the only headed man in the courtroom.

Point: A witness from local police the victim left her in a restaurant at 7 p.m. The victim initially told police she got into the victim's car at 8:45 p.m. In court testimony, the witness changed her story to 6:30 p.m. and the victim changed her story to 6:30 a.m. Dates of the original cases effectively appear to rule out Titus as the rapist.

Counterpoint: Prosecutor contends victim and witness often have opposite memory of date.

Point: The victim described seat covers in the rapist's car as being velveteen. Titus' car had vinyl seats.

Counterpoint: Police said texture of velveteen as Titus' car has the appearance of velvet when looked from outside the vehicle.

Point: Victim described rapist as 6 feet tall, Titus is 54, and 2 inches shorter than the victim, herself.

Counterpoint: Prosecutor said victim never saw the rapist wearing red socks have misjudged his size.

Point: Rapist described as wearing cream-colored suit and matching vest. Titus' father and brother testified he was wearing dark socks and dark sweater when he left for his apartment 30 minutes before the victim said she entered rapist's car.

Counterpoint: No explanation from police or prosecutor.

Point: Victim said she saw a window or picture hanging from rear-view mirror of rape vehicle. Titus had an air freshener with a Playboy bunny symbol hanging from his mirror.

Counterpoint: Police said a few victims viewed Titus' car she decided what she saw could have been the air freshener.

Point: Multiple rape victims found at the same time did

Abb. 10:

Die „Seattle Times“ erlaubt es den Lesern, die Rechercharbeit unmittelbar nachzuvollziehen. Eingeklinkt findet sich hier die Abbildung eines Polizei-Protokolls, in dem eine weitere Vergewaltigung aufgenommen wurde, die nach demselben Muster abgelaufen war wie jene, die Titus vorgeworfen worden war. Das kleinere Bild darunter aus einem Kriminallabor nimmt den Leser mit auf die Recherche des Reporters.

The Seattle Times, „Titus Case: Another Sea-Tac assault: Did Titus take the rap for a well-dressed rapist who struck twice?“, 5. Juni 1981, C.

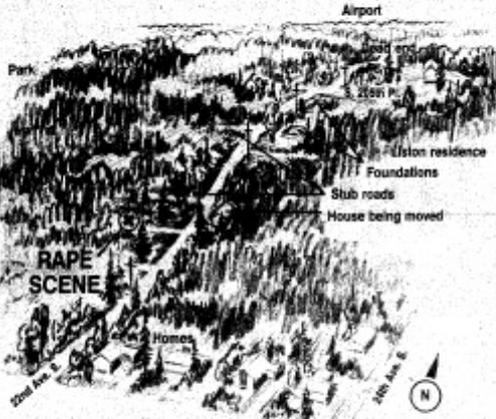
Scene

The Seattle Times Friday, May 29, 1981

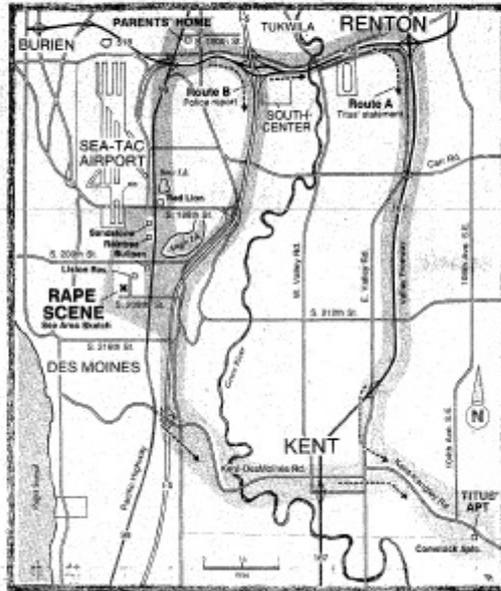
INSIDE: Dear Abby C 3 Bridge C 11

Troubleshooter C 7 TV, Sportscasts C 8

Comics C 10-11 Gardening C 4-5



The sketch above illustrates the scene of the rape. The victim told police she ran north after the rape. This took her up a shallow hill, where she would have seen the lights shining from the Linton house, the only lights in the neighborhood which has been cleared by the airport. At right landmarks and a displaced drive house. Steve Titus left his parents' home (at top), but from the sketch above. Also noted in the scene where the victim was allegedly picked-up while hitchhiking after leaving a friend at the Red Lion Inn. She first told police she was abducted from its front of the Bull Pen Tavern; at the trial, she cited the site a railroad north to the Sandstone Motel.



Map by Al Post

Guilt in rape case may hang on the tick, tick, tick of clock

"You have had more than the normal time to prepare for sentencing. I think we should conclude this matter as soon as we can." — Superior Court Judge Charles V. Johnson in Steve Gary Titus, convicted rapist, on May 15.

By Paul Henderson Times staff reporter

Professing his innocence down to the wire, Steve Titus, 31, will appear in Superior Court Monday to be sentenced for first-degree rape. He faces a mandatory three-year prison term and a possible sentence of 30 years to life. Whodunnit, however, are pending before the court in Titus' behalf.

The motion, filed by his lawyer following the trial, seeks to have the judge overturn the jury verdict on the basis that there was insufficient evidence presented in the case.

Another motion seeks a new trial on grounds of new evidence emerging since the trial. This evidence includes a startling line-up in the prosecution's case, withdrawn by a reporter who relied on a stop watch and a minute-by-minute analysis of police reports.

Whether any of the new evidence will entitle Titus to a new trial, however, is uncertain. State law says that, so admissible, the evidence "could not have been discovered through reasonable efforts prior to trial."

But you be the judge of damage



Steve Titus

Background on Titus case

On a rainy Monday night last October, Port of Seattle police responded to a house at the end of a lonely road in the South End to investigate the reported rape of a teenage girl. A 14-page article in The Times last month described the detective efforts of Steve Gary Titus to prove that he was wrongly convicted of that crime.

The rape victim told police she had been hitchhiking on Pacific Highway South when the rapist offered her a ride in a red compact car with a temporary license plate posted

in the rear window.

Armed with the description of a hooded man, 4 feet tall and wearing a three-piece, cream-colored suit, plus a description of his car, port officers began cruising through the parking lot along Pacific Highway last week night, looking for their man.

Titus became the one and only suspect to be investigated when police found his light blue 1981 Chevrolet outside a restaurant less than a mile from the rape scene on the same night. He had stopped there to have a drink with his friends.

The Chevrolet had a temporary license plate in the back window. Numbers on the sticker were similar to those remembered by the victim.

After being questioned, Titus agreed to have police take his photograph. On the following day, his photograph was placed by the victim from a magazine compiled by police. Titus was arrested.

Titus says he told police that he left his junior's house on South 14th Street at 8:30 p.m. on the night of rape and drove to his apartment in Kent via Interstate 405 and the East Valley Highway (Route A in map above). Titus insists that Port of Seattle Detective Ronald Parker changed that route to I-5, which would have placed him close to the scene of the

crime (see map).

Titus also insists he told two investigating officers that he arrived home at 6:30 p.m. In his written report of the interview, however, Detective Parker said Titus admitted not arriving home until 6:45 p.m.

Titus accuses Parker of lying. Officer Robert Jensen, who was present when the statement was taken, told The Times he does not remember what time Titus gave.

The officers used a tape recorder, nor did they take notes. Parker's account of the interview was not written until two days before the trial, more than four months later.

Titus also accused Parker of arresting the condemning presence of a brother, slay victim in Titus' car on the night he was stopped for questioning. A similar father was described by the victim as having been in the back seat of the rapist's.

Another officer who took credit in his report for searching Titus' car on the same night did not list the items in his inventory of evidence.

After reviewing the evidence, the prosecutor's office offered Titus a deal. If he pleaded guilty, the case would be dropped. If he failed, charges would be filed. Titus failed.

The five-day trial began on February 25.

Titus was identified in court by the victim, but reports from the Washington State Crime Laboratory testified that fingerprints and other evidence they processed failed to show that the victim had been in Titus' car.

Titus' father and his brother both testified that when Titus left for his apartment on the night of October 13, Titus was wearing dark slacks and a dark sweater, not a cream-colored suit.

The defense offered into evidence a telephone bill reflecting charges for a long-distance call made at 7 p.m., and Titus testified he had been home for 30 minutes before answering the call.

His alibi was supported in court by a friend, Tom Schuster, who testified that he talked with Titus on the telephone at 8:30 p.m. on the night of the rape and that he joined Titus in his apartment minutes later. Although the jury felt that Schuster did not seem certain of his times, the witness later volunteered to take a polygraph test. He passed.

Jury deliberated for 13 hours. Although it seemed to avoid acquittal on the first three ballots, Titus was convicted on the fourth. With the exception of a reckless-driving citation in 1978, he had never been in trouble before.

Titus, to have played the call at 7 p.m., says Titus would have had to leave the rape scene no later than 6:45.

But that means it would have taken the victim around 30 minutes to run to Paul Linton's house — a distance of about 200 yards.

Using a stop watch upon in the dark of night, a reporter visited from the rape scene to Linton's front door in three minutes flat.

In her original statement, the victim said she ran north, found the light on in a house and knocked on the door. The statement made no reference to the victim knocking on.

Chris Washington, deputy prosecutor in the case, said, however, that the victim became disoriented in the dark and had difficulty finding Linton's house.

Linton told The Times that it "seems quite doubtful" that any wrong form could have been up 30 minutes.

Five eyewitnesses and dirt lanes are between the rape scene and the house where the victim found help. Starting again at the rape scene, a reporter took every possible wrong turn along the victim's route. The elapsed time to walk to Linton's house along this zigzag course was just over eight minutes. That leaves, by the most conservative estimate, at least a quarter-hour unaccounted for.

The Times tried repeatedly to contact the victim, but she refused to discuss the case.

Abb. 11

Die „Seattle Times“ zeigt auf dieser Seite über den „Titus Case“ zwei Pläne, beziehungsweise Skizzen des Tatorts und der weiteren Umgebung mit dem Bewegungsmuster von Titus. Dadurch nimmt die „Seattle Times“ den Leser bei der Recherche mit und zeigt, wie umfangreich diese Rechercharbeit gewesen ist. Zudem ist wiederum ein Foto von Steve Titus abgebildet und ein Hintergrundbericht zu dem Fall in einen Kasten zu dem Hauptartikel gestellt.

Seattle Times, „Guilt in rape case may hang on the tick, tick of clock“, 29. Mai 1981, C.

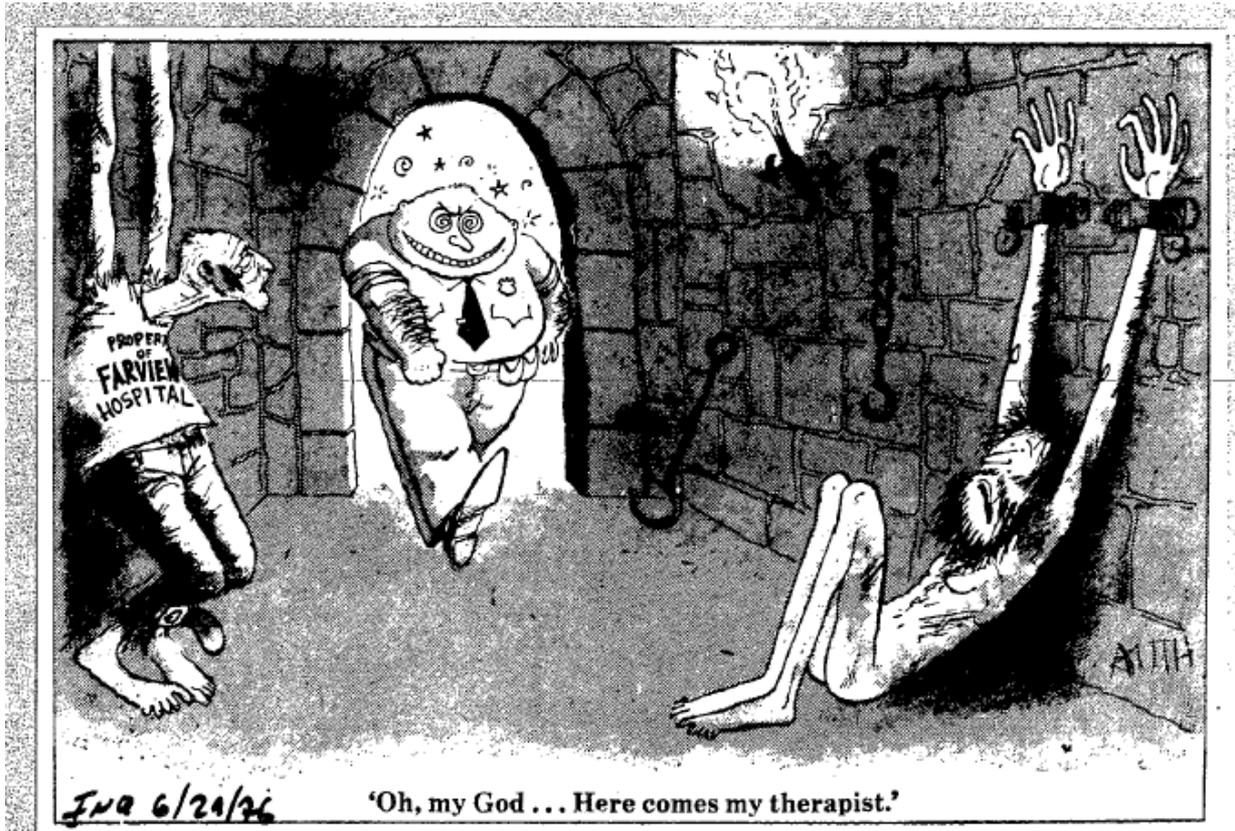


Abb. 12:

Mit dieser Karikatur fasst der „Philadelphia Inquirer“ seine Berichterstattung über die Ereignisse in der Anstalt in Farview zusammen. Hier wird die gesamte Grausamkeit der Situation offenbar: schwache misshandelte Insassen, die der Willkür des Personals ausgesetzt waren. Die Rollen sind jedoch in einem Punkt vertauscht: Behandlungsbedürftig sind angesichts der Karikatur die Aufseher und nicht die Insassen der Anstalt. Ausgedrückt ist dies zudem durch die Aufschrift auf dem zerschissenen T-Shirt des linken Insassen: „Property of Farview Hospital“.

The Philadelphia Inquirer, 21. Juni 1976.

At Farview, hustles, thefts and betting are way of life

CHIEF, from SA
 likely spot patients' mail or duplicate
 their Social Security or Veterans
 Administration checks.

- Robustness in which patients are lured or forced to gamble their money on horse racing, numbers rackets, sports parlays or horse handicaps.
- Guards selling or sometimes renting photographic pictures and books to inmates.
- The use of patients to help steal food and other supplies and prepare them for pickup by the wives of guards, staff members and physicians.
- The use of patients as cheap or free labor at the homes or outside businesses of staff members and administrators.
- And the sale to patients of drugs and wine laced with whiskey.

The center of much of this activity is a room at Farview called, by inmates, guards and administrators, "the horse room."

The horse room, as described by one former inmate, is loosely furnished by Farview standards — a table, a large table, a window with curtains and several easy chairs. If it were, he says, that guards run the bookmaking operation — placing their own and patients' bets with an outside bookie and "handling" patients' Social Security and Veterans Administration checks by exchanging them with a local bookmaker for cash.

The horse room is also where photographic pictures are clipped from magazines for sale or loan to patients — and where inmates are frequently brought for forced sex with guards, the former inmate says.

In a recent interview, Francis Truax, captain of the guards at Farview, said he did not know exactly how much money passes through the horse room's bookmaking operation. However, he said, people "in higher positions than me know it is going on



Francis Truax

the wife of a former superintendent at Farview and herself a social worker at the hospital until 1961, said in a recent interview at her home in Colorado Springs, Colo., that one guard once explained to her how he and others had duped patients into endorsing their Social Security checks over to the guards.

"They would stop a piece of paper to the patient," said Mrs. McGuire, "and then ask the patient if he liked to go outside for fresh air or if he liked to play ball. ... When the patient said he did like those things, the guards would say, 'Oh, okay, your money here.' The patient would sign his name. That was just one step of getting a signature endorsement on a check."

Mrs. McGuire's husband, Dr. Michael McGuire, also quit after seven months as superintendent of Farview in 1951, says that he was "never fully around with [what was going on] but that he did notice certain staff members spending an inordinate amount of time standing near a pay telephone in the front service of the hospital and that the guards' union got quite upset when I tried to change that particular room to some other purpose."

There was reason for the guards to get upset. Clearly, much money was at stake.

Michael Marston, a former Farview inmate who has since been

without doubt, gambling. I gambled quite often; in fact other people. Certain people would borrow money from guards. The guards would charge the patients a pack of cigarettes for every 20 cents they wanted. I have placed bets with guards to make a bet with 60, who is a known bookie and runs his business right here at the hospital with other guards. I'll place my bet with the understanding that me and Mr. 607 would split my winnings if I won, but I never won in that bet."

Marston's letter went for months. Also sent it back to Farview with the suggestion that "perhaps it may be useful in his future treatment."

What is certain, and nobody denies, is that large sums of money exchange hands inside the hospital and that has been the case for at least two decades, even though possession of cash by patients is against both state and hospital policy.

Cash and special favors for guards seem to be a inmate's only avenue to a livable existence and privileges at Farview.

William Ash, 37, a former patient who spent almost 21 years at Farview, remembers that he put a \$2 bill on every letter he gave to a guard to read for him.

"You know the odds were pretty good the guard would keep the \$2 and run read the letter, but sometimes a guard would actually read it," Ash recalls.

"One thing was for sure, if there was no money involved, the letter damned sure wasn't going anywhere except to the trash can."

Former patients say guards at Farview routinely opened mail and read coming to and went on by patients. In some cases, they developed as collateral. Farview administrators interviewed by the week said that if coming mail was opened to check for contraband and that copying mail was not. Others, including attorneys, inmates write to, dispute that claim.

For years, Sirhan was unable to retain an attorney.



Rocking chairs used by guards at Farview after prisoners are locked in

ing the attorney that the reader was a psychiatric patient. Three different times, Dr. Michael warned attorneys that Sirhan had also written to other coming mail was opened to check for contraband and that copying mail was not. Others, including attorneys, inmates write to, dispute that claim.

For years, Sirhan was unable to retain an attorney.

money order in the mail, forget to read. It's gone, and you never know it June."

Farview also could make money at Farview, former inmates say — although not on a scale to bribe the guards. They should guards' shoes for a dime a pair.

Those who worked in the kitchen

also, acknowledged that Singer had worked at his home "and on for many more than a year," but that he "couldn't count to mention how much I paid him."

"It wouldn't be unusual to have patients working outside," he added. "I had been done in the past and was encouraged to good therapy."

Abb. 13:

Der „Philadelphia Inquirer“ zeigt einen der Räume, in dem Aufseher nicht nur ihre Geschäfte und Wettspiele machten. Auch Insassen der Anstalt wurden in solchen Räumen misshandelt.

The Philadelphia Inquirer, „At Farview, hustles, thefts and betting are way of life“, 29. Juni 1976, 4 A.

DAILY NEWS, MONDAY, JANUARY 29, 1973

You Don't Need Glasses to See Thru This

By WILLIAM BRIDGMAN
(Fourth of a series)

A NEWS reporter with a medical card and 20-20 vision walked into a lower East Side optical center to have his eyes examined and discovered that what you see is not necessarily what you get. To put it another way, he got eyeglasses when they were not needed.

Investigated by a News photographer posing

MEDICAID PROBE



As the reporter, the reporter walked into the Newark Optical on 114 Orchard St.

Five minutes earlier at the Mahoney Medical Building across the street at 10 Orchard St., an optometrist had examined the reporter's eyes and in the optician's shop said, "You have 20-20 vision. You don't need glasses."

Three weeks later Newark Optical, the reporter was directed upstairs to the second floor, where he met



Optician William Sherman, who didn't need glasses, with you he obtained at lower East Side optician (below).



A young receptionist at a desk and said "Hi there, how are you today?"

"Are you married?" asked the receptionist.

"Yes," he replied. The reporter had been issued a temporary medical card by the city as part of the News Medical Probe into abuses of the health insurance program.

"What's the date?" "It's the first of the month and they go into that room and get out the frames you want."

"I haven't had my eyes examined yet," protested the patient.

"You'll know, but it will save you and us time!"

"Okay," said the reporter, and the receptionist escorted him to a room of eyeglass frames.

From the patient was directed to choose from the frames that the receptionist said were for Medicaid people only.

How Are Your Eyes?

He tried on a pair of thin black frames without lenses and said, "I like them."

The receptionist then directed the patient upstairs into the waiting area.

Five minutes later, the door to a tiny, ill-lit examining room opened and a stocky-looking man beckoned the patient inside and onto a chair in the back of the room.

"How would you like them?" he asked.

"Yes," said the reporter.

"How are your eyes?"

"Fine, I think."

"It has been the best since you had them broken?"

"About two years ago."

"Okay," said the optometrist, Richard Flaherty, he turned out the lights in the room, and the door

(Continued on page 12 col. 1)

Abb. 15:

Zu diesem Beitrag über den Missbrauch im öffentlichen Gesundheitssystem ist das Logo der Artikelserie abgebildet, ein Stethoskop mit dem Schriftzug „Medicaid Probe“. Daneben sind zwei Fotos des Reporters zu sehen, mit und ohne Brille, die ihm ohne jede medizinischer Notwendigkeit verschrieben worden ist.

Daily News, „You Don't Need Glasses to See Thru This“, 29. Januar 1973, 5.

DAILY NEWS, TUESDAY, JANUARY 30, 1973

How a Physician Can Prescribe Pure Dollars

By WILLIAM BROOKMAN
(From a series)

The pharmacy in the Delancey Medical Building is only a corner in a second-floor hallway and behind that, a room with some shelves and a small working area for mixing prescriptions.

But last year, out of that small room came orders for an estimated 100,000 prescriptions of individual bottles. The business was processed from

MEDICAID PROBE

A large group of doctors, dentists, podiatrists, and other specialists who also rely upon the state for aid could almost exclusively to Medicaid funds.

And that means, which features a vital advantage and a lot of other machines in the waiting room, will generate more than 40 million in business for the year.

There are 1,000 pharmacies in New York City that have accepted the Medicaid program. In 1972, they collectively received \$100 million.

Many of the pharmacies, Health Department records show, are located in areas where patients usually pay a flat monthly fee to the state of the services in the building housing them.

An examination of the records revealed that many of the pharmacies, in addition to giving their usual and providing one drug dispensary, also have their shelves stocked for them to ready prescriptions in violation of "retail" or "dispensary" regulations, which require that patients must be given the medicine in either the dispensary where their prescriptions are filled.

"This is supposed to prevent volume mixing of prescriptions, doctors, and other services, many of whom are businesses who do not practice in any of the medical professions," said Brian Lawrence, an attorney for the Health Department.

The inquiry into pharmacy practices came as part of the State's continuing Medicaid Probe Series, an ongoing investigation into abuses of the city's \$1.5 billion medical assistance program.

"Some of the doctors use prepackaged prescriptions, handed out by pharmacists," said Lawrence. "Other prescriptions are filled in his pharmacies and doctors simply sign at the bottom."

One violation by Matthew Spingarn, who off from at 700 South Ave., Brooklyn, was using as many as 100 Medicaid patients a day in addition to his 200 private patients. Department records show Spingarn had his Medicaid patients had their prescriptions filled at the Park Slope Pharmacy down the block at 6th Street Ave.

When he was called in the Health Department for an explanation, Spingarn said he had to be taken to the hospital because of the diagnosis. An investigation showed that the diagnosis, H.L. Hunt and his son, filled out the prescriptions and the patients simply walked down the block and picked up their drugs, never having touched the prescriptions. Spingarn stated that he visited the pharmacy at his leisure and then signed the Medicaid orders.

Spingarn, who said he got some patients an hour to 1 1/2 times a week, said he paid "about two hundred with each patient" and provided "many" medications, treatments, and lab tests of pills.

"I'm currently doing the last 100," he said.

Spingarn is doing well, too. He has been paid \$100,000 in city Medicaid funds over the last three years.

Another example is Morris Spingarn, living on a



Woman orders at pharmacy at 60 Delancey St., in lower Manhattan.

Abb. 16:

Ebenfalls mit dem Logo der Artikelserie versehen, ist dieser Beitrag über die Machenschaften von Apotheken. Das Foto zeigt eine Frau, die in einer Apotheke in der „Delancey St.“ ein Rezept einlöst.

Daily News, „How a Physician Can Prescribe Pure Dollars“, 30. Januar 1973, 5.

3-1 DAILY NEWS, TUESDAY, FEBRUARY 6, 1973 PAGE 5

How Medicaid Dentist Pulled City's 800G

By WILLIAM SHEERMAN
Special to the News

Fred Fisher is a Medicaid dentist with an exact billing procedure who readily estimated \$800,000 from the city in two years, much of it in an alleged double billing scheme for false teeth and other work that none of his patients could possibly be the first place.

Although indicted two years ago for a Manhattan grand jury on all counts of submitting fraudulent bills, Fisher, 37, is still practicing his medical profession at 10th Lexington Ave., out of the second floor of an old frame building.

Since he assumed his ownership of the office at 1000 St. Ave. last year, Fisher has billed the city for more than \$1 million, much of it for work performed by other dentists in his name.

Billed for the Hour

Under city regulations, a dentist may bill for a sixty-minute hour, usually about 45 to 50 minutes, and all bill Medicaid personally for all the work done in his office.

There are about 100 Medicaid dental offices in the city, and a large

index has shown that many of them are paid of using medical facilities, including dental, X-ray, laboratory, and radiology.

Fisher is the second highest individual Medicaid biller paid by the city, and in the last four years have been paid more than \$17 million by the city.

Recently, a reporter posing as a

MEDICAID PROBE

patient and requesting a refund card visited Fisher's operations. It was there in a white coat and the cap of the dentist, Dr. Fred Fisher.

Photographer Follows

"Come inside, brother, we'll take good care of you," he said, and the reporter followed by a X-ray machine. Fisher posing as his assistant, was led through a long hall to a room in the back.

"Try to back in a minute, just a minute," he said, taking the patient's medical card.

The three, and with it the one-room office were dimly and unclean, the reporter said. Fisher was seated high with a number of false teeth and temporary molds for dentures placed on tables with X-rays, dental chairs, and other things. In the corner of the room, two women in casual clothes were working on two patients.

Fisher returned, a set of old dentures in one hand, and said, "Okay, we're going to fit you your teeth."

'You Haven't Looked'

"Hold on a second," said the patient. "I haven't even opened my mouth. You haven't looked at my teeth yet."

"I got to take X-rays, brother."

"Look in my mouth first."

Fisher snatched a mirror in the patient's hands, looked inside without using a mirror and said, "Looks okay to me, but we've got to do a cleaning."

"Okay," said the patient.

"But how I got to take X-rays."

"Well, I got to take X-rays, why X-rays?"

"That's the way it's done, brother?"

"Well, I don't mean it that way."

"Well, right, brother," he probed.

(Continued on page 22, col. 2)



Fred Fisher
Billed city for over \$1 million

Abb. 17:

Der Zahnarzt Fred Fisher ist in diesem Beitrag abgebildet, in dem ihm vorgeworfen wird, durch falsche Abrechnungen, unnötige Behandlungen und andere Maßnahmen 800.000 Dollar durch das Medicaid-System verdient zu haben. Somit ist der Angeschuldigte auch durch dieses Porträtfoto einwandfrei zu identifizieren.

Daily News, „How Medicaid Dentist Pulled City's 800G“, 6. Februar 1973, 5.

2 DAILY NEWS, THURSDAY, JANUARY 25, 1973

How Medicaid Paid \$457,000 for Sesame Oil

By WILLIAM SHERMAN
(Third of a series)

A 76-year-old Romanian-born physician, Emanuel Revici, announced to the world more than 20 years ago that he had developed a cancer drug. Since then, the doctor has claimed to have invented other drug remedies for alcoholism and narcotics addiction.

His remedies have never received approval from the federal Food and Drug Administration.

So, city officials were dismayed last fall to discover they had paid out \$457,000 in Medicaid funds for his panacea for drug addiction—injections of sesame oil, sulphur crystals, and other still unidentified compounds at a voluntary hospital here.

The funds went to Trafalgar Hospital, 161 E. 90th St., where Dr. Revici, a short, stout balding man, is a trustee and the director of internal medicine.

There, on the third floor, between 1970 and 1972, according to the records of the Health Department, about 900 Medicaid patients were injected with substances bottled variously under the names "Bionar," "Perse," and "425-Rex." The drugs were touted by Revici as a cure for heroin addiction.

Joseph A. Cimino, commissioner of the City's Health Department, said yesterday that the city had been unaware of Revici's activities at the hospital for two years. Dr. Cimino called the experiments "unlawful, potentially dangerous, and inadequately controlled." He added that use of a new drug without FDA approval is a violation of the city's Health Code.

The city had no way of knowing what was going on, Cimino said, because the hospital made no mention of the use of the drugs on addicts.

The Health Department, in its audit last November, was also surprised to find that the city had paid for experiments on 269 addicts who were hospitalized several days each with common colds.

These disclosures came as part of THE NEWS' continuing Medicaid Probe series, an in-depth investigation into abuses in the city's \$1.3 billion medical assistance program.

Last Oct. 11, Jerome E. Driessen, the Health Department's director of psychiatry, visited Trafalgar Hospital, and, in a report, said the addicts were

NEWS photo by Ken Kerckhoff

Dr. Emanuel Revici during interview in his office.

(Continued on page 30 col. 1)



MEDICAID PROBE

Abb. 18:

In diesem Beitrag (wiederum versehen mit dem Logo der Serie) beschreibt die „Daily News“ das Vorgehen von Dr. Emanuel Revici, der mit offenbar wirkungslosen Medikamenten das Medicaid-System ausgenutzt haben soll. Auch in diesem Fall ist der Angeschuldigte abgebildet.

Daily News, „How Medicaid Paid \$457,000 for Sesame Oil“, 25. Januar 1973, 2.

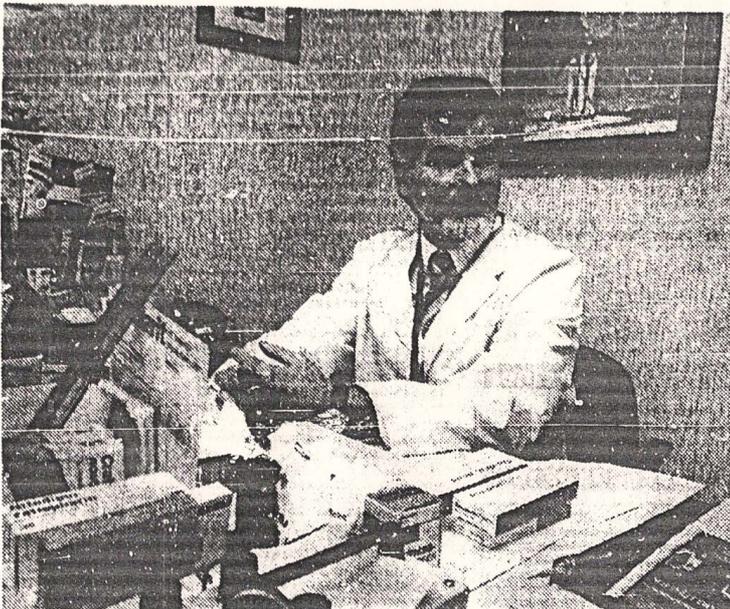
Jüdischer Landarzt: Bedroht und beschimpft

GEDERN. Für Dan Kiesel lebt die Vergangenheit weiter. 1982 richtete sich der jüdische Landarzt in Gedern (Wetteraukreis), am Rande des Vogelsbergs, eine Praxis ein. Seit dieser Zeit wird er angefeindet, bedroht und beschimpft. Rassistische und faschistische Parolen verschandeln sein Haus und seine Praxis. Seit ein paar Tagen prangt sogar ein aus NPD-Aufklebern zusammengefügter Davidstern an der Fensterscheibe seiner Praxis. Als „Aufforderung zum Mordanschlag“ wertet Monika Schäfer, die Lebensgefährtin von Dan Kiesel, das Zeichen.

Die Vorgänge in Gedern haben mittlerweile weit über die Kleinstadt hinaus Kreise gezogen. Kirchengemeinden aus dem Wetteraukreis wollen demnächst mit Solidaritätsveranstaltungen an die Öffentlichkeit gehen. Der Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen und die Jüdische Gemeinde zu Frankfurt sind auf die Vorgänge in Gedern aufmerksam geworden und haben Dan Kiesel Hilfe angeboten. Auch hessische Landespolitiker meldeten sich zu Wort.

Dan Kiesel und Monika Schäfer „erhalten von uns jede mögliche Unterstützung“, sagte Roland Kern von der hessischen Landtagsgruppe der Grünen gegenüber der FR. „Die Vorgänge haben Bedeutung über Gedern hinaus. Das ist eine nationale Angelegenheit im Brennglas einer Gemeinde.“ Roland Kern fordert, daß nichts unter den Teppich gekehrt wird. Die Öffentlichkeit müsse mit den Vorgängen konfrontiert werden: „Das ist skandalös. Da wird Leben massiv bedroht.“

„Ich fühle mich wirklich bedroht“, sagt Dan Kiesel. Der Arzt und Monika



Dan Kiesel in seiner Praxis in Gedern.

(FR-Bild: Schüßler)

scheinen ihnen recht zu geben. Immer wieder ist die Gesamtschule in Gedern von Schmierereien betroffen. Dort prangten Parolen wie „Jude verreck“, „Judensau“, Hakenkreuze und „SS-Runen“. Auch am Gederner See mußten des öfteren Hetzschriften entfernt werden.

An einem Schaukasten der Stadt und an Privathäusern tauchten ab

kehrten seine Eltern nach Deutschland zurück, in das Land, das ihre Heimat geblieben war. Und das, obwohl die Familie 64 Angehörige durch die Nazis verloren hatte. 1960 kam auch Dan Kiesel nach Deutschland. Über Frankfurt führte ihn der Weg schließlich nach Gedern.

Von Parteien und der Verwaltung sind derzeit nur betont zurückhaltende Äußerungen zu hören. Bürgermei-

Abb. 19:

In der Berichterstattung über den Arzt Dan Kiesel wird dieser den Lesern mit dem Bild vorgestellt.

Frankfurter Rundschau, „Jüdischer Landarzt: Bedroht und beschimpft“, 18. Februar 1987, 17.

Gedern hat eine große Chance vertan

...er versäumten es, sich von den Angriffen auf den jüdischen Arzt Kiesel zu distanzieren

ERN. Die rassistischen Angriffe auf den jüdischen Arzt Dan Kiesel und Lebensgefährtin Monika Schäfer in Gedern Tagesgespräch. Seit der Veröffentlichung in der FR haben die Angriffe über die Bundesrepublik hinaus in Israel ein Echo gefunden. In der 100-Einwohner-Stadt im Wetteraumarande des Vogelsbergs hat die Diskussion in Briefen, Rundfunk- und Zeitungsbeiträgen gehörigen Wirbel verursacht. Bei der Bürgerversammlung am Montagabend mußten sich die Politiker unter dem Druck der veröffentlichten Meinungen und eine Diskussion über die Angriffe gegen Dan Kiesel zusätzlich in die Tagesordnung nehmen.

Kiesel und Monika Schäfer werden in Gedern bedroht und beschimpft. Der Mittelpunkt ist dabei immer wieder die jüdische Religion des Arztes. Nachts werden von anonymen Anrufern aus der Gegend Telefonleitungen zerhackt, Briefkästen mit Hakenkreuzen, beschmiert, die Briefkästen mit einem Steinwurf zerstört. Ein aus NPD-Aufklebern zusammengefügter Davidstern an der Praxis ist der Höhepunkt der Angriffe.

Der Mittelpunkt der Aufmerksamkeit ist mittlerweile die Art des Umgangs der Lokalpolitiker mit den Vorgängen um Dan Kiesel gerückt. Sie halten sich nicht mehr an die Regeln der Verantwortung. Als Reaktion auf das Medienecho hat die Stadtverordnetenfraktion einmütig eine Resolution beschlossen, eine peinliche Resolution beschlossen: Zwar distanzieren sich die Politiker von den Angriffen auf Dan Kiesel, Solidarität und Unterstützung sind nicht bekundet worden. Vielmehr haben die Lokalpolitiker ihre ganze Energie darauf, nicht den Eindruck einer feigen Stadt aufkommen zu lassen.

Die Veröffentlichungen in der FR haben die Politiker zu ihrer Resolution gezwungen. Zuvor wurden die Ereignisse ignoriert, es wurde versucht, sie unter den Teppich zu kehren. Dagegen reagieren die Politiker mit Sensibilität, Solidarität und Einmütigkeit auf die Veröffentlichungen. Und sie verstehen Ursache und Wirkung: „Nicht die Politiker, die über Vorgänge in einer Stadt berichten, schaden dem Ruf einer Stadt, sondern diejenigen, die solche Vorgänge verantworten haben“, meint die Deutsche Journalisten-Union im Wetteraumarke.



Eine große Geste: Der 84jährige ehemalige Bürgermeister des Nachbarortes Ortenberg, Frit Engel (SPD), überreicht dem bedrohten Arzt Dan Kiesel einen Blumenstrauß.



Die Bürgerversammlung in Gedern am Rande des Vogelsbergs stieß auf ein großes Medieninteresse. Mehrere Fernsteams hatten ihre Kameras aufgebaut. (FR-Bilder: Schüßler)

...gung in die Arme und überreichte eine menschliche Geste. Der 84jährige Politiker bahnte sich mühsam den Weg aufs Podium, schloß Dan Kiesel vor der Versammlung in die Arme und überreichte ihm einen Blumenstrauß. „Nur so funktioniert die Akzeptanz der Juden heute.“

Seit der Veröffentlichung in der FR erreichte Monika Schäfer und Dan Kiesel

Abb. 20:

Mit zwei Bildern illustriert die Frankfurter Rundschau ihre Berichterstattung über ein Bürgermeeting in Gedern. Als versöhnliche Geste ist oben zu sehen, wie der Bürgermeister des Nachbarortes Dan Kiesel einen Blumenstrauß überreicht. Das große Medieninteresse an der Veranstaltung ist darunter zu sehen.

Frankfurter Rundschau, „Gedern hat eine große Chance vertan: Bürger versäumen es, sich von den Angriffen auf den jüdischen Arzt zu distanzieren“, 28. Februar 1987, 13.

Ein verblüffender Fall von Sympathie

Wie eine Symbolfigur der deutschen Friedensbewegung in den Geruch geraten ist, sich für die Politik des libyschen Revolutionsführers zu engagieren

Von Kurt Kister

München, 24. März – Der Reiz eines Puzzle-Spiels liegt wohl darin, daß man weiß, wie das fertige Bild auszusehen hat, und dann versucht, mit den vielen kleinen, eigenartig verstümmelten Teilchen das große Gemälde nachzubauen. Wie ist das aber, wenn einem unversehens ein einziges Teilchen auf den Tisch gerät und man gar nicht sicher ist, ob es denn überhaupt noch weitere Teilchen, geschweige denn das große Gemälde dazu gibt? Dann liegt der Reiz im Suchen der Teilchen – und plötzlich stellt sich auch das zugehörige Bild ein. In der Realität sieht das zum Beispiel so aus:

Teilchen eins: Der Abgeordnete Alfred Mechttersheimer, parteilos, aber für die Grünen im Bundestag, bucht für den 26. September 1988 bei der *Swissair* zwei Flüge. Der Hinflug führt ihn nach Zürich, der Rückflug nach München.

Teilchen zwei: Der libysche Diplomat Enbeia Wadi erhält in Tripolis die Nachricht, daß der Abgeordnete Mechttersheimer am 26. September nach Zürich kommt.

Teilchen drei: Der Abgeordnete Mechttersheimer trifft sich in Zürich mit einem Abgesandten des Diplomaten Wadi, möglicherweise – und hier sind die Farben des Teilchens drei ein wenig verwischt – mit Wadi selbst.

Teilchen vier: Der Rechtsanwalt Jakob Jenny, Zürich, erwartet am Nachmittag des selben Tages den Besuch der beiden Herren. Er weiß, daß ihn Mechttersheimer aufsuchen will, um im Beisein eines „Vertreters der Stifterin“ (dies ist der Abgesandte) über Dinge zu sprechen, welche die M.A.G.-Stiftung betreffen. Für das Gespräch soll eine Bestätigung aus Vaduz vorliegen. Der Rechtsanwalt wiederum arbeitet für die Firma FIDES, die sich, wie es im diskreten Zürich heißt, auch mit der Verwaltung von Vermögen beschäftigt.

Teilchen fünf: Der Name des libyschen Revolutionsführers lautet Muḥammad al Khadhafi, nach einer anderen Schreibweise auch Ghadhafi; daraus leiten sich die Initialen M.A.G. ab.

Teilchen eines Puzzle

Schon für sich genommen stellen diese fünf September-Teilchen eine interessante Ecke des Puzzle dar. Gesellen sich dazu noch einige weitere Bildchen, die man zum Beispiel als Vaduz-Teilchen bezeichnen könnte, stellt sich plötzlich mehr als nur der Umriß eines Bildes dar.

dazu Strauss – so dessen Darstellung – im Verlauf eines langen Gesprächs mit, er habe zehn Millionen Dollar aus Libyen in Aussicht. Strauss macht sich an die Arbeit, überwirft sich aber nach Wochen aus persönlichen Gründen mit Mechttersheimer, dem „Autoritären, immer alles Besserwissernden“ (Strauss). Vor dem Zerwürfnis teilt Mechttersheimer dem Leutnant a. D. – „nicht besonders qualifiziert, kein guter Mann“ (Mechttersheimer) – mit, die Geschichte mit der Stiftung sei „gestorben“.

Ergänzungsteil zwei: Nach Aussagen mehrerer Konfidenten erzählt der Haupt-

protagonist, Libyen aber zweitens seit 1982 die „Selbstversorgung im pharmazeutischen Bereich“ anstrebe. Der Bundesregierung warf er eine „Libyen-Fixiertheit“ vor; Bonn folge kritiklos der von den USA eingeschlagenen Politik, Libyen als den großen „Sündenbock“ darzustellen. Im April 1988 besuchte Mechttersheimer im Rahmen einer Privatreise Tripolis, nachdem sich die Fraktion der Grünen in Bonn mehrheitlich dagegen ausgesprochen hatte, daß er offiziell und im Namen der Partei Khadhafi aus Anlaß des zweiten Jahrestages des Bombardements der liby-

keiten, alle diese Vorgänge zu bewerten. Entweder findet man es gut, daß der Prozeß der „libyschen Perestrojka“ (Mechttersheimer) unterstützt wird, daß jemand Beiträge dazu leistet, den Libyern die „Rückkehr in die Völkergemeinschaft“ zu ermöglichen. Zum Beispiel, indem er sich an einer Stiftung beteiligt, die ideell und finanziell „gute und friedliche Vorhaben“ fördert und aus dem Staatssäckel Khadhafis bezahlt wird. Die andere Möglichkeit der Beurteilung der Khadhafi-Mechttersheimer-Connection lautet in etwa so, daß sich ein deutscher Bundestagsabge-

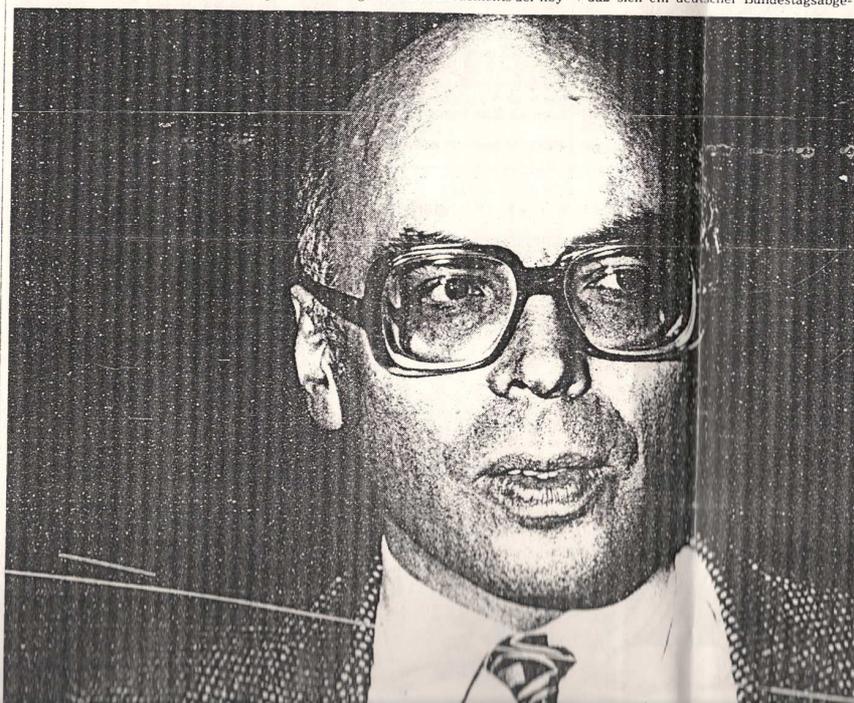


Abb. 21:

Dieser Ausschnitt aus dem Beitrag über die Libyen-Verbindungen von Alfred Mechttersheimer zeigt das einzige Bild im Rahmen dieser Artikelserie. Zu sehen ist der Hauptprotagonist, Alfred Mechttersheimer.

SZ, „Starnberg-Tripolis-Vaduz: Die Khadhafi-Mechttersheimer-Connection: Ein verblüffender Fall von Sympathie: Wie eine Symbolfigur der deutschen Friedensbewegung in den Geruch geraten ist, sich für die Politik des libyschen Revolutionsführers zu engagieren“, 25.-27. März 1989, 3.

TARE

Wohnort

anzustellen - beispielsweise über mögliche juristische Bewertungen des eigentlichen torts im speziellen Falle von Grenzüberschreitenden Verbrechen.

Nein, die Sache ist nicht zumachen. Die Sache selbst nicht, die manche mit dem Paragraphen 218 des bundesdeutschen Strafgesetzes so moralisch unanfechtbar gerechelt zu haben glauben, und nicht die Tatsache, daß von der Einheit der Deutschen abhängen soll.

CSU-Chef Waigel hat gewählt, daraus kein Wahlkampfthema zu machen. Ist es nicht längst? Schlimmer noch: Wer von der Strafanzeige für den Schwangerschaftsabbruch, zu der gegenätzliche Positionen über nicht nicht auszuräumen sein werden, das Schicksal der deutschen Vereinigung abhängig macht, setzt sich dem Vorwurf der Erpressung aus.

Dr. Manfred Brendel

ourismus

ungslage diese unredlichen Touren begünstigt.

Mit dem Kriegsschiff in Richtung Westen

Der Fluchtversuch des NVA-Obermaats Bodo Strehlow / Lebenslange Haftstrafe für eine gewaltsame Entführung

In der Nacht des 5. August 1979 war in der 2. Grenzschutzabteilung (GSA) der DDR-Volksmarine der Teufel los. Das Minensuch- und Raumboot „Gaal Müritz“, Schiffsnummer G-424, normalerweise im unentwegten Einsatz zur beidseitigen Sicherung der DDR-Ostseegrenze gegen „Republikflüchtlinge“ und äußere Feinde, war vom vorgeschriebenen Kurs abgewichen und hatte sich geradewegs in Richtung Westen in Bewegung ge-



Der Schiffsführer Bodo Strehlow

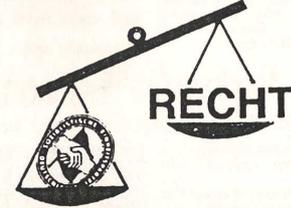
mit seiner MPI zurück. Die beiden Offiziere suchten hinter dem Bordgeschütz Deckung und bewarfen den Entführer mit Handgranaten. Eine davon traf. „Durch den Einsatz von Handgranaten konnte der Täter Strehlow gegen 3.20 durch den Kommandanten ausgeschaltet werden“, liest es sich nüchtern im Ermittlungsprotokoll. Der 25jährige trug dabei Splitterverletzungen am ganzen Körper davon, verlor sein linkes Auge und büßte teilweise sein Gehör ein. Kurz vor der bundesdeutschen Seegrenze konnte das Schiff gestoppt werden.

Nach Strehlows körperlicher Wiederherstellung wurde der Fall vor dem ... Strafsenat des Militärobergerichts Neubrandenburg verhandelt. Strehlow war angeklagt des gewaltsamen Anschlags auf die Staatsgrenze, der Spionage, des Terrors und der Fahnenflucht jeweils im schweren Fall sowie mehrfach versuchten Mordes. Gegen ihn verhandelten der Richter Oberst Arlt und der Militärstaatsanwalt Kapitän zur See Gehrt. Nach Strehlows Aussage soll im Plädoyer des Staatsanwaltes die Todesstrafe in Erwägung gezogen worden

beiden Offiziere insgesamt elf Schüsse abgegeben hatte, die allesamt auf dem Vordeck und am Geschützturm einschlugen. Zum anderen wies ein nachträglich erstelltes Expertengutachten darauf hin, daß bei Strehlows wilder Fahrt mit 18 Knoten Geschwindigkeit und seinen mangelnden nautischen Kenntnissen die Gefahr einer „schweren Grundberührung“ auf den Sandbänken an der BRD-Küste nördlich von Dahmeshöved bestand. Eine solche Grundberührung hätte mit großer Wahrscheinlichkeit den Tod der eingeschlossenen Besatzung bedeutet. Und der zunächst etwas absurd anmutende Tatbestand der Spionage resultierte aus dem Vorhandensein von VVS- und VS-Unterlagen an Bord.

Bodo Strehlow wurde am 21. April 1980 zu lebenslanger Haft verurteilt. In der Urteilsbegründung hieß es, die Schwere der Tat gebiete, „den Straftäter für dauernd von der sozialistischen Gesellschaft zu isolieren“. Ebenfalls verurteilt wurde wenig später Strehlows Freund Andreas Möller, Pumpengast an Bord desselben Schiffes, wegen versuchter Fahnenflucht in Tateinheit mit

„Im Namen des Volkes!“



Präzedenzfälle der DDR-Justiz

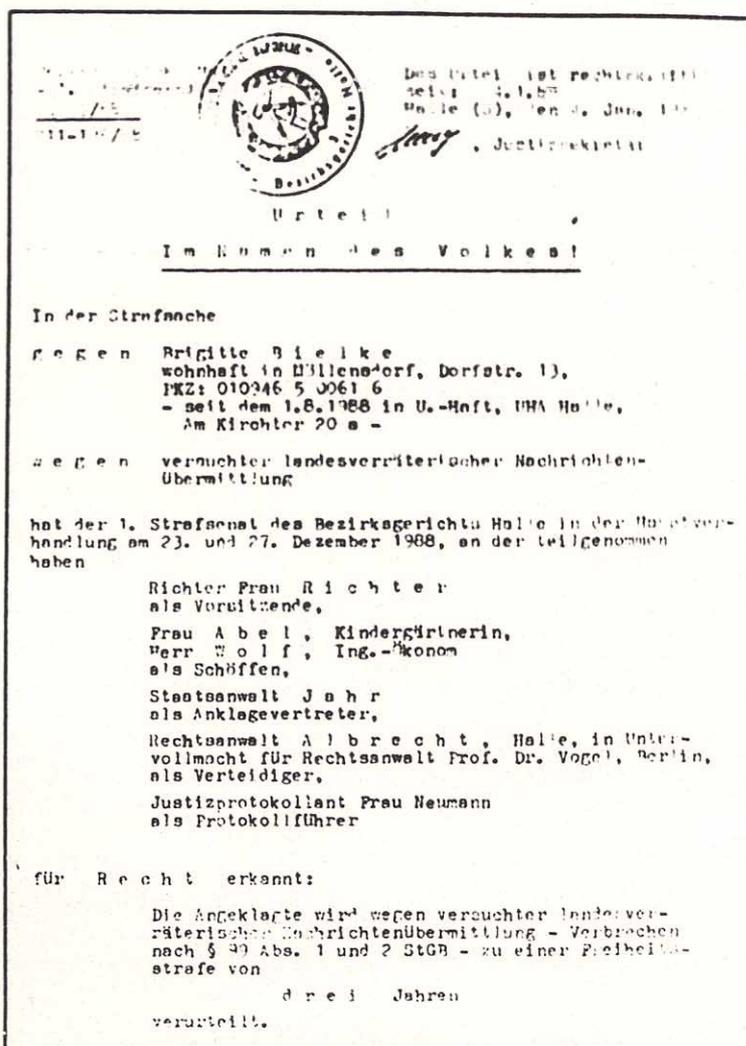
Im Frühjahr 1984 wandten sich Strehlows Eltern mit einem Gnadengesuch an die Militärstaatsanwaltschaft und baten um die Umwandlung der lebenslangen Haft in eine Zeitstrafe. Obgleich man ihnen Hoffnungen machte, blieb eine positive Reaktion aus. Stattdessen, behauptet Bodo Strehlow, habe man ihm bei einem Verhör durch zwei Mitarbeiter der Staatssicherheit am 28. März 1984 einen offenbar vergifteten Grapefruit-Saft zu trinken gegeben, dessen Ge-

ratsvorsitzenden Gerlach frei. Ohne Frage war Strehlow gewaltsame Schiffsentführung eine Straftat, die in jeder Land der Welt entsprechen geahndet worden wäre. Auch die spezifischen DDR-Bedingungen vermögen diesen Unstand aus nachträglicher Sicht nicht entscheidend zu verändern. Nichtsdestoweniger zeigte die DDR-Justiz im Falle Strehlow ihr kriminelles politisches Antlitz - zum einen in der unangemessenen hohen Strafe (schließlich kam außer-

Abb. 22:

Auf diesem Ausschnitt eines Beitrags in der Artikelserie des „Morgen“ ist rechts das Logo der Serie zu sehen, eine Waage, die die Justiz symbolisiert, mit dem Zitat „Im Namen des Volkes“. In den Waagschalen liegt zum Einen das „Recht“, zum Anderen das Wappen der SED. Darunter findet sich der Name der Serie „Präzedenzfälle der DDR-Justiz“. Auf dem kleinen Bild links ist Bodo Strehlow zu sehen, von dessen Schicksal der Artikel handelt.

Der Morgen, „Mit dem Kriegsschiff in Richtung Westen: Der Fluchtversuch des NVA-Obermaats Bodo Strehlow/Lebenslange Haftstrafe für eine gewaltsame Entführung“, 28. August 1990, 3.



Deckblatt des umfangreichen Urteils gegen Brigitte Bielke
vom 1. Strafsenat des Bezirksgerichts in Halle

Repro: Willi Förster

Abb. 23:

„Der Morgen“ versieht seine Berichterstattung auch mit der Abbildung von Dokumenten. Hier ist das Deckblatt eines Urteils des Bezirksgerichts in Halle zu sehen.

Der Morgen, „Sippenhaft für ‚Landesverrat‘ und Kontaktaufnahme zum ‚Klassenfeind‘: Brigitte Bielke und Sohn Ralf wanderten für mehrere Jahre hinter Gitter/Richterin noch in Amt und Würden“, 3. August 1990, 3.

Folterzellen am Rande von Berlin

Einmaliges Dokument eines ehemaligen NKWD-Häftlings

Folterzellen des NKWD in Berlin/Hohenschönhausen (u. Boot)

1. 1) Beugezelle mit Fußkasten

2. 2) Beugezelle mit Fußkasten u. Wasserkasten

3. 3) Kniezellen-Prischo mit Körperbeugen u. Wasserbecken u. Tropfen

4. 4) Wasserstuhlzelle mit Tropfvorrichtung vor dem Gesicht u. seitlich.

- blau: Wasser
- schwarz: Beugebalken
- braun: Fußfesseln u. Tisch.

gebaut als Internierzellen im Kz Lager mit
erbaut. Frühjahr 1947. Karl Heinz Reuter.
Brigade: Klaus Albert aus Lüneburg
gezeichnet: Reuter

Detektor u. Schutzdienst
Prennstraße 1
4600 Dortmund 30
Tel. 0231-470479
K. H. Reuter

Abb. 24:

„Der Morgen“ berichtet über das Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen (heute Gedenkstätte). Anhand einer Skizze illustriert „Der Morgen“ die dort praktizierten Foltermethoden.

Der Morgen, „Folterzellen am Rande von Berlin: Einmaliges Dokument eines ehemaligen NKWD-Häftlings“, 7./8. Juli 1990, XI.

vermeintlich zu Klärung
eine handfeste Affäre
Wörner wurde. Der Unter-
suchungsausschuß des
Bundestages enthüllt
immer neue Peinlichkeiten.

Bonn, im Februar
Zunächst war es wohl eher gutmütiges Gerede,
das sich einem Mann an die Fersen geheftet
hatte, der nicht ganz dem Komment ent-
sprach: ein General, der etwas eigenbrütlerisch
lebte, wenig von gesellschaftlichen Verpflichtun-
gen hielt, statt dessen durch wissenschaftliche und
religiöse Interessen auffiel, der nicht Golf spielte,
sondern sich lieber in seiner mit Büchern vollge-
stopften Bibliothek vergrub. Ein Offizier, der we-
der der rauhe Troupiere mit Herz noch der ge-
wandte Diplomat in Uniform war, ein intelligenter,
aber schwieriger Mann – und Junggeselle.
Von „rauen Soldatenscherzen“ war die Rede

Der Weg eines Gerüch

Wie aus Bürokratengeschwätz erst ein Verdacht und dann ein aktenk

Von Rolf Zundel

*Plauderei wird ohne
jeden Hintergrund*

Abb. 25:

Im Zuge der Berichterstattung über die Kießling-Affäre ging „Die Zeit“ dem Gang der Gerüchte nach, die zu der Diskreditierung des Generals geführt haben. Illustriert ist dies mit einer Schlange, mit diabolischem, züngelndem Beamtenkopf, „frei nach A. Paul Weber, ‚Das Gerücht‘ (1953).“ Dies soll zeigen, welch ein Gerüchtemoloch in der Militärverwaltung herrschte, in der Abwegigkeiten plötzlich zu aktenkundigen Vorgängen und damit zu Affären wurden.

Die Zeit, „Der Weg eines Gerüchtes.“ 24. Februar 1984, 3.

6. Abkürzungen

| | |
|-------------|---|
| AFN..... | American Forces Network |
| AFP..... | Agence France Presse |
| AP..... | Associated Press |
| APME..... | Associated Press Managing Editors |
| ARD..... | Allgemeine Rundfunkanstalt Deutschland |
| ASNE..... | American Society of Newspaper Editors |
| BBC..... | British Broadcasting Corporation |
| BDZV..... | Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger |
| BGA..... | Better Government Association |
| BJV..... | Bayerischer Journalistenverband |
| CI..... | Counter Intelligence |
| CIR..... | Center for Investigative Reporting |
| CPI..... | The Center for Public Integrity |
| DANA..... | Deutsche Allgemeine Nachrichtenagentur |
| DDR..... | Deutsche Demokratische Republik |
| DEA..... | Drug Enforcement Agency |
| DENA..... | Deutsche Nachrichtenagentur |
| DISCC..... | District Information Service Control Command |
| dpa..... | Deutsche Presseagentur |
| DPW..... | Department of Public Works |
| FAZ..... | Frankfurter Allgemeine Zeitung |
| FOIA..... | Freedom of Information Act |
| FR..... | Frankfurter Rundschau |
| GAP..... | Government Accountability Project |
| GDZV..... | Gesamtverband Deutscher Zeitungsverleger |
| HuffPo..... | Huffington Post |
| ICD..... | Information Control Division |
| ICIJ..... | International Consortium of Investigative Journalists |
| IR..... | Investigative Reporting |
| ire..... | Investigative Reporters and Editors |
| LAT..... | Los Angeles Times |

| | |
|-------------|--|
| MAD..... | Militrischer Abschirmdienst |
| Nato..... | North Atlantic Treaty Organization |
| NGO..... | Non-Governmental Organization |
| NPPA..... | National Press Photographers Association |
| nr..... | Netzwerk Recherche |
| NS..... | Nationalsozialismus |
| NWDR..... | Nordwestdeutscher Rundfunk |
| NYT..... | New York Times |
| OibE..... | Offizier im besonderen Einsatz |
| OTS..... | Original Text Service |
| PEJ..... | Project for Excellence in Journalism |
| PR..... | Public Relations |
| RIAS..... | Radio im Amerikanischen Sektor |
| SACEUR..... | Supreme Allied Commander Europe |
| SDI..... | Strategic Defense Initiative |
| SED..... | Sozialistische Einheitspartei Deutschlands |
| SFB..... | Sender Freies Berlin |
| SHAPE..... | Supreme Headquarters Allied Powers Europe |
| SPJ..... | Society of Professional Journalists |
| SZ..... | Süddeutsche Zeitung |
| VDZ..... | Verband Deutscher Zeitschriftenverleger |
| VDZV..... | Verein Deutscher Zeitungsverleger |
| VVOJ..... | Vereinigung van Onderzoeksjournalisten |
| WAZ..... | Westdeutsche Allgemeine Zeitung |
| WDR..... | Westdeutscher Rundfunk |
| WIGO..... | Wirtschaftliche Genossenschaft der Presse (Verlegerverband im US-Sektor) |
| ZAS..... | Zentrale Anzeigenstatistik |
| ZDF..... | Zweites Deutsches Fernsehen |

7. Literaturliste

7.1. Bücher, Fachzeitschriften

- Altmeppen, Klaus-Dieter und Löffelholz, Martin. „Journalismus“. In: Jarren, Otfried, Sarcinelli, Ulrich und Saxer, Ulrich (Hrsg.). *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft: Ein Handbuch mit Lexikonteil*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998 414-421.
- Amlinger, Lore. *Germany and the United States: Changing Perceptions – Danger and Hope*. The University of Virginia and Roanoke College Symposia 1985. Stuttgart: Heinz, 1987.
- Armingeon, Klaus und Blum, Roger. *Das öffentliche Theater: Politik und Medien in der Demokratie*. Bern: Haupt, 1995.
- Arnold, Heinz Ludwig (Hrsg.). *Die Gruppe 47: Ein kritischer Grundriß*. Sonderband der Reihe Text und Kritik. München: Text und Kritik, 1980.
- Aucoin, James. *The Evolution of American Investigative Journalism*. Columbia: U of Missouri P, 2005.
- Auletta, Ken. *Backstory: Inside the Business of News*. New York: Penguin, 2003.
- Bösch, Frank. „Später Protest: Die Intellektuellen und die Pressefreiheit in der frühen Bundesrepublik.“ In: Geppert, Dominik und Hacke, Jens. *Streit um den Staat: Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960-1980*. Göttingen: Vandenhoeck, 2008, 91-112.
- Bradlee, Ben. *A Good Life: Newspapering and other Adventures*. New York: Touchstone, 1995.
- Constitution of the United States.
- Cook, Timothy. *Governing with the News: The News Media as a Political Institution*. Chicago: U of Chicago P, 1998.
- Dean, John. *Das Ende der Demokratie: Die Geheimpolitik des George W. Bush*. Übers.: Udo Rennert. Berlin: Ullstein, 2005.
- Deutscher Bundestag. *Diskussionen und Feststellungen des Deutschen Bundestages in Sachen Kießling*. Zur Sache 2/84. Speyer: Klambt, 1984.
- Donsbach, Wolfgang. „Medien und Politik: Ein internationaler Vergleich.“ In: Armingeon, Klaus und Blum, Roger. *Das öffentliche Theater: Politik und Medien in der Demokratie*. Bern: Haupt, 1995, 17-39.
- Eijk, Dick van. *Investigative Journalism in Europe*. Amsterdam: VVOJ, 2005.

- Eschenburg, Theodor. *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Band I, Jahre der Besatzung 1945-1949*. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt, 1983.
- Esser, Frank. *Die Kräfte hinter den Schlagzeilen: Englischer und deutscher Journalismus im Vergleich*. Alber-Reihe Kommunikation, Band 23. Freiburg/München: Verlag Karl Alber, 1998.
- Ettema, James und Glasser, Theodore. *Custodians of Conscience: Investigative Journalism and Public Virtue*. New York: Columbia UP, 1998.
- Fait, Barbara. *Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner: Amerikanische Kontrolle und Verfassungsgebung in Bayern 1946*. Düsseldorf: Droste, 1998.
- Foerstel, Herbert. *From Watergate to Monicagate: Ten Controversies in Modern Journalism and Media*. Westport, CT: Greenwood, 2001.
- Frei, Norbert. *Amerikanische Lizenzpolitik und deutsche Pressetradition: Die Geschichte der Nachkriegszeitung Südost-Kurier*. Schriftenreihe der VfZ, Band 52. München: Oldenbourg, 1986.
- Germis, Carsten. *Parlamentarische Untersuchungsausschüsse und Politischer Skandal: Dargestellt am Beispiel des Deutschen Bundestages*. Frankfurt/Main: Haag und Herchen, 1988.
- Gillmor, Dan. *We the Media: Grassroots Journalism by the People, for the People*. Sebastopol, CA: O'Reilly, 2006.
- Görtemaker, Manfred. *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Von der Gründung bis zur Gegenwart*. München: Beck, 1999.
- Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.
- Haller, Michael und Bürer, Barbara. *Die Reportage: Ein Handbuch für Journalisten*. 4. ed. Konstanz: UVK, 1997.
- Harpprecht, Klaus. „Gespräche über den Zaun. Transatlantische Reflektionen.“ In: Heck, Bruno. *Widerstand, Kirche, Staat: Eugen Gerstenmaier zum 70. Geburtstag*. 2. Aufl. Frankfurt: Propyläen, 1976. 121-145.
- Heck, Bruno. *Widerstand, Kirche, Staat: Eugen Gerstenmaier zum 70. Geburtstag*. 2. Aufl. Frankfurt: Propyläen, 1976.
- Heffner, Richard. *A Documented History of the United States*. 6. ed. New York: Mentor, 1999.
- Herbert, Ulrich. *Wandlungsprozesse in Westdeutschland: Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980*. 2. Aufl. Göttingen: Wallstein, 2003.

- Hilmer, Ludwig. „Regensburg unter amerikanischer Besatzung 1945-1949: Struktur, Schriftgut und Tätigkeit des Military Government.“ Magisterarbeit. Universität Regensburg, 1986.
- Hodenberg, Christina von. „Die Journalisten und der Aufbruch zur kritischen Öffentlichkeit.“ In: Herbert, Ulrich. *Wandlungsprozesse in Westdeutschland: Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980*. 2. Aufl. Göttingen: Wallstein, 2003. 278-311.
- Humphreys, Peter. *Media and Media Policy in Germany: The Press and Broadcasting since 1945*. 2. ed. Berg: Oxford/Providence, 1994.
- Hurwitz, Harold. *Die Stunde Null der deutschen Presse: Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945-1949*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, 1972.
- Jarren, Otfried. „Medien und Kommunikation in den 50er Jahren.“ In: Schildt, Axel und Sywott, Arnold. *Modernisierung im Wiederaufbau: Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*. 433-438.
- Jarren, Otfried, Sarcinelli, Ulrich und Saxer, Ulrich (Hrsg.). *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft: Ein Handbuch mit Lexikonteil*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998.
- Jürgens, Georg. „Zum Selbstverständnis der Amerikakorrespondenten von ARD und ZDF: Eine Fallstudie zur Kommunikationsforschung.“ *Publizistik* 18 (1973): 350-363.
- Kampmann, Helmut. *Der Wächterpreis der Tagespresse: Fiduziarische Stiftung „Freiheit der Presse“ 1968-1995*. Frankfurt: Fiduziarische Stiftung, 2. Aufl., 1996.
- Kießling, Günter. *Versäumter Widerspruch*. Mainz: v. Hase und Koehler, 1993.
- King, Anthony. „Sex, Money, and Power“. Hodder-Williams, Richard und Caesar, James (Hrsg.), *Politics in Britain and the United States*. Durham: Duke UP, 1986, 173-202.
- Koelbl, Herlinde. *Die Meute: Macht und Ohnmacht der Medien*. München: Kneesebeck, 2001.
- Köpf, Peter. *Schreiben nach jeder Richtung: Goebbels-Propagandisten in der westdeutschen Nachkriegspresse*. Berlin: Links, 1995.
- Kolbenhoff, Walter. *Von unserem Fleisch und Blut*. München: Nymphenburger Verlagsbuchhandlung, 1947.
- Koszyk, Kurt. „Presse unter alliierter Besatzung.“ In: Wilke, Jürgen. *Mediengeschichte in der Bundesrepublik Deutschland*. Köln: Böhlau, 1999, 31-58.
- Leif, Thomas. „Macht ohne Verantwortung: Der wuchernde Einfluß der Medien und das Desinteresse der Gesellschaft.“ Herausgegeben von der Friedrich Ebert Stiftung. *Im Seichten kann man nicht ertrinken: Medien zwischen Sinn und Sensation*. Mainz, 2001, 4-11.

- Leyendecker, Hans. „Die moralische Macht der Medien – Was kann (investigativer) Journalismus bewirken?“ Herausgegeben von der Friedrich Ebert Stiftung. *Im Seichten kann man nicht ertrinken. Medien zwischen Sinn und Sensation. Medien-Disput der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 9. November 2000 in Mainz*. Mainz, 2001, 58.
(auch im Internet unter: http://www.mediendisput.de/downloads/doku_2000.pdf .)
- Lösche Peter. „Macht und Ohnmacht der Exekutive.“ *Informationen zur politischen Bildung* 283 (2. Quartal 2004): 13-28.
- Lösche, Peter. „Mittler zwischen Gesellschaft und Politik.“ *Informationen zur politischen Bildung* 283 (2. Quartal 2004): 41-54.
- Ludwig, Johannes. *Investigativer Journalismus: Recherchestrategien – Quellen – Informanten*. Praktischer Journalismus Band 48. Konstanz: UVK, 2002.
- Luhmann, Niklas. „Die Realität der Massenmedien.“ In: Nordrheinwestfälische Akademie der Wissenschaften. *Vorträge Geisteswissenschaften*. G 333. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1995, 3-73.
- Maletzke, Gerhard. *Kommunikationswissenschaft im Überblick: Grundlagen, Probleme, Perspektiven*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998.
- Markett, Jochen. „Investigativer Journalismus „Handwerk statt Zauberei!““. Herausgegeben von der Friedrich Ebert Stiftung. *Im Seichten kann man nicht ertrinken. Medien zwischen Sinn und Sensation. Medien-Disput der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 9. November 2000 in Mainz*, Mainz, 2001, 108-140.
(auch im Internet unter: http://www.mediendisput.de/downloads/doku_2000.pdf .)
- Mast, Claudia. *ABC des Journalismus: Ein Leitfaden für die Arbeit in Redaktionen*. 9. Aufl. Konstanz: UVK Medien, 2000.
- Mauk, David und Oakland, John. *American Civilization: An Introduction*. 2. Aufl. New York: Routledge, 1997.
- Meyn, Hermann. *Massenmedien in Deutschland*. Konstanz: UVK, Neuauflage 2004.
- Nagel, Lars-Marten. *Bedingt ermittlungsbereit: Investigativer Journalismus in Deutschland und in den USA*. Recherche-Journalismus und kritische Medienpolitik, herausgegeben vom Netzwerk Recherche e.V. Bd. 6. Münster: LIT, 2007.
- Pankow, Christiane. „Wie die Wahl des Mediums die Herausbildung von Stilmerkmalen beeinflusst.“ In: Ulla Fix und Hans Wellmann (Hrsg.) *Bild im Text – Text und Bild*. Heidelberg: Winter, 2000. 243-257.
- Pavlik, John. *Journalism and New Media*. Columbia UP: New York, 2001.
- Pleiner, Christoph Markus. „'Der Ruf': Analyse einer Zeitung für deutsche Kriegsgefangene in den USA (1945/46).“ Magisterarbeit Universität Regensburg, 1994.

- Proress, David und Cook, Fay Lomax. *The Journalism of Outrage: Investigative Reporting and Agenda Building in America*. New York: Guilford, 1991.
- Pürer, Heinz und Raabe, Johannes. *Medien in Deutschland: Band I, Presse*. 2. Aufl. Konstanz: UVK, 1996.
- Ramge, Thomas. *Die großen Polit-Skandale: Eine andere Geschichte der Bundesrepublik*. Frankfurt: Campus, 2003.
- Real, Michael R. *Mass-mediated Culture*. Englewood Cliffs, NJ: Prentice Hall, 1977.
- Redelfs, Manfred. *Investigative Reporting in den USA: Strukturen eines Journalismus der Machtkontrolle*. Studien zur Kommunikationswissenschaft Band 21. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1996.
- Sachsse, Rolf. *Bildjournalismus heute: Beruf, Ausbildung, Praxis*. München: List, 2003.
- Sandman, Peter M., Rubin, David M. and Sachsman, David B. *Media: An Introductory Analysis of American Mass Communication*. Englewood Cliffs, NJ: Prentice Hall, 1972.
- Schildt, Axel und Sywottek, Arnold. *Modernisierung im Wiederaufbau: Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Band 33. Bonn: Dietz, 1993.
- Schröder, Michael und Schwanebeck, Axel. *Zeitungszukunft – Zukunftszeitung: Der schwierige Gang der Tagespresse in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts*. 2. Aufl., München: Reinhard Fischer, 2005.
- Schütz, Walter. „Entwicklung der Tagespresse.“ In: Wilke, Jürgen. *Mediengeschichte in der Bundesrepublik Deutschland*. Köln: Böhlau, 1999, 109-134.
- Steffens, Maggy. *Die deutsche Ostpolitik im Spiegel publizistischer Stellungnahmen in den USA 1969 – 1973*. Frankfurt am Main: Lang, 1989.
- Stegu, Martin. „Text oder Kontext: Zur Rolle von Fotos in Tageszeitungen.“ In: Ulla Fix und Hans Wellmann (Hrsg.). *Bild im Text – Text und Bild*. Heidelberg: Winter, 2000. 307-323.
- Steward, Potter. Associate Justice of the Supreme Court, on the Freedom of the Press, Yale Law School, 1974. In Heffner, Richard. *A Documented History of the United States*. 6. ed. Mentor: New York, 1999, 463-468.
- Stöckel, Wolfgang. „Journalisten als Verlierer der Zeitungskrise.“ In: Schröder, Michael und Schwanebeck, Axel. *Zeitungszukunft – Zukunftszeitung: Der schwierige Gang der Tagespresse in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts*. 2. Aufl., München: Reinhard Fischer, 2005, 75-80.
- Stöckl, Hartmut. *Die Sprache im Bild – Das Bild in der Sprache: Zur Verknüpfung von Sprache und Bild in massenmedialen Texten. Konzept, Theorien, Analysemethoden*. Berlin: De Gruyter, 2004.
- Strauß, Franz Josef. *Die Erinnerungen*. Berlin: Siedler, 1989.

- Thompson, John. *Political Scandal: Power and Visibility in the Media Age*. Cambridge: Polity, 2000.
- Tunstall, Jeremy. *The Media are American*. New York: Columbia UP, 1977.
- Vaillant, Jérôme. *Der Ruf – unabhängige Blätter der jungen Generation (1945 – 1949): Eine Zeitschrift zwischen Illusion und Anpassung*. Kommunikation und Politik 11. Übers. Heidrun Hofmann und Karl Heinz Schmidt. München: KG Saur, 1978.
- Veith, Ines. *Die Frau vom Checkpoint Charlie: Der verzweifelte Kampf einer Mutter um ihre Töchter*. München: Knaur, 2006.
- Vermeer, Bram. „Germany.“ In: Eijk, Dick van . *Investigative Journalism in Europe*. Amsterdam: VVOJ, 2005, 88-101.
- Waldhauser, Hermann und Deml, Hans-Michael. „Pressefreiheit und Persönlichkeitsrecht“. *Fachjournalismus* 14-2004, 11-14.
- Weischenberg, Siegfried. „Enthüllungsjournalismus: Politische Notwendigkeit und ethische Problematik.“ In: Armingeon, Klaus und Blum, Roger. *Das öffentliche Theater: Politik und Medien in der Demokratie*. Bern: Haupt, 1995, 111-130.
- Wilke, Jürgen. *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Köln: Böhlau, 1999.
- Winkler, Heinrich August. *Der lange Weg nach Westen. Band II.: Vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*. München: Beck, 5. ed., 2002.

7.2. Zeitungen, Zeitschriften

Die Angaben zu Beiträgen in Zeitungen sind so angelegt, dass sie eine zweifelsfreie Identifizierung der Beiträge erlauben. In der Regel wurde stets der Haupttitel des Artikels genannt. Wo es aus Gründen der Klarheit notwendig erschien, sind zudem noch Dachzeile oder Untertitel aufgeführt. In dem Fall, dass ein Artikel auf einer weiteren Seite fortgesetzt wird, wurde auf eine Nennung des auf der Folgeseite angegebenen Titels verzichtet. Seitenzahlen sind angegeben, soweit diese verfügbar waren. Da einige der Artikel nur in Kopie vorliegen, die dankenswerterweise von den Verlagen oder den Autoren selbst zur Verfügung gestellt wurden, lassen sich die Seitenzahlen nicht immer nachvollziehen. Eine eindeutige Identifizierung der jeweiligen Beiträge in den einzelnen Blättern ist dadurch nicht beeinträchtigt.

Andersch, Alfred. „Das Unbehagen in der Politik: Eine Generation unter sich.“ *Frankfurter Hefte: Zeitschrift für Kultur und Politik*, September 1947, Heft 9. Frankfurt: Verlag der Frankfurter Hefte. 912-925.

„Apel: Fall Kießling sofort klären: Wörner hat den General aus dem Dienst gejagt, sagt der frühere Minister.“ *SZ*, 11. Januar 1984, 1,2.

Börnecke, Stephan und Emmrich, Michael. „Solidarität mit Kiesel, aber auch Mißtöne.“ *FR*, 2. Mai 1987, 15.

Brine, Dexter und Wermiel, Stephen. „Grand jury issues 119 conspiracy counts: 3 former Somerville mayors indicted.“ *The Boston Globe*, 11. August 1971, 1, 4.

„Bundeswehr: Wer mit wem: Verteidigungsminister Manfred Wörner hat Pech mit seinen Untergebenen. Gleich zwei hohe Generale sorgten im neuen Jahr für Schlagzeilen.“ *Der Spiegel*, 9. Januar 1984, 30-31.

Connolly, Richard. „Somerville Mayor’s Bid for Reform Brings Standing Ovarions.“ *The Boston Globe*, 19. Februar 1971.

„Diätenaffäre hat ein zivilgerichtliches Nachspiel.“ *Schwäbische Zeitung (Leutkirch)*, 21. Februar 1975.

„Die Geburt der Süddeutschen Zeitung: Feierliche Uebergabe der Lizenz/Aus Hitlers Irrlehre entsteht die erste Druckplatte.“ *SZ*, 9. Oktober 1945, 3.

Dönhoff, Marion Gräfin von. „Hokuspokus – alles wieder wie es war.“ *Die Zeit*, 10. Februar 1984, 1.

Drozdiak, William. „General’s Ouster Adds to Troubles for Kohl.“ *Washington Post*, 19. Januar 1984, A20.

„’Ein Abgrund von Sumpf hat sich aufgetan.’“ *Der Spiegel*, 23. Januar 1984, 15-27.

Emmrich, Michael. „Jüdischer Landarzt: Bedroht und beschimpft.“ *FR*, 18. Februar 1987, 17.

- Emmrich, Michael. „Gedern hat eine große Chance vertan: Bürger versäumen es, sich von den Angriffen auf jüdischen Arzt Kiesel zu distanzieren.“ *FR*, 28. Februar 1987, 13.
- „’Es geht nicht nur um meine Rehabilitierung.’“ *Der Spiegel*, 16. Januar 1984, 20.
- Ferrick, Thomas, Jr. „Senate panel approves probe.“ *The Philadelphia Inquirer*, 29. Juni 1976.
- Fischer, Klaus. „Verdacht gegen SPD-Landtagsabgeordneten Pauli: Überhöhte Diäten durch falsche Angaben?“ *Schwäbische Zeitung (Leutkirch)*, 4. September 1974.
- Fischer, Klaus. „Pauli: Kein Diäten-Betrug – Überwiegend freiberuflich?“ *Schwäbische Zeitung (Leutkirch)*, 5. September 1974.
- Fischer, Klaus. „Selbständiger Kaufmann und engagierter Arbeitnehmer.“ *Schwäbische Zeitung (Leutkirch)*, 5. September 1974, 3.
- Fischer, Klaus. „Verdacht gegen Oscar Pauli ist noch nicht entkräftet.“ *Schwäbische Zeitung (Leutkirch)*, 6. September 1974.
- Fischer, Klaus. „Ein Reinigungsfall.“ *Zeitung (Leutkirch)*, 6. September 1974.
- Flocken, von Jan, Jurtschitsch, Erwin und Klonovsky, Michael. „’Bekannte Personen in Isolierungsobjekte überführen’: SED ließ spätestens seit 1979 Stasi-Internierungslager für Oppositionelle einrichten.“ *Der Morgen*, 19./20. Mai 1990.
- Flocken, von Jan und Jurtschitsch, Erwin. „30.000 verschwanden in Stalins Lagern.“ *Der Morgen*, 12. Juni 1990.
- Flocken, von Jan und Jurtschitsch, Erwin. „Die Geheimsten der Geheimen.“ *Der Morgen*, 27. Juni 1990, 3.
- Flocken, von Jan. „Folterzellen am Rande von Berlin.“ *Der Morgen*, 7./8. Juli 1990, XI.
- „General Unease.“ *Time*, 23. Januar 1984, 14.
- „Gerichtliches Nachspiel zur Diäten-Affäre: Pauli widerruft Vorwürfe gegen MdL Barthold.“ *Schwäbische Zeitung (Leutkirch)*, 25. April 1975.
- „Gesetzliche Voraussetzungen zu keinem Zeitpunkt erfüllt.“ *Schwäbische Zeitung (Leutkirch)*, 12. September 1974.
- Grunenberg, Nina. „So jäh verblaßten vier Sterne.“ *Die Zeit*, 13. Januar 1984, 4.
- „Hausmitteilung.“ *Der Spiegel*, 6. Februar 1984, 3.
- Henderson, Paul. „One man’s battle to clear his name.“ *Seattle Times*, 15. Mai 1981.
- Henderson, Paul. „Titus Case: Another Sea-Tac assault: Did Titus take the rap for a well-dressed rapist who struck twice?“ *Seattle Times*, 5. Juni 1981.

- Henderson, Paul. „Steve Titus wins new trial on rape charges.“ *Seattle Times*, 8. Juni 1981
- Henderson, Paul. „Rape charges against Titus dismissed.“ *Seattle Times*, 30. Juni 1981.
- Henderson, Paul. „Looking back at Titus case.“ *Seattle Times*, 2. Juli 1981.
- Henderson, Paul. „Titus files lawsuit over rape charges.“ *Seattle Times*, 26. September 1981.
- Herr, Susanne. „'Gewinn und Ethik widersprechen sich nicht': Prof Michael Abländer über die Probleme mit Moral und Anstand im Wirtschaftsleben“. *Straubinger Tagblatt*, 8. Juli 2009, 7.
- „Höcherl leitet die Kommission zur Untersuchung des MAD.“ *FAZ*, 26. Januar 1984, 2.
- Holbach, Renate. „Noch zu krank für die Freiheit: Es bleibt die Anstalt.“ *Rhein-Zeitung. (Heimatausgabe Nahe-Zeitung)*, 17. Januar 1978, Panorama.
- Holbach, Renate. „Weg ohne Hoffnung.“ *Rhein-Zeitung. (Heimatausgabe Nahe-Zeitung)*, 18. Januar 1978, Meinung.
- Hondrich, Karl Otto. „Die Lust am Skandal.“ *Der Spiegel*, 6. Februar 1984, 24-25.
- Hoyle, Russ, reported by Flamini, Roland. „Conduct Unbecoming.“ *Time*, 13. Februar 1984, 20-21.
- „In der Bundesregierung wächst die Sorge über die Auswirkung der Generalsaffäre.“ *FAZ*, 26. Januar 1984, 1.
- Jacobi, Robert. „Wer? Was? Wann? Wo? Wie? Warum?: Investigative Journalisten gründen einen Verein, um dem Handwerk der Recherche zu höherem Ansehen zu verhelfen.“ *SZ*, 2. April 2001, 22.
- Kenntemich, Wolfgang und Voelkel, Richard. „Hat Wörner dem General Unrecht getan?: Stricherjungen als Zeugen?“ *Bild*, 13. Januar 1984, 1 und 6.
- Kenntemich, Wolfgang und Voelkel, Richard. „Homosexualität? Hoher deutscher General gestürzt.“ *Bild*, 6. Januar 1984, 1 und 3.
- Kießling, Günter. „Ein Doppelgänger! Und ich atmete auf.“ *Kölner Express*, 29. März 1984, 8.
- Kister, Kurt. „Bundestagsabgeordneter Mechtersheimer soll als Lobbyist für Khadhafi tätig sein.“ *SZ*, 25. März 1989.
- Kister, Kurt. „Starnberg – Tripolis – Vaduz: Die Khadhafi-Mechtersheimer Connection: Ein verblüffender Fall von Sympathie.“ *SZ*, 25. März 1989, 3.
- Kister, Kurt. „Grüne wollen die Rolle Mechtersheimers prüfen.“ *SZ*, 28. März 1989.
- Kister, Kurt. „Der Fall Mechtersheimer belastet die Grünen.“ *SZ*, 6. April 1989, 4.

- Klonovsky, Michael. „Eine Mutter kämpft um ihre Kinder.“ *Der Morgen*, 27. Juli 1990, 3.
- Klonovsky, Michael. „Sippenhaft für ‚Landesverrat‘ und Kontaktaufnahme zum ‚Klassenfeind‘.“ *Der Morgen*, 3. August 1990, 3.
- Kohl, Christine. „Stürzt Wörner?“ *Kölner Express*, 13. Januar 1984, 1.
- Kohl, Christine und Röbel, Udo. „Kießling: Ich flehte vergeblich.“ *Kölner Express*, 28. Februar 1984, 2.
- Leland, Timothy, O’Neill, Gerard und Kurkjian, Stephen. „Spotlight ... 5 Somerville Contractors Get \$ 4.3m in No-Bid City Work.“ *The Boston Globe*, 11. Februar 1971.
- Leland, Timothy, O’Neill, Gerard und Kurkjian, Stephen. „Ex-Convict Builder Awarded \$ 777,756 in No-Bid Contracts.“ *The Boston Globe*, 12. Februar 1971.
- Leland, Timothy, O’Neill, Gerard und Kurkjian, Stephen. „1967 was busy year for Otis Construction Co.“ *The Boston Globe*, 12. Februar 1971.
- Leland, Timothy, O’Neill, Gerard und Kurkjian, Stephen. „\$ 481,063 No-Bid Business To Ex-DPW Commissioner.“ *The Boston Globe*, 13. Februar 1971.
- Leland, Timothy, O’Neill, Gerard und Kurkjian, Stephen. „Assessing Is ‚Political Ballgame.‘“ *The Boston Globe*, 16. Februar 1971.
- Leland, Timothy, O’Neill, Gerard und Kurkjian, Stephen. „County officer in insurance firm“, *The Boston Globe*, 17. Februar 1971.
- Leland, Timothy, O’Neill, Gerard und Kurkjian, Stephen. „Route 93 insured by Sen. McKenna.“ *The Boston Globe*, 20. Februar 1971.
- Markham, James. „Bonn Scandal: How Kohl Handled it.“ *New York Times*, 4. Februar 1984.
- Markham, James. „Top Bonn Military Leaders to Discuss General’s Ouster.“ *New York Times*, 24. Januar 1984.
- Marschall, Christoph von und Kister, Kurt. „Im Fall Mechttersheimer: Verstoß gegen Verhaltensregeln für Abgeordnete wird geprüft.“ *SZ*, 30. März 1989.
- „Mechttersheimer muß jetzt Fakten nennen.“ *SZ*, 29. März 1989, 2.
- Moore, Acel und Rawis, Wendell. „The Farview Findings: Part I: Where the state treats patients with drugs, brutality and death.“ *The Philadelphia Inquirer*, 27. Juni 1976.
- Moore, Acel und Rawis, Wendell. „The Farview Findings: Part II: Pattern of therapy: Sedation and brutal neglect.“ *The Philadelphia Inquirer*, 28. Juni 1976.
- Moore, Acel und Rawis, Wendell. „The Farview Findings: Part III: Crime: A way of life.“ *The Philadelphia Inquirer*, 29. Juni 1976.

- Moore, Acel und Rawis, Wendell. „The Farview Findings: Part IV: Close it? Politics and jobs say no.“ *The Philadelphia Inquirer*, 30. Juni 1976.
- Moore, Acel und Rawis, Wendell. „More Farview Findings: Tapes, photos depict horrors at Farview.“ *The Philadelphia Inquirer*, 11. Juli 1976.
- „Pauli legt Gewerkschaftsämter und Betriebsratsvorsitz nieder.“ *Schwäbische Zeitung (Leutkirch)*, 7. September 1974.
- „Pauli wiederholt seine Beschuldigungen – Schieler und Krause distanzieren sich.“ *Schwäbische Zeitung (Leutkirch)*, 13. September 1974.
- Ramge, Thomas. „Irgendwas mit ü.“ *Die Zeit*, 23. Oktober 2003, 80.
- Röbel, Udo. „Express enthüllt: General: Es war ein Doppelgänger.“ *Kölner Express*, 13. Januar 1984, 1, 2.
- Röbel, Udo, Brücher, Joachim und Schiestel, Walter. „'General' vor 3 Tagen an der Theke.“ *Kölner Express*, 13. Januar 1984, 2.
- Rundel, Walter. „Ein SPD-Genosse: Das war ein sehr guter Abgang.“ *Schwäbische Zeitung (Leutkirch)*, 11. September 1974.
- Schmidt, Helmut. „Politik und Bundeswehr.“ *Die Zeit*, 10. Februar 1984, 6.
- Schmückle, Gerd. „Der Minister und sein General.“ *Der Spiegel*, 23. Januar 1984, 20 f.
- Schwab-Felisch, Hans. „Die Zeugen des neuen Aufbruchs: Rückblick auf die große Ära der Zeitschriften / Ein Gespräch in München.“ *FAZ*, 12. Mai 1982, 25.
- „Shaky Case.“ *Time*, 30. Januar 1984, 11.
- Sherman, William. „The City's Medical System: Still Sick, Sick, Sick.“ *Daily News*, 23. Januar 1973.
- Sherman, William. „A Cold? Take 3 Doctors Every Hour.“ *Daily News*, 23. Januar 1973.
- Sherman, William. „Our ‚Patient' Gets Lotsa Tests on Second Visit.“ *Daily News*, 24. Januar 1973.
- Sherman, William. „How Medicaid Paid \$457,000 for Sesame Oil.“ *Daily News*, 25. Januar 1973.
- Sherman, William. „DA's Office Looking Into That 457G Medicaid Bill.“ *Daily News*, 26. Januar 1973.
- Sherman, William. „You Don't Need Glasses to See Thru This.“ *Daily News*, 29. Januar 1973.

Sherman, William. „Pair of Medicaid Kings With a Midas Touch.“ *Daily News*, 1. Februar 1973.

Sherman, William. „Medicaid Loses as Docs Play Beat the Clock.“ *Daily News*, 2. Februar 1973.

„spotlight team.“ *The Boston Globe*, 11. Februar 1971.

„Strauß wartet schon.“ *Kölner Express*, 13. Januar 1984, 2.

SZ. 1. Jahrgang/Nummer 1, Samstag, 6. Januar 1945, Seite 1.

Szandar, Alexander. „Wörner entläßt General Kießling.“ *SZ*, 5./6. Januar 1984, 1.

„The city of Somerville: \$ 6.5m in debt, decaying but stirring.“ *The Boston Globe*.

„West German General Files Suit on Dismissal.“ *New York Times*, 20. Januar 1984.

Wiedemann, Erich. „’Schweigen Sie, Admiral, jetzt rede ich.’“ *Der Spiegel*, 6. Februar 1984, 113-115.

„Wir meinen: Nachfolger gesucht.“ *Kölner Express*, 13. Januar 1984, 2.

„Wörner begründet Kießlings Entlassung: Verteidigungsminister bestätigt erstmals Vorwurf der Homosexualität/SPD bezweifelt Begründung: Der General bestreitet die ihm von Unbekannten unterstellten Besuche in Lokalen der Kölner Szene.“ *SZ*, 13. Januar 1984, 1,2.

„Wörner – ,der Lächerlichkeit preisgegeben.’“ *Der Spiegel*, 30. Januar 1984, 17-26.

„Wörner sieht nach der Affäre Kießling keinen Anlaß zum Rücktritt.“ *SZ*, 14./15. Januar 1984, 1,2.

„Zeitung genießt größtes Vertrauen in der Krise“ *Straubinger Tagblatt*, 17. Januar 2009, Wirtschaft.

Zundel, Rolf. „Der Weg eines Gerüchts.“ *Die Zeit*, 24. Februar 1984, 3.

7.3. Internetseiten

AFP: Huffington Post to bankroll investigative reporting. 27. Juni 2009. <<http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5gKYrIRdIEnswb--gIIN4VKeZ0KjQ>>.

APME. Statement of Ethic Principles. 17. November 2005. <<http://www.apme.com/ethics/>>.

ASNE. Statement of Principles. Last Update 28. August 2002. 17. November 2005. <<http://www.asne.org/kiosk/archive/principi.htm>>.

Better Government Association. 19. Oktober 2006. <<http://www.bettergov.org/about.html>>.

Better Government Association. 19. Oktober 2006. <<http://www.bettergov.org/index.html>>.

CBC News: Huffington Post to create investigative reporting team. 27. Juni 2009. <<http://www.cbc.ca/arts/media/story/2009/03/29/huffingtonpost-investigative-team.html>>.

CIR. Muckraker: About CIR and our Accomplishments. 09. Mai 2006. <http://www.muckraker.org/about_cir.php>.

CIR. Muckraker: Who we are. 09. Mai 2006. <http://www.muckraker.org/cir_info.php>.

CPI. Investigative Journalism in the Public Interest. 09. Mai 2006. <<http://www.publicintegrity.org/about/about.aspx>>.

CPI. Investigative Journalism in the Public Interest. The Mission of the CPI. 09. Mai 2006. <<http://www.publicintegrity.org/about/about.aspx?act=mission>>.

Deutscher Presserat. Einführung zum Pressekodex 06. April 2006. <<http://www.presserat.de/Pressekodex.8.0.html>>.

Deutscher Presserat. Pressekodex. 16. November 2005. <<http://www.presserat.de/Pressekodex.pressekodex.0.html>>.

Deutscher Presserat. Novellierter Pressekodex. 28. Dezember 2006. <http://www.presserat.de/uploads/media/Novellierter_Kodex.pdf>.

Deutscher Presserat. Synopse der Pressekodizes. 28. Dezember 2008. <http://www.presserat.de/uploads/media/Novellierter_Kodex.pdf>.

Deutscher Presserat. Einführung. 30. Dezember 2006. <<http://www.presserat.de/Pressekodex.8.0.html>>.

Esser, Frank. „Gehemmter Investigativgeist“, in Message 2/99, Onlineausgabe: 08. November 2005. <<http://www.message-online.de/arch0299/92esse.htm>>.

Fam, Miriam. „Blogs aus dem Irak: 'Ich will doch nur Wodka kaufen können.'“ In: *Spiegel Online*. 27. April 2006. <<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,druck-413329,00.html>>

- GAP. About GAP. 09. Mai 2006. <<http://www.whistleblower.org/about/index.cfm>>.
- GAP. Whistleblower Support Network. 09. Mai 2006. <<http://www.whistleblower.org/content/wsn.cfm>>.
- Gert, Bernard. „The Definition of Morality.“ *Stanford Encyclopedia of Philosophy*. 20. September 2007. <<http://plato.stanford.edu/entries/morality-definition/>>.
- Huffington Post: Huffington Post Launches Investigative Journalism Venture. 27. Juni 2009. <http://www.huffingtonpost.com/2009/03/29/huffington-post-launches-_0_n_180498.html>.
- Ire.org. Investigative Reporters and Editors. 06. Mai 2006. <<http://www.ire.org/history/>>.
- Journalism.org. Project for Excellence in Journalism. 18. Dezember 2005. <<http://www.stateofthedia.org/2005/index.asp>>. mit verschiedenen Unterkapiteln.
- Landespressegesetz Bayern. Bayern: Gesetz über die Presse vom 3. Oktober 1949 (GVBL. Bay. 1949 S. 243) 14. April 2006. <<http://www.dfjv.de/dfjv/dokumente/gesetzestexte/prg-bayern.htm>>.
- Leyendecker, Hans. „Erst die Recherche, dann die Meinung.“ In: *Spiegel Online*. 3. Mai 2001. <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,131663,00.html>>.
- Mauro, Tony. „It’s a Courtroom Out There.“ *ARJ*. Juni 1993. 2. August 2007. <http://www.ajr.org/article_printable.asp?id=1446>.
- Merriam-Webster Online-Dictionary. Moral. 13. September 2007. <<http://www.m-w.com/cgi-bin/dictionary?moral>>.
- NPPA. Code of Ethics. 30. August 2007. <http://www.nppa.org_development/business_practices/ethics.html>.
- nr. Medienkodex. 06. Mai 2006. <<http://www.netzwerk-recherche.de/projekte/index.php?pageid=6>>.
- nr. 05. Mai 2006. <<http://www.netzwerk-recherche.de/verein/>>.
- nr. 05. Mai 2006. <<http://www.netzwerk-recherche.de/verein/index.php?pageid=32>>.
- Patalong, Frank. „Neue Zeitungsmodelle: Rückkehr der rasenden Reporter.“ In: *Spiegel Online*. 03. Januar 2007. <<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,druck457357,00.html>>.
- PEJ. State of the news media: An annual report on American journalism. 19. Dezember 2005. <http://stateofthedia.com/2005/printable_overview_intro.asp>.
- PEJ. State of the news media: An annual report on American journalism. 19. Dezember 2005. <http://stateofthedia.com/2005/printable_overview_contentanalysis.asp>.

- PEJ. State of the news media: An annual report on American journalism. 19. Dezember 2005. <http://stateofthemediamedia.com/2005/printable_overview_audience.asp>.
- PEJ. State of the news media: An annual report on American journalism. 19. Dezember 2005. <http://stateofthemediamedia.com/2005/printable_overview_ownership.asp>.
- PEJ. State of the news media: An annual report on American journalism. 19. Dezember 2005. <http://stateofthemediamedia.com/2005/printable_newspapers_contentanalysis.asp>.
- PEJ. State of the news media: An annual report on American journalism. 19. Dezember 2005. <http://stateofthemediamedia.com/2005/printable_newspapers_intro.asp>.
- PEJ. State of the news media: An annual report on American journalism. 19. Dezember 2005. <http://stateofthemediamedia.com/2005/printable_overview_publicattitudes.asp>.
- PEJ. State of the news media: An annual report on American journalism. 19. Dezember 2005. <http://stateofthemediamedia.com/2005/printable_overview_conclusion.asp>.
- „Rede von Bundesaußenminister Steinmeier anlässlich der 100-Jahr-Feier des Vereins der ausländischen Presse (VAP) in Berlin“. In: Auswärtiges Amt. 24.10.2006. <<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2006/061024-VAP.html>>.
- Redelfs, Manfred. „Investigative Reporting in den USA: Welche Strukturen stützen den Recherchejournalismus?“ nr. 21. Juni 2006. <<http://www.netzwerk-recherche.de/dokumente/investigative-reporting.pdf>>.
- The Pulitzer Prizes. History of the Pulitzer Prizes. 10. Dezember 2006. <<http://www.pulitzer.org/history.html>>.
- SPJ. Code of Ethics. 17. November 2005. <http://www.spj.org/ethics_code.asp>.
- US-Botschaft in Deutschland. Medien in den USA, Medienethik. 08. November 2005. <<http://usa.usembassy.de/medien-ethics.htm>>.
- „US-Zeitungsauflagen rückläufig.“ *International Business Times*. 29. November 2010. <<http://de.ibtimes.com/articles/20061031/Medien-USA-.htm>>.
- WDR. Stichtag: (K)ein homosexueller Vier-Sterne-General. 28. März 2006. <<http://www.wdr.de/themen/kultur/stichtag/2004/01/20.jhtml>>.
- Wikipedia. Der Morgen. 11. Januar 2007. <http://de.wikipedia.org/wiki/Der_Morgen>.
- Wikipedia. Pulitzer Prize for Investigative Reporting. 10. Dezember 2006. <http://wikipedia.org/wiki/Pulitzer_Prize_for_Investigative_Reporting>.

7.4. Sonstige Quellen

Dreher, Egbert. Leiter redaktionelle Dienste und Archiv, Schwäbische Zeitung. E-Mail an den Autor. 12. Dezember 2006.

Klonovsky, Michael. E-Mail an den Autor. 5. Dezember 2006.

Ludwig, Johannes. E-Mail an den Autor. 23. Mai 2006.

Röbel, Udo. Brief an den Autor. 15. November 2006.

„Woodward and Bernstein: Pioniere des Investigativen Journalismus.“ Disc 2, Specials. Dir. Gary Leva, 2006 zum Film: *Die Unbestechlichen*. Dir. Alan Pakula. Special DVD-Edition. Warner Brothers, 1976.